

Wegweiser
durch
Bismarcks „Gedanken
u. Erinnerungen“



Von
Horst Kohl



Wegweiser
durch
Bismarcks
Gedanken und Erinnerungen.

Von
Herrn Kohl.



Leipzig.
G. J. Bösch'sche Verlagshandlung.
1899.



Das Recht der Uebersetzung
wird vorbehalten.



Dem Andenken

des

Fürsten Otto von Bismarck.

Vorwort.

Der „Wegweiser durch die Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Otto von Bismarck“ verdankt seine Entstehung einer Anregung, die mir durch die Redaction des Leipziger Tageblatts gegeben wurde. Sie hat mich, die Leser dieses Blattes mit dem Inhalte des bedeutenden Werkes bekannt zu machen, und so schrieb ich eine größere Anzahl von Aufsätzen zur Einführung in die Lectüre. Sie fanden mehr Anklang, als ich selbst erwartet hatte: von vielen Seiten, darunter auch von Männern, deren Urtheile ich besonderes Gewicht beilege, wurde ich aufgefordert, die Aufsätze zu erweitern und zum Buche zusammenzufassen und dadurch den zahlreichen Lesern der „Gedanken und Erinnerungen“, die dem erlauchten Geschichtsschreiber nicht überall zu folgen vermögen, weil ihnen die vorausgesetzte Kenntniß der historischen Entwicklung fehlt, einen Leitfaden in die Hand zu geben, der es ihnen ermöglicht, das Werk mit dem Gewinn zu studiren, den es für die Erziehung des deutschen Volkes zu historischem und politischem Denken bringen soll. Aus diesem Gesichtspunkte will das Buch betrachtet sein. Es bietet in knapper Zusammenfassung das Wissenswürdigste des großen Werkes, überbrückt durch historische Erzählung gewisse Lücken, die Fürst Bismarck mit vollem Bewußtsein gelassen hat, weil er die Geschichte seiner Zeit überhaupt nicht schreiben wollte, nimmt Stellung zu den mancherlei gehässigen Angriffen, die des Fürsten Werk durch seine politischen Gegner erfahren hat, und bekräftigt durch die eingeschalteten Beweisstücke die Darstellung des Fürsten, wo ihre

geschichtliche Wahrhaftigkeit angezweifelt wurde. Indem das Buch so mancherlei Neues bringt, wird es für die Besitzer der „Gedanken und Erinnerungen“ eine erwünschte Ergänzung sein. Der großen Masse derjenigen aber, die nicht im Stande sind, sich das Werk des Fürsten zu kaufen, wird der „Wegweiser“ zu einem „Schlüsselstein“ der politischen Weisheit, die in den „Gedanken und Erinnerungen“ niedergelegt ist. Hier habe ich in erster Linie an die Jünglinge unserer Gymnasien und Hochschulen gedacht und an die große Zahl junger Kaufleute, die sich nach der Arbeit des Tages gern auch einmal an ernster Lectüre erfreuen, wenn sie ihnen in einer dem Maße ihrer wissenschaftlichen Bildung entsprechenden Form geboten wird. So, hoffe ich, wird mein Buch mancherlei Nutzen stiften; den größten Nutzen aber würde es stiften, wenn es recht viele Deutsche, die das Werk Bismarcks noch nicht besitzen, veranlaßte, sich in die „Gedanken und Erinnerungen“ zu vertiefen und durch immer erneutes Studium sich den Reichtum dieses Werkes zu eigen zu machen. Dadurch wird das deutsche Volk am besten beweisen, daß es des großen Staatsmannes werth war, der ihm ein solches Werk zum Erbtheil hinterließ.

Chemnitz, 15. Februar 1899.

Herz Rohlf.

Inhalt.

| | |
|--|-----|
| I. Zur Abwehr | 1 |
| II. Zur Entstehung des Wertes | 4 |
| III. Die „Gedanken und Erinnerungen“ als Geschichtswerk | 9 |
| IV. Bis zum Ersten Vereinigten Landtage | 17 |
| V. Die Revolution von 1848 und Friedrich Wilhelms IV. deutsche Bestrebungen | 25 |
| VI. Aus der Frankfurter Zeit | 35 |
| VII. Petersburg — Paris — Berlin | 52 |
| VIII. Ein Rückblick auf die preussische Politik | 62 |
| IX. Die Stärke des dynastischen Elements in Deutsch- land. — Das Conflictministerium | 69 |
| X. Die Convention vom 8. Februar 1863. — Preßver- ordnung. — Frankfurter Fürstentag. — Ludwig II. | 76 |
| XI. Die Erwerbung von Schleswig-Holstein | 89 |
| XII. Die Verhandlungen von Nikolsburg und der Nord- deutsche Bund | 97 |
| XIII. Die Emser Depesche. Begründung des Deutschen Reichs | 113 |
| XIV. Der Culturkampf | 130 |
| XV. Bruch mit den Conservativen. — Intrigen. — Die Refforts | 147 |
| XVI. Der Berliner Congress | 164 |

| | |
|--|-----|
| XVII. Der Dreibund | 176 |
| XVIII. Rußlands zukünftige Politik | 185 |
| XIX. Die Wiederherstellung des Staatsraths | 191 |
| XX. Kaiser Wilhelm I. — Kaiser Friedrich | 194 |

Anhang.

| | |
|--|-----|
| 1. Uebersetzung der fremdsprachigen Ausdrücke und Stücke in den „Gedanken und Erinnerungen“ | 202 |
| 2. Uebersetzung der dem „Wegweiser“ eingefügten fremd- sprachigen Stücke | 215 |
| 3. Berichtigungen zu den „Gedanken und Erinnerungen“ | 226 |

— 2 —

Berichtigung:

S. 204, Z. 4 v. o. lies: *Kar'ēξοχην*.

I.

Zur Abwehr.

Züngst erschien in einem angesehenen Leipziger Blatte¹⁾ mit halbamtlichen Charakter ein Artikel, betitelt: „Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck in französischer Beleuchtung.“ In ziemlich absprechender Weise urtheilte der Verfasser über ein Werk, das er selbst noch nicht kennt, im Anschluß an einen in der „Revue des Revues“ erschienenen Aufsatz eines französischen Schriftstellers, der das nachgelassene Werk des Fürsten Bismarck gelesen zu haben vorgiebt und es geradezu als eine Mystification bezeichnet. Es ist sehr bedauerlich, daß sich ein Deutscher dazu hergegeben hat, Verbreiter französischer Bosheiten zu sein, noch bedauerlicher, daß er sich nicht geschämt hat, allerhand Scheingründe vorzubringen, die geeignet sein könnten, das französische Urtheil zu erhärten und das Werk des Fürsten Bismarck zu discreditiren, noch ehe es erschienen ist. Solchen Angriffen gegenüber halte ich es für eine Pflicht der Pietät, aus der Zurückhaltung herauszutreten, die ich mir bisher auferlegt hatte, und da ich die „Gedanken und Erinnerungen“ seit Jahren kenne, sie wieder und wieder gelesen, jede ihrer Angaben kritisch nachgeprüft habe, so wird mir das Recht zu einer sachlichen Beurtheilung kaum abgesprochen werden können.

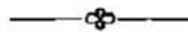
Ehe ich dazu übergehe, habe ich die Pflicht, einige Aeußerungen jenes oben erwähnten Artikels zu entkräften;

¹⁾ Leipziger Zeitung, 7. November 1898.

mein Schweigen könnte sonst leicht als Zugeständniß aufgefaßt werden. Es heißt da: „Der Einfluß Herbert Bismarcks ist sicher ebenso schwerwiegend für die Gestaltung der „Gedanken und Erinnerungen“ gewesen, wie der Besuch des deutschen Kaisers in Friedrichsruh 1895.“ Was der Verfasser des Artikels hier als „sicher“ hinstellt, ist eine durchaus willkürliche Unterstellung. Dem Fürsten Herbert Bismarck sind die Aufzeichnungen überhaupt erst nach dem Tode seines Vaters im Zusammenhange bekannt geworden, er hat nicht den geringsten Einfluß auf ihre Gestaltung gehabt, auch keinerlei Streichung im Texte vorgenommen. Es heißt der Wahrheit einen schlechten Dienst erweisen, wenn man als „sicher“ hinstellt, was nur das Ergebnis eigener Einbildung ist. Ebensovienig hat der Besuch des deutschen Kaisers im Jahre 1895 in irgend welcher Weise auf die Gestaltung des Werkes eingewirkt. Zu dieser Zeit war es bereits fertig, und Fürst Bismarck hat in einem langen Leben bewiesen, daß Fürstengunst für ihn nicht das höchste der Gefühle war. Er hat immer nur der Wahrheit gedient, und wer voraussetzt, daß ihn ein Besuch des Kaisers hätte bestimmen können, auch nur einen Strich an dem zu ändern, was er nach reiflicher Erwägung seinen „Gedanken und Erinnerungen“ einverleibt hatte, der beurtheilt ihn nach dem eigenen Empfinden, die sittliche Größe dieses Mannes aber vermag er nicht zu erfassen. Den Verleger gegen die französische Unterstellung, die der deutsche Artikelschreiber sich zu eigen macht, zu vertheidigen, daß er als „Geheimer Rath“ sicherlich kein Werk in Verlag genommen haben würde, „das irgendwie geeignet wäre, bei Hofe oder in Regierungskreisen Anstoß zu erregen“, habe ich kaum nöthig, da dieser Herr Manns genug ist, sich seiner Haut zu wehren. Wie unhaltbar die Annahme ist, wird ohne Weiteres klar, wenn man sich des Datums des Verlagsvertrages erinnert (6. Juli 1890). Zu dieser Zeit war das Märchen vom „großenden“ Bismarck fast zu einer Wahrheit geworden. Ueberall, in amtlichen und nichtamtlichen Zeitungen, las man von dem Alten im Sachsenwalde, der Böses sinne Tag und Nacht und ein teuflisches Vergnügen daran finde, das Werk seines Geistes und seiner

wunderschaffenden Hände, das Deutsche Reich, zu zerstören. Wie hätte Herr Kröner vermuthen sollen, daß die noch gar nicht geschriebenen Denkwürdigkeiten des Fürsten Bismarck so zahm und loyal ausfallen würden, daß er als „Geheimer Rath“ vor dem Kaiser mit solchem Werke bestehen könnte? Daß er froh ist, das Werk von Moritz Busch nicht verlegt zu haben, wird ihm kein Mensch verdenken. Niemand aber hat ein Recht, daraus zu schließen, daß er sich gestraußt haben würde, Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ungeändert zu verlegen, wenn sie Bemerkungen enthielten, die in Hof- und Regierungskreisen verstimmen könnten. Enttäuschungen, „die man in Deutschland noch stärker als im Ausland empfinden wird“, dürfte Bismarcks Werk nur bei Denen hervorrufen, welche darin suchen, was sie darin nicht finden: den Scandal. Fürst Bismarck war jederzeit ein Feind aller Sensation, und er sollte sich dazu hergegeben haben, „sensationelle Enthüllungen zu bringen, politische Geheimnisse auszuplaudern“, und dadurch den Beweis zu führen, daß er der „wohlbisciplinirte“ Staatsmann nicht sei, als den er sich früher einmal bezeichnet hat?¹⁾ Wahrlich, wir Deutsche haben allen Grund, dem Fürsten Bismarck dankbar zu sein, daß er bei seinen Aufzeichnungen nicht die „Sensation“, die schnell vergeht wie das Leben der Eintagsfliegen, sondern die politische Belehrung im Auge hatte, er hat uns damit ein politisches Testament hinterlassen von unvergänglichem Werthe, einen „Besitz für die Ewigkeit“, wie ihn Thucydides den Athenern in seinem Werke über den peloponnesischen Krieg schaffen wollte.

¹⁾ Vgl. Rede vom 17. December 1873, Politische Reden VI, 131.



II.

Zur Entstehung des Werkes.

Ueber die Art und Weise, wie das Werk entstanden ist, habe ich mich, in dem Vorwort kurz ausgesprochen. Die erste Anregung gab dem Fürsten Bismarck eine von einem Verlagsangebote begleitete Anfrage des Cottaschen Hauses. Fürst Bismarck war am 18. März 1890 seiner Aemter entlassen worden. Die aufgezwungene Muße mußte dem an angestrenzte Thätigkeit gewöhnten Manne doppelt schwer fallen, und der treue ärztliche Berather, Professor Schweningen, war nicht ohne Sorge, wie sein Patient den herben Schlag verwinden werde. Fürst Bismarck selbst verglich sich einem Baum, dem man das Spalier entzogen hat und der nun ohne Halt hin und her schwankt, bis ein Sturm ihn knickt. Um ihm über die erste Zeit des Grolles und der Beschäftigungslosigkeit hinweg zu helfen, rieth ihm Schweningen zu Aufzeichnungen aus der reichen Geschichte seines Lebens und wurde dabei auf's Beste von Lothar Bucher, dem geschichtskundigen Diplomaten, unterstützt, der dem Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh gefolgt war, um Monate lang als stiller und gern gesehener Gast im Hause seines fürstlichen Freundes zu weilen. Nachdem am 6. Juli 1890 zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Vertreter der Cottaschen Buchhandlung ein Abkommen getroffen worden war, durch welches diesem Hause für den Fall, daß der Fürst Erinnerungen aus seinem Leben niederschriebe, das Verlagsrecht übertragen wurde, hat sich Lothar Bucher das größte Verdienst dadurch erworben, daß er den Fürsten Bismarck in seinem Entschlusse zur Nieder-

Schrift seiner Erinnerungen und seiner politischen Gedanken bestärkte und dessen Ausführung vorbereitete. Dem Fürsten war freilich die unreinliche Arbeit mit Tinte immer unsympathisch, und sehr schwer würde es gehalten haben, ihn zu einer systematischen Aufzeichnung seiner Erinnerungen zu bringen. Es mußte also ein anderer Weg gesucht werden, auf dem das gleiche Ziel erreicht werden konnte, und er fand sich. Fürst Bismarck war eine mittheilsame Natur, und wenn er nach dem Frühstück oder nach dem Diner seinen Gästen den reichen Schatz seiner Erlebnisse und seiner politischen Ideen erschloß, hing Alles an seinen Lippen. Gelang es, diese Erinnerungen und Gedanken in einer gewissen systematischen Folge aus ihm herauszulocken und die spontanen Aeußerungen mit dem flüchtigen Griffel des Stenographen festzuhalten, so war die Grundlage zu einem auto-biographischen Werke geschaffen. Das war freilich nicht so ganz leicht; der Redende ließ sich im Zuge seiner Gedanken nicht gern unterbrechen, und oft genug führten ihn diese von Gegenständen der Vergangenheit hinüber in die Gegenwart, in der er auch nach seiner Entlassung mit voller Seele lebte. Aber Bucher wurde nicht müde, die einzelnen Steine zu dem großen Mosaikbilde zu sammeln und jeden an seinem Platze einzusetzen. Er hatte sich den reichen Stoff nach den Capitelüberschriften zerlegt, die im Werke selbst geblieben sind. Nachdem die Lücken gefüllt waren, schrieb er die Capitel nieder in möglichst getreuem Anschluß an seine stenographischen Aufzeichnungen, ergänzte sie nach dem Dictate des Fürsten, wo solche Ergänzung nothwendig erschien, und überwies sie dann dem Fürsten zur eigenhändigen Redaction. Der Fürst widmete sich dieser Arbeit mit regem Eifer; das beweisen nicht bloß die zahlreichen stilistischen Verbesserungen, sondern noch mehr die oft seitenlangen Ergänzungen, die er mit Bleistift den einzelnen Capiteln hinzufügte. Immer und immer wieder kehrte er zu dieser Arbeit zurück, und der Kundige kann leicht an einzelnen Capiteln eine drei-, ja selbst vierfache Redaction nachweisen. So sind die „Gedanken und Erinnerungen“ sein eigenstes Werk, nicht Buchers Werk, wie Uebelwollende haben behaupten wollen. Bucher war nur der treue Gehilfe

und hat auch nie etwas anderes sein wollen. Er fühlte, obwohl er selbst ein sehr gelehrter Mann war, die Ueberlegenheit des Genies und beugte sich vor ihm in demüthiger Bewunderung; mit Zorn und Ekel würde er sich von einem Werke abgewendet haben, wie es M. Busch nicht zu Ehren, sondern zur Verunglimpfung seines Herrn geschrieben hat.¹⁾ Bis zum Jahre 1893 war das Werk im Wesentlichen abgeschlossen. Die schwere Krankheit, die den Fürsten im Sommer dieses Jahres in Rissingen befiel, gab die nächste Veranlassung dazu, das Manuscript abzusetzen. Doch erschien es ihm selbst noch nicht druckreif, und so dienten die mit breiten Rändern versehenen „Fahnen“ als neues Manuscript. Mit größerer Bequemlichkeit konnte nun der Fürst an die nochmalige Durchsicht gehen, und sie gab ihm noch oft genug Gelegenheit zu Umänderungen und Berichtigungen, zur Einfügung politischer Reflexionen, zur Milderung einzelner Ausdrücke, namentlich dann, wenn es sich um die Beurtheilung von Persönlichkeiten handelte. Die Neigung, überall in meliorem partem auszulegen, nahm bei dem alten Fürsten mit jedem Jahre zu: die Güte seines Herzens offenbarte sich in den letzten Jahren in der oft überraschenden Zartheit seines Empfindens. Er wollte bewußt Niemand wehe thun, und das „littera scripta manet“ bestimmte ihn, in der Beurtheilung von Menschen und Ereignissen vorsichtig den Ausdruck zu wägen, um nicht durch ein „Zubiel“ ungerecht zu werden.

Der Tod Buchers (12. October 1892) hatte die nachtheilige Wirkung, daß die Zufügung neuer Capitel unterblieb.

¹⁾ Ich halte die seit einiger Zeit in der Zeitschrift „Das neue Jahrhundert“ veröffentlichten Aufzeichnungen Lothar Buchers über Gespräche mit Bismarck für apokryph. Nach einer Erklärung des in Wien lebenden Bruders Lothar Buchers sind Aufzeichnungen irgend welcher Art im Nachlasse des Verstorbenen nicht gefunden worden. So lange der Echtheitsbeweis dieser anonym herausgegebenen Bruchstücke nicht in überzeugender Weise erbracht ist, wird man gut thun, ihre Echtheit zu bezweifeln. — Das Eintreten des Herrn Joh. Grunow für M. Busch in den „Grenzboten“ 1899 Heft 1 ist eine recht bedauerliche Illustration zu dem Satze: virtus post nummos! Geradezu unwürdig sind die Angriffe auf die Männer, welche in den letzten Jahren Bismarcks Vertrauen genossen haben. Keiner derselben hat es bisher auch nur annähernd gemißbraucht wie Grunows Schüßling.

Aus einzelnen Randbemerkungen ist zu entnehmen, daß der Fürst beabsichtigte, gewisse Lücken, die er selbst als solche empfand, durch besondere Capitel auszufüllen. So hätte er gern die Ereignisse von 1866—70 neben dem die Organisation des Norddeutschen Bundes behandelnden Capitel in einem besonderen Abschnitte dargestellt; aber es fehlte seit Buchers Tod die antreibende Kraft. Auch war Bucher, der über ein umfassendes Gedächtniß gebot und als Mitarbeiter des Fürsten in alle politischen Vorgänge eingeweiht war, durch Niemand zu ersetzen. Dazu kamen als Hemmnisse die Leiden des Alters und eine nach solchen Leistungen wohl erklärliche Müdigkeit, der Tod der über Alles geliebten Gattin, die tägliche Unterbrechung durch Einzelbesuche und Massenempfänge und die Beschäftigung mit der Tagespolitik, zu alledem noch eine private Correspondenz in Briefen und Telegrammen, deren Umfang mit jedem Jahre wuchs und eine Fülle von Zeit und geistiger Kraft in Anspruch nahm, die für die retrospective Arbeit des Historikers nur ein bescheiden Theil übrig ließ. Und doch, welche Tiefe der Gedanken, welche Reife des Urtheils, welche Klarheit der Sprache, welche Schönheit des Ausdrucks, welche prophetische Weisheit bei der Erörterung zukünftiger Gestaltungen! Der französische Kritiker sagt zwar — und der deutsche schreibt's ihm mit einer Art Genugthuung nach —, „die Gedanken seien nicht einmal bedeutender Natur, und das Werk könne einen Vergleich weder mit den Memoiren Marmonts noch Basquiers, geschweige denn Guizots aushalten“; ich aber behaupte, daß es in der ganzen politischen und historischen Litteratur des 19. Jahrhunderts ein zweites Werk von ähnlicher Bedeutung gar nicht giebt, und daß die Deutschen stolz darauf sein können, ein solches monumentum aere perennius zu besitzen. Gewiß, gar manchen wird's enttäuschen, wie viele Zeitgenossen Goethes fast jedes einzelne Werk des geistigen Riesen unbefriedigt ließ. Der große Haufe, der von einem Buche nur leichten und flüchtigen Genuß erwartet, wird vergebens nach dem Schmutze und den Piquanterien suchen, die Barnhagens Tagebücher in so reicher Fülle bieten. Aber die ernstern Leute, die nach Belehrung und Erbauung streben,

werden finden, was sie begehren; und mit jedem Jahre — des bin ich sicher — wird die Gemeinde Derer wachsen, die in Bismarcks Aufzeichnungen ein liebes Hausbuch sehen, in dem sie gern studiren, weil immer neue Tiefen der Weisheit und der Erkenntniß sich ihnen erschließen. Und wie der einst nicht verstandene „Goethe“ heutzutage ein Gemeingut des deutschen Volkes ist, so werden die Deutschen des 20. Jahrhunderts in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ eine politische Bibel erkennen, die ihnen Rath und Trost giebt, so oft sie deren bedürfen. An jeden Deutschen aber, dem es ernstlich um seine politische Erziehung zu thun ist, ergeht die Mahnung, die einst nach der Legende Augustin aus der Höhe empfing:

Tolle, lege: nimm und lies!



III.

Die „Gedanken und Erinnerungen“ als Geschichtswerk.

Ist Bismarcks Werk ein tendenziöses Werk? Darf es als Geschichtsquelle benutzt werden oder hat man ihm mit dem Mißtrauen gegenüberzutreten, das bei so manchen Memoirenwerken angebracht ist? Diese Fragen werden selbstverständlich aufgeworfen werden, sind auch bereits von den politischen Gegnern des Fürsten Bismarck in einem ihm abgünstigen Sinne beantwortet worden. Ich kann versichern, daß den Fürsten Bismarck immer nur die eine Absicht geleitet hat, die Wahrheit zu sagen und in der Beurtheilung objectiv zu bleiben, so weit es dem Menschen gegeben ist, dieser höchsten Forderung der Geschichtswissenschaft nachzukommen. Fürst Bismarck ist immer ein wahrer Mensch gewesen, alles verlogene, unehrliche Wesen prallte an seinem vornehmen Wahrheitsfinne ab, und wenn auch seine politischen Gegner es an Versuchen nicht haben fehlen lassen, ihn der Lüge, der Doppeltzüngigkeit, der Unwahrhaftigkeit zu zeihen, so hat der Vorwurf doch nie erwiesen werden können, immer wieder schnellte der Pfeil auf den Schützen zurück. Und so hat der Geist der Wahrheit auch in den „Gedanken und Erinnerungen“ die Feder geführt. Nirgends macht Fürst Bismarck den Versuch, zu beschönigen und zu verhüllen. Er hat's nicht nothwendig, irgend etwas, was er gethan hat, abzuleugnen; er bekennt ruhig, wo er sich geirrt hat, wo seine Berechnungen sich als irrig erwiesen, und bleibt auch in diesem Punkte dem Grundsatz treu, den er so oft betont hat, daß der Mensch — und vor Allem der Staatsmann — nicht aufhören dürfe zu lernen, daß alles

doctrinäre Wesen nur zur Verfeinerung führe oder, wie er mit Goethes Wort zu sagen pflegte, alle Theorie grau, des Lebens gold'ner Baum aber grün sei. Das nachgelassene Werk Bismarcks, las ich jüngst in einem Artikel, ist besonders groß in dem, was es nicht sagt. Das klingt geistreich, ohne es zu sein. Denn wenn zum Beweise tendenziösen Schweigens angeführt wird, daß Fürst Bismarck kein Wort vom deutsch-französischen Kriege sage, so frage ich: Was in aller Welt sollte denn Fürst Bismarck über den Verlauf des deutsch-französischen Krieges sagen? Seine Absicht war ja nicht, ein Geschichtsbuch zu schreiben, das über Alles und Jedes Rechenschaft giebt, was zu seiner Zeit geschehen ist, er hatte nur das Bedürfnis, über die leitenden Gedanken seiner Politik sich auszusprechen, über das, was er erstrebte, was er erreichte und was er von der Zukunft erhoffte. Ueber die Ursachen und die Veranlassungen des deutsch-französischen Krieges giebt das Capitel von der Emser Depesche jede nothwendige Auskunft; die Geschichte dieses Krieges zu schreiben, konnte gar nicht der Beruf des Diplomaten sein, und über die den Krieg begleitenden diplomatischen Verhandlungen darf der Historiker aus einer solchen Fülle deutscher und nichtdeutscher Quellen schöpfen, daß Fürst Bismarck, der ja selbst in umfangreichen Denkschriften über seine Verhandlungen in Ferrières, Versailles u. vor der breitesten Oeffentlichkeit Bericht erstattet hat, in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ kaum wesentlich Neues hätte melden können. Dieses Schweigen ist also keineswegs auffällig.¹⁾ Der französische Kritiker findet es tendenziös; auch noch eine andere Tendenz glaubt er gefunden zu haben: „In dem ganzen Werke“, sagt sein deutscher Nachbeter, „soll sich, wenn auch nicht klar ausgesprochen, so doch zwischen den Zeilen deutlich erkennbar, das Bestreben zeigen, à diminuer la grandeur du premier Kaiser“ — „die Größe des Kaisers Wilhelm I. zu verkleinern“.

¹⁾ Am wenigsten für mich. Als ich den Fürsten Bismarck im Jahre 1893 fragte, ob er nicht die Vorgeschichte des deutschen Krieges von 1866 ausführlicher darstellen wolle, lehnte er es ab unter Hinweis auf die zahlreichen Depeschen, die von preussischer und österreichischer Seite darüber veröffentlicht worden seien — er wolle nicht die Geschichte seiner Zeit schreiben, dazu fehle ihm auch das Actenmaterial.

Wie sagt doch Goethe in den zahmen Xenien:
Im Auslegen seid frisch und munter!
Legt ihr's nicht aus, so legt was unter!

Da hätten wir ja eine ganz wundervolle Tendenz, so recht geeignet, den Fürsten als einen kleinen Menschen an den Pranger zu stellen, den der Neid zu gehässiger Kritik trieb, um sich die Ehre des Triumphes vor der Nachwelt zu sichern. Mir ist die Röthe des Hornes in die Wange gestiegen, nicht darüber, daß der Franzose dies geschrieben hat, wohl aber darüber, daß der deutsche Referent kein Wort des Einspruchs gefunden hat, auch ohne die „Gedanken und Erinnerungen“ zu kennen. Er hat den ersten Reichskanzler in einem langen Leben beobachten können, mußte wissen, daß Niemand bereitwilliger als Fürst Bismarck die eigenen Erfolge seinem Könige zurechnete, mit seinem Leibe jeden gegen seinen alten Herrn gerichteten Angriff parirte, und hatte, gestützt auf diese Kenntniß, die nationale Pflicht, dem Fremden gegenüber auf's Schärffste gegen eine, noch dazu so verlausulirte Beschuldigung des größten Sohnes unseres Volkes zu protestiren. Fürst Bismarck ist bis an seinen Tod der treue deutsche Diener Kaiser Wilhelms I. gewesen. Aber die Treue zeigt sich nicht in dem Bestreben, die Dinge auf den Kopf zu stellen und die entscheidende That dem Herrscher zuzuweisen, der unter den so mannigfach sich kreuzenden Einflüssen des festen unbeugsamen Rathgebers bedurfte und — darin liegt seine wahre Größe — in edler Selbstbescheidung dem kühnen Rathe des überlegenen Genies sich unterordnete; sie zeigt sich in der liebevollen Hingebung, mit der Bismarck immer wieder von seinem „alten Herrn“ spricht, der warmblütigen Schilderung seiner Herzens- und Charaktereigenschaften, dem ehrlichen Danke, den er zollt für jeden Beweis gnädiger Gefinnung, die der Kaiser ihm gegenüber an den Tag legte. Ist es nicht rührend zu lesen, wenn Fürst Bismarck schreibt, daß die Kämpfe, die er mit dem Könige in Nikolsburg durchzufechten hatte, und analoge Vorgänge bei ihm keinen andern Eindruck hinterlassen hätten als die schmerzliche Erinnerung, daß er einen Herrn, den er persönlich liebte wie diesen, so habe verstimmen

müssen? Wahrlich, hätte Fürst Bismarck, dem Beispiele gehorsamer Hofhistoriographen folgend, in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ dem leitenden Minister, der für alle Regierungshandlungen seines Königs verfassungsmäßig verantwortlich war, die Rolle des fügsamen Werkzeuges gegeben, das nur dem Drucke des Meisters folgt, er wäre mit einer Unwahrheit aus dem Leben gegangen, die die Geschichte ihm nie verzeihen hätte. Er hatte das Bewußtsein und durfte es haben, der Schöpfer des Deutschen Reiches gewesen zu sein; aber nirgends verleitet ihn dieses Bewußtsein zu eitler Ueberhebung und Selbstbespiegelung. Immer giebt er dabei dem Könige, was dem Könige gebührt, und bescheiden bekennt er, daß er ohne des Königs tapfere Mitwirkung nicht habe ausführen können, was ihm dann so herrlich gelang. Ich bin überzeugt, daß jeder Leser der „Gedanken und Erinnerungen“ von der Person Kaiser Wilhelms I. das Bild eines wahrhaft großen Monarchen gewinnen wird, nicht in dem Sinne, wie man das Prädicat früher gebrauchte und gebrauchen durfte, weil alle That aus der Initiative des Herrschers hervorging, sondern in einem höheren, edleren Sinne. Ich behaupte, und Niemand wird das Gegentheil erweisen können, daß den Fürsten Bismarck kein anderer Trieb leitete, als der, der geschichtlichen Wahrheit zu dienen, nichts zu beschönigen, nichts zu verhüllen, und für die Beurtheilung von Menschen und Dingen, Bestrebungen und Ereignissen ein Material zur Verfügung zu stellen, wie es nur seiner reichen persönlichen Erfahrung zu Gebote stand. Steht dies aber fest, dann werden auch die „Gedanken und Erinnerungen“ zu einem Quellenwerke ersten Ranges, das kein Historiker des 19. Jahrhunderts fürderhin außer Acht lassen darf.

Es könnte noch der Einwand erhoben werden, daß der Fürst bei der rückschauenden Betrachtung der Dinge unbewußt die Anschauungen des Greises hineingetragen habe in die Vergangenheit, die er schilderte. Er wiegt leicht gegenüber den vorliegenden Zeugnissen der Sicherheit, mit der Fürst Bismarck sich noch in seinem hohen Alter bei der wunderbaren Kraft seines Gedächtnisses von früheren Gedankengängen Rechenschaft

zu geben mußte. Als ich einst bei den Vorarbeiten zur Herausgabe der politischen Reden auf eine im stenographischen Bericht verballhornte Stelle stieß, deren Verbesserung mir nicht gelingen wollte, genügte es, den Fürsten mit der damaligen Situation vertraut zu machen, und nach einer auf seinem Gesichte bemerkbaren gewaltigen Gedankenarbeit quoll aus seinem Innern heraus die Rede, die er damals gehalten hatte, während ich in dem gedruckten Texte nachlas bis weit über die entstellte Stelle hinaus, die Fürst Bismarck nun mit unfehlbarer Sicherheit im mündlichen Vortrag verbesserte. Auf einen ähnlichen Fall habe ich in den „Gedanken und Erinnerungen“ anmerkungsweise hingedeutet (Bd. I, 257). Am 26. Juni 1862 hatte Bismarck eine Unterredung mit Napoleon in Fontainebleau. Ueber diese Unterredung berichtete er seinem vorgesetzten Minister, dem Grafen A. Bernstorff, in einem Briefe vom 28. Juni 1862, dessen Original bis zum Frühjahr 1898 im Bernstorffschen Familienarchive geruht hat und erst jüngst im Bismarck-Jahrbuche (Bd. VI, 152 ff.) von mir veröffentlicht worden ist. Keinerlei Abschrift war in den Händen Bismarcks geblieben, und doch war die Unterredung mit Napoleon so deutlich seiner Seele eingeprägt, daß er nach 30 Jahren frei aus dem Gedächtniß ihren Inhalt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ wiederzugeben vermochte, oft mit genau denselben Worten, in denen er in seinem Briefe berichtet hat. Ich stelle zum Beweis den betreffenden Theil des Briefes neben den Text der „Gedanken und Erinnerungen“:

Brief vom 28. Juni 1862.

Gedanken und Erinnerungen

B.-J. VI, 152.

I, 256.

Der Kaiser hatte mich gestern¹⁾ nach Fontainebleau eingeladen und machte nach meiner Ankunft

Am 26. Juni hatte der Kaiser mich nach Fontainebleau eingeladen und machte mit mir einen

¹⁾ Das würde den 27. als Tag der Audienz ergeben, doch liegt hier ein Versehen vor, wahrscheinlich nur ein Verschreiben. In einem vorausgehenden Briefe Bismarcks vom selben Tage (28. Juni) an Bernstorff (Bismarck-Jahrbuch VI, 151) heißt es: „Vorgestern beim Kaiser kam ich etwas in die Lage Josephs bei der Frau von Potiphar. Er hatte die unzüchtigsten Bündnißvorschläge auf der Zunge“ zc.

einen längeren Spaziergang mit mir. Im Laufe der Unterhaltung über politische Fragen des Tages und der letzten Jahre fragte er mich unerwartet: Croyez-vous que le Roi serait disposé à conclure une alliance avec moi? Ich antwortete etwa: Les dispositions dont le Roi est animé pour la personne de Votre Majesté, sont les plus amicales, et les préjugés qui autrefois chez nous régissaient l'opinion publique à l'égard de la France, ont à peu près disparu. Mais les alliances ne sont fécondes en résultats, qu'en tant qu'elles sont le produit naturel des circonstances qui en déterminent le besoin ou l'utilité; pour une alliance il faut un motif ou un but. Der Kaiser fand diese Antwort nicht immer zutreffend; il y a des puissances, fuhr er fort, qui sont amies l'une de l'autre, il y en a qui le sont moins; en vue d'un avenir incertain on doit placer quelque part sa confiance. Ce n'est pas à l'intention de quelque projet aventureux que je parle d'alliance; mais je trouve à la Prusse et à la France tant de conformité d'intérêts, qu'il doit y avoir les éléments d'une entente intime et durable, dès que les préjugés et les partis pris n'y font pas obstacle. Ce

längeren Spaziergang. Im Laufe der Unterhaltung über politische Fragen des Tages und der letzten Jahre fragte er mich unerwartet, ob ich glaube, daß der König geneigt sein würde, auf eine Allianz mit ihm einzugehen. Ich antwortete, der König hätte die freundschaftlichsten Gefinnungen für ihn, und die Vorurtheile, die früher in der öffentlichen Meinung bei uns in Betreff Frankreichs geherrscht hätten, seien so ziemlich verschwunden; aber Allianzen seien das Ergebnis der Umstände, nach denen das Bedürfnis oder die Möglichkeit zu beurtheilen sei. Eine Allianz setze ein Motiv, einen bestimmten Zweck voraus. Der Kaiser bestritt die Nothwendigkeit einer solchen Voraussetzung; es gäbe Mächte, die freundlich zu einander ständen, und andere, bei denen das weniger der Fall sei. Angesichts einer ungewissen Zukunft müsse man sein Vertrauen nach irgend einer Seite richten. Er spreche von einer Allianz nicht mit der Absicht eines abenteuerlichen Projectes; aber er finde zwischen Preußen und Frankreich eine Conformität der Interessen und darin die Elemente einer entente intime et durable. Es

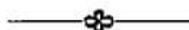
serait une grande faute que de vouloir créer des évènements, mais ils arrivent bien sans nous, et sans que nous puissions en calculer la direction et la force; il faut donc se prémunir en avisant aux moyens pour y faire face et pour en profiter. Der Gedanke einer „diplomatischen“ Allianz, in welcher man die Gewohnheit gegenseitigen Vertrauens annähme und für schwierige Lagen aufeinander rechnen lernte, wurde vom Kaiser in Anwendung auf uns noch weiter ausgesponnen, bis er nach einer Pause plötzlich stehen blieb und sich mit den Worten zu mir wandte: «Vous ne sauriez vous figurer, quelles singulières ouvertures m'a fait faire l'Autriche il y a peu de jours. Il paraît que votre nomination et l'arrivée simultanée de M. de Budberg à Paris, ont produit une espèce de panique à Vienne; le Prince Metternich m'a fait entrevoir les appréhensions de son gouvernement en ajoutant, qu'il venait de recevoir des instructions d'une portée tellement vaste, qu'il en était effrayé lui-même, et qu'il osait à peine en signaler l'étendue; que j'avais à le regarder comme l'ambassadeur „le plus puissant“ et muni sur toutes les questions que je voudrais aborder, des pouvoirs les plus

würde ein großer Fehler sein, die Ereignisse schaffen zu wollen; man könne ihre Richtung und Stärke nicht vorausberechnen, aber man könne sich ihnen gegenüber einrichten, se prémunir, en avisant aux moyens pour y faire face et en profiter. Dieser Gedanke einer „diplomatischen Allianz“, in welcher man die Gewohnheit gegenseitigen Vertrauens annähme und für schwierige Lagen auf einander zu rechnen lernte, wurde von dem Kaiser weiter ausgesponnen. Dann plötzlich stehen bleibend, sagte er: „Sie können sich nicht vorstellen, quelles singulières ouvertures m'a fait faire l'Autriche, il y a peu de jours. Es scheint, daß das Zusammentreffen Ihrer Ernennung und der Ankunft des Herrn von Budberg in Paris einen panischen Schrecken in Wien erzeugt hat. Der Fürst Metternich hat mir gesagt, er habe Instructionen erhalten, die so weit gingen, daß er selbst darüber erschrocken sei; er habe unbegrenzte Vollmachten, wie sie je ein Souverain seinem Vertreter anvertraut, in Betreff aller und jeder Frage, die ich anregen würde, sich

illimités qu'un souverain est jamais conférés à son représentant. Voilà une déclaration qui m'a mis dans l'embarras, je ne savais, quelle réponse lui donner; il se dit autorisé à s'arranger à tout prix et sans scrupule; mais moi, à part l'incompatibilité des intérêts des deux pays, j'éprouve une repugnance presque superstitieuse à être associé aux destinées de l'Autriche.»

mit mir um jeden Preis zu verständigen. Ich wurde durch diese Eröffnung in einige Verlegenheit gesetzt, denn abgesehen von der Unverträglichkeit der Interessen beider Staaten, habe ich eine fast abergläubische Abneigung dagegen, mich mit den Geschicken Oesterreichs zu verflechten.“

Wer möchte angesichts dieses Beweises einer Gedächtnistreue ohne Gleichen noch zweifeln, daß der Fürst in voller ungetrübter Kenntniß der Vergangenheit seine „Gedanken und Erinnerungen“ niederschrieb?



IV.

Bis zum Ersten Vereinigten Landtage.

Nach den mehr einleitenden Bemerkungen zur Abwehr ungerechter Angriffe und zur Feststellung des Werthes der Bismarckschen Aufzeichnungen gehe ich zu einer Analyse des Inhalts über.

Ueber die Jahre der Kindheit macht Fürst Bismarck keinerlei Mittheilungen; der Biograph wird hier auf die mehr anekdotischen Erzählungen angewiesen bleiben, die von Gesekiel in der ersten größeren Lebensbeschreibung Bismarcks, dem „Buche vom Grafen Bismarck“, niedergelegt worden sind und meist auf die Erzählungen des Fürsten selbst zurückgehen dürften. Das erste Capitel (Bis zum Ersten Vereinigten Landtage) setzt ein mit der Entwicklung der religiösen und politischen Anschauungen, denen der Jüngling beim Uebergang vom Gymnasium auf die Universität huldigte. In religiöser Beziehung fühlte sich Jung-Bismarck als Pantheist, in politischer Hinsicht als Monarchist mehr aus Gewöhnung als aus Ueberzeugung. Deutsch-nationale Eindrücke waren in der Plamannschen Erziehungsanstalt, die nach Fahn'schen Grundsätzen geleitet wurde, an ihn herangetreten, doch nicht nahe genug, um die angeborenen preussisch-monarchischen Gefühle in ihm zu ersticken. Zwar erregte jeder deutsche Fürst, der vor dem dreißigjährigen Kriege dem Kaiser widerstrebte, seinen kindlichen Groll, vom Großen Kurfürsten an aber war er „partiisch genug, antikaiserlich zu urtheilen und es natürlich zu finden, daß der siebenjährige Krieg sich vorbereitete.“ Immerhin war in ihm das nationale

Gefühl so lebendig, daß er auf der Universität zunächst zur Burschenschaft in Beziehung trat, die die Pflege des nationalen Gedankens als ihren Zweck bezeichnete. Was ihn der Burschenschaft entfremdete, lag mehr im Bereich der Neuperlichkeiten: die Weigerung, Satisfaction zu geben, erschien ihm als Mangel an männlichem Muth, die Gleichgültigkeit gegen die aus guter Erziehung hervorgehenden gesellschaftlichen Formen beleidigte den feinfühligem Aristokraten. Wenn auch der Glaube, daß die Entwicklung der nächsten Zukunft uns zur deutschen Einheit führen werde, in ihm soweit mächtig blieb, daß er mit seinem amerikanischen Freunde Coffin wettete, daß sie in 20 Jahren erreicht werden würde, so fühlte er sich doch durch tumultuarische Neuperlichkeiten des nationalen Gefühls nach Art der Hambacher Feier (27. Mai 1832)¹⁾ und des Frankfurter Putzsches (3. April 1833)²⁾ derart abgestoßen, daß er mit weniger liberaler Gesinnung nach Berlin zurückkehrte. Lebendig aber blieb in ihm der Haß gegen die Franzosen. Beim Blicke auf die Landkarte ärgerte ihn der französische Besitz von Straßburg, und der Besuch von Heidelberg, Speier und der Pfalz stimmte ihn rachsüchtig und kriegslustig.

Sein Wunsch, in die diplomatische Laufbahn einzutreten, fand von Seiten des Ministers Ancillon wenig Ermuthigung. Ancillon war der Meinung — und Bismarck hat sie durch spätere Erfahrungen bestätigt gefunden —, daß der preußische Landadel in seiner hausbackenen Gediegenheit nicht die für

¹⁾ Auf den Ruf deutscher Republikaner versammelten sich zu Pfingsten 1832 an 20 000 Menschen, darunter auch polnische und französische Zugvögel der Revolution, auf dem Hambacher Schlosse, um für die Wiedergeburt Deutschlands in der Form einer Republik Propaganda zu machen. Die thörichte Demonstration hatte die unwillkommene Folge, daß der Bundestag auf den Antrag Oesterreichs und Preußens am 28. Juni 1832 strenge Beschlüsse gegen die Press- und Versammlungsfreiheit faßte.

²⁾ Am 3. April 1833 machten unter dem Commando des hannoverschen Flüchtlings Rauschenplat die Frankfurter Republikaner den Versuch, den Bundestag aufzuheben, um dadurch das Zeichen zu einer über ganz Deutschland sich erstreckenden revolutionären Schilderhebung zu geben. Das Unternehmen, unzulänglich vorbereitet und ohne Halt in der Stimmung des Volkes, mißlang kläglich, schien aber den Bundestag zu weiteren reactionären Beschlüssen zu berechtigen.

die preussische Diplomatie erwünschten Kräfte hervorbrächte, und daß die dieser Classe entnommenen Bewerber sich aus dem engeren Gesichtskreise ihrer mehr provinziellen Anschauungen schwer loslösen ließen. Diese Leute waren allenfalls als preussische Bureaukraten innerhalb der deutschen Diplomatie Preußens zu verwenden, nicht aber als Vertreter Preußens an den europäischen Höfen; zu solchen wählte man damals lieber Männer ausländischer Herkunft oder Diplomaten, die vor ihrem Uebertritt in preussischen Dienst an kleinen Höfen sich die erwünschte „assurance“ im höfischen Verkehr erworben hatten und die für die interne wie externe diplomatische Verwendung damals unbedingt nöthige Sicherheit im Gebrauch der französischen Sprache besaßen. Unter diesem an sich nicht unberechtigten Vorurtheil mußte auch Bismarck leiden: Ancillon rieth ihm, zunächst das Examen als Regierungsassessor zu machen und dann auf dem Umwege durch die Zollvereinsgeschäfte Eintritt in die deutsche Diplomatie Preußens zu suchen. Diesem Rathe folgend bestand Bismarck am 20. Mai 1835 bei dem Kammergericht zu Berlin das erste juristische Examen und trat am 4. Juni als Auscultator beim Criminalgerichte ein. Nachdem er dort vier Monate lang das Protokoll geführt hatte, wurde er an das Stadtgericht zu selbständiger Thätigkeit versetzt. Aus einer unglaublichen Gedankenlosigkeit allein läßt sich's erklären, daß gerade die Ehescheidungs-Angelegenheiten den jüngsten Auscultatoren überwiesen wurden. Der dirigirende Rath der Abtheilung Prätorius war ein bequemer Herr, der am liebsten ungefragt blieb und jede Bitte um Rath, den die jungen Leute in diesen ihrem Gesichtskreise so fern liegenden Dingen an ihn richteten, als lästige Störung seiner Ruhe empfand. Köstlich liest sich die Schilderung eines Sühneversuchs, für den sich der rathlose Auscultator Bismarck die Unterstützung seines Vorgesetzten erbat; aber man wird auch der Bemerkung Bismarcks beipflichten, daß für die Verordnung Friedrich Wilhelms IV. über das Verfahren in Ehescheidungen, durch welche in den Provinzen des Allgemeinen Landrechts der Staatsanwalt als defensor matrimonii eingeführt wurde, eine unbestreitbare Nothwendigkeit vorhanden war. Nach Ab-

solvrung des dritten Stadiums der Vorbildung, der Bagatellproceffe, suchte und fand Bismarck Ausnahme als Referendar¹⁾ in der Aachener Regierung, deren würdiger Oberpräsident, Graf v. Arnim-Boitzenburg, sich des ihm anvertrauten jungen Mannes mit väterlicher Freundlichkeit annahm, wenn es ihm auch nicht gelang, ihm einen vortheilhafteren Eindruck von Einrichtungen und Personen beizubringen, als er ihn in Berlin hatte gewinnen können. Auch die Mitglieder der Potsdamer Regierung, zu der sich Bismarck 1837 versetzen ließ, um in das Wesen der indirecten Steuern Einblick zu erhalten,²⁾ machten ihm in ihrer Gesammtheit den „Eindruck von Pöpf

¹⁾ Die zur Erstehung der Referendariatsprüfung erforderlichen Arbeiten schrieb Bismarck noch in Berlin. Die Themata, die ihm von Aachen aus mitgetheilt wurden, lauteten:

1. Ueber die Natur und die Zulässigkeit des Eides im Allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre, mit Berücksichtigung der Lehre des Christenthums.

2. Ueber Sparjamkeit im Staats-Haushalte, ihr Wesen und ihre Erfolge — auch durch geschichtliche Beispiele erläutert.

Die Themata wurden ihm unter dem 18. Februar 1836 zugesandt, am 20. Mai 1836 schickte Bismarck die beiden Arbeiten mit der vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherung ein, daß er sie ohne fremde Beihülfe selbst gefertigt und eigenhändig geschrieben habe. Die mit der Prüfung betrauten Råthe Besserer bez. Reinitz fällten über die Aufsätze, die ich im 2. Bande des Bismarck-Jahrbuchs veröffentlicht habe, folgende Urtheile:

ad 1. Ich trage kein Bedenken, dieser Abhandlung das Prädicat „recht gut“ zuzuerkennen. Im Ganzen herrscht darin Würdigkeit und Klarheit der Ansicht, ein geregelter Ideengang und eine gute Diction, und sie giebt verhältnißmäßig nur zu wenig Ausstellungen Anlaß.

ad 2. Die vorliegende Arbeit verdient m. E. in der Anlage wie in der Ausführung Beifall. Sie zeugt von einer guten Grundlage staatswirthschaftlicher und geschichtlicher Kenntnisse, und wenn sie schon auf erschöpfende Behandlung des sehr umfassenden Themas nicht Anspruch erheben kann, so darf sie doch ihrem Zweck nach als „gelingen“ anerkannt werden.

Am 30. Juni 1836 bestand Bismarck vor der aus Consistorial- und Schulrath Claessen, Regierungsrath Hejse und Kammergerichtsassessor Fürth bestehenden Prüfungscommission die mündliche Prüfung. Auf Grund ihres Ergebnisses (s. das Protokoll in Bismarck-Jahrbuch III 12 ff.) wurde er nach einstimmigem Urtheil als sehr gut befähigt erachtet, „um zum Regierungsreferendariat befördert zu werden.“ Nach seiner Vereidigung — am 5. Juli — trat er bei der Aachener Regierung als Referendar ein.

²⁾ Ueber die Gründe seines Abgangs von Aachen geben die in Bismarck-Jahrbuch III abgedruckten Acten jede nur wünschenswerthe Auskunft.

und Perrücke“. Als er 1839 unter Aufgabe seiner anfänglichen Pläne aus dem Staatsleben schied, um sich auf Wunsch seines Vaters der durch mißlungene Speculationen einigermaßen festgefahrener Bewirthschaftung der pommerschen Familiengüter (Kniephof, Kütz, Jarchelin) in Gemeinschaft mit seinem Bruder Bernhard zu widmen, nahm er eine nur geringe Meinung von dem Werthe der preussischen Bureaukratie und eine — wie er selbst meint — vielleicht zu große Neigung zur Kritik mit in das Landleben hinüber. Indem Bismarck von dieser innern Wandlung erzählt, die aus dem Referendar einen praktischen Landwirth machte, kann er nicht umhin, in einem Excurs seine Gedanken über die Bureaukratie überhaupt zu entwickeln und der Bureaukratie der Vergangenheit die der Gegenwart vergleichend gegenüberzustellen. Der Vergleich fällt nicht zu Gunsten des heutigen Zustandes aus, und überaus lehrreich ist der Nachweis, daß die moderne „Selbstverwaltung“ nur zu einer Verschärfung der Bureaukratie, zur Vermehrung der Beamten, ihrer Macht und ihrer Einmischung in's Privatleben geführt habe, diese Entwicklung aber begünstigt worden sei durch die Umgestaltung des Landrathsamtes in eine Unterstufe der staatlichen Hierarchie, während früher der Landrathsposten von Kreiseingesessenen verwaltet wurde, deren einziger Ehrgeiz darin bestand, das Amt lebenslänglich zu verwalten. Und eine recht ernste Mahnung enthält der Satz: „Die alten Regierungsbeamten zeigten sich, wenn sie mit der regierten Bevölkerung in unmittelbare Berührung traten, pedantisch und durch ihre Beschäftigung am grünen Tische den Verhältnissen des praktischen Lebens entfremdet, hinterließen aber den Eindruck, daß sie ehrlich und gewissenhaft bemüht waren, gerecht zu sein. Dasselbe läßt sich von den Organen der heutigen Selbstverwaltung in Landstrichen, wo die Parteien einander schärfer gegenüberstehen, nicht in allen Stufen voraussetzen; das Wohlwollen für politische Freunde, die Stimmung bezüglich des Gegners werden leicht ein Hinderniß unparteiischer Handhabung der Einrichtungen.“

Es war in den Zeiten der liberalen Hochfluth, die dem Sturme des Jahres 1848 vorausging, und in den Zeiten des

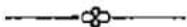
Conflicts unter der Herrschaft der Fortschrittsphrase üblich, Herrn v. Bismarck die „Vorurtheile seines Standes“ anzuhängen und als Ausgangspunkt und Triebfeder seiner innern Politik die Erinnerung an die frühere Bevorrechtigung des Adels zu bezeichnen. Das Wort „Junker“ war in liberalem Munde eine Art Brandmal, das den davon Betroffenen als „beschränkt“ im weitesten Sinne des Wortes kennzeichnen sollte. Bismarck macht darauf aufmerksam, wie wenig die Eindrücke seiner Kindheit geeignet waren, ihn zu verjunkten. Sein Vater, der Rittmeister Ferdinand v. Bismarck, war von aristokratischen Vorurtheilen frei, und seine Mutter Wilhelmine, die Tochter des höchst liberal gesinnten Cabinetsraths Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelms II. und III., Mendon, war von reactionairen Anschauungen so weit entfernt, daß Bismarck überzeugt ist, daß er für die Richtung seiner ministeriellen Thätigkeit niemals die Billigung seiner Mutter gefunden haben würde. Brachte er also aus dem Elternhause keinerlei angeborenes oder anerzogenes Standesgefühl mit, so ließ die harte Erziehung der Plamannschen Schule und die Abneigung der Mitschüler und Lehrer gegen Träger adliger Namen, unter der er auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster zu leiden hatte, noch weniger ein Gefühl in ihm aufkommen, das ihm von Natur fremd war. Ebenso wenig war Herr v. Bismarck jemals eingeschworen auf den Absolutismus des preußischen Königthums. Wenn er auf dem Vereinigten Landtage als Vorkämpfer der Rechte der preußischen Krone auftrat, so geschah es, weil er ihr das Recht freihalten wollte, ohne Ueberstürzung selbst das Maß ihrer Beschränkung zu bestimmen. Die durch Presse und Parlament geübte Kritik hielt schon der Bismarck von 1847 für ein nothwendiges Correctiv monarchischer Einrichtungen, „um den Monarchen vor der Gefahr zu behüten, daß Weiber, Höflinge, Streber und Phantasten ihm Scheuklappen anlegten, die ihn hinderten, seine monarchischen Aufgaben zu übersehen und Mißgriffe zu vermeiden oder zu corrigiren.“ Sein Ideal war immer eine monarchische Gewalt, welche durch eine unabhängige — ständische oder berufsgenossenschaftliche — Landesvertretung soweit controllirt wäre,

„daß Monarch oder Parlament den bestehenden gesetzlichen Rechtszustand nicht einseitig, sondern nur communi consensu ändern können, bei Oeffentlichkeit und öffentlicher Kritik aller staatlichen Vorgänge durch Presse und Landtag“.

Nach dem Tode des Vaters (22. November 1845) übernahm Bismarck neben den beiden pommerischen Gütern Kniephof und Jarchelin, die er seit 1841 allein verwaltete, während sein Bruder Bernhard die Bewirthschaftung von Rülz übernommen hatte, das Stammgut Schönhausen. Er fand hier ziemlich verworrene Verhältnisse, viel Schulden und wenig Geld, sie zu bezahlen. Gleichwohl wies er ein ihm von Berlin aus gemachtes Anerbieten, im Dienste des Staates sich in Wartenburg in Ostpreußen „als Sr. Majestät Commissarius bei dortigen Meliorationsarbeiten“ anstellen zu lassen, zurück, weil ihm die Hoffnung, Deichhauptmann und später an Stelle des kränklichen und geschäftsunkundigen Herrn v. Alvensleben Landrath zu werden, mehr lockte, als die ihm eröffnete Aussicht auf einen interessanten Wirkungskreis und schnelle Beförderung im Staatsdienste. So blieb er Landwirth. Das höchste Ziel seines Ehrgeizes war, als Abgeordneter der Ritterschaft in den Landtag der Provinz Sachsen gewählt zu werden. Gerade diese Wahl führte ihn auf die rechte Bahn. Durch die Patente vom 3. und 8. Februar 1847 berief Friedrich Wilhelm IV. die acht Provinziallandtage der Monarchie auf den 11. April zum Ersten Vereinigten Landtage nach Berlin, um von den Ständen eine Anleihe zum Baue von Eisenbahnen beschließen zu lassen, zu deren Aufnahme nach dem Edicte Friedrich Wilhelms III. vom 17. Januar 1820 die Bürgschaft von Reichsständen erforderlich war. Als Stellvertreter des Deichhauptmanns von Brauchitsch, der durch Krankheit verhindert war, sein Mandat als Mitglied der Ritterschaft der Provinz Sachsen persönlich auszuüben, wurde Herr v. Bismarck einberufen: am 11. Mai wohnte er der ersten Landtagsfikung bei, am 15. Mai ergriff er zum ersten Male zu einer kurzen, sachlichen Erklärung das Wort.

Unter seinen Standesgenossen galt Bismarck damals für „liberal“, im Sinne der Unzufriedenheit mit der Bureaokratie;

aber die Opposition des „politischen“ Liberalismus, der ihm auf dem Vereinigten Landtage in Männern wie v. Sauten-Tarputzsch, Alfred v. Auerzwald, v. Beckerath, v. d. Heydt, Mevissen, v. Vincke gegenübertrat, fand nicht seine Zustimmung; ihre Reden mutheten ihn auch in seinen alten Tagen noch an wie „importirte Phrasen-Schablone“. Es ist charakteristisch, daß Bismarck alsbald mit den Liberalen des Vereinigten Landtags über die Frage in Conflict gerieth, aus welchen Gründen die Erhebung des preußischen Volkes im Jahre 1813 erfolgt sei. Dem nackten Materialismus, der „dem Könige dafür, daß die Nation sich selbst befreit habe, eine in Verfassungsparagraphen zahlbare Rechnung überreichen wollte“, stellte er den Idealismus eines warmführenden Patrioten gegenüber, dem der Horn über die Fremdherrschaft die Waffen in die Hand drückt, ohne zu fragen, ob sein Kampf für die Freiheit einer liberaler gerichteten Verfassung die Bahn brechen wird. Der Sturm, den seine Aeußerung hervorrief, gab ihm Gelegenheit, seine kaltblütige Verachtung der Majorität in un-nachahmlicher Weise zu bekunden: in einer auf der Tribüne liegenden Zeitung blätternd, wartete er, bis der tobende Lärm sich gelegt hatte und er seine Rede beenden konnte. Seine Haltung im Landtage aber gewann ihm das Vertrauen und die Gunst seines Königs Friedrich Wilhelm IV. Unter den Augen des Landtags freilich mied der König den tapfern Kämpen für die Rechte der Krone in augenfälliger Weise, so daß Bismarck glaubte, durch seine Haltung als royalistischer Heißsporn die Grenzen überschritten zu haben, die der König selbst sich gesteckt hatte. Aber fern von Berlin wagte er sich offen zu dem streitbaren Junker zu bekennen. Als er im Theater zu Venedig (Septbr. 1841), das Bismarck auf der Hochzeitsreise berührte, seiner ansichtig wurde, beschied er ihn für den folgenden Tag zur Audienz und zog ihn zur Tafel, befahl ihm aber auch, sich im Laufe des Winters bei ihm zu melden. Dadurch kam Bismarck in persönliche Beziehungen zum Hohenzollernschen Hause, die für die Zukunft von größter Bedeutung werden sollten.



V.

Die Revolution von 1848 und Friedrich Wilhelms IV. deutsche Bestrebungen.

Das zweite Capitel ist dem Jahre 1848 gewidmet. Es ist weniger reich an neuen Mittheilungen zur Geschichte der Berliner Märzbewegung als an Erzählungen von dem persönlichen Antheil, den Bismarck an den Dingen nahm. Auch der Humor kommt zu seinem Rechte. So gleich zu Anfang in dem Berichte von der Abfertigung, die die Schönhauser Bauern auf den Rath ihres „gnädigen“ Herrn den Deputirten aus Tangermünde zu Theil werden ließen, als sie unter Androhung von Gewalt die Entfaltung der schwarz-roth-goldenen Fahne erzwingen wollten: unter eifriger Betheiligung der Weiber wurden die Städter aus dem Dorfe gejagt, und auf dem Thurme wurde zum Zeichen der königstreuen Gesinnung der Bauern eine weiße Fahne mit schwarzem Kreuze aufgezo-gen, die noch heute vorhanden ist. Charakteristisch ist Bismarcks Bemerkung, daß er von vornherein für die politische Tragweite der Berliner Vorgänge nicht so empfänglich gewesen sei wie für die Erbitterung über die Ermordung preußischer Soldaten in den Straßen. Er war überzeugt, daß das preußische Königthum des Aufstandes ohne große Mühe Herr werden würde, wenn man nur dem Könige die Freiheit der Bewegung zurückgäbe. Auf die nachher zu Tage tretende Schwäche des Königs, der auf den Rath feiger oder verrätherischer Minister vor der Revolution capitulirte in dem Augenblicke, da er durch die todesmuthige

Tapferkeit seiner Soldaten des Sieges über den Aufruhr sicher war, ist er offenbar nicht gefaßt gewesen, und sehr sonderbar mußte es ihn, den königstreuen Mann, berühren, daß innerhalb der königlichen Familie selbst Pläne erwogen wurden, die die Abdankung des Königs und den Verzicht des Prinzen von Preußen auf die Krone zur Voraussetzung hatten: aus dem Munde der Prinzessin Augusta mußte er vernehmen, daß sie es für ihre wichtigste Pflicht halte, die Rechte ihres Sohnes zu wahren. Wie er diese Bestrebungen auffaßte, lehrt die schroffe Abweisung, die er der sondirenden Frage Georgs v. Vinde zu Theil werden ließ, ob die Rechte in der Kammer einen Antrag auf Herstellung einer Regentschaft der Prinzessin Augusta für ihren minderjährigen Sohn unterstützen werde: er erklärte, einen Antrag dieses Inhalts mit dem Antrage auf gerichtliches Verfahren wegen Hochverrathes zu beantworten, und bewirkte dadurch, daß die Linke ihren Plan fallen ließ. Bismarck hat nie erfahren, ob, wie man ihm damals versicherte, der Prinz von Preußen mit den politischen Bestrebungen seiner Gemahlin einverstanden gewesen ist, ob die eventuelle Verzichtserklärung des Prinzen, auf die man sich damals berief, jemals existirt hat. Zwischen den Zeilen liest man den Zweifel. Um so höher ist die Verschwiegenheit zu ehren, die Bismarck über seine damaligen Erlebnisse seinem hohen Herrn gegenüber auch in späteren Zeiten bewahrt hat, als er in der Königin Augusta den Gegner erkennen mußte, „der seine Fähigkeit, zu vertreten, was er für seine Pflicht hielt, auf die schwerste Probe gestellt hat“.

Die politische Lage war an sich für Preußen bis zum 19. März nicht ungünstig. Der König hatte den Aufstand niedergeschlagen. Wenn er ihn nicht wieder aufkommen ließ, so würde eine durch Preußen bewirkte haltbare Neuordnung Deutschlands nach Bismarcks Meinung bei dem Zaren Nikolaus keine Schwierigkeiten gefunden haben, da dessen politische Sympathien ursprünglich mehr nach Berlin als nach Wien gerichtet waren. Indem aber der König den Abzug der Truppen befahl und durch den Umritt in den Farben der Burschenschaft (21. März 1848) die Bestrebungen förmlich anerkannte, gegen die

seine Truppen gekämpft und gesiegt hatten, verdarb er die Lage zum Nachtheile Preußens: in den Augen der Welt und vor Allem auch in den Augen der deutschen Fürsten, die eben noch in ihrer eigenen Bedrängniß Schutz bei dem starken Preußenkönig gesucht hatten, stand er fortan an der Spitze der Barrikadenkämpfer. Freilich sind Bismarcks Zweifel wohlberechtigt, ob es Friedrich Wilhelms IV. weicher, gegen jeden Druck nachgiebiger Natur gelungen sein würde, eine haltbare Einheit des deutschen Volkes zu schaffen.¹⁾ Auch bildet das im Kampfe gegen den Erbfeind unserer Nationalität vergossene Blut einen festeren Kitt, als es der Sieg über die Revolution und die „Helden“ der Barrikaden hätte sein können. Und gewiß wird heute jeder Bismarck beistimmen, wenn er sagt: „Es ist vielleicht für unsere Zukunft besser gewesen, daß wir die Irrwege in der Wüste innerer Kämpfe von 1848 bis 1866 wie die Juden, bevor sie das gelobte Land erreichten, noch haben durchmachen müssen. Die Kriege von 1866 und 1870 wären uns doch schwerlich erspart worden, nachdem unsere 1848 zusammengebrochenen Nachbarn in Anlehnung an Paris, Wien und anderstwo sich wieder ermutigt und gekräftigt haben würden. Es ist fraglich, ob auf dem kürzeren und rascheren Wege des Märzsieges von 1848 die Wirkung der geschichtlichen Ereignisse auf die Deutschen dieselbe gewesen sein würde wie die heute vorhandene, die den Eindruck macht, daß die Dynastien

¹⁾ In diesem Zusammenhange findet sich (Bd. I 42, 3. 11 ff. v. u.) ein Satz, der, wie mir mehrere Anfragen beweisen, manchen in seinem Sinne nicht ganz klar ist. Derselbe lautet: „Ich wage keine Vermuthung darüber, welche Einwirkung auf die Haltung des Königs, die Romantik mittelalterlicher Reichserinnerungen Oesterreich und den Fürsten gegenüber und das vorher und später so starke fürstliche Selbstgefühl im Inlande das Bewußtsein geübt haben würde, den Aufruhr definitiv niedergeschlagen zu haben, der ihm gegenüber allein siegreich blieb im außerrussischen Continent.“ Der Sinn wird sofort klar, wenn die Präposition „auf“ wiederholt wird:

Ich wage keine Vermuthung darüber, welche Einwirkung (Object)

- a) auf die Haltung des Königs,
- b) (auf) die Romantik mittelalterlicher Reichserinnerungen Oesterreich und den Fürsten gegenüber, und
- c) (auf) das vorher und später so starke fürstliche Selbstgefühl im Inlande

das Bewußtsein (Subject) gehabt haben würde, zc.

und gerade die früher hervorragend particularistischen reichsfreundlicher sind als die Fractionen und Parteien.“

Seiner Verstimmung über die selbstverschuldete Niederlage des Königthums gab Bismarck bei seinem ersten Besuche in Sanssouci (Anfang Juni 1848) Ausdruck, als er ganz gegen seine Erwartung zum Könige befohlen ward und der Einladung widerwillig folgte, da des Königs Liebenswürdigkeit ihm keine Ausflucht gestattete. Aber die Güte Friedrich Wilhelms IV., der indirect die Fehler seiner Politik zugab, der thätigen Hingebung aber mehr zu bedürfen erklärte als der Kritik, entwaffnete den Grollenden, und während er in der Stimmung eines Frondeurs gekommen war, dem es gerade recht gewesen wäre, wenn der König ihn ungnädig fortgeschickt hätte, ging er mit dem Entschlusse, seinem Könige nach bester Ueberzeugung zu dienen. Freilich, zu einer festen Wahrnehmung seiner Macht gegenüber der Nationalversammlung vermochte er den König für's Erste nicht zu bewegen. Bismarck vermuthet, daß der König dabei nicht sowohl durch den Zweifel an seiner Macht geleitet worden sei, als durch die Hintergedanken, „ob nicht die Berliner Versammlung und der Friede mit ihr und ihrem Rechtsboden unter irgend welchen Constellationen direct oder indirect nützlich werden könne, sei es in Combinationen mit dem Frankfurter Parlament oder gegen dasselbe, sei es, um nach andern Seiten hin in der deutschen Frage einen Druck auszuüben, und ob der formale Bruch mit der preussischen Volksvertretung die deutschen Aussichten compromittiren könne.“ Erst als die Entwicklung der Dinge keine Gelegenheit bot, die Berliner Versammlung für die deutsche Sache nutzbar zu machen, ihre Uebergriffe dagegen mit jedem Tage wuchsen, reifte bei dem Könige der Gedanke, sie an einen andern Ort zu verlegen oder aufzulösen. Die Schwierigkeit war, ein Ministerium zu finden, das die Verantwortung zu übernehmen bereit war. Nach mannigfachen vergeblichen Bemühungen, Führer der ehemaligen Opposition des vereinigten Landtages, wie Georg v. Vincke, v. Beckerath, Harfort zu gewinnen, lenkte sich des Königs Blick auf Graf Brandenburg, der in militärischem Gehorsam sich des Amtes nicht weigerte, obwohl

Politik und Staatsrecht nicht seine Sache waren. Als „Kornal“ wünschte er sich Otto v. Manteuffel, Director im Ministerium des Innern, und Bismarck war es, der in mehrstündiger Unterredung die Abneigung Manteuffels gegen den Kampf auf der Bresche überwand.¹⁾ Das neue Ministerium trat am 9. November vor die Kammer; am 10. Nachmittags rückte Wrangel ein.²⁾ Daß er die Bürgerwehr durch Verhandlungen zum Abzug bewog, statt sie durch Waffengewalt dazu zu zwingen, erklärt Bismarck für einen politischen Fehler, nicht minder, daß der König die Nationalversammlung nicht auflöste, sondern unter gleichzeitiger Vertagung nach Brandenburg verlegte. Es war immer Friedrich Wilhelms IV. Schwäche, halbe Arbeit zu thun. Zu dieser Schwäche aber kam noch ein Zweites: der „latente deutsche Gedanke Friedrich Wilhelms IV.“

Fürst Bismarck erörtert im ersten Abschnitte des dritten Capitels (Erfurt, Olmütz, Dresden) die Ursachen der Mißerfolge Preußens auf dem Gebiete der deutschen Politik. „Der König hoffte, das Wünschenwerthe würde kommen, ohne daß er seine legitimistischen Traditionen zu verletzen brauchte.“ Er hatte nicht den Muth, die Macht, die ihm der Sieg des Ministeriums Brandenburg und die Niederwerfung des badischen Aufstandes gaben, zunächst in Preußen selbst gegen die Revolution zu verwerthen, weil er die Besorgniß hegte, „dasjenige Maß von Wohlwollen in nationaler und liberaler Richtung zu verlieren, auf dem die Hoffnung beruhte, daß Preußen ohne Krieg und in einer mit legitimistischen Vorstellungen verträglichen Weise das Borgewicht in Deutschland zufallen würde.“ Diese Hoffnung, die bis in die Anfänge der Neuen Aera hinein in der Phrase von dem deutschen Verufe Preußens Ausdruck fand, beruhte auf einem doppelten Irrthum: einer Unterschätzung

¹⁾ Auch Bismarcks Name fand sich auf einer der Ministerlisten. Der König hatte dazu, nach Gerlachs Mittheilung, an den Rand geschrieben: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bayonett schrankenlos waltet.“

²⁾ Interessante Einzelheiten berichten die beiden Briefe Bismarcks an seinen Bruder vom 10. und 11. November, Bismarckbriefe, 7. Aufl., S. 68f. 69ff.

der Lebenskraft der deutschen Dynastien und ihrer Staaten seitens der Frankfurter Versammlung und einer Ueberschätzung der revolutionären Kräfte und der revolutionären Agitation seitens des Königs. Die Achtung vor der „Legitimität“, die Furcht vor der „Barrikade“ ließen den König den rechten Augenblick versäumen, an der Spitze der deutschen Fürsten nach siegreicher Niederwerfung der Revolution ein deutsches Einheitsgebilde herzustellen; zur Ablehnung der von der Frankfurter Versammlung ihm angebotenen Kaiserkrone (3. April 1849) bestimmte ihn hauptsächlich der revolutionäre oder doch parlamentarische Ursprung des Anerbietens und der Mangel eines staatsrechtlichen Mandats des Frankfurter Parlaments bei mangelnder Zustimmung der Dynastien. Im Rückblick auf die damalige Lage, Personen und Zustände muß Fürst Bismarck das Preußen Friedrich Wilhelms IV. für nicht reif erklären zur Uebernahme der Führung in Deutschland, aber er macht kein Hehl daraus, daß diese aus dem Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung gewonnene Ansicht nicht mit gleicher Klarheit damals in ihm lebendig war. Seine Freude über die Ablehnung der Kaiserkrone beruhte weniger auf einer genauen Kenntniß des Charakters Friedrich Wilhelms IV., als auf dem Mißtrauen in den parlamentarischen Ursprung des preußischen Erbkaiserthums und die ganze Entwicklung der Dinge seit den Barrikaden von 1848 mit ihren parlamentarischen Consequenzen. Er folgte darin den Anschauungen seiner politischen Freunde, der Führer seiner Fraction, als Parteimann, der in verba magistri schwörend jedem Gegner mit Mißtrauen oder Feindschaft begegnet. Indem Bismarck dieses Bekenntniß ablegt, nimmt er die Gelegenheit wahr, das Fractionenleben sonst und jetzt zu vergleichen, und recht aufmerksam sollten die goldenen Worte gelesen werden: „Das politische Streberthum hat heute mehr Antheil an dem Bestehen und Verhalten der Fractionen als vor 40 Jahren; die Ueberzeugungen waren damals aufrichtiger und ungeschulter, wenn auch die Leidenschaften, der Haß und die gegenseitige Mißgunst der Fractionen und ihrer Führer, die Neigung, die Landesinteressen den Fractioneninteressen zu opfern, heut vielleicht stärker entwickelt sind . . . Byzantinismus und verlogene Specu-

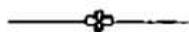
lation auf Liebhabereien des Königs wurden wohl in kleineren, höheren Kreisen betrieben, aber bei den parlamentarischen Fraktionen war der Wettlauf um die Gunst des Hofes noch nicht im Gange.“

Auch die zweite günstige Gelegenheit, die sich dem Könige von Preußen durch die Niederwerfung des Dresdener Aufstandes und die Herstellung des Dreikönigsbündnisses (26. Mai 1849) bot, blieb bei dem Mangel klarer und praktischer Ziele und entschlossenen Handelns unbenuzt: man verlor die Zeit mit Erwägungen über Einzelheiten der künftigen Verfassung, unter denen eine der breitesten Stellen die Frage von dem Gesandtschaftsrecht der deutschen Fürsten neben dem des Deutschen Reiches einnahm. Während man über alles andere schon hinreichend einig war, wurde der Abschluß durch diese Frage um Monate hingehalten. „Darüber verfloß das tempus utile, und es kamen rauhe Winterstürme, in denen diese jungen Frühlingschößlinge nicht mehr gedeihen konnten.“¹⁾ Statt, unter Verzicht auf Beifall und Popularität bei verwandten Fürstenhäusern, Parlamenten, Historikern und in der Tagespresse, auf militärischem Gebiete die bei Oesterreichs Schwäche unbestrittene Führung in Deutschland zu übernehmen, ließ Preußen Oesterreich erstarren und kämpfte auf dem Erfurter Reichstage eigentlich nur für den Rückzug, nachdem Sachsen und Hannover unter österreichischem Einflusse bereits wieder dem Bunde mit Preußen untreu geworden waren. Unbeantwortet bleibt auch für Bismarck die Frage, „ob der Einfluß des Generals von Radowik aus katholisirenden Gründen in einer auf den König wirklichen Gestalt verwendet worden ist, um das evangelische Preußen an der Wahrnehmung der günstigen Gelegenheit zu hindern und den König über dieselbe hinwegzutäuschen“. Als gewiß bezeichnet er es, daß Radowik den „geschickten Garderobier der mittelalterlichen Phantasie des Königs machte und dazu beitrug, daß der König über historischen Formfragen und reichsgeschichtlichen Erinnerungen die Gelegenheit zu praktischem Eingreifen in die Entwicklung der Gegenwart versäumte.“

¹⁾ Politische Reden VII, 184.

Die Auflösung des Dreikönigsbundes, das nach der schweren Niederlage doppelt staunenswerthe Erstarken Oesterreichs, die mangelnde Kriegsbereitschaft Preußens, die Kriegsdrohungen Rußlands — Alles wirkte zusammen zu der durch den Namen Olmütz gebrandmarkten Niederlage Preußens. Man hat es dem Abgeordneten von Bismarck verdacht, daß er am 3. December 1850 die Politik von Olmütz vertheidigt hat; aber wer seinen Ausführungen zu folgen verstand, konnte schon damals erkennen, daß nur ernste Bedenken ihn abhielten, eine kriegerische Politik zu befürworten, wie sie die Mehrheit der Liberalen wünschte, weil diese Politik das militairisch unfertige Preußen in eine schwere Krisis hätte bringen müssen. Die Rede ist ein diplomatisches Meisterstück, und ihr richtiges Verständniß erschließt Fürst Bismarck durch die Mittheilungen über die an leitender Stelle herrschende Ueberzeugung von der Unmöglichkeit eines sofortigen Krieges mit Oesterreich. Die Schuld an der militairischen Gebundenheit Preußens, wie sie der Kriegsminister v. Stockhausen dem Abg. v. Bismarck schilderte, lag nicht etwa an der Unfähigkeit dieses Generals, von dessen Sachkunde und Ehrliche im Gegentheil Bismarck überzeugt ist, sie lag „an der Planlosigkeit, mit der die preussische Politik auf militairischem Gebiete sowohl wie auf diplomatischem in und seit den Märztagen mit einer Mischung von Leichtfertigkeit und Anauferei geleitet worden war.“ Was in den letzten Jahren versäumt worden war, konnte Stockhausen nicht im Verlaufe weniger Wochen wieder gut machen: die Entscheidung auf die Spitze des Schwertes zu stellen, ehe Preußen kriegsbereit war, wäre ein Verbrechen gewesen, zu dem weder Stockhausen noch Brandenburg die Hand bieten mochten. Zeit zu gewinnen — war die Parole; und jederzeit hätte in den an Olmütz sich anschließenden Verhandlungen von Dresden die Möglichkeit zum Kriege gefunden werden können, wenn nur die damalige preussische Diplomatie auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hätte. Von wem die auffällige Beschränkung der Ziele Preußens in Dresden ausgegangen ist, ob vom Könige oder von Herrn von Manteuffel, dem neuen Minister des Auswärtigen, ist Bismarck nie klar geworden. Er hatte damals nur den Ein-

druck, daß Manteuffel nach seinem ganzen Vorleben als Landrath, Regierungspräsident und Director im Ministerium des Innern sich in der Sicherheit seines Auftretens durch die renommtischen, vornehmen Verkehrsformen des Fürsten Schwarzenberg einschüchtern ließ. Die Art, wie ein Staat seine Gesandten an fremden Höfen auftreten läßt, ist nicht ohne Einfluß auf seine Einschätzung in den Augen der Völker, und es hätte eine stärkere und seines Werthes und der Bedeutung des preußischen Staates bewußtere Persönlichkeit als Manteuffel dazu gehört, um sich dem Vertreter Oesterreichs gegenüber zu behaupten, der durch glänzende gesellschaftliche Repräsentation die Ueberlegenheit des Kaiserstaates in augenfälliger Weise darthat. Der preußische Unterhändler hatte nicht den Muth, auf die militairische Kraft seines Staates gestützt, dem preußischen Willen Achtung zu verschaffen, und gab kleinlaut in allen Punkten den österreichischen Forderungen nach. Als Grundirrthum der damaligen preußischen Politik aber bezeichnet es Bismarck am Schlusse des Capitels, daß man glaubte, Erfolge, die nur durch Kampf oder durch Bereitschaft dazu gewonnen werden konnten, würden sich durch publicistische, parlamentarische und diplomatische Heucheleien in der Gestalt erreichen lassen, daß sie als Preußens tugendhafter Bescheidenheit zum Lohne oratischer Betätigung seiner deutschen Gesinnung aufgezwungen erschienen. Man nannte das, fügt er hinzu, später „moralische Eroberungen“: „es war die Hoffnung, daß Andere für uns thun würden, was wir selbst nicht wagten“.



VI.

Aus der Frankfurter Zeit.

Die Capitel 4—9 (Diplomat; Wochenblattspartei, Krimkrieg; Sanssouci und Coblenz; Unterwegs zwischen Frankfurt und Berlin; Besuch in Paris; Reisen, Regentschaft) enthalten eine Nachlese zu der durch amtliche und private Publicationen in weiterem Umfang bekannt gewordenen Frankfurter Zeit Bismarcks. Die Ernennung Bismarcks zum Legationsrath bei der wiederhergestellten Gesandtschaft Preußens am Bundestag rief in der amtlichen Welt Berlins lebhaftes Staunen hervor. Wie konnte man einen nicht durch die Weihe staatlicher Examina hindurchgegangenen Rittergutsbesitzer, dessen „vorsündfluthliche“ Anschauungen im Vereinigten Landtage und in der zweiten Kammer die Heiterkeit der Liberalen erweckt hatten, auf einen der verantwortungreichsten Posten stellen? Durfte man von ihm, der eben noch als Vertheidiger der Politik von Olmütz aufgetreten war, erwarten, daß er die Rechte Preußens am Deutschen Bunde wahrnehmen würde? war nicht vielmehr zu befürchten, daß die Mediatisirung Preußens unter Oesterreich durch ihn um ein Bedeutendes gefördert werden würde? So fragten besorgt die preußischen Patrioten; die abgünstigen Leute aber wunderten sich über die Kühnheit, mit der der außerhalb der bureaukratischen Hierarchie stehende Neuling in diplomaticis sich zur Uebernahme des Amtes bereit erklärte. Dem Könige, von dem der Vorschlag ausgegangen war und den doch der schnelle Entschluß Bismarcks einiger-

maßen befremdete, antwortete Bismarck: „Der Muth ist ganz auf Seiten Eurer Majestät, wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen; indessen sind Eure Majestät ja nicht gebunden, die Ernennung aufrecht zu erhalten, sobald sie sich nicht bewährt. Ich selbst kann keine Gewißheit darüber haben, ob die Aufgabe meine Fähigkeit übersteigt, ehe ich ihr näher getreten bin. Wenn ich mich derselben nicht gewachsen finde, so werde ich der Erste sein, meine Abberufung zu erbitten. Ich habe den Muth, zu gehorchen, wenn Eure Majestät den haben, zu befehlen.“ Der König versuchte die Sache, und im Juli 1851 rückte Bismarck aus der Stellung des Legationsrathes in die durch Rochow's Rückversetzung auf den Petersburger Posten freigewordene des Bundestagsgesandten ein. Bald genug überzeugte sich nun der bisherige Vertreter einer dualistischen Politik von der Abneigung der österreichischen Staatsmänner gegen Preußen; über die Unmöglichkeit eines freundlichen Zusammengehens der beiden Großstaaten belehrte ihn der Einblick in die berühmte Schwarzenberg'sche Depesche, in der als Programm der österreichischen Politik die Schwächung und demnächstige Zerstörung Preußens aufgestellt wurde. Fortan stand Herr v. Bismarck auf der Bresche zur Abwehr jedes Uebergriffes, den die Präsidialgesandten (Graf Thun, Frhr. von Prokesch-Osten, Graf Rechberg) unter der Maske der Harmlosigkeit und Bonhomie versuchten, und mußte den Ruf eines Störenfriedes und Händlersuchers auf sich nehmen, während er doch nur die Rechte seines Königs und seines Staates wahrnahm. Unter diesen Umständen war seine außerordentliche Sendung nach Wien, im Juni 1852, ein besonderer Prüfstein seiner diplomatischen Befähigung, und er hat der Erwartung, die sein König in ihn setzte, vollständig entsprochen. Auf's Beste durch einen eigenhändigen Brief Friedrich Wilhelms IV. bei Kaiser Franz Joseph eingeführt, lenkte Herr v. Bismarck die fast unparlamentarisch gewordenen Verhandlungen wieder in Formen hinüber, die in guter Gesellschaft üblich sind, ohne doch nur ein Tüttelchen von dem zuzugestehen, was die Oesterreicher forderten: den Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Zollverein. Was Bismarck bei dieser Gelegenheit über die

Voraussetzungen einer solchen Zollgemeinschaft sagt, bedarf der ernstesten Beachtung seitens der mit der Vorbereitung von Handelsverträgen beauftragten Commission. Wir lesen da: „Zu den nothwendigen Unterlagen einer Zollgemeinschaft gehört ein gewisser Grad von Gleichartigkeit des Verbrauchs; schon die Unterschiede der Interessen innerhalb des Deutschen Zollvereins zwischen Nord und Süd, Ost und West sind schwer und nur mit dem guten Willen zu überwinden, der der nationalen Zusammengehörigkeit entspringt; zwischen Ungarn und Galizien einerseits und dem Zollverein andererseits ist die Verschiedenheit des Verbrauchs zollpflichtiger Waaren zu stark, um eine Zollgemeinschaft durchführbar erscheinen zu lassen. Der Vertheilungsmaßstab für die Zollverträge würde stets für Deutschland nachtheilig bleiben, auch wenn die Ziffern es für Oesterreich zu sein schienen. Letzteres lebt in Eis- und mehr noch in Transleithanien vorwiegend von eigenen, nicht von importirten Erzeugnissen.“ Die Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich ist auch heutzutage noch das letzte Ziel der österreichischen Handelspolitik und wird von großdeutschen Schwärmern aus idealistischen Gründen empfohlen; aber wir werden besser bewahrt bleiben, wenn wir dem Rathe des nüchternen Realpolitikers folgen, dem der Caprivianische Handelsvertrag immer als einer der schwersten Fehler unserer Epigonenpolitik erschienen ist. Er hat dem Deutschen Reiche schon erhebliche Millionen gekostet, unserer Industrie nicht die erhofften Früchte, unserer Landwirthschaft aber schwere Nachtheile gebracht.

Der König betrachtete den Wiener Posten als die hohe Schule der Diplomatie und wünschte, daß Herr v. Bismarck sich in denselben hineinleben sollte in der Zeit, da er den erkrankten Grafen v. Arnim-Heinrichsdorf dort vertrat. Aber Bismarck hatte keine Lust dazu. Er würde, meinte er, das Gefühl haben, an seine Gegner ausgeliefert zu sein. Der König wieder wollte nicht befehlen, und so kehrte Bismarck nach Frankfurt zurück. Durch ärgerliche Zuträgereien, die auf den ränkessüchtigen Generalsteuereirector Klente in Hannover zurückzuführen waren, wurde er in Folge der Wiener Mission seinem Minister verdächtig, was sich trotz der alsbald von ihm be-

wirkten Nichtigstellung in einer merklichen Abkühlung der persönlichen Beziehungen fühlbar machte. Und doch beherrschte weder damals noch später Bismarck der Ehrgeiz, Minister zu werden, wenn er auch in patriotischer bewegten Augenblicken seine „beiden Ohren“ dafür gegeben hätte, seine politischen Ansichten durchzusetzen.¹⁾ Er war überzeugt, daß er dem Könige gegenüber als Minister eine für ihn haltbare Stellung nicht erlangen würde. Er sagt darüber: „Daß die Ziele der preussischen auswärtigen Politik, welche mir vorschwebten, sich mit denen des Königs nicht vollständig deckten, war mir klar, ebenso die Schwierigkeit, welche ein verantwortlicher Minister dieses Herrn zu überwinden hatte, bei dessen selbstherrlichen Anwandlungen mit oft jähem Wechsel der Ansichten, bei der Unregelmäßigkeit in Geschäften und bei der Zugänglichkeit für unberufene Hintertreppeneinflüsse von politischen Intriganten, wie sie von den Adepten unserer Kurfürsten bis auf neuere Zeiten in dem regierenden Hause, sogar bei dem strengen und hausbackenen Friedrich Wilhelm I. Zutritt gefunden haben. Die Schwierigkeit, gleichzeitig gehorsamer und verantwortlicher Minister zu sein, war damals größer als unter Wilhelm I.“

In die ersten Jahre des Frankfurter Aufenthalts fällt ein Versuch des Königs Georg V. von Hannover, Bismarck in die Dienste der Welfenkrone als Minister zu ziehen. Er stellte als Bedingung seines Eintritts ein enges Zusammengehen Hannovers mit Preußen in allen wichtigeren Fragen der deutschen Politik. Bismarck hatte mit dem Könige Georg mehrere geheime Conferenzen, doch kam die Frage der Berufung Bismarcks in's Ministerium dabei nicht zur Erörterung, der König verlangte nur den Rath des preussischen Bundestagsgesandten in der Frage einer Revision der hannoverschen Verfassung mit Hilfe von Bundesbeschlüssen. Was Bismarck bei dieser Gelegenheit von der Verlassenheit des Königs Georg erzählt, der infolge seiner Blindheit keine Ahnung von der Wichtigkeit der auf und unter seinem Tische liegenden amt-

¹⁾ Brief an den Bruder vom 10. Juli 1854, Bismarckbriefe, 7. Aufl., S. 177.

lichen und privaten Papiere hatte, wirkt wie eine Illustration zu dem Sage der Treitschleschen Politik, daß von allen körperlichen Gebrechen die Blindheit das einzige sei, was die Regierungsfähigkeit ausschliesse.¹⁾

Der Ausbruch des Krimkrieges 1854 offenbarte einen am preussischen Hofe schon lange im Geheimen vorhandenen Gegensatz zwischen dem leitenden Minister Ranteuffel und der auch „Wochenblattspartei“ genannten Fraction Bethmann-Hollweg, die in dem Grafen Robert von der Goltz einen geschickten „Impresario“ gefunden hatte. Die scharfe Beurtheilung der Politik von Olmütz und die Schilderung ihrer Folgen, das war die erste Waffe, mit welcher Ranteuffel von Goltz angegriffen, gleichzeitig aber auch der Partei die Sympathie des Prinzen gewonnen wurde. Denn in dem soldatischen Gefühle des Prinzen war Olmütz eine wunde Stelle, die bei der leisesten Berührung schmerzte. Der Krimkrieg schien die Möglichkeit zu bieten, die Scharte auszuweihen, die durch die Olmützer Punctation in das preussische Schwert geschlagen war, und die Wochenblattspartei drängte zu einer activen russenfeindlichen Politik. Anderer Meinung aber war Herr v. Ranteuffel, anderer Herr von Bismarck. Der Erstere war der entschiedene Gegner jedes Bruchs mit Oesterreich und ging in seiner Gefälligkeit für Oesterreich, die nur immer neue Humuthungen und Forderungen an den preussischen „Leporello“ zeitigte, soweit, daß Herr von Bismarck in Frankfurt sich der Beschämung und Erbitterung nicht erwehren konnte, wenn er sah, wie Preußen auf Commando Oesterreichs jede eigene Politik und jede selbständige Ansicht opferte und unter dem Drucke der Inferiorität, in Furcht vor Frankreich und in Demuth vor England, im Schlepptau Oesterreichs Schutz suchte: das Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen und Oesterreich vom 20. April 1854, das Preußen unter gewissen Voraussetzungen zur Theilnahme am Kriege als Bundesgenosse Oesterreichs verpflichtete, war der Triumph der Bestrebungen, die preussischen Kräfte den politischen Wünschen des Hauses Habsburg dienstbar zu machen. Der Letztere dagegen

¹⁾ Politik II, 153.

hielt die Gelegenheit für günstig, um Preußen aus der secundären und unwürdigen Lage herauszuheben und an die Spitze der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu stellen, die gegenüber dem österreichisch-westmächtlichen Drucke bei Preußen Schutz suchten und nur in einer von Preußen gedeckten Neutralität ihr Interesse gewahrt sahen. Wenn der König auch für den Plan, den Bismarck ihm entwickelte, nicht unempfänglich war, so siegten doch bei ihm die Bedenken gegen eine Initiative im Sinne einer selbständigen preussischen Politik. Die Worte: „Liebekönig, das ist sehr schön, aber es ist mich zu theuer“ kennzeichnen zur Genüge die thatlose Schwäche dieses geistreichsten aller preussischen Könige.

Die Leiter der Wochenblattspartei wiegten sich in dieser Zeit in großen Entwürfen, die sie in umfangreichen Denkschriften entwickelten, für die sie aber auch die Mitwirkung Bismarcks zu gewinnen suchten. Unter dem Einflusse der Harthausenschen Theorie — daß die drei Zonen mit ihren einander ergänzenden Producten den hundert Millionen Russen, wenn sie vereinigt blieben, das Uebergewicht über Europa sichern müßten —, planten sie nichts Geringeres als eine Zerstückelung Rußlands zu Gunsten Preußens und Schwedens, die Herstellung einer Republik Polen im Umfange von 1772 und die Zerlegung des Restes durch Theilung zwischen Groß- und Kleirussen. Herr v. Bismarck war für dergleichen Utopien, wie sie der preussische Gesandte in London, Herr v. Bunsen, selbst seinem Minister in umfanglichen Denkschriften zu entwickeln wagte, nicht zu haben; er versuchte auch den Prinzen von Preußen aus dem Bannkreise der politischen Theorien zu befreien, in denen er unter häuslicher, englischer und Bethmann-Hollweg'scher Einwirkung befangen war, mußte aber bemerken, daß der Einfluß der Frau Prinzessin auf den Gatten stärker war als die von ihm vorgetragene Auffassung. Der Prinz blieb einer activen, gegen Rußland gewendeten preussischen Politik zugeneigt. Bismarck's Argumente gegen eine ruffenfeindliche Politik gelten auch heute noch, es lohnt ihnen nachzudenken. Deutschland hat, wie Bismarck auch später immer wieder betont hat, an der orientalischen Frage kein Interesse, das einen Krieg mit Rußland

oder auch nur das Opfer seiner guten Beziehungen zu Rußland rechtfertigen könnte; „im Gegentheil, jeder siegreiche Krieg gegen Rußland unter unserer nachbarlichen Betheiligung beladet uns nicht nur mit dem dauernden Revanchegefühl Rußlands, das wir ohne eignen Kriegsgrund angefallen, sondern zugleich mit der sehr bedenklichen Aufgabe, die polnische Frage in einer für Preußen erträglichen Form zu lösen.“

Die Westmächte und das mit ihnen verbündete Oesterreich gaben ihren Aerger über Preußens Haltung im Krimkriege, die, einzelne Schwankungen abgerechnet, russenfreundlich blieb, dadurch kund, daß sie Preußen von den Pariser Conferenzen von 1856 ausschlossen und ihm nur gestatteten, den von den Theilnehmern gefaßten Beschlüssen seine Unterschrift beizufügen. Bismarck hat die damalige Politik des Ministeriums Manteuffel immer als eine unglückselige, als eine Art von Canossa bezeichnet, für das er niemals die Verantwortung hätte übernehmen mögen. Wie gewaltig ihm der Zorn über die Selbsterniedrigung Manteuffels, der um die Zulassung zu dem Congresse bettelte, statt durch stolze Zurückhaltung den Mächten das Spiel zu verderben und Preußen die Hand für künftige Anfechtung der ohne seine Mitwirkung geschlossenen Verträge frei zu halten, die Nerven erregte, lehrt mehr noch als die amtliche Correspondenz der private Brief an Leopold v. Gerlach vom 11. Februar 1856: die ersten 24 Stunden nach Empfang der „Chamade schlagenden Instruction“, durch welche Preußen seine „Abdication“ erklärte, litt er unter fortwährenden Anfällen gallichten Erbrechens und einem beständigen Fieber. Nur in der Erinnerung an den Frühling 1848 fand er das „Analogon“ seiner körperlichen und geistigen Stimmung, und nirgends entdeckte er etwas, woran sein preußisches Ehrgefühl sich aufrichten konnte. Er mußte, daß hinter dem von England gestellten Antrage auf Ausschluß Preußens Oesterreich stand, daß Oesterreich die vorläufige Anerkennung der Präliminarien durch Preußen und den Bund nur darum so eifrig betrieb, um auf dem Congreß als alleinige Schutzmacht Deutschlands die deutschen Interessen zu vertreten, soweit sie mit den österreichischen zusammenfielen; aber er forderte vergebens seine

Regierung zu muthigen Entschlüssen auf: Manteuffel antichambritte so lange bei den Mächten, bis er die nachträgliche Einladung preussischer Bevollmächtigter erbettelt hatte. Möchte er darin einen Triumph sehen und König Friedrich Wilhelm IV. ihm dafür den Orden vom Schwarzen Adler verleihen — in Wirklichkeit hatte Preußen eine Niederlage erlitten, die der von Olmütz gleichkam. Wie diese Vorgänge auf Bismarck wirkten, lehrt der Schlußsatz des fünften Capitels: „Der Eindruck, daß wir in den Formen wie in der Sache von Oesterreich geringschätzig behandelt wurden, und daß wir uns diese geringschätzig Behandlung nicht gefallen lassen durften, ist nicht ohne Folgen geblieben für die spätere Gestaltung der preussisch-österreichischen Beziehungen.“ Zehn Jahre später erfolgte auf den Schlachtfeldern Böhmens die große Abrechnung mit den Schwarzenberg-Buolischen Tendenzen.

Am preussischen Hofe war die westmächtlüche Stimmung hauptsächlich durch die Prinzessin Augusta vertreten. Unter ihrem Einfluß gerieth der Prinz von Preußen in eine Art Oppositionsstellung zu seinem Bruder, die seinen militairischen Instincten an sich fern lag. Bismarck giebt bei dieser Gelegenheit eine interessante Charakteristik dieser bedeutenden Frau, die leider nur zu sehr von dem Drange zu herrschen sich leiten ließ. Die weimarische Prinzessin hat sich die Vorliebe für das Fremde, vornehmlich für das Französische und Englische, die an unsern kleinen Höfen ihre besondere Heimstätte fand, bis an ihr Lebensende bewahrt. Ein Ausländer gewann bei ihr leichter Zutritt als ihre Landsleute, da „was weit her war“ in ihren Augen höheren Werth besaß, als was der deutschen Heimath entsprang. Nur gegen Rußland hatte sie eine angeborene Abneigung, die sie während des Krimkriegs auch sichtbar zu äußern pflegte, während sie in den Zeiten Friedrich Wilhelms III. ihren antirussischen Gefühlen Zwang auferlegt hatte. Dem Verfasser der Gedanken und Erinnerungen fehlt für diese Erscheinung die rechte psychologische Erklärung, er vermuthet, daß sie in dem Dissense zwischen der hochbegabten, social und politisch russischen Mutter, der Großherzogin Maria Paulowna von Weimar, und ihren russischen Besuchern und

dem lebhaften Temperament einer erwachsenen und zur Uebernahme der Führung in ihrem Kreise geneigten Tochter, vielleicht auch in einer Idiosynkrasie gegen die präpotente Persönlichkeit des Kaisers Nicolaus begründet lag. Ihr geschickter Amanuensis war Herr v. Schleinitz, der als Specialpolitiker der Prinzessin und nachmaligen Königin und Kaiserin in ihrem Auftrage Briefe und Actenstücke zu beschaffen oder auch ad hoc zu redigiren hatte, die zur Beeinflussung des Gemahls erwünscht waren. Seitdem der Prinz von Preußen im Jahre 1849 als Gouverneur der Rheinprovinz seine Residenz dauernd nach Coblenz verlegt hatte, verdichtete sich allmählich die gegenseitige Stellung der beiden Höfe von Sanssouci und Coblenz zu einer geheimen Gegnerschaft. An jenem hatte die nach dem Tode des Generals v. Rauch vom General Leopold v. Gerlach geleitete sogenannte Camarilla, zu der die Grafen Anton Stolberg, Friedrich zu Dohna, Karl v. d. Gröben, Frhr. Edwin v. Manteuffel, Cabinetrath von Niebuhr, während des Krimkriegs auch Graf Münster gehörten, das Heft in Händen, an diesem die Prinzessin von Preußen, die in den Rheinlanden mehr und mehr katholisirenden Einflüssen unterlag. Zum Glück fand das staatliche Interesse am prinzlichen Hofe in der Abwehr von Schädigungen durch weibliche Einflüsse einen festen und klugen Vertreter an Gustav von Alvensleben, der sich die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen beiden Höfen zur Aufgabe machte und glücklicherweise in der Treue seines prinzlichen Herrn einen starken Halt fand gegenüber allen auf seine Beseitigung gerichteten Ränken.

Herr v. Bismarck ist in den Jahren seiner Frankfurter Gesandtschaft mehr als einmal der Candidat des Königs für den eventuellen Ersatz Manteuffels gewesen, richtiger vielleicht: der König benutzte die Drohung mit der Berufung Bismarcks zur „Territion“ Manteuffels, um diesen immer wieder zum Gehorsam zu zwingen. Denn der König wollte gehorsame Minister und konnte sich offenbar in die Rolle eines constitutionellen Monarchen nicht hineinleben, der in der Verantwortlichkeit der Minister die beste Bürgschaft für die Dauer der dynastischen Rechte besitz. Manteuffel als Ministerpräsident

und Minister des Auswärtigen befand sich in keiner beneidenswerthen Lage. Der König liebte es, auf eigene Faust Politik zu machen, oft in einem den Anschauungen seines verantwortlichen Ministers entgegengesetzten Sinne. Er bediente sich dabei der Gesandten, die als Untergebene des Ministers dadurch wieder in eine schiefe Stellung zu ihrem Chef geriethen, mit Vorliebe Bismarcks. Da diesem ein ehrgeiziges Streben nach dem Ministerposten fern lag, so benutzte er das Vertrauen des Königs, um immer wieder zu vermitteln. Zur Zeit des Krimkrieges häuften sich die Differenzen zwischen dem Könige und Manteuffel derart, daß Bismarck, wie er erzählt, auf den Reisen zwischen Berlin und Frankfurt über Guntershausen in einem Jahre 2000 Meilen zurücklegte, „damals stets die neue Cigarre an der vorhergehenden entzündend oder gut schlafend.“ Der König erforderte dann nicht nur seine Ansicht über Fragen der deutschen und auswärtigen Politik, sondern beauftragte ihn auch gelegentlich, wenn Entwürfe des Auswärtigen Amtes vorlagen, mit der Ausarbeitung von Gegenentwürfen. Mitunter verwirrten sich die Dinge noch mehr, wenn der König den Grafen Albert Bourtalès zu Rathe zog, den er auch gern gegen Manteuffel ausspielte, wengleich der Reichthum des Grafen, der ihm die Unabhängigkeit der persönlichen Meinung gestattete, in den Augen des Königs seine Berufung zum Minister erschwerte. „Es kam vor“, erzählt Bismarck, „daß nothwendige Depeschen nicht von Manteuffel, sondern von dem Grafen Albert Bourtalès entworfen wurden, daß der König mir dessen Entwürfe zur Revision gab, daß ich über die Amendirung wieder mit Manteuffel Fühlung nahm, daß der den Unterstaatssecretair Le Coq zuzog, daß dieser die Fassung aber lediglich von dem Standpunkte französischer Stilistik prüfte und eine tagelange Verzögerung mit der Anführung rechtfertigte, er habe den genau angemessenen französischen Ausdruck noch nicht gefunden, der zwischen dunkel, unklar, zweifelhaft und bedenklich die richtige Mitte hielte.“

Auch in den Fragen der inneren Politik bediente sich der König gern der Beihilfe Bismarcks, so in dem Streite, der zwischen ihm und den Führern der conservativen Partei über

die Bildung der Ersten Kammer sich erhob. Der König wünschte eine Art Oberhaus zur Stütze der königlichen Autorität, die conservative Partei der Zweiten Kammer eine durch Wahlen zusammenzusetzende Erste Kammer. Herr v. Bismarck, der in dieser Frage damals noch keine persönliche Ueberzeugung hatte, nahm es auf sich, die Wünsche des Königs seinen Fraktionsgenossen gegenüber geltend zu machen, wenn er sich auch bei dem Widerstande der Parteileitung keinen rechten Erfolg davon versprach. Indem er nicht sowohl für die vorliegende Auffassung des Königs, als für das grundsätzliche Zusammenhalten mit ihm eintrat, gelang es ihm, die Fraction für seinen Gedanken zu gewinnen: bei der Abstimmung blieb die Fraktionsleitung isolirt. Im Rückblick auf diese Dinge muß Bismarck zugeben, daß die Fraktionsführer im Grunde dem Könige gegenüber Recht hatten, wenn sie ein aus königlicher Berufung hervorgehendes Herrenhaus als ein ungeeignetes Organ parlamentarischer Mitregierung im constitutionellen Staate betrachteten. „Die Erste Kammer war zur Lösung der Aufgaben, welche einer solchen im constitutionellen Leben zufallen, befähigter als das heutige Herrenhaus. Sie genoß in der Bevölkerung eines Ansehens, welches das Herrenhaus sich bisher nicht erworben hat. Das letztre hat zu einer hervorragenden politischen Leistung nur in der Conflictszeit Gelegenheit gehabt und sich damals durch die furchtlose Treue, mit der es zur Monarchie stand, auf dem defensiven Gebiete der Aufgabe eines Oberhauses völlig gewachsen gezeigt. Es ist wahrscheinlich, daß es in kritischen Lagen der Monarchie dieselbe tapfere Festigkeit beweisen wird. Ob es aber für Verhütung solcher Krisen in den scheinbar friedlichen Zeiten, in denen sie sich vorbereiten können, denselben Einfluß ausüben wird, wie jene Erste Kammer gethan hat, ist mir zweifelhaft. Es verräth einen Fehler in der Constitution, wenn ein Oberhaus in der Einschätzung der öffentlichen Meinung ein Organ der Regierungspolitik oder selbst der königlichen Politik wird. Nach der preussischen Verfassung hat der König mit seiner Regierung an und für sich einen gleichwerthigen Antheil an der Gesetzgebung wie jedes der beiden Häuser; er hat nicht nur sein volles Veto, sondern

die ganze vollziehende Gewalt, vermöge deren die Initiative in der Gesetzgebung factisch und die Ausführung der Gesetze auch rechtlich der Krone zufällt. Das Königthum ist, wenn es sich seiner Stärke bewußt ist und den Muth hat, sie anzuwenden, mächtig genug für eine verfassungsmäßige Monarchie, ohne eines ihm gehorsamen Herrenhauses als einer Krücke zu bedürfen. Auch wenn das Herrenhaus in der Conflictszeit sich für die ihm zugehenden Statsgesetze die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses angeeignet hätte, so wäre immer, um ein Statsgesetz zu Stande zu bringen, die Zustimmung des dritten Factors, des Königs, unentbehrlich gewesen, um dem Stat Gesetzkraft zu geben." Bismarck vertritt die Ansicht, daß auch eine Erste Kammer den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht nur nicht beigetreten sein, sondern durch ihre sachlichen und leidenschaftslosen Debatten mäßigend auf das Abgeordnetenhaus eingewirkt und seine Ausschreitungen zum Theil verhindert haben würde. Indem die öffentliche Meinung geneigt war, in den Beschlüssen des Herrenhauses nur „eine parallele Ausdrucksform des königlichen Willens zu sehen“, legte sie seinem Widerspruch nicht die Bedeutung bei, die ihm in sachlicher Hinsicht gebührte.

Bismarck hat einige der für die Beibehaltung der Ersten Kammer sprechenden Gründe auch dem Könige Friedrich Wilhelm IV. gegenüber geltend gemacht, sie fanden aber so wenig Anklang bei ihm, daß er im Glauben an die Ueberlegenheit der Einsicht des Königs die eigene Meinung zurückdrängte. Wäre die Frage, ob die Erste Kammer in ein Herrenhaus umzuwandeln sei, 20 Jahre später an ihn herangetreten, so würde er von der Beibehaltung der Ersten Kammer sein Verbleiben im Amte abhängig gemacht haben.

Gnade und Ungnade lagen bei Friedrich Wilhelm IV. nahe bei einander. Auch über Herrn v. Bismarck lachte nicht immer die Sonne der königlichen Gunst. Im August 1854 berief der König Herrn v. Bismarck nach Putbus, um seine Feder für die Beantwortung der Depesche des Grafen Buol vom 10. August zu benutzen, da ihm der Manteuffelsche Entwurf zu österreichisch erschien. Nachdem Bismarck die Arbeit ge-

than hatte, drängte er zur Abreise, da üble Nachrichten über das Befinden der Gattin ihn beunruhigten. Der König suchte ihn zu halten, indem er ihn — ein Beweis großer Gunst — auf das Gefolge übertrug, war aber um so mehr gereizt, als Bismarck dennoch reiste. Die Ungnade des Königs erstreckte sich auch auf die von Bismarck aufgesetzte Depesche. Obwohl der Entwurf bereits abgegangen war, wurde er doch telegraphisch angehalten und dann geändert.

Eine ernstere Verstimmung machte sich geltend nach dem Besuche Bismarcks in Paris. Er begab sich im August 1855 dorthin, um als Gast des preussischen Gesandten, des Grafen Maximilian v. Hatzfeldt, der Feier des Napoleontages (15. August) beizuwohnen und die Industrieausstellung zu sehen. Am französischen Hofe durch seinen Gastgeber eingeführt, stand er zum ersten Male dem Imperator gegenüber. Bei den verschiedenen Besprechungen, die er damals mit dem Kaiser hatte, gab Napoleon nur in allgemeinen Worten seinen Wunsch und seine Absicht im Sinne einer französisch-preussischen Intimität zu erkennen: er meinte, daß diese beiden benachbarten Staaten, die vermöge ihrer Bildung und ihrer Einrichtungen an der Spitze der Civilisation ständen, auf einander angewiesen seien. Wenn Herr v. Bismarck aus Gründen der Politik die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu dem Oberhaupte des französischen Staates seinem Könige empfahl, so geschah es in der Hoffnung, durch staatsmännische Erwägungen persönliche Abneigungen überwinden zu können, die am preussischen Hofe geflissentlich gegen Napoleon, als Träger der Revolution, von den starren Vertretern des Legimitätsprinzips gepflegt wurden. Die Hoffnung betrog ihn, er selbst wurde verdächtig und mußte sich in einer langen, den „Gedanken und Erinnerungen“ einverleibten Correspondenz mit dem General L. v. Gerlach über den Begriff der Legimität auseinandersetzen, ohne den Gegner von der Verkehrtheit seiner Anschauungen zu überzeugen. Die Briefe Bismarcks, die von mir schon früher in den „Briefen Bismarcks an den General L. v. Gerlach“ herausgegeben worden sind, sind wahre Cabinetsstücke in ihrem gesunden politischen Realismus und in Bezug

auf die historische Begründung seiner Auffassung von dem Unwerthe legitimistischer Bedenklichkeiten.

Auf einem Ball in Versailles wurde Bismarck auch der Königin Victoria von England und dem Prinzen Albert vorgestellt. Der letztere trat ihm mit kühler Zurückhaltung entgegen, da ihm Bismarcks antiwestmächtl. Gesinnung nicht unbekannt war und er den Grund dafür nicht in politischen Erwägungen, sondern in der Vorliebe des preussischen Junkers für den Absolutismus Rußlands suchte. Die Königin Victoria behandelte ihn nicht unfreundlich, wenn Bismarck auch zu bemerken glaubte, daß sie in ihm einen „wunderlichen Kauz“ sah. Daß die Abneigung der Eltern gegen den „Reactionair“ auch auf die Tochter sich vererbte, die im Jahre 1858 sich mit dem Kronprinzen von Preußen vermählte, darf nicht Wunder nehmen. Man konnte von ihr füglich kein Verständniß für die so ganz anders gearteten preussischen Verhältnisse erwarten, sie hat es auch wohl niemals gewonnen, und in den ersten Jahren des Conflicts bildete der von englischen Einflüssen umgebene Kronprinzliche Hof das Hauptquartier aller liberalen Gegner Bismarcks.

Am Hofe Napoleons fand Bismarck nicht mehr die Feinheit der gesellschaftlichen Sitten, die den Hof der Bourbonen zur Schule der Cavaliere gemacht hatte. Bei einem Souper in Versailles, dem er bewohnte, „kamen körperliche Zusammenstöße der gestickten und bebänderten Herrn und reich eleganten Damen vor, die in Handgreiflichkeiten und Verbalinjurien übergingen, wie sie bei uns im Schlosse unmöglich wären.“

Im Jahre 1856 näherte sich der König Herrn v. Bismarck abermals, was bei Herrn v. Manteuffel, wohl auch bei den Mitgliedern der Camarilla, die Besorgniß weckte, Bismarck möchte wieder am Hofe größeren Einfluß gewinnen. Auf Weisung Friedrich Wilhelms IV. mußte Manteuffel, scheinbar aus eigenem Antriebe, Herrn v. Bismarck fragen, ob er als Finanzminister eintreten wolle, um später das Finanzministerium an Manteuffel abzutreten und dafür das Ministerium des Auswärtigen einzutauschen. Die Sache scheiterte auch diesmal an

der Abneigung Bismarcks gegen den Ministerposten überhaupt und in dem Bewußtsein mangelnder Vorbildung für das Amt des Finanzministers im Besonderen.

Das Jahr 1857 führte Bismarck abermals nach Paris, wo zu dieser Zeit die Conferenzen zur Schlichtung des zwischen Preußen und der Schweiz ausgebrochenen Streites abgehalten wurden. Diesmal trat Napoleon offener mit seinen Wünschen hervor: die *petite rectification des frontières*, das A und O der späteren Napoleonischen Politik, spielte schon damals eine Rolle in seinen Erörterungen, ohne eine *conditio sine qua non* zu sein. Aber er schien sie noch nicht am Rheine zu suchen, sondern in Italien. Als Ergebnis eines nächsten Krieges dachte er sich ein Verhältniß der Intimität und Abhängigkeit Italiens zu Frankreich, vielleicht die Erwerbung einiger Küstenpunkte. Für die Ausführung dieses Programms erschien ihm Preußens Zustimmung erwünscht; als Preis stellte er Preußen die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogthümer in Aussicht, die ihm die Unterlage einer stärkeren Seemacht verschaffen würden. In weiterer Perspective deutete er auf eine Vereinigung der Seemächte zweiten Ranges mit Frankreich als Gegengewicht gegen die englische Ueberlegenheit hin. Bismarck nahm die Eröffnungen entgegen, erklärte sich aber außer Stande, sie seinem Könige mitzutheilen, da Friedrich Wilhelm IV. sich unmöglich auf derartige Pläne einlassen könne; ja, er versprach, absolutes Stillschweigen darüber zu bewahren, um den Kaiser vor den Unannehmlichkeiten zu schützen, die aus indiscreten Mittheilungen seiner politischen Pläne an andere Höfe ihm erwachsen könnten. Dem Kaiser war der Gedanke eines solchen „Verraths“ höchst unbequem; aber Herr v. Bismarck mußte zu schweigen und hat nur obenhin über das Gespräch berichtet, ohne den Kaiser bloßzustellen — eine Saat in die Zukunft: in den für Preußen-Deutschland entscheidenden Jahren 1863 bis 1866 hat das Vertrauen Napoleons auf Bismarcks Freundschaft, das er damals gewann, reiche Frucht getragen.

Während der Ferien des Bundestags unternahm Bismarck als Gast des Prinzen Friedrich von Hessen einen Jagdausflug nach Dänemark und Schweden. Er zog sich dabei am 17. August

durch einen Sturz eine schwere Verletzung des linken Schienbeins zu, die er leider vernachlässigte, um einer Einladung zur Jagd nach Kurland zu folgen, von der er erst Mitte September über Berlin nach Frankfurt zurückkehrte.

In Berlin hatte sich mittlerweile eine Wendung vorbereitet. Im Juli 1857 war der König auf der Rückreise von Schönbrunn in Pilsnitz erkrankt; nach der Rückkehr nach Sanssouci bemerkte seine Umgebung an ihm eine geistige Ermüdung, die sich in den folgenden Wochen und Monaten noch verstärkte, bis ein im October erfolgender Schlaganfall eine nahe Katastrophe erwarten ließ. In dieser Zeit — am 19. October — hatte Bismarck mit dem Prinzen von Preußen, dem sich die Möglichkeit einer sofortigen Thronbesteigung eröffnete, auf einem langen Spaziergang in den neuen Anlagen eine interessante Unterredung, die beweist, wie besonnen der angebliche „Junker“ alle heißspornigen reactionairen Gedanken ablehnte. Der Prinz schien nicht abgeneigt, im Falle seiner Thronbesteigung die Verfassung abzulehnen, oder doch eine Revision derselben zu fordern. Bismarck rieth ihm aus Gründen der Politik, nicht an der Sache zu rühren, denn man dürfe nicht die Befürchtung der Möglichkeit eines Systemwechsels bei jedem Thronwechsel hervorrufen. Preußens Ansehen in Deutschland und seine europäische Handlungsfähigkeit würde durch einen Zwist zwischen der Krone und dem Landtage gemindert werden, die Parteinahme gegen den beabsichtigten Schritt im liberalen Deutschland allgemein sein. Man wußte bereits aus einem Briefe Bismarcks an den General L. v. Gerlach¹⁾, daß die lange Unterredung zwischen dem Prinzen und Bismarck den Gorn Edwins v. Manteuffel erregte, der sich in hochfahrenden Worten gegen Bismarck Luft machte. Des Fürsten Erinnerungen geben einige weitere Beiträge zu dem damaligen Intrigenspiel der Camarilla, die den ihr unbequemen Prinzen gar zu gern eliminiert hätte und für eine unter der Controle der Königin geführte Regierung des kranken Königs thätig war. Durch Bismarcks entschlossene Haltung, den man vergebens für den

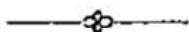
¹⁾ Vom 19. December 1857, Briefe Bismarcks an L. v. G. S. 337 ff. — Gerlachs Antwort vom 22. Dec. s. Bismarck-Jahrbuch II, 250 ff.

Plan einer solchen „Haremsregierung“ zu gewinnen suchte, wurde der Plan vereitelt: am 26. October 1858 — die Ordre des Königs datirte vom 23. October — übernahm Prinz Wilhelm die Regentschaft. Eine seiner ersten Handlungen war die Entlassung Manteuffels (6. November) und die Berufung des Ministeriums der neuen Aera unter der Leitung des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen.

Für Herrn v. Bismarck schlug jetzt die Stunde des Abschieds von Frankfurt. Auf einem Balle bei Moustier oder Karolji erhielt er durch Graf Stillfried („aus dem Jesuitenlager“) im Januar 1859 die erste Mittheilung von seiner geplanten Versetzung nach Petersburg. Sie paßte wenig zu seinen Wünschen, zumal, da er sich eben erst mit großen Kosten in Frankfurt neu eingerichtet hatte und der Ueberzeugung war, daß er am Bundestage nützlicher wirken könne, als auf irgend einem andern Posten. Er gab dem, was ihn bewegte, Ausdruck in einer Unterredung mit dem Prinzen, deren Verlauf er uns lebendig in Rede und Gegenrede schildert. An der Sache selbst konnte er nichts ändern. Der Nachfolger war schon bestimmt: Herr v. Useedom, der wegen seiner durch ihre Tactlosigkeiten überall Anstoß erregenden Frau an keinem Hofe untergebracht werden konnte, als Mitglied des Freimaurerordens aber unter dem besonderen Schutze des Prinzen stand. Bismarck benutzte Useedom's Erwähnung zu einer Abschweifung über die spätere Thätigkeit dieses Mannes, die mit seiner Entlassung aus dem Staatsdienst endete (1869), freilich erst, nachdem der Widerstand des Königs durch Einreichung eines ausführlich begründeten Abschiedsgesuches überwunden worden war.

Die Audienz endete für Bismarck mit der Gewißheit, daß seine Versetzung beschlossene Sache sei, aber auch „mit dem Gefühle ungetrübter Anhänglichkeit an den Herrn und gesteigerter Geringschätzung gegen die Streber, deren von der Prinzessin unterstützten Einflüssen er damals unterlag.“ Drei Tage nachher — am 29. Januar 1859 — erfolgte die Ernennung nach Petersburg. Am 6. März verließ Bismarck Frankfurt, am 23. März Berlin; am 1. April — seinem 44. Geburtstag — trat er sein neues Amt am Hofe Alexanders II. an.

Kurz vor der Abreise sollte er noch erfahren, mit welchen Mitteln die österreichische Diplomatie arbeitete, um ihr unbequeme Leute sich dienstbar zu machen. Der jüdische Banquier Levinstein, Manteuffels besonderer Vertrauensmann, erschien bei ihm, um ihn durch Zusicherung eines bedeutenden Geldbetrages (20—30 000 Thaler jährlich) zu bestimmen, die Vertretung der preußischen Politik in St. Petersburg mit den österreichischen Interessen in Einklang zu bringen. Bismarcks drohender Hinweis auf die Steilheit der Treppe und seine körperliche Ueberlegenheit ließ den Versucher unter drohender Rede („Sehen Sie sich vor, es ist nicht angenehm, die Kaiserliche Regierung zum Feinde zu haben“) das Hotel verlassen. Seine Geschäftsfreunde versuchten später, als Bismarck Minister geworden war, die Verbindung Levinsteins mit dem Auswärtigen Ministerium, die über Manteuffels Zeit hinaus bestanden hatte, wieder anzuknüpfen. Vergebens; im Gegentheil trat Bismarck der in den Unterbeamten des Ministeriums durch Levinsteins Trinkgelder geschaffenen Bestechlichkeit kräftig entgegen. Levinstein erfreute sich der Gönnerschaft hochgestellter Persönlichkeiten aus der Umgebung der Prinzessin.



VII.

Petersburg — Paris — Berlin.

In Petersburg (Cap. 10) fand Bismarck die Stimmung nicht ungünstig für Preußen. Zur Zeit des Kaisers Nikolaus war das anders gewesen. Dieser selbstherrlichste aller Zaren hatte mehr Zuneigung für den jungen Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, der den Kampf gegen die Revolution mit Entschlossenheit aufnahm, als für Friedrich Wilhelm IV., der die in seiner Hand liegende militairische Kraft nicht zum Nutzen der monarchischen Einrichtungen zu verwenden gewußt und der Revolution in Preußen recht eigentlich zum Siege verholfen hatte. In dem Bewußtsein, von Gott selbst zum Hüter des Monarchismus in Europa berufen zu sein, hatte er es für seine Pflicht gehalten, auch ungebeten dem zerbrochenen österreichischen Staate zu Hilfe zu kommen, hatte mit russischen Waffen das Ansehen des Königthums in dem empörten Ungarn wieder hergestellt und solchen Dienst ohne jeden Eigennuß geleistet. Die gleiche selbstlose Freundschaft hatte er 1850 Oesterreich in Olmütz gewahrt, wo nur unter russischem Zwange Preußen die demüthigende Rolle des Besiegten auf sich nehmen mußte. Aber er hatte dafür Undank geerntet. Im Krimkrieg hatte sich Oesterreich an die Westmächte angeschlossen und war nur durch Preußens Abneigung gegen den Krieg mit Rußland verhindert worden, sich thätig daran zu betheiligen. In Petersburg war man über Oesterreichs Undank tief verstimmt, diese Verstimmung aber kam Herrn v. Bismarck zu Gute: er fand am Hofe Alexanders II. die freundlichste Aufnahme und be-

nutzte das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde, im Sinne der Wiederherstellung innigerer Beziehungen zwischen den beiden nahe verwandten Hufen.

In der damaligen Petersburger Gesellschaft ließen sich, wie Fürst Bismarck erzählt, drei Generationen unterscheiden. Die vornehmste, die europäisch und classisch gebildeten Grands Seigneurs aus der Regierungszeit Alexanders I., vertreten durch Mentschikow, Woronzow, Bludow, Kesselrode und — nach Geist und Bildung — auch durch Gortschakow, war im Aussterben begriffen. Die zweite Generation, Zeit- und Gefinnungsgenossen des Kaisers Nikolaus, pflegte sich in der Unterhaltung auf Hofangelegenheiten, Theater, Avancement und militairische Erlebnisse zu beschränken. Zu ihr gehörten der charaktervolle, höfliche und zuverlässige Orlow, die Grafen Adlerberg, Vater und Sohn, Graf Peter Schuwalow, Fürst Suworow, der Eisenbahngeneral Tschewkin und Baron Peter v. Meyendorff, der Gatte einer der liebenswürdigsten Frauen, einer Schwester des Grafen Buol, „die in noch höherem Grade als ihre Schwester, Frau v. Brints in Frankfurt, den Beweis lieferte, daß in der gräflichen Familie Buol der erbliche Verstand ein Kunkellehn war“. Die dritte Generation war die der jungen Herren, die ihre Stärke darin suchten, durch schlechte Manieren und durch eine gern zur Schau getragene Abneigung gegen deutsche, insbesondere preußische Elemente, zu imponiren, auf Fragen in deutscher Sprache gar nicht zu antworten und Bürgerlichen gegenüber unter das Maß von Höflichkeit herabzugehen, welches sie in den Uniform oder Orden tragenden Kreisen unter einander beobachteten.

Wie in einem früheren Capitel über das Straßenleben in Paris, so macht Fürst Bismarck auch über das Straßenleben in Petersburg Mittheilungen von allgemeinerem Interesse. Hier wie dort spielte der monsieur décoré eine wichtige Rolle; das Abzeichen irgend eines Ordens verschaffte dem Träger ein Ansehen, dessen Bethätigung er in der Behandlung erfuhr, die ihm von Vorübergehenden, Kutschern und Organen der öffentlichen Ordnung zu Theil wurde. „Schon zu Pferde, wenn in Civil und ohne Reitknecht, lief man Gefahr, von den

durch ihr Costüm kenntlichen Kutschern der höheren Würden-träger wörtlich und thätlich angefahren zu werden, wenn man mit ihnen in unvermeidliche Berührung gerieth; und wer hinreichend Herr seines Pferdes war und eine Gerte in der Hand hatte, that wohl, sich bei solchen Conflicten als gleichberechtigt mit dem Insassen des Wagens zu legitimiren.“ Auch im gesellschaftlichen Verkehr mit Mitgliedern der jüngeren Generation machte sich in Ton und Manieren ein Rückgang gegen die Zeiten Nikolaus' I. und Alexanders I. bemerkbar. In der dem Hofe nahestehenden Gesellschaftsschicht war die antideutsche Gesinnung durch Gortschakow vertreten, doch äußerte sie sich zur Zeit von Bismarcks Petersburger Gesandtschaft weniger stark als später, wo verletzte Eitelkeit und der Neid gegen den glücklicheren Kollegen Gortschakows Wohlwollen für den jüngeren lernbegierigen Diplomaten in sein Gegentheil verkehrt hatte. Fürst Bismarck läßt es dahingestellt sein, ob diese Wandlung erst nach 1870 begann oder ob sie vor diesem Jahre schon vorhanden war und sich nur seiner Wahrnehmung entzog. Im ersteren Falle glaubt er als ein achtbares und für einen russischen Kanzler berechtigtes Motiv den Irrthum der Berechnung in Anschlag bringen zu können, daß die Entfremdung zwischen Oesterreich und Preußen auch nach 1866 dauernd fortbestehen werde. An sich aber sieht Fürst Bismarck keinerlei Grund zur Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland, und es liegt eine für unsere Diplomaten beherzigenswerthe Mahnung zu vorsichtiger Schonung der russischen Freundschaft in den Sätzen: „Es liegt nicht in unserem Interesse, Rußland in der Verwendung seiner überschüssigen Kräfte nach Osten hin hinderlich zu sein; wir sollten froh sein, wenn wir in unserer Lage und geschichtlichen Entwicklung in Europa Mächte finden, mit denen wir auf keine Art von Concurrrenz der politischen Interessen angewiesen sind, wie das zwischen uns und Rußland bisher der Fall ist. Mit Frankreich werden wir Frieden haben, mit Rußland nie die Nothwendigkeit des Krieges, wenn nicht liberale Dummheiten oder dynastische Mißgriffe die Situation fälschen.“ An beiden hat es nicht gefehlt, um unser Verhältniß zu Rußland zu trüben; auf die

liberale Dummheit der Unterstützung des Battenbergers freilich ließ sich Fürst Bismarck nicht ein, und die in den ersten Jahren des neuen Cursets vorhandenen dynastischen Verstimmungen scheinen nach Caprivis Rücktritt wieder ausgeglichen worden zu sein. Als üble Erinnerung daran ist die russisch-französische Verbrüderung geblieben — eine beständige Mahnung, daß wir nicht ungestraft von den Bahnen der Bismarckschen Politik abweichen können.

Am russischen Hofe nahm Bismarck ganz die Stellung eines Familiengesandten ein; das äußerte sich auch in der Art, wie er in Zarskoe oder Peterhof aufgenommen ward, und nicht ohne Vergnügen wird man seine Erzählungen von der Gastfreiheit des zarischen Hofes lesen und von dem großfürstlichen enfant terrible, das Bismarck auf's Freundlichste begrüßte, sich aber weigerte, einem miteingeladenen russischen General gleiche Freundlichkeit zu erweisen, und nach dem Grunde der Weigerung gefragt, mit Bezug auf Bismarck antwortete: „Der ist lieb“ (on milü), mit Bezug auf den General: „Der stinkt“ (on wonjaet). Ernster stimmen, wegen der daraus zu erschließenden Verderbniß der höheren Gesellschaftsclassen, die Berichte von den Unterschleifen, die sich die Beamten des kaiserlichen Hofhalts zu Schulden kommen ließen, sowie von den unlauteren Mitteln, die die damalige russische Diplomatie anwendete, um hinter die Geheimnisse der andern Mächte zu kommen. Auf wie tiefer Linie die sittlichen Anschauungen selbst in den führenden Kreisen standen, lehrt Alexanders II. naive Klage über seine deutschen Bettern, die in ihren Briefen an kaiserliche Familienglieder die russische Politik kritisirten und die Briefe mit der Post schickten, damit ihre Grobheiten sicher zu seiner persönlichen Kenntniß gelangten. Der Zar hielt es für sein unstreitbares Recht, jeden mit der russischen Post eingehenden Brief ohne Weiteres zu öffnen, um von dem Inhalte Kenntniß zu nehmen. In Oesterreich freilich und im Postgebiet von Thurn und Taxis stand es zur damaligen Zeit nicht besser, und mancherlei Erfahrungen der letzten Jahre lassen den Verdacht nicht unbegründet erscheinen, daß auch jetzt noch nicht das Briefgeheimniß überall vor den

Eingriffen der politischen Polizei so sicher ist, als die strengen gesetzlichen Bestimmungen zu seinem Schutze es erwarten lassen.

Eine äble Erinnerung an Petersburg hat den Fürsten Bismarck begleitet bis an sein Lebensende. Im Juni 1859 zog er sich nach anhaltendem Reiten in einer überheizten Reitbahn einen Rheumatismus in allen Gliedern zu, der sich zwar nach einiger Zeit wieder verlor, aber in dem durch den Sturz in Schweden 1857 beschädigten linken Bein einen geringen Schmerz zurückließ. Ein von der früheren Großherzogin von Baden empfohlener Dr. Walz, ein ärztlicher Charlatan, der es durch Kunst vornehmer Männer bis zu der Stellung eines Dirigenten sämmtlicher Kinderhospitäler in Petersburg gebracht hatte,¹⁾ beredete Bismarck zur Anwendung eines Pflasters, das den zur Herstellung spanischer Fliegen verwendeten Stoff in einer so starken Gabe enthielt, daß die fressende Wirkung des Giftes auch noch fortbauerte, nachdem der Pseudo-Arzt

¹⁾ Dieser Dr. Walz war jedoch nicht, wie Fürst Bismarck 1855 auf Grund späterer Ermittlungen erzählt, der Sohn des Universitätsconditors Walz in Heidelberg, sondern der Sohn des Ministerialraths Walz in Karlsruhe. Ich verdanke diese Berichtigung dem Herrn Dr. med. Gustav Walz in Heidelberg, dem Sohne des Universitätsconditors Walz. Die Herkunft des Staatsraths Dr. Walz aus Karlsruhe hat Professor Kaufmann festgestellt, der mit ihm in Freiburg in Berührung gekommen ist. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ vom 14. Januar 1899 (No. 23 M.-N.) stellen auf Grund einer größeren Zahl von Zuschriften über die Persönlichkeit des Dr. Walz fest: Der genannte ehemalige Petersburger Arzt lebt 78 Jahre alt seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Frankfurt a. O. als Homöopath. Er ist am 2. October 1820 im Großherzogthum Baden geboren, heißt: Karl Friedrich Walz, und führt den Titel: Dr. med., Kaiserl. russischer Staatsrath a. D., praktischer Arzt. Herr Walz hat in Deutschland kein Staatsexamen gemacht. Er wurde durch den Leibarzt des Kaisers Nikolaus I., Staatsrath Dr. Wandt, nach Petersburg gezogen, ward dort Arzt einer Großfürstin und hat lange Jahre in Petersburg gelebt. 1866 oder 67 kehrte er in sein badisches Heimathland zurück, erhielt dort auf hohe Verwendung die Erlaubniß zum Practiciren, ohne das Staatsexamen gemacht zu haben, im 2. Theil des Bönnerischen Medicinalcalenders steht er als im Jahre 1867 „approbirt“ verzeichnet. In Folge der Freizügigkeit konnte ihm in Preussen die in Baden erlangte Zulassung zur ärztlichen Praxis nicht verjagt werden. Er ließ sich zunächst im Westen nieder, siedelte aber 1872 oder 73 nach Frankfurt a. O. über, wo er noch heute eine große Praxis als Homöopath betreibt.

die schwarze Pflastermasse aus der handgroßen Wunde durch Schaben mit einer metallischen Klinge zu entfernen versucht hatte. Um bei deutschen Ärzten Hilfe zu suchen, reiste Bismarck im Juli nach Berlin, von da nach Nauheim, wo ihn die Behandlung des Professors Benecke soweit herstellte, daß er gehen und reiten, im October auch den Prinz-Regenten nach Warschau zur Zusammenkunft mit dem Zaren begleiten konnte. Aber noch im selben Jahre trat der Tod nahe an ihn heran. Der Thrombus, der sich in der zerstörten Vene gebildet und festgesetzt hatte, riß sich los, gerieth in den Blutumlauf und verursachte eine Lungenentzündung, die von den Ärzten für tödtlich gehalten, aber Dank der kräftigen Constitution Bismarcks in einem Monate langen Siechthum überwunden ward. Vom November 1859 bis März 1860 lag er krank in Hohendorf, von seinem treuen Freunde v. Below mit immer gleicher Liebe und Aufopferung gepflegt.

In dieser Zeit regten der Fürst von Hohenzollern und Rudolf von Auerswald bei dem Regenten Bismarcks Ernennung zum Minister des Auswärtigen an (Cap. 11: Zwischenzustand). Der Regent mochte sich der Anregung nicht entziehen, war aber, wie es scheint, schon vor der Erörterung der Frage entschlossen, sich von dem Schützling der Prinzessin, Herrn von Schleinitz, nicht zu trennen. Das Verhältniß zu Oesterreich bildete den Kernpunkt der Unterhandlung, die in einer Art von Conseil im Palais stattfand. Herr v. Bismarck, aufgefordert, sein Programm zu entwickeln, bezeichnete als schwächste Seite der preussischen Politik ihre Schwäche gegen Oesterreich, von der sie seit Olmütz und besonders in den letzten Jahren während der italienischen Krisis beherrscht gewesen sei. Man müsse Oesterreich zeigen, daß man den Bruch nicht fürchte, daß Preußen nöthigen Falls auch gegen Oesterreich Krieg führen werde, um seine Stellung in Deutschland mit seinen Interessen in Einklang zu bringen. In Wien habe man sich auf der in Olmütz errungenen Grundlage als auf einer dauernden eingelebt und ganz vergessen, daß die Olmücker Vereinbarung lediglich der Verzettlung der preussischen Cadres und dem Drucke der zu Gunsten Oesterreichs zur Geltung

gebrachten russischen Macht zu verdanken gewesen sei. Preußen habe sich der österreichischen Politik in einer Weise unterworfen, welche an den Versuch erinnere, ein Huhn durch einen Kreidestrich zu fesseln; wage Preußen, den Zauber des Kreidestrichs zu brechen, so werde Graf Buol die starke Stellung nicht fernerhin mißachten können, in der sich Preußen thatsächlich befinde. Schleiniß antwortete in einem wohlvorbereiteten Vortrage, daß Friedrich Wilhelm III. in seinem Testament den engen Anschluß an Oesterreich seinen Nachfolgern empfohlen habe, und schilderte beredt die Bedenken und Gefahren, die von Frankreich und im Innern drohten, wenn, trotz aller berechtigten Gründe zur Empfindlichkeit, die Beziehungen zu Oesterreich nicht erhalten würden. In seiner Begründung spielte die Gefahr einer russisch-französischen Verbindung eine ebenso wichtige Rolle, wie die Abneigung der öffentlichen Meinung gegen eine russisch-preußische Allianz, und diesen Beweisgründen gegenüber, die geschickt auf die Gefühle des Prinzen berechnet waren, erklärte sich der Regent kurzer Hand für die Beibehaltung der Schleinißschen Politik: der Eintritt Bismarcks war damit unvereinbar.

Das Jahr 1861 brachte in das Ministerium der neuen Aera einen Streit grundsätzlicher Natur. König Wilhelm wollte sich in alter Weise huldigen lassen, die Mehrzahl seiner Minister hielt die Erneuerung der Erbhuldigung für einen Angriff auf die Verfassung und verweigerte die Mitwirkung. Die Frage spitzte sich schnell genug zu einer Ministerkrisis zu, in der nur der Kriegsminister Roon zum König hielt. Dieser glaubte, vor dem Willen der Mehrheit seiner Minister nicht zurückweichen zu können, ohne der Monarchie etwas zu vergeben, und fürchtete doch die Anknüpfung von Beziehungen zu den Männern der Rechten, (die Roon empfahl), um nicht den mühsam erworbenen Ruhm eines „liberalen“ Fürsten zu verlieren. Erst nach einigem Zögern gestattete er Roon, mit Bismarck über die Frage seines Eintritts in's Ministerium in Verhandlung zu treten. Dies geschah in einem Briefe vom 27. Juni 1861, der, von mir schon früher im Bismarck-Jahrbuch veröffentlicht, in die „Gedanken und Erinnerungen“

zusammen mit Bismarcks Antwort vom 2. Juli aufgenommen worden ist, und in scharfen Umrissen die Sachlage zeichnet. Auf Roons Ruf „an die Pferde“ machte sich Bismarck alsbald auf den Weg, um sich dem Könige zur Verfügung zu stellen; aber ehe er (am 9. Juli) nach Berlin kam, war dort die Krisis beigelegt. Am 3. Juli hatte der König das Manifest erlassen, daß er das Herkommen der Erbhuldigung zwar festhalte, in Betracht der Veränderungen aber, die in der Verfassung der Monarchie unter der Regierung seines Bruders eingetreten seien, beschloßen habe, anstatt der Erbhuldigung die feierliche Krönung zu erneuern, durch welche die erbliche Königswürde begründet sei. Es war ein schlecht verhüllter Rückzug der Krone, und eine tiefe moralische Depression spricht aus dem Briefe, in dem Roon seinem treuen Freunde den Verlauf der Krisis schildert. Nur das eiserne Pflichtgefühl des Vasallen hielt damals Roon auf seinem Posten fest: „Ich sehe keine, keine Rettung“, klagt er, „wenn uns Gott der Herr nicht hilft. In dem Proceß der allgemeinen Versekung vermag ich nur noch einen widerstandsfähigen Organismus zu erkennen, die Armee; sie unversehrt zu erhalten, das ist die Aufgabe, die ich noch für lösbar erachte, aber freilich nur noch für einige Zeit. Auch sie wird verpestet werden, wenn sie nicht zu Thaten kömmt, wenn ihr nicht von oben gesunde Lebensluft zugeführt wird, und das, auch das wird alle Tage schwieriger“. Unter den veränderten Umständen war dem Könige das Erscheinen Bismarcks, der sich auf Weisung des Ministers Schleinitz am 10. Juli nach Baden an den Hofhalt begab, unbequem; doch lud er ihn zur Tafel und gewährte ihm den erbetenen, dreimonatigen Urlaub¹⁾ bis über die Krönung hinaus, der Bismarck am 18. October in Königsberg beiwohnte, gegen die Kälte durch eine dicke Militairuniform und eine Perücke geschützt, „gegen die Bernhards nur den

¹⁾ Während desselben arbeitete er die Denkschrift über die deutsche Frage aus, deren Entwurf er dem Könige in Baden vorgelegt hatte; vgl. die Briefe vom 18. Sept. und 2. October 1861, Bismarckbriefe 7. Aufl. S. 313 ff. 321, die Denkschrift Bismarck-Jahrbuch III 193 ff., Bismarckbriefe 7. Aufl. S. 315 ff.

Namen einer Locke verdient“.¹⁾ Von dort kehrte er nach Petersburg zurück.

Aber seine Zeit kam. Im Mai 1862 wurde Bismarck vom Grafen Bernstorff, der an Schleinißs Stelle im October 1861 das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte, abermals nach Berlin berufen, um zur Hand zu sein, falls die Entscheidung des Königs falle. An der Spitze des Ministeriums stand damals — dem Namen nach als Vertreter des Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern, in Wirklichkeit als sein Nachfolger — Prinz Adolf von Hohenlohe-Ingelfingen, seiner Stellung weder körperlich noch geistig gewachsen und von dem dringenden Wunsche beseelt, so bald als möglich von der Last seines Martyriums erlöst zu werden. Er bestürmte Bismarck um diesen Dienst, fand aber bei ihm wenig Geneigtheit dazu, in das Ministerium einzutreten. Sicherlich nicht, weil er nicht den Muth hatte, gegen die liberale Opposition des Abgeordnetenhauses zu kämpfen, sondern weil er nicht wußte, wie weit der König ihm zu folgen bereit war. Auch der König konnte sich nicht entschließen, durch Bismarcks Berufung die Brücke hinter sich abzubrechen, und so blieb die Frage einstweilen offen: Herr v. Bismarck wurde vorläufig zum Gesandten in Paris ernannt und übergab am 1. Juni in den Tuileries sein Beglaubigungsschreiben. Monate vergingen, ein Hangen und Lagen in schwebender Pein. Bismarck reiste während der Sommermonate in die Pyrenäen, immer von der quälenden Sorge verfolgt, ob er in Paris oder London sich dauernd niederlassen dürfte, wie er wünschte, oder dem Rufe des Königs folgend, den Kampf um die bedrohten Rechte der preußischen Krone auf sich nehmen müsse. Die dem Werke einverleibte, in ihren Hauptstücken schon bekannte Correspondenz zwischen Roon und Bismarck und der von mir im 6. Bande des Bismarck-Jahrbuchs veröffentlichte Briefwechsel zwischen Bernstorff und Bismarck geben alle erwünschte Auskunft über die Verschärfung des Streites wegen der Armeeorganisation, die wachsende Rathlosigkeit des Königs, Bernstorffs Un-

¹⁾ Brief an die Schwägerin, Bismarckbriefe 7. Aufl. S. 322 ff.

entschlossenheit und Noons immer erneutes Eintreten für Bismarcks Berufung. Endlich gab der König soweit nach, daß Bismarck nach Berlin berufen wurde, Noons Depesche¹⁾ vom 18. September: „Periculum in mora. Dépêchez-vous“ aber ward zum Wendepunkt in der preußischen und deutschen Geschichte. Wie Bismarck dann am 22. September²⁾ mit dem Könige in Babelsberg die entscheidende Unterredung hatte, wie er ihn von dem Gedanken der Abdankung zurückbrachte und durch die Erinnerung an seine Königspflicht des Widerstandes gegen parlamentarische Herrschaftsgelüste den muthlos Verzagenden zur Aufnahme des Kampfes bestimmte, das muß man in den „Gedanken und Erinnerungen“ selbst lesen: an diesem Tage ward zwischen Herrn und Diener ein Treubund geschlossen, der bestanden hat, bis die Schatten des Todes Weider Augen umnachteten. Am 23. September erfolgte als Antwort auf den die ferneren Ausgaben für die Armeeorganisation ablehnenden Beschluß des Abgeordnetenhauses Bismarcks Ernennung zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums, am 8. October die definitive Ernennung zum Ministerpräsidenten und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

¹⁾ Die Unterschrift l'oncle de Maurice Henning meint Noon als Oheim des Moriz Henning von Blandenburg.

²⁾ Die in den Bismarckregesten I 185 zum 20. September erwähnte Audienz beim Könige ist doch wohl apokryph, obwohl ich sie in einer Zeitung berichtet fand.



VIII.

Ein Rückblick auf die preussische Politik.

Die Darstellung der eigenen Ministerschaft eröffnet Fürst Bismarck in dem 12. Capitel mit einem Rückblick auf die preussische Politik. Das Capitel wird mancherlei Widerspruch von Seiten der Historiker erfahren, weil Bismarcks Auffassung der preussischen Politik in den Jahren 1786 bis 1862 zu der landläufigen Beurtheilung — theilweise wenigstens — in scharfem Gegensatze steht. Aber Fürst Bismarck besaß für die Bewerthung der preussischen Politik ein Organ, das einem großen Theil der berufsmäßigen Historiker in ihrer engen Studirstube verloren geht, den politischen Sinn, und jeder Historiker kann an diesem Capitel von dem praktischen Politiker lernen, wie Geschichte zu studiren ist. Fürst Bismarck vermißt an der preussischen Politik seit dem Tode Friedrichs des Großen die Klarheit der Ziele; wo Ziele vorhanden waren, waren sie „entweder ungeschickt gewählt oder ungeschickt betrieben“. Bis zum vollen Ausbruch der französischen Revolution vermag er keinerlei Andeutung einer national-deutschen Richtung zu erkennen; die Idee eines preussischen Kaiserthums innerhalb der durch eine Demarcationslinie von dem übrigen kämpfenden Europa abgegrenzten norddeutschen Staaten erwuchs auf dem Boden preussisch-particularistischer Bestrebungen. Preußen dachte damals weniger an die Stärkung seiner Stellung in Deutschland, als an die Erwerbung polnischer Gebietstheile, und doch lag die Zukunft seiner Machtentwicklung nicht in dem Streite mit Oesterreich über ein Mehr oder

Weniger vom zerfallenden Polenreiche, sondern in dem Streite um die Vorherrschaft in Deutschland. Von diesem Standpunkte aus stellt sich dem Politiker die Convention von Reichenbach (27. Juli 1790), die meist in vollen Tönen als ein Triumph der preussischen Staatskunst gefeiert wird, weil sie Oesterreich schmerzliche Verzichtse auflegte, nur als eine zwecklose Verpuffung der von Friedrich dem Großen ererbten Autorität dar, als ein „Act unfruchtbarer Selbstgefähls nach Art des französischen Prestige“, von dem Preußen keinen nutzbaren Vortheil hatte. Fürst Bismarck ist der Meinung, daß es im Interesse Preußens gelegen haben würde, Oesterreich und Rußland in ihren orientalischen Bestrebungen eher zu fördern und zu befestigen, als sie darin zu stören, um en vedette stehend sein schlagfertiges Heer bei manchen späteren Gelegenheiten nutzbar machen zu können, sei es für, sei es gegen eine der streitenden Parteien. Preußen veräumte durch die Convention von Reichenbach eine Gelegenheit zu materiellem Gewinn, für welchen Verlust der diplomatische Triumph keinen Ersatz bieten konnte. Hätte Preußen für die Förderung des Ehrgeizes Oesterreichs und Rußlands in der Richtung auf den Orient materielle Zugeständnisse verlangt, sei es auch nur auf dem Gebiete der polnischen Frage, und seine Forderung durch den Hinweis auf seine 100 000 schlagfertigen Soldaten unterstützt, so hätte es nach Bismarck in der damaligen Lage Besseres erreichen können.

Auch im Jahre 1805 wurde eine günstige Gelegenheit veräumt: „was 1806 post festum geschah, konnte 1805 von entscheidender Wirkung sein“. Nur mußte Preußen an der Spitze von 150 000 Mann die Bedingungen seines Beistandes zu Gunsten Oesterreichs und Rußlands militairisch durch einen Feldherrn, nicht diplomatisch durch einen Schwächling, wie Haugwitz durchzusetzen den Muth haben. Die Niederlage von 1806 war die schärfste Kritik der preussischen Saumseligkeit.

Rußland gegenüber gefiel sich Preußen bis zum Krimkriege in der Rolle eines Vasallen, obwohl die russische Hilfe von 1813 vergolten worden war durch Preußens vermittelndes Eintreten zur Zeit der Nothlage der Russen bei Adrianopel 1829 und durch sein Verhalten in Polen 1831. Besonders scharf

trat diese Vasallenschaft Preußens in den Zeiten Nikolaus' I. hervor, wo Preußen „in allen europäischen Constellationen von 1831—1850 russische Wechsel acceptirt und honorirt hat, bis nach 1848 der junge österreichische Kaiser dem russischen besser gefiel als der König von Preußen“ und der russische Schiedsrichter „kalt und hart“ in Olmütz gegen Preußen und seine deutschen Bestrebungen entschied. Seine Neutralität im Krimkriege, seine wohlwollende Haltung im Polenaufstande 1863 gaben Preußen Rußland gegenüber ein Saldo, das den Anspruch auf russische Gegenleistungen gerechtfertigt haben würde, wenn man nur das Selbstgefühl befehlen hätte, ihn kräftig geltend zu machen. Dieses Selbstgefühl aber fehlte in den Zeiten Friedrich Wilhelms IV. ganz, obwohl die militärischen Einrichtungen Preußens denen Rußlands, Oesterreichs und selbst Frankreichs überlegen waren und mit voller Genauigkeit arbeiteten. „Aber“, sagt Bismark, „eine selbständige preussische Politik hat in der Zeit von 1806 bis in die vierziger Jahre überhaupt nicht bestanden; unsere Politik wurde abwechselnd in Wien und in Petersburg gemacht. Soweit sie in Berlin von 1786 bis 1806 und von 1842 bis 1862 selbständig ihre Wege suchte, wird sie vor der Kritik vom Standpunkte eines strebsamen Preußen kaum Anerkennung finden.“ Preußen wollte als Großmacht gelten, und war es bis 1866 doch nur mehr dem Namen als der That nach; es war zwar ängstlich bemüht, den Schein aufrecht zu erhalten, und suchte durch Eindringen in den Pariser Congreß die Anerkennung seiner Großmachtstellung von den übrigen Mächten zu erzwingen, bewies aber gerade dadurch unzweideutig, daß es noch weit davon entfernt war, eine Großmacht zu sein. Statt sich im Bewußtsein seiner Stärke auf sich selbst zurückzuziehen und seinen Vortheil abzuwarten, band es sich durch die nachträgliche Unterschrift der Congreßbeschlüsse selbst die Hände und schuf sich dadurch Unbequemlichkeiten, die sich der deutschen Politik in den Londoner Besprechungen von 1870 über die Aufhebung der Schwarzen-Weer-Bestimmung unangenehm fühlbar machten.

Im Zusammenhang damit erörtert Fürst Bismark die Frage, wer für die Fehler in der Politik eines Staates ver-

antwortlich zu machen sei. Für die Zeitgenossen, meint er, werde es meist sehr schwer sein, die Verantwortlichkeit sofort richtig zu vertheilen, da die Ausschüttung der Archive und die Denkwürdigkeiten Mithandelnder und Mitwissender gewöhnlich erst 50 bis 100 Jahre später die öffentliche Meinung in den Stand setzten, für die einzelnen Mißgriffe die Gabelung auf den unrichtigen Weg zu erkennen. Von dem reichen Erbe an Autorität und Glauben an die preußische Politik und Macht, das Friedrich der Große hinterließ, „konnten seine Erben — wie heute der neue Curs von der Erbschaft des alten — zwei Jahrzehnte zehren, ohne sich über die Schwächen und Irrthümer ihrer Epigonenwirthschaft klar zu werden; noch in die Schlacht von Jena hinein trugen sie sich mit der Ueberschätzung des eigenen militairischen und politischen Könnens. Erst der Zusammenbruch der folgenden Wochen brachte den Hof und das Volk zu dem Bewußtsein, daß Ungeschick und Irrthum in der Staatsleitung obgewaltet hatten. Wessen Ungeschick und wessen Irrthum aber, wer persönlich für diesen gewaltigen und unerwarteten Zusammenbruch die Verantwortlichkeit trug, darüber kann selbst heute noch gestritten werden.“ Im absoluten Staate liegt die Verantwortlichkeit in letzter Instanz immer bei dem Souverain, dessen Entschlüsse unanfechtbare Willensacte sind, die die Minister auszuführen haben. Im constitutionellen Staate sind der Theorie nach freilich die Minister verantwortlich, aber die Ministerverantwortlichkeit ist von dem Willen des verantwortlichen Monarchen nicht unabhängig. Fürst Bismarck hat — und das zeichnet ihn vor allen Staatsmännern unserer Zeit aus — ein Bewußtsein von der Pflicht seiner Verantwortlichkeit gehabt, wie man es sobald nicht wieder finden wird. Vor seinem Rücktritt erwog er die Frage, ob er nicht vor der Geschichte eine schwere Verantwortung für alle üblen Folgen seines Ausscheidens auf sich nehme, und da er sie sich vor seinem Gewissen bejahend beantworten mußte, unterließ er die Einreichung des Entlassungsgesuches, bis ein stricter Befehl des Kaisers ihn dazu zwang. Eine weitere Einschränkung erfährt die Ministerverantwortlichkeit im constitutionellen

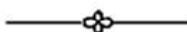
Staate durch „die collegiale Form des Staatsministeriums mit ihren Majoritätsabstimmungen“, die den leitenden Minister zu Compromissen und zur Nachgiebigkeit seinen Collegen gegenüber täglich nöthigt. Darum hat Fürst Bismarck sich jederzeit im Reiche der Bildung von gleichberechtigten Reichsministerien widersetzt, und wir sollten ihm dankbar dafür sein, statt ihm als Herrschsucht und Streben nach einer Majordomus-Stellung auszulegen, was einzig und allein ein Beweis seines hochgespannten Pflichtbewußtseins und Verantwortlichkeitsgefühls war. Denn verantwortlich im eigentlichen Sinne des Wortes kann nur Einer sein. Bei Majoritätsabstimmungen eines Ministercollegiums hat jeder Einzelne die Möglichkeit, sich auf die Vota derer zu berufen, die ihn überstimmt haben; für die meisten wird dann die königliche Unterschrift eine Deckung, hinter der sie gegen den lästigen Zwang persönlicher Verantwortung Schutz suchen.

Zum Thema der versäumten Gelegenheiten zurücklenkend, gedenkt Bismarck der Haltung des Regenten im italienischen Kriege. Die preussische Politik vermochte sich auch damals nicht zur Selbständigkeit aufzuraffen und die Verwendung der preussischen Kriegsmacht zu Gunsten Oesterreichs von Zugeständnissen in der deutschen Bundespolitik abhängig zu machen. „Die Situation“, sagt Bismarck, „wurde nicht unter dem Gesichtspunkte einer vorwärtstrebenden preussischen Politik betrachtet, sondern in dem gewohnheitsmäßigen Streben, sich den Beifall der deutschen Fürsten, des Kaisers von Oesterreich und zugleich der Presse zu erwerben, in dem unklaren Bemühen um einen idealen Tugendpreis für Hingebung an Deutschland, ohne irgend eine klare Ansicht über die Gestalt des Zieles, die Richtung, in der, und die Mittel, durch die es zu suchen wäre.“ Unter dem Einflusse seiner Gemahlin und der Wochenblattspartei war der Regent nahe daran, sich an dem Kriege gegen Frankreich als Bundesgenosse Oesterreichs zu betheiligen. Das hätte unzweifelhaft die Wirkung gehabt, daß der französisch-österreichische Krieg zu einem französisch-preussischen am Rhein geworden wäre, in welchem Oesterreich die Rolle des tertius gaudens gespielt haben würde. Zu einer

preussischen Politik rieth damals Bismarck, ohne bei dem Regenten und seinem Rathgeber Schleinitz dafür Verständniß zu finden. Getreu der Mahnung Friedrichs des Großen: toujours en vedette mußte Preußen rüsten, dann aber Oesterreich ein Ultimatum stellen, entweder Preußens Bedingungen in der deutschen Frage anzunehmen oder seinen Angriff zu gewärtigen. In ängstlicher Scheu vor der öffentlichen Meinung, wie sie in Parlamenten, Vereinen und Presse sich breit machte und durch Herrn von Schleinitz und die Prinzessin wirksam zur Bekämpfung jeder Regung zu selbständiger Politik zur Geltung gebracht wurde, blieb der Regent bei halben Maßregeln. Erst die Erfahrung der neuen Aera, erst die Verschärfung und Zuspizung des Streites bis zur Abdankung „übten auf das Gemüth und das gesunde Urtheil des Königs den nöthigen Einfluß, um seine monarchischen Auffassungen von 1859 über die Brücke der dänischen Frage zu dem Standpunkte von 1866 überzuleiten, vom Reden zum Handeln, von der Phrase zur That.“

Den Schluß des Capitels bildet die Erzählung eines Gespräches, das Bismarck mit dem Könige auf der Fahrt von Jüterbogk bis Berlin in den ersten Tagen des October 1862 hatte. Er hatte am 30. September in der Budgetcommission die bekannte Aeußerung von „Eisen und Blut“ gethan, die seine parlamentarischen Gegner wacker gegen ihn ausnützten, um ihn vor der Oeffentlichkeit als einen rauflustigen Cavalier darzustellen, dem Gewalt vor Recht gehe. Bismarck hatte gewagt, der Politik der Phrasen gegenüber eine Politik der That zu befürworten, und für eine solche kräftige nationale Politik die Mitwirkung des Abgeordnetenhauses erbeten, aber für seinen Appell kein Verständniß gefunden. Um den König über den Sinn seiner in der Presse entstellten Aeußerungen aufzuklären, war er dem von Baden Zurückkehrenden bis Jüterbogk entgegengefahren. Er fand den König in gedrückter Stimmung. Man hatte ihn in Baden weidlich durch die Hinweise auf Ludwigs XVI. Schicksal geängstigt, während man ihm Bismarck in der Beleuchtung eines Polignac und Strafford gezeigt hatte, deren Rathschläge ihren Herren ver-

derblich geworden waren. Aber Bismarck fand die rechten Worte, die bösen Geister zu bannen, die des Königs Muth gefangen hielten. Er packte ihn bei der Ehre des preußischen Offiziers, der einen ihm übertragenen Posten vertheidigt, ohne Rücksicht auf die Gefahr für Leib und Leben, und je länger er in diesem Sinne sprach, „desto mehr belebte sich der König, und fühlte sich in die Rolle des für Königthum und Vaterland kämpfenden Offiziers hinein.“ So auf den rechten Standpunkt gestellt, gewann er „in wenigen Minuten die Sicherheit wieder, um die er in Baden gebracht worden war, und selbst seine Heiterkeit.“ Sie äußerte sich in der fröhlichen, kampflustigen Stimmung, in der er die ihn empfangenden Minister und Beamten auf dem Berliner Bahnhofe begrüßte.



IX.

Die Stärke des dynastischen Elements in Deutschland. — Das Conflictsministerium.

„Niemals, auch in Frankfurt nicht, bin ich darüber in Zweifel gewesen, daß der Schlüssel der deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag, und nicht bei der Publicistik in Parlament und Presse, oder bei der Barrikade.“ Mit diesem Satze hebt das 13. Capitel der Gedanken und Erinnerungen an, das die Ueberschrift Dynastien und Stämme trägt. Er steht im scharfem Gegensatze zu der Anschauung der Demokraten und der fortschrittlichen Kryptorepublikaner, daß die deutsche Einheit nicht das Werk dynastischer Politik, sondern das Ergebniß der auf Turner-, Schützen- und Sängerefesten gepflegten deutsch-nationalen Gesinnung sei, daß, wie Liebknecht im vorigen Jahre einmal im Kreise seiner Parteigenossen sagte, nur zufällig Bismarck dem Drange nach Einheit den Sieg verschaffte, doch ohne jedes persönliche Verdienst: „denn wäre Bismarck nicht gekommen, so hätte irgend ein Müller oder ein Schulze dasselbe gethan.“ Aber Bismarck steht das Zeugniß der Geschichte zur Seite. Er hat mit vollem Bewußtsein für die Herstellung der deutschen Einheit unter preussischer Führung gearbeitet, seitdem er sich von der Unmöglichkeit einer dualistischen Leitung der im Deutschen Bunde vereinigten Staaten überzeugt hatte. Aber niemals hat er dabei von der Mitwirkung der in Parlament und Presse thätigen Kräfte etwas erhofft, sondern nur von dem Könige von Preußen und seinem schlag-

fertigen Heere. Denn deutscher Patriotismus ist von anderer Art als der Patriotismus anderer Nationen. Er bedarf, um thätig und wirksam zu werden, der Vermittelung dynastischer Anhänglichkeit; unabhängig von letzterer kommt er praktisch nur in seltenen Fällen zur Hebung, wenn auch theoretisch täglich, in Parlamenten, Zeitungen und Versammlungen. Fürst Bismarck führt diesen Gedanken weiter aus, und wer die Entwicklung der deutschen Geschichte kennt, wird um Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht verlegen sein. Wir Deutsche sind ausgeprägte Particularisten; unser Patriotismus trägt immer in erster Linie die Farbe des Staates, dem wir durch die Geburt angehören, und die Farbe der Dynastie, die über uns herrscht. Die Anhänglichkeit an die Dynastie erweist sich bei uns stärker als das Stammesgefühl, stärker als das national-deutsche Bewußtsein. Das bayerische Volk setzt sich aus Bruchstücken verschiedener Stämme zusammen, aus Bajuwaren, Schwaben, Alemannen und Mainfranken, aber Alle nennen sich mit Genugthuung Bayern, weil sie durch eine gemeinschaftliche Dynastie verbunden sind. So ist es auch anderwärts in Deutschland: die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit concentrirt. Würden sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt, so wäre es wahrscheinlich vorüber mit der Existenz einer selbstständigen deutschen Nation; in den Reibungen europäischer Politik würden die Deutschen an ihrem Nationalgefühl keinen Halt finden. Und nicht einmal die bisher in staatlichem Verbande vereinigten deutschen Gebietstheile würden zusammenhalten, wenn man sich die Dynastien verschwunden denkt. Dieses Vorwiegen der dynastischen Anhänglichkeit und die Unentbehrlichkeit einer Dynastie als Bindemittel für das Zusammenhalten eines bestimmten Bruchtheiles der Nation unter dem Namen der Dynastie ist eine specifisch reichsdeutsche Eigenthümlichkeit, kein anderes europäisches Volk bedarf für seinen Patriotismus und für sein Nationalgefühl einer solchen Vermittelung. Spanier, Franzosen, Italiener, Polen, Ungarn würden auch ohne Dynastie sich in ihrer nationalen Eigenart fühlen und zusammenhalten; die Deutschen aber würden diesen

feiler geschmiedeten Nationen zur Beute fallen. Weil aber der Deutsche im Wesentlichen dynastisch empfindet, so läßt er sich auch leicht bestimmen, mit dem Landsmann auf Leben und Tod zu kämpfen, „wenn in Folge von Streitigkeiten, die ihm selbst unverständlich sind, der dynastische Befehl dazu ergeht.“

Wie urtheilt nun Fürst Bismarck über den dynastischen Sinn der Deutschen? In ihm selbst ist jeder Zeit ein starkes Gefühl für die Dynastie der Hohenzollern lebendig gewesen; er stand zu seinem Könige und Herrn immer mit der Treue des kurbrandenburgischen Lehnsmanne. Deshalb mußte ihm die gleiche Gesinnung sympathisch sein, wo er ihr bei Andern begegnete. Und so verheißt er nicht, daß er für die Anhänglichkeit der heutigen welfischen Partei an die alte Dynastie volles Verständnis habe. Aber in Concurrenz mit dem dynastischen Gefühle ist bei Bismarck von Jugend auf das deutsch-nationale Gefühl vorhanden gewesen, und dieses Element vermißt er in der kurbraunschweigischen Vasallentreue. Er sieht in dem deutschen Nationalgefühl immer die stärkere Kraft überall, wo sie mit dem Particularismus in Kampf geräth, weil der letztere, auch der preussische, selbst doch nur entstanden ist, „in Aufsehnung gegen das gesamtdeutsche Gemeinwesen, gegen Kaiser und Reich, im Abfall von beiden, gestützt auf päpstlichen, später französischen, in der Gesamtheit welschen Beistand, die alle dem deutschen Gemeinwesen gleich schädlich und gefährlich waren.“ Dynastischen Interessen erkennt er in Deutschland nur insoweit Berechtigung zu, als sie sich dem allgemeinen, nationalen Interesse anpassen; wo das nicht geschieht, wo uns dynastische Interessen mit neuer Zersplitterung und Ohnmacht der Nation bedrohen sollten, da müssen sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden, denn „das deutsche Volk und sein nationales Leben können nicht unter fürstlichen Privatbesitz vertheilt werden.“ Es war eine providentielle Fügung, daß Fürst Bismarck in König Wilhelm I. einen Monarchen fand, der trotz seines starken dynastischen Bewußtseins doch immer wieder den nationalen Erfordernissen sich zugänglich zeigte, so hart und schwer auch in einzelnen

Fällen, wie z. B. in Nikolsburg, der Kampf war, den der leitende Minister gegen die von allen Seiten geltend gemachten particularistischen Strebungen zu führen hatte. Noch im Kriege von 1866 zeigte sich das dynastische Gefühl in Deutschland stärker als das zur Einheit drängende Nationalgefühl, das in der Presse und den Parlamenten hier und da zum Ausdruck kam: das sächsische, hannoversche, heßliche Blut floss nicht für die deutsche Einheit, sondern es ward im dynastischen Kampfe gegen die deutsche Einheit vergossen.

Im 14. Capitel (Conflictministerium) lernen wir die Herren näher kennen, mit denen zusammen Herr v. Bismarck den Kampf für die Rechte der Krone gegen die Herrschastbestrebungen des Abgeordnetenhauses unternahm.

An die Spitze des Finanzministeriums wurde Karl v. Bodelschwingh gestellt, Bruder des im März 1848 abgetretenen Ministers Ernst v. Bodelschwingh. Da er schon unter Rankeußel sieben Jahre lang die Finanzen geleitet hatte, hätte man meinen sollen, daß er seine Befähigung dazu bereits erwiesen hätte. Aber er war in keiner Hinsicht seiner Aufgabe gewachsen. Seine Rätthe wußten in allen Fragen der Finanzverwaltung genauer Bescheid als er selbst; er fand demnach seine Aufgabe im Wesentlichen darin, zu unterschreiben, was ihm von den Decernenten seines Ministeriums vorgelegt wurde, und die Divergenzen möglichst auszugleichen, in die die Beschlüsse „der theils liberalen, theils in engen Ressortgesichtspunkten befangenen Rätthe mit der Politik des Königs und des Staatsministeriums gerathen konnten.“ Da die Rätthe zumeist der liberalen Opposition zugeneigt waren und ihre Anschauungen ihrem Chef gegenüber bei dessen mangelnder Sachkunde oft siegreich vertraten, so geschah das Unerwartete, „daß Herr v. Bodelschwingh, der unter den Ministern seiner persönlichen Stellung nach die äußerste Rechte darstellte, mit seinem Votum meist die äußerste Linke bildete.“

Graf Henckell, der Handelsminister, war seinem vielverzweigten Amte noch weniger gewachsen, als der Finanzminister: er befand sich stets in der Abhängigkeit von seinen

technischen Berathern, vornehmlich Desbrück, und wagte in dem Bewußtsein der eigenen Unfähigkeit nicht, gegen verdächtige Beamte seines Ressorts einzuschreiten, weil er ihrer technischen Leistungen nicht entbehren zu können meinte. Für Bismarcks Politik hatten beide Männer kein sonderliches Verständniß, noch für ihn selbst persönliches Wohlwollen, da sie ihn als Eindringling betrachteten und sich nur ungern dem jüngeren Manne fügten.

Der Minister des Innern, Herr v. Jagow, der anfänglich auch dem Ministerium Bismarck angehörte, mußte bald durch den Grafen Friedrich zu Eulenburg ersetzt werden. Es war eine glückliche Wahl, zu der Bismarck dem Könige rieth. Denn wenn Eulenburg auch zu Zeiten arbeitscheu und vergnügungsfüchtig war, so war er doch auch geschickt und schlagfertig und darum für den Kampf gegen die Worthelden des Abgeordnetenhauses wie geschaffen. Nächst Roon, dem Kriegsminister, war er Bismarcks treuester Gehilfe und ihm auch persönlich ein ergebenere Freund.

In besonders warmem Tone ist die Charakteristik Roons gehalten: „Er war unerreicht in der Treue, Tapferkeit und Leistungsfähigkeit, womit er vor und nach meinem Eintritt die Krisis überwinden half, in die der Staat durch das Experiment der neuen Aera gerathen war; er verstand und beherrschte sein Ressort, war der beste Redner unter uns, ein Mann von Geist und unerschütterlich in der Gefinnung eines ehrliebenden preussischen Offiziers.“ Es blieb immer eine schmerzende Wunde im Gemüthe Bismarcks, daß es in späteren Zeiten, da Roon innerlich nicht mehr dem Hochflug der Bismarckschen Politik zu folgen vermochte, ehrgeizigen und ränkefüchtigen Strebern, wie Harry v. Arnim, gelang, die Saat des Mißtrauens auszustreuen, so daß sich der alte „Freund und Kamerad“ von dem treuen Genossen der Conflictjahre mehr und mehr zurückzog.

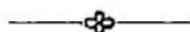
Herr v. Mähler, der Cultusminister, war nicht ganz Herr seiner Entschlüsse: er stand unter der Herrschaft seiner „gescheidten, und, wenn sie wollte, liebenswürdigen“ Frau Adelheid, die in den Conflictjahren durch ihr energisches Eingreifen in das

Kessort ihres Gatten dem Kladderadatsch ein willkommenes Stichblatt für seine neckischen Angriffe bot. Das wäre an sich nicht bedenklich gewesen, wenn Frau v. Mühler ihren Einfluß auf den Gatten immer zu Gunsten der von Bismarck vertretenen Politik des Königs geltend gemacht hätte. Allein sie empfing ihre politische Direction von der Königin Augusta; durch Liebenswürdigkeit leicht gewonnen, wurde sie eine bereitwillige Dienerin der „persönlichen, der Staatsraison gewöhnlich zuwider laufenden Politik“ dieser hohen Frau, zu deren Vertretung im Ministerium sich Herr v. Mühler im Interesse des Hausfriedens bestimmen ließ, selbst auf Kosten der Staatspolitik, wenn es in unauffälliger Weise geschehen konnte.

Am wenigsten sympathisch muthet der Graf zur Lippe als Justizminister an. Er konnte „das Schärffste mit lächelnder Miene“ sagen, „mit einem höhnischen Ausdruck von Ueberlegenheit“, der die Collegen und die Parlamente verstimmte. In seinen politischen Ansichten stand er auf der äußersten Rechten, brachte sie auch in seinem Kessort zur Geltung, da seine Sachkunde ihm gestattete, seiner persönlichen Ueberzeugung zu folgen.

Auf eine Darstellung des Conflictz selbst läßt sich Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ nicht ein. Das Material zur Beurtheilung der staatsrechtlichen Frage und ihrer Auffassung seitens des Ministeriums, speziell Bismarcks, liegt in den Reden vor, die Herr v. Bismarck in den Jahren 1862—1866 im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus gehalten hat. Er hätte darüber nichts sagen können, was er nicht früher schon gesagt hat — wozu Eulen nach Athen tragen? Die Unbelehrbaren würde er nie belehren, die Lernbegierigen aber haben schon früher eingesehen, wo im Conflict das höhere Recht lag, und viele der Streitbarsten Gegner haben durch ein ehrliches *pater peccavi* ihre damalige Schuld getilgt. Daß Bismarck in diesem Streite aber nicht bloß seine persönliche Meinung vertrat, wie seine fortschrittlichen Gegner so gern glauben zu machen suchten, indem sie von dem schlecht unterrichteten König an den besser zu unterrichtenden appellirten, beweist das in den „Gedanken und Er-

innerungen" abgedruckte Schreiben des Königs an den Oberstlieutenant Freiherrn v. Vincke-Olbendorf vom 2. Januar 1863: der König gab zwar zu, daß der von den Gegnern immer wieder herangezogene § 99 der preussischen Verfassung zu Recht bestehe, betonte aber scharf, daß er wegen des Verhaltens des Abgeordnetenhauses in Sachen der Armeeorganisation gezwungen sei, „als guter Hausvater“ das Haus auf eigene Verantwortung weiter zu führen, um später Rechenschaft zu geben.



X.

Die Convention vom 8. Februar 1863. — Preßverordnung. Frankfurter Fürstentag. — Ludwig II.

In die aufregenden parlamentarischen Kämpfe über die Frage der Heeresreorganisation fiel die Kunde von dem Abschluß einer preußisch-russischen Convention zu gemeinsamer Politik gegenüber dem polnischen Aufruhr (15. Capitel: Die Alvensleben'sche Convention). Ein Sturm der Entrüstung brach los in den Reihen der Liberalen. Für die Polen zu schwärmen, war von jeher das Vorrecht des deutschen Philisters gewesen. Man vergaß nur zu leicht oder mußte es überhaupt nicht, mit welchem Drucke die polnische Herrschaft auf den durch das deutsche Schwert eroberten, durch deutsche Cultur zu Civilisation und Wohlstand gebrachten Gebieten des Ostens gelastet hatte, und weinte in echt deutscher Gefühlseligkeit die Thräne des Mitleids zu Gunsten des polnischen Volkes, das durch die eigene Zuchtlosigkeit und durch den Mangel aller staatszerhaltenden Tugenden zu Grunde gegangen war. Der Aufstand der unter russischer Herrschaft stehenden Polen, der am 1. Januar 1863 zum Ausbruch kam, fand in Preußen bei den Liberalen lebhafteste Theilnahme, weil jede Einbuße Rußlands als ein weiterer Schritt zum Siege des Liberalismus in Europa betrachtet wurde. Die Versicherung der Polen, daß dem Aufstande keinerlei weitere Absicht zu Grunde liege als die, sich gegen die russische Knutenherrschaft zu wehren, wurde bereitwillig geglaubt; und doch lag es für den Kenner der Geschichte auf der Hand, daß der Sieg der russischen Polen den Aufruhr im ganzen Um-

kreis des ehemaligen polnifchen Staates entflammen werde. Dem verantwortlichen Leiter der preußifchen Politik erwuchs aus diefer Erkenntniß die Pflicht, zur Sicherung des eigenen Staates dem gefährdeten Nachbar hilfreiche Hand zur Abwehr des gemeinfamen Feindes zu leiften, mindeftens den guten Willen zu eventuellet Hilfeleistung zu beweifen. In diefer Abficht betrieb Bismard den Abfchluß der Convention vom 8. Februar 1863, die von den Liberalen in den härteften Ausdrücken als eine Schmach, als eine Verfündigung am Geifte der Menfchlichkeit, als ein Act preußifcher Vasallenfchaft gegenüber Rußland verurtheilt und bekämpft wurde, obwohl Niemand den Text der Convention konnte. Auch bis heute noch ift der Wortlaut der Convention nicht bekannt gegeben worden, wenn auch der Inhalt kein Geheimniß mehr ift. Und diefer Inhalt fteht ftreng genommen im umgekehrten Verhältniß zu dem Aufwande von fittlichem Pathos, das uns in den Reden von Sybel, Dvesten, Parrifius begegnet. Auf Erfuchen des ruffifchen und des preußifchen Oberbefehlshabers oder der beiderfeitigen Grenzbehörden follten die beiderfeitigen Truppenführer bevollmächtigt werden, fich gegenseitig Hilfe zu leiften und nöthigenfalls auch die Grenze zu überschreiten zur Verfolgung der Rebellen, die aus dem einen Lande in das andere überträten. Befondere Offiziere beider Theile follten den Hauptquartieren der Höchftcommandirenden und der Corpsführer beigegeben und in Kenntniß aller Bewegungen erhalten werden. Auf Gortfchalows Betrieb wurde dem Entwurfe am Schluffe noch die Claufel hinzugefügt, daß diefe Vereinbarung fo lange in Kraft bleiben folte, als die Lage der Dinge es erforderte und die beiden Höfe es angemessen erachteten. Rahmen diefe Worte an fich der Convention fchon den Charakter eines Vertrages, fo verlor fie folchen vollends durch die Thatfache, daß fie von den Monarchen nicht unterzeichnet und dadurch niemals aus dem Stadium des Entwurfs herausgekommen ift. Sie blieb immer nur auf dem Papiere — und bedeutete doch einen großen Sieg der Bismardschen Diplomatie. Sehr willkommen find die Aufchlüffe, welche Fürft Bismard in den „Gedanken und Erinnerungen“ über die leitenden Erwägungen giebt.

Am russischen Hofe stritten damals Polonismus und Absolutismus mit einander. In den höheren Kreisen der russischen Gesellschaft war im Anfange der sechziger Jahre das Verlangen nach einer Verfassung lebendig; es wurde gern befürwortet durch den Hinweis auf die Polen, denen man in Anbetracht ihrer hohen geistigen Bildung nicht wohl zumuthen könnte, sich dem Drucke des russischen Absolutismus zu fügen und an der Regierung des Landes ohne denjenigen Antheil zu bleiben, den die in der Bildung gleichstehenden Völker Europas außerhalb Rußlands besäßen. Gortschakow, der in einem Parlamente ein geeignetes Feld zur Entfaltung seiner Redegabe und zur Pflege seines Popularitätsbedürfnisses gefunden hätte, war diesen Bestrebungen nicht feind und redete im Cabinet des Kaisers einer panslavistischen antideutschen Verbrüderung zwischen Russen und Polen das Wort. Kam diese Richtung zum Siege, so lag darin eine Gefahr für Preußen, da eine polenfreundliche Politik Rußlands selbstverständlich zu einer Annäherung des Zarenreichs an Frankreich geführt hätte, das die national-polnischen Bestrebungen von jeher gefördert hatte. Das Interesse der preußischen Politik, für deren deutsche Bestrebungen die Haltung Rußlands eine Frage von hoher Bedeutung war, forderte die Bekämpfung der polnischen Sympathien am Hofe und im Cabinet des Zaren, und diesem Zwecke diente die Alvenslebensche Convention. Sie war dem Zaren ein Freundschaftsbeweis, dessen Werth er um so höher anschlug, als die feindliche Haltung Frankreichs, Englands und Oesterreichs und das Eintreten dieser Staaten zu Gunsten der polnischen Rebellen ihn fast vor die Nothwendigkeit eines Krieges gegen Europa stellte. In militairischer Hinsicht war die Convention so gut wie wirkungslos — „ein Bedürfniß dafür war an Ort und Stelle nicht vorhanden; die russischen Truppen waren stark genug, und die Erfolge der Insurgenten existirten zum großen Theil nur in den von Paris bestellten, in Myslowitz fabrizirten, bald von der Grenze, bald vom Kriegsschauplatze, bald aus Warschau datirten, zuweilen recht märchenhaften Berichten, die zuerst in einem Berliner Blatte erschienen und dann ihre Kunde durch die europäische Presse

machten“ —, aber sie war ein diplomatischer „Schachzug, der die Partie entschied, die innerhalb des russischen Cabinets der antipolnische monarchische und der polonisirende panslavistische Einfluß gegen einander spielten.“

Die durch die Convention mit Rußland noch verschärfte Feindschaft gegen das Ministerium Bismarck äußerte sich in der von der liberalen Strömung beherrschten Presse in so gehässiger Weise, daß die Regierung, von dem durch die Verfassung ihr gewährleisteten Rechte Gebrauch machend, durch königliche Verordnung der zügellos gewordenen Presse Beschränkungen auferlegte, die im letzten Abjuchluß keinen anderen Zweck hatten, als den unparlamentarisch gewordenen Ton der Kritik wieder auf den Ton einer anständigen und sachlichen Polemik zurückzustimmen. Der gesammte Liberalismus innerhalb und außerhalb Preußens sah in der Preßverordnung vom 1. Juni 1863 einen verfassungswidrigen Angriff auf das Heiligthum der Preßfreiheit, und selbst ein so besonnener politischer Denker wie Heinrich von Treitschke hat damals in heiligem Zorne gegen den neuen Polignac flammende Artikel geschrieben.¹⁾ Ein scharfer Protest kam jedoch von einer Seite, von der die Staatsraison schweigende Duldung erwartet hatte und erwarten mußte, vom Kronprinzen von Preußen (16. Capitel: Danziger Episode). Unter dem Einflusse seiner Gemahlin stehend, die englische Auffassungen in preußische Verhältnisse hinübertrug und den Bestand der monarchischen Einrichtungen in Preußen nur in einer der englischen analogen Entwicklung gesichert wähnte, ließ er sich bestimmen, am 5. Juni im Rathhause zu Danzig seine Mißbilligung der ohne seinen Antheil geschehenen Anordnungen öffentlich auszusprechen und dadurch auf's Schärffste eine Politik zu verurtheilen, die die des Königs, seines Vaters, war. Die Presse sorgte dafür, daß das „Ereigniß“ in alle Welt hinausgetragen und der liberal gesinnte Thronfolger auf Kosten des im Dienste der Reaction handelnden Königs gepriesen wurde. König Wilhelm fühlte sich durch

¹⁾ Vgl. den Aufsatz: Das Schweigen der Presse in Preußen, Grenzboten 22. Jahrg. (17. Juli 1863) S. 111 ff., Historische und politische Aufsätze Bd. IV 126 ff.

das Vorgehen seines Sohnes tief gekränkt und erwog Maßregeln, „die an Friedrich Wilhelm I. und Küstrin erinnerten.“ Bismarck dagegen verstand es, die väterliche Entrüstung durch die Staatsraison zu besänftigen, daß in dem vorliegenden Kampfe zwischen Königthum und Parlament ein Zwiespalt innerhalb des königlichen Hauses abgestumpft, ignorirt und todtgeschwiegen werden müsse. Er erreichte dadurch, daß der König dem Sohne die erbetene Verzeihung gewährte, sein Gesuch um Entlassung aus allen seinen Aemtern mit Stillschweigen überging und ihm für die Zukunft die öffentliche Kundgabe seiner persönlichen Meinung in Staatsangelegenheiten untersagte. Der häusliche Streit schien beigelegt, da brachten die „Times“ Mittheilungen aus dem Briefwechsel zwischen Vater und Sohn, die den Verdacht eines groben Vertrauensbruchs nahelegten. Fürst Bismarck ist der Ueberzeugung, daß der Kronprinz ihm persönlich durchaus fernstand; er weist aber auch mit der Ruhe des guten Gewissens den in einem Briefe des Kronprinzen an Duncker geäußerten Verdacht zurück, daß „man sich Bismarckscher Seits in Besitz von Abschriften des Briefwechsels zwischen ihm und dem Könige gesetzt habe“, und bringt Beweise für die Wahrscheinlichkeit vor, daß der zur Umgebung der Königin Augusta gehörende Legationsrath Meyer der Vermittler des „Times“-Artikels gewesen sei.

Außerhalb der Einflüsse, die im eigenen Hause auf ihn wirkten und ihm seinen Kampf gegen das Ministerium Bismarck unter dem Gesichtspunkte eines Kampfes für die Rechte seiner Kinder erscheinen ließen, zeigte sich der Kronprinz den Gründen Bismarcks nicht unzugänglich; aber die Reue hielt nicht vor, und auf die freundliche Aussprache in Gastein (Aug. 1863) folgte die briefliche Absage vom 3. September und die scharfe mündliche Auseinandersetzung, in der Bismarck dem Kronprinzen zu verstehen gab, daß er zwar der treue Diener seines Vaters sei, nie aber der Minister des Sohnes sein werde, diesem jedoch wünsche, daß er jeder Zeit so treue Diener finden möge, als er für seinen Vater gewesen sei. Die in den „Gedanken und Erinnerungen“ zum ersten Male

veröffentlichten Randbemerkungen zu einer Denkschrift des Kronprinzen, in welcher er, unter gleichzeitiger Rechtfertigung seines Danziger Verhaltens, die Erlaubniß erbat, von den Sitzungen des Staatsministeriums fortan fern zu bleiben, enthalten eine überaus werthvolle Beleuchtung der staatsrechtlich wichtigen Frage über das Maß der dem Thronfolger zustehenden Rechte und seiner Gehorsamspflicht gegenüber dem regierenden Haupte.

In engem Zusammenhange mit den parlamentarischen Streitigkeiten, die in Preußen die öffentliche Meinung ganz gefangen nahmen und darum im Auslande als Vorboten einer nahen Revolution betrachtet wurden, steht ein Versuch Oesterreichs, die Führung in Deutschland zu gewinnen (17. Capitel: Der Frankfurter Fürstentag). Bismarck hatte den Gedanken an einen friedlichen Dualismus, der die Leitung Deutschlands zu gleichem Rechte in die Hände der beiden Großmächte gelegt hätte, noch nicht ganz aufgegeben, als er Minister wurde, so wenig ermuthigend seine Frankfurter Erfahrungen in dieser Hinsicht für ihn waren. Er hatte seine Bereitwilligkeit, mit Oesterreich zu besseren Beziehungen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu gelangen, dem Grafen Karolvi noch am 4. December 1862 in offener Aussprache entwickelt, fand aber auf Seiten Oesterreichs kein Entgegenkommen. Hier wurde 1863 die Schwarzenbergische Politik in neuer Drapirung aufgenommen: das Siebzig-Millionenreich sollte hergestellt werden unter österreichischer Führung und unter Zurückdrängung Preußens auf den Stand eines deutschen Mittelstaates. In Wien hatte man seit Olmütz und Dresden und dem Uebergewicht Schwarzenbergs eine irrige Ansicht gewonnen: man hatte sich gewöhnt, Preußen für schwach und namentlich für furchtsam zu halten, und dachte nicht daran, daß der Uebergang der Regierung von Friedrich Wilhelm IV. auf Wilhelm I. auch einen Wechsel der politischen Anschauungen bedeutete. Gewiß, auch König Wilhelm trennte sich nicht leicht von den väterlichen Ueberlieferungen, die das Zusammengehen mit Oesterreich empfahlen, „aber wenn er einmal unter der Leitung seines Ehrgefühls, dessen Empfindlichkeit ebenso in dem preussischen

Porte-épée als im monarchischen Bewußtsein lag, zu Entschlüssen . . . sich gezwungen gefühlt hatte, so war man sicher, wenn man ihm folgte, in keiner Gefahr von ihm im Stiche gelassen werden.“ Zudem überschätzte man in Wien die abschwächende Wirkung, welche der innere Conflict auf Preußens auswärtige Politik und seine militairische Leistungsfähigkeit haben konnte. Statt der von Preußen angebotenen Einigung über eine dualistische Leitung des Deutschen Bundes ging Oesterreich gegen Preußen zum Angriff über durch die Berufung eines Fürstencongresses zum Zwecke einer festeren Einigung der deutschen Staaten unter der Oberleitung des österreichischen Kaisers. Die Einladung dazu kam dem Könige von Preußen, der, von Bismarck begleitet, zur Kur in Gastein weilte, völlig unerwartet, aber da der Kaiser sie persönlich überbrachte und in einer auf sein fürstliches Solidaritätsgefühl berechneten Form begründete, so hatte er zunächst nicht das Gefühl der Unterschätzung. Der Gedanke, die preußisch-österreichische Nebenbuhlerschaft in eine gemeinsame Bekämpfung der Revolution und des Constitutionalismus zu verwandeln, hatte für ihn, der die Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems an sich selbst erfuhr, etwas Anziehendes; aber er gab doch, wenn auch nicht leicht, den Vorstellungen seines Ministers Gehör und blieb dem Frankfurter Tage fern, so schwer ihm der persönliche Versuch des Königs Johann von Sachsen in Baden die Entschließung gemacht hatte. Es ist bekannt und wird durch die „Gedanken und Erinnerungen“ bestätigt, wie Bismarck damals mit dem Könige gerungen hat, um ihn aus dem Kreise dynastisch-fürstlichen Gemeingefühls herauszulösen und auf den Standpunkt des preußischen Staatsinteresses zu heben, aber es bleibt der Ruhm des Königs, daß er sich immer der überlegenen Einsicht seines Berathers fügte, nicht als ein willenloser Sklave, sondern nach eigenem Entschlusse in reiflicher Erwägung der von dem Minister geltend gemachten politischen Gründe, die seinem Gedankenkreise an sich ferner lagen. Was Bismarck vorausgesehen hatte, geschah. Die übrigen deutschen Fürsten, die vollzählig in Frankfurt erschienen waren, knüpften den Beitritt zu der österreichischen Reform-

vorlage an die Bedingung der preussischen Zustimmung oder erneuter Unterhandlungen mit Preußen, verletzten aber durch diese, Oesterreich völlig unerwartete Rücksichtnahme auf Preußen den Grafen Rechberg dergestalt, daß er drohend äußerte, der Weg nach Berlin sei für Oesterreich nicht weiter und nicht schwieriger als für die Mittelstaaten, und alsbald diesen Weg einer Verständigung mit Preußen im Widerspruch zu der bundestägigen Auffassung betrat.

Der Tod des Königs von Dänemark, Friedrich VII. (15. November 1863), gewährte der dualistischen Führung des Deutschen Bundes eine glänzende Bethätigung in den gemeinsamen Kämpfen an der Schlei, dem gemeinsamen Einrücken in Jütland und dem gemeinsamen Friedensschluß mit Dänemark. Das preussisch-österreichische Bündniß zeigte sich, trotz der Verstimmung der übrigen Bundesstaaten, stark genug, die andern Großmächte, unter deren Deckung Dänemark dem gesammten Deutschthum den Handschuh hatte hinwerfen können, von Feindseligkeiten abzuhalten. Der freundliche Dualismus hätte für beide Staaten noch weitere Früchte tragen können, wenn auf Seiten des Königs von Preußen immer der preussische Standpunkt behauptet worden wäre. Gleich bei der ersten zwischen Oesterreich und Preußen auftauchenden Streitfrage aber hatte er nicht den Muth, das Interesse des preussischen Staates mit derjenigen Entschiedenheit zur Geltung zu bringen, welche die Vorbedingung des Sieges ist. Bismarck hatte ihm die Bahn dazu geebnet, indem er am 22. August 1864 in Schönbrunn dem Kaiser die Ueberlassung der Elbherzogthümer an Preußen empfohlen hatte als eine Art Pränumerandozahlung auf ein zukünftiges, unter Preußens Mitwirkung zu erwerbendes Aequivalent innerhalb der österreichischen Interessensphäre. Der Kaiser schien den vorgebrachten Gründen nicht unzugänglich zu sein und fragte, ob Preußen entschlossen sei, die Herzogthümer zu preussischen Provinzen zu machen. Ein entschlossenes „Ja“ des Königs hätte die Dinge wahrscheinlich in die rechte Bahn geleitet, statt dessen bemerkte er zögernd, daß er an sich kein Recht auf die Herzogthümer habe und gar keinen Anspruch darauf erheben könne. Diese Neuße-

zung kam einer verlorenen Schlacht gleich. Bismarck trat demnächst noch für das Festhalten der Einigkeit beider deutschen Großmächte ein, und es wurde eine dieser Richtung entsprechende kurze Redaction, in der die Zukunft Schleswig-Holsteins unentschieden blieb, von Rechberg und Bismarck entworfen und von beiden hohen Herren genehmigt.

Bald darauf (27. October 1864) mußte Graf Rechberg, nicht ohne die Schuld preussischer Ministerialbureaukraten, die die Interessen ihres Ressorts über die großen politischen Gesichtspunkte stellten, seinen Abschied nehmen. Rechberg hätte sich gegenüber der feindlichen Haltung Schmerlings im Ministerium nur behaupten können, wenn es ihm gelang, von Preußen ein Versprechen für die künftige Wiederaufnahme der Verhandlungen über Oesterreichs Eintritt in den Zollverein zu erhalten. Bismarck war geneigt, sich auf ein pactum de contrahendo einzulassen, da es ihn für die Zukunft zu keinerlei Zugeständnissen verpflichtete, für die gegenwärtige politische Lage aber von Nutzen war. Er reiste am 5. October nach Biarritz ab, in der Meinung, daß der König an der von seinem Minister vertretenen Anschauung festhalten werde. In seiner Abwesenheit aber gelang es Delbrück und Pommer-Esche, denen sich auch Bodenschwingh und halb wider seinen Willen, ohne feste Ueberzeugung, auch Ikenplig gesellten, den König durch den Hinweis auf das „Geschrei“, das solches Entgegenkommen gegen Oesterreich unter den Zollvereinsgenossen hervorrufen müsse, umzustimmen und selbst auf die Möglichkeit eines Bruches mit Oesterreich hin seine Einwilligung zum Abbruch der Verhandlungen zu erhalten. Bismarck konnte an diesem Beschluß, den er für einen argen politischen Fehler hielt, nichts ändern, aber er sagte sich in einem Briefe an Roon vom 16. October 1864¹⁾ von aller Verantwortung für die Rückwirkung dieses Fehlers auf Preußens auswärtige Politik los.

In der That leitete Rechbergs Entlassung, der im Auswärtigen Amte durch den Grafen Mensdorff ersetzt wurde, das Ende der preussisch-österreichischen Allianz ein. Mit dem

¹⁾ Bismarckbriefe 7. Aufl. S. 405 f.

Ministerium Schmerling kam in Wien eine Richtung zur Herrschaft, die der Fortdauer der dualistischen Politik nicht günstig war.

An die Erzählung dieser Dinge knüpft Fürst Bismarck eine Erörterung über den fragwürdigen Werth der österreichischen Freundschaft in der kurzen Periode des freundlichen Dualismus, die auch für die gegenwärtigen Beziehungen der beiden verbündeten Reiche des Interesses nicht entbehrt. Ich gebe sie in Bismarcks Worten: „Der Kaiser Franz Joseph ist eine ehrliche Natur, aber das österreichisch-ungarische Staatsschiff ist von so eigenthümlicher Zusammensetzung, daß seine Schwankungen, denen der Monarch seine Haltung an Bord anbequemen muß, sich kaum im Voraus berechnen lassen. Die centrifugalen Einflüsse der einzelnen Nationalitäten, das Ineinandergreifen der vitalen Interessen, die Oesterreich nach der deutschen, der italienischen, der orientalischen und der polnischen Seite hin gleichzeitig zu vertreten hat, die Unlenksamkeit des ungarischen Nationalgeistes und vor allem die Unberechenbarkeit, mit der heichtväterliche Einflüsse die politischen Entschliessungen kreuzen, legen jedem Bundesgenossen Oesterreichs die Pflicht auf, vorsichtig zu sein und die Interessen der eigenen Unterthanen nicht ausschließlich von der österreichischen Politik abhängig zu machen. Der Ruf der Stabilität, den die letztere unter dem langjährigen Regimente Metternichs gewonnen hatte, ist nach der Zusammensetzung der Habsburgischen Monarchie und nach den bewegenden Kräften innerhalb derselben nicht haltbar, mit der Politik des Wiener Cabinets vor der Metternichschen Periode gar nicht, und nach derselben nicht durchweg in Uebereinstimmung. Sind aber die Rückwirkungen der wechselnden Ereignisse und Situationen auf die Entschliessungen des Wiener Cabinets für die Dauer unberechenbar, so ist es auch für jeden Bundesgenossen Oesterreichs geboten, auf die Pflege von Beziehungen, aus denen sich nöthigenfalls andere Combinationen entwickeln lassen,¹⁾ nicht absolut zu verzichten.“

Das 18. Capitel (König Ludwig II. von Bayern), das den Schluß des ersten Bandes bildet, bringt eine kurze

¹⁾ Man denke an den Sondervertrag mit Rußland von 1887 neben dem deutsch-österreichischen Defensivbünd.

Charakteristik des unglücklichen Königs Ludwig II. von Bayern, den Bismarck nur einmal in seinem Leben (während des Aufenthalts in Nymphenburg am 16. und 17. August 1863 bei der Durchreise des Königs von Gastein nach Baden), also einige Monate vor seiner Thronbesteigung gesehen hat, und im Anschluß daran die wichtigsten Stücke des Briefwechsels beider Männer, für beide das beste Zeugniß ihrer freundschaftlichen Beziehungen: des Vertrauens des bayerischen Monarchen in die ehrliche bundestreue Leitung des Deutschen Reiches und seiner Bewunderung für den großen Staatsmann, der ehrfurchtsvollen Hingabe des ersten Reichskanzlers an die Interessen der Bundesfürsten in unbedingter Anerkennung des föderalistischen Prinzips, auf dem das Reich erbaut ist. An die Gegenwart klingt aus diesen Briefen eine Mahnung heraus zu sorgfältiger Schonung der Beziehungen zu den Einzelstaaten, damit nicht die Verstimmung der Dynastien eine zerfetzende Wirkung übe auf unsere schwer errungene nationale Einheit. Auszüge aus dem Briefwechsel zu geben, unterlasse ich, um dem Leser der „Gedanken und Erinnerungen“ nicht die Freude an der Lectüre des Ganzen zu verkümmern. Aber ich schalte hier den Brief vom 27. November 1870 ein, der in den „Gedanken und Erinnerungen“ nur nach dem Entwurf gegeben werden konnte, im Wortlaute der Reinschrift im Januarheft der „Deutschen Revue“ veröffentlicht worden ist.¹⁾

Paris, 27. November 1870.

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Für die huldreichen Eröffnungen, welche mir Graf Holnstein nach Befehl Eurer Majestät gemacht hat, bitte ich Allerhöchstdieselben, den ehrfurchtsvollen Ausdruck meines Dankes gnädig entgegen nehmen zu wollen; mein Gefühl der Dankbarkeit gegen Eure Majestät hat einen tiefern und breitem Grund als den persönlichen in der amtlichen Stellung, in welcher ich die hochherzigen Ent-

¹⁾ Eine vor einigen Jahren von Friedrichsruh aus an die gegenwärtige Besitzerin des Originals (Frau Luise von Kobell) gerichtete Bitte um Einsendung des Briefes zur Entnahme einer Abschrift für das Archiv des Fürsten wurde abschlägig beschieden.

schließungen zu würdigen berufen bin, durch welche Eurer Majestät bei dem Beginn und bei dem bevorstehenden Ende dieses großen Nationalkrieges der Einigkeit und der Macht Deutschlands den Abschluß gegeben haben. Aber es ist nicht meine, sondern die Aufgabe des deutschen Volkes und seiner Geschichte, dem durchlauchtigen Bayrischen Hause für Eurer Majestät deutsche Politik und für den Heldenmuth Ihres Heeres zu danken. Ich kann nur versichern, daß ich, so lange ich lebe, Eurer Majestät in ehrfurchtsvoller Dankbarkeit anhänglich und ergeben sein und mich jederzeit glücklich schätzen werde, wenn es mir vergönnt wird, Eurer Majestät zu Diensten sein zu können.

Bezüglich der deutschen Kaiserfrage ist es nach meinem ehrfurchtsvollen Ermessen vor Allem wichtig, daß deren Anregung von keiner andern Seite wie von Eurer Majestät und namentlich nicht von der Volksvertretung zuerst ausgehe. Die Stellung würde gefälcht werden, wenn sie ihren Ursprung nicht der freien und wohlervogenen Initiative des mächtigsten der dem Bunde beitretenden Fürsten verdankt.

Ich habe mir erlaubt, dem Grafen Holstein den Entwurf einer etwa an meinen allergnädigsten König und, mit den nöthigen Aenderungen der Fassung, an die andern Verbündeten zu richtenden Erklärung auf seinen Wunsch zu übergeben. Demselben liegt der Gedanke zu Grunde, welcher in der That die deutschen Stämme erfüllt: der deutsche Kaiser ist ihr Landsmann, der König von Preußen ihr Nachbar; nur der deutsche Titel bekundet, daß die damit verbundenen Rechte aus freier Uebertragung der deutschen Fürsten und Stämme hervorgehen. Daß die großen Fürstenhäuser Deutschlands, das Preussische eingeschlossen, durch das Vorhandensein eines von ihnen gewählten deutschen Kaisers in ihrer hohen europäischen Stellung nicht beeinträchtigt wurden, lehret die Geschichte.

In tiefer Ehrfurcht ersterbe ich

Eurer Majestät untertänigster treuehörigster Diener
v. Bismarck."

Die Veröffentlichung der Reinschrift gestattet die Berichtigung eines kleinen Irrthums. Bismarck erzählt Bd. II 118, daß er der Hauptlinie seiner Argumentation im Schreiben an den König von Bayern noch persönliche Argumente hinzugefügt habe, in Erinnerung an das besondere Wohlwollen, welches die bayrische Dynastie zu der Zeit, wo sie in der Mark Brandenburg regierte, während mehr als einer Generation seinen Vorfahren bethätigt habe. Diese „persönlichen Argumente“ finden sich nicht in diesem Briefe, wohl aber in einem noch nicht veröffentlichten Briefe an König Ludwig aus dem August 1880. Der König nimmt in seiner Antwort vom 1. September 1880 (Bd. I 372) darauf Bezug.



XI.

Die Erwerbung von Schleswig-Holstein.

In Bezug auf die Lösung der Herzogthümerfrage (19. Cap.: Schleswig-Holstein) hat Bismarck stets an dem „Klimax“ festgehalten, „daß die Personalunion besser war als das, was existirte, daß ein selbständiger Fürst besser war als die Personalunion, und daß die Vereinigung mit dem preussischen Staate besser war als ein selbständiger Fürst.“¹⁾ Für den verantwortlichen Leiter der preussischen Politik war selbstverständlich das zuletzt bezeichnete Ziel das erwünschteste, aber ob es erreicht werden würde, hing nicht von ihm allein ab. Die öffentliche Meinung, selbst in Preußen, wo sie in der Presse und im Hause der „Phrasen“ zum beredten Ausdruck gebracht wurde, sprach sich fast einstimmig für das Recht des Augustenburgera aus, so wenig ein solches nach dem auf einen Verzicht hinauslaufenden Vergleichsvertrage mit Dänemark vom Jahre 1852 geltend gemacht werden konnte, und fand am preussischen Hofe einen warmen Fürsprecher in dem Kronprinzen und seiner Gemahlin, die unter englischem und coburgischem Einflusse allen Erwägungen der politischen Seite der Frage vom preussischen Standpunkte aus sich verschlossen. Bismarck stand mit seiner Ansicht, daß Preußen den Tod des Königs von Dänemark und die dadurch eröffnete Erbfolgefrage, wenn möglich, zur Erwerbung der Herzogthümer benutzen müsse, allein; auch bei dem Könige fand er keine

¹⁾ Rede vom 20. December 1866, Politische Reden III 104.

Neigung zu einer solchen Lösung, als er ihn in einem Conseil¹⁾ bald nach dem Tode des Königs Friedrich VII. daran erinnerte, daß jeder seiner Vorfahren bis zum Großen Kurfürsten hinauf für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe, und ihn ermunterte, ein Gleiches zu thun. Der König trug Sorge, daß die, wie er meinte, unter den Nachwirkungen eines allzu reichlichen Frühstückes gethane Aeußerung seines auswärtigen Ministers aus dem Protokolle weggelassen wurde, doch bestand Bismarck auf der nachträglichen Einschaltung. Selbst die seinem Ressort unterstellten preußischen Gesandten hatten für die Auffassung ihres Chefs kein Verständniß, ja, einzelne, wie Graf Goltz, durchbrachen die Schranken der dienstlichen Disciplin so weit, daß sie in Immediateingaben dem Könige Ansichten vortrugen, die denen des leitenden Ministers diametral entgegenstanden. In dieser Lage mußte Bismarck auch die andern Möglichkeiten erwägen; er that es, ohne das höchste Ziel — die Annexion — aus den Augen zu lassen. Die eine war die Einsetzung des Augustenburgerz, dem die Zuneigung der deutschen Bevölkerung der Herzogthümer und der Souveraine der deutschen Mittel- und Kleinstaaten gehörte, die andere die Herstellung einer Personalunion, die den Herzogthümern, unter Aufrechterhaltung des politischen Verbandes mit Dänemark, die dem „up ewig ungedeckt“ entsprechende Sonderstellung gewährleistete. In die Bildung eines neuen Mittelstaates konnte Preußen nur einwilligen, wenn die preußischen und deutsch-nationalen Interessen sichergestellt wurden in dem Umfange, wie sie in den sogenannten

¹⁾ Wahrscheinlich geschah es in dem Conseil vom 2. und 3. Januar 1864, von dem Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung S. 193 f. erzählt, wie er anmerkungsweise bemerkt: nach den Aufzeichnungen eines preußischen Staatsmannes. Nach der Vermuthung von E. Mardz dürfte der Berichterstatter der Kronprinz gewesen sein. — Bismarck verlegt das Conseil Bd. II 11 in den Dezember 1863, doch dürfte ihn hier das Gedächtniß getäuscht haben. Die Angaben bei Jansen-Samwer über den Verlauf des Conseils stimmen so genau mit Bismarcks Aufzeichnungen überein, daß man kaum zweifeln kann, daß an beiden Stellen von demselben Conseil die Rede ist. Das Ministerconseil vom 2. und 3. Januar 1864 ist auch durch die amtlichen Mittheilungen in den Zeitungen von 1864 gesichert (vgl. Kohn, Bismarckregesten I 216).

Februarbedingungen nachmals aufgestellt worden sind; die Personalunion mit Dänemark fordern hieß der aufgeregten öffentlichen Meinung gegenüber die Sache des Dänenthums vertreten — und doch empfahl sich gerade dieser Weg als der gangbarste, um eine anderweitige, den deutsch-nationalen Interessen mehr entsprechende Lösung vorzubereiten. Die Rechte der Herzogthümer waren durch das Londoner Protokoll gewährleistet, Preußen und Oesterreich gehörten zu den Garanten des Vertrages und hatten gar nicht das Recht, sich ohne einen stichhaltigen Grund von den Londoner Abmachungen loszusagen, wohl aber als Schugmächte des Deutschen Bundes die Pflicht, Dänemark zur Erfüllung seiner Pflichten gegenüber den Herzogthümern anzuhalten, deren eines (Holstein) zum Verbande des Deutschen Bundes gehörte. Lehnte, wie der dänische Chauvinismus erwarten ließ, der neue König Christian IX., dessen Recht im Grunde nur auf dem Londoner Protokolle beruhte, unter dem Drucke der populären Agitation die Zurücknahme der Gesamtverfassung ab, so waren Preußen und Oesterreich vollberechtigt, an Dänemark den Krieg und das Londoner Protokoll fortan für unverbindlich zu erklären. Voraussetzungen einer solchen Politik waren die unbedingte Einigkeit der beiden deutschen Großmächte, da sie in ihrer Verbindung eine Macht darstellten, die jeder Möglichkeit einer europäischen Coalition gewachsen war, ferner die Ausschließung des Deutschen Bundes, der die ohne seine Mitwirkung zu Stande gekommenen Beschlüsse der Londoner Konferenz nie anerkannt und, ohne Rücksicht auf die europäische Situation, sich für Begründung eines Großherzogthums unter einer neuen Augustenburgischen Dynastie festgelegt hatte. Die Freundschaft Preußens und Oesterreichs zu gemeinsamer Großmachtpolitik herzustellen, gelang unter den Nachwirkungen des mißglückten Frankfurter Fürstentages leichter, als Bismarck erwartet haben mochte: die Ausschließung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten entsprach dem österreichischen Interesse, den Kleinen, die sich eben noch so unfügjam gegenüber den Wünschen der Präsidialmacht gezeigt hatten, einen handgreiflichen Beweis ihrer politischen Nichtigkeit in Fragen von

europäischem Gewichte zu geben; sie entsprach nicht minder dem Interesse der Herzogthümer selbst: „Ich habe nie“, sagt Bismarck, „in der Ueberzeugung geschwankt, daß Preußen, gestützt nur auf die Waffen und Genossen von 1848, öffentliche Meinung, Landtage, Vereine, Freischaaren und die kleinen Contingente in ihrer damaligen Verfassung, sich auf ein hoffnungsloses Beginnen eingelassen und unter den großen Mächten nur Feinde gefunden hätte. Ich hätte den Minister als Schwindler und Landesverräther betrachtet, der in die falsche Politik von 1848, 1849, 1850 zurückgefallen wäre, die uns ein neues Nimm bereiten mußte. Sobald aber Oesterreich mit uns war, schwand die Wahrscheinlichkeit einer Coalition der andern Mächte gegen uns.“

Die Befreiung der Herzogthümer von dänischer Herrschaft war der Preis des Sieges; nun aber heischte die Frage Antwort, was aus dem gemeinschaftlich erworbenen Besizthum beider deutschen Großmächte werden sollte. Bismarck trat bei dem Könige lebhaft für die preussische Besiznahme ein, stieß aber auch jetzt noch auf harten Widerstand. Der König behauptete, kein Recht auf die Herzogthümer zu haben, fürchtete sich auch vor der Mißbilligung, die er, wenn er den Augustenburger aufgab, bei seiner Gemahlin, bei dem Kronprinzlichen Paare, bei verschiedenen Dynastien und bei denen zu erwarten hatte, welche damals in seiner Auffassung die öffentliche Meinung bildeten. Erst die Mißhelligkeiten, die der Gemeinbesiz herbeiführte, zwangen ihn, der Frage einer Besizergreifung näher zu treten; die Verwaltungstheilung, die der Gasteiner Vertrag (14./20. August 1865) herstellte, konnte die Bahn für eine Erwerbung wenigstens von Schleswig ebnen. Die Antwort des Königs auf Bismarcks Brief vom 1. August 1865 — beide Stücke sind den „Gedanken und Erinnerungen“ einverleibt — zeigt einen bedeutenden Fortschritt von der Augustenburgischen zur preussischen Auffassung hinüber, lehrt freilich auch, wie schwach sein Glaube an eine wirkliche Eigenthumstheilung auch damals noch war. Der Gasteiner Vertrag, der Preußen das Herzogthum Lauenburg gegen eine Geldzahlung zum Besiz überwies, bedeutete einen Wendepunkt im

Empfindungsleben des Königs Wilhelm. Nach Bismarcks Wahrnehmung fand nach der Besignahme von Schleswig und Lauenburg ein psychologischer Wandel, ein Geschmackfinden an Eroberungen statt, wenn auch mit vorwiegender Befriedigung darüber, daß dieser Zuwachs, der Hafen von Kiel, die militairische Stellung in Schleswig und das Recht, einen Canal durch Holstein zu bauen, in Friede und Freundschaft mit Oesterreich erworben worden war.

Während der König den großen Erfolg seines auswärtigen Ministers durch seine Erhebung in den erblichen Grafenstand ehrte, schmähten diesen die preussischen Liberalen; ihr Haß gegen Bismarck war stärker als das Interesse für die deutsche Flotte, und es schien fast, als ob die „Fortschrittspartei die neu erworbenen Rechte Preußens auf Kiel und die damit begründete Aussicht auf unsere maritime Zukunft lieber in den Händen des Auctionators Hannibal Fischer als in denen des Ministeriums Bismarck gesehen hätte“. Auf ihren Antrag lehnte das Haus der Abgeordneten die Vorlage, betr. eine Anleihe zur Verstärkung der preussischen Marine, ab. Die Betrachtung, die Fürst Bismarck an die damalige Haltung seiner parlamentarischen Gegner knüpft, berührt einen der wundesten Punkte unseres deutschen Parteilebens und einen der schwersten Fehler unseres Volkscharakters und verdient darum ganz besonders beherzigt zu werden: „Es liegt im Rückblick auf diese Situation ein bedauerlicher Beweis, bis zu welchem Maße von Unehrlichkeit und Vaterlandslosigkeit die politischen Parteien bei uns auf dem Wege des Parteihasses gelangen. Es mag Aehnliches anderswo vorgekommen sein, doch weiß ich kein Land, wo das allgemeine Nationalgefühl und die Liebe zum Gesamtvaterlande den Ausschreitungen der Parteileidenschaft so geringe Hindernisse bereitet wie bei uns. Die für apokryph gehaltene Aeußerung, welche Plutarch dem Cäsar in den Mund legt, lieber in einem elenden Gebirgsdorfe der Erste als in Rom der Zweite sein zu wollen, hat mir immer den Eindruck eines echt deutschen Gedankens gemacht. Nur zu viele unter uns denken im öffentlichen Leben so und suchen das Dörfchen, und wenn sie es geo-

graphisch nicht finden können, die Fraction, resp. Unterfraction und Coterie, wo sie die Ersten sein können. Diese Sinnesrichtung, die man nach Belieben Egoismus oder Unabhängigkeit nennen kann, hat in der ganzen deutschen Geschichte von den rebellischen Herzögen der ersten Kaiserzeiten bis auf die unzähligen reichsunmittelbaren Landesherren, Reichsstädte, Reichsdörfer, -Abteien und -Ritter und die damit verbundene Schwäche und Wehrlosigkeit des Reiches ihre Bethätigung gefunden. Einstweilen findet sie im Parteiwesen, welches die Nation zerklüftet, stärkeren Ausdruck als in der rechtlichen oder dynastischen Zerrissenheit. Die Parteien scheiden sich weniger durch Programme und Prinzipien, als durch die Personen, welche als Condottieri an der Spitze einer jeden stehen und für sich eine möglichst große Gefolgschaft von Abgeordneten und publicistischen Strebern anzuwerben suchen, die hoffen, mit dem Führer oder den Führern zur Macht zu gelangen.“

Die Einsetzung des Augustenburger hat Bismarck anfangs als eine der Möglichkeiten ernstlich erwogen, ohne auf die Rechtsfrage dabei sonderlich Gewicht zu legen. Daß die Augustenburger ein juristisches Recht nicht geltend machen konnten, war ihm unbestreitbar. War aber die preußische Annexion nicht zu erreichen, so konnte die Augustenburgische Dynastie bei der Vergebung des eroberten Landes berücksichtigt werden, wenn sie Preußen gewisse Hoheitsrechte einräumte. Dazu hatte aber der Erbprinz Friedrich keine Neigung. Ohne irgend etwas für die Wahrnehmung seines „Rechtes“ gethan zu haben, verlangte er die volle Souverainetät und sträubte sich vor allem gegen jede Landabtretung an der Bucht von Kiel, die Preußen zur Anlage von Befestigungen forderte. Er erscheint so recht als der Typus des deutschen Kleinfürsten, der sich dem großen preußischen Nachbar als Fürst „von Gottes Gnaden“ ebenbürtig dünkt und doch in beständiger Angst lebt, von den Krallen des preußischen Adlers zerfleischt zu werden. Seit der Unterredung vom 1. Juni 1864, in der der Erbprinz sich den preußischen Forderungen durchaus unzugänglich erwies, war er aus den Bismarck'schen Erwägungen ausgeschlossen.

Die Bedingungen, die Preußen im Februar 1865 formulirte, deckten sich im Wesentlichen mit denen, die der Kronprinz von Preußen in seiner Denkschrift vom Februar 1864 als sachlich begründete Forderungen anerkannt hatte, galten aber nicht mehr für den Augustenburger, sondern für etwaige andere Prätendenten:

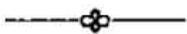
„Was man von der Minute ausgeschlagen,
Sieht keine Ewigkeit zurück.“

Heute wird kein Verständiger in Deutschland mehr beklagen, daß Schleswig-Holstein in preussischen Besitz gekommen und die an sich schon so bunte Karte von Deutschland nicht um einen Farbenton bereichert worden ist; in der neuen Provinz selbst freut man sich des ungeahnten materiellen Fortschrittes, den der Anschluß an den Großstaat dem kleinen Lande gebracht hat, und gedenkt der Augustenburg-Schwärmererei wie einer jugendlichen Thorheit, die glücklicherweise ohne Folgen geblieben ist: die Wallfahrt der Holsteiner nach Friedrichsruh war der versöhnende Ausklang eines erbitterten Kampfes der Meinungen und Bestrebungen und eine Huldwidmung für die politische Einsicht des Gefeierten.

Ein dauerndes Denkmal von Bismarcks Fürsorge für Preußens und Deutschlands Machtstellung an Nord- und Ostsee ist der Nord-Ostsee-Canal, dessen Bau im Wesentlichen auf seine Anregungen zurückzuführen ist. So lebhaft im Jahre 1848 sich das Verlangen nach einer deutschen Flotte und nach der Möglichkeit geäußert hatte, die auf Nord- und Ostsee vertheilten Streitkräfte zur See durch einen beide Meere verbindenden Canalbau vereinigen zu können, so wenig war davon zu spüren, nachdem die beiden Länder in preussischen Besitz übergegangen waren. Bismarcks Anregungen stießen auf Widerstand bei der Landesverteidigungs-Commission, deren Vorsitzender der Kronprinz war, während die eigentliche Leitung in Moltkes Händen lag. Die Behauptung der Militairs, daß ein so kostspieliges Werk, wie der Canal, im Kriegsfall durch einen allzu großen Bruchtheil des Landheeres geschützt werden müsse, war dem Verständniß des Königs einleuchtender, als Bismarcks Einwand, daß Kiel mit

seinen Anlagen, Hamburg und der Weg von dort nach Berlin immer werde gedeckt werden müssen, auch wenn kein Canal vorhanden sei. Erst um das Jahr 1885 schwächte sich der Widerstand der Landesvertheidigungs-Commission insoweit ab, daß der Canalbau auch die Zustimmung der militairischen Kreise fand. Für Bismarck sollte der Nord-Ostsee-Canal nur der Anfang eines großen Canalsystems sein, durch welches Kiel mit den Mündungen der Elbe, Weser, Zahde und Ems verbunden werden sollte, damit ein blockirender Feind gezwungen würde, in jedem der beiden Meere ein unserer ganzen Flotte gleichkommendes Geschwader zu erhalten, weil er nicht weiß, aus welcher von den fünf Ausfallspforten unsere ganze Flotte herausbricht.

Der Erwerbung von Helgoland, die dem Grafen von Caprivi werthvoll genug erschien, um dafür den besten Theil unseres hoffnungsvollen ostafrikanischen Colonialbesizes einzutauschen, steht Fürst Bismarck mit sehr gemischten Empfindungen gegenüber; die Richtigkeit seiner Befürchtungen dürfte ein zukünftiger Krieg mit Frankreich zu unserem Nachtheil erweisen. Die Deckung der Insel durch die englische Neutralität war für uns nützlicher als ihr Besitz, der uns im Frieden schwere finanzielle Lasten aufbürdet und im Kriege uns zu einer Vertheidigung des Felsens nöthigt, die einen nicht unwesentlichen Theil unserer kleinen Flotte in Anspruch nehmen wird.



XII.

Die Verhandlungen von Nikolsburg und der Norddeutsche Bund.

Der Gasteiner Vertrag war nur ein Nothbehelf. Der in der Tiefe gärende Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen drängte zum Kriege; mit gebieterischer Nothwendigkeit brach er im Juni 1866 aus. Fürst Bismarck verliert in den „Gedanken und Erinnerungen“ kein Wort, weder über die unmittelbaren Veranlassungen zum Kriege noch über seinen Verlauf: die Acten liegen offen vor Jedermanns Augen in den diplomatischen Correspondenzen und den kriegsgeschichtlichen Darstellungen der am Kriege theiligten Staaten. Das 20. Capitel: Nikolsburg handelt nur von der politischen Lage nach der Schlacht bei Königgrätz und von den diplomatischen Erwägungen, die für Bismarcks Rathschläge entscheidend waren; darin aber liegt gerade der besondere Reiz. Durch Sybel¹⁾ ist verbürgt, daß Bismarck am Abend des Sieges von Königgrätz zum Könige sagte: „Die Streitfrage ist entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen“ — ein staatsmännisches Wort, frei von jedem militairischen und politischen Chauvinismus, und darum so ganz charakteristisch für Bismarck, der immer nur das Erreichbare erstrebte und dadurch so große Erfolge erzielte. Es leitete ihn bei der Aufstellung der Bedingungen, die Oesterreich im

¹⁾ Die Begründung des Deutschen Reichs V, 203.

Friedensschlüsse aufzuerlegen seien, und in den schwierigen Verhandlungen mit dem Könige, der im Rausche des Sieges und unter den Einwirkungen ehrgeiziger Militairs den klaren Blick für das Mögliche sich trüben ließ. Die an sich einfache Lage verwickelte sich durch die von Oesterreich angerufene Vermittelung Frankreichs, die Napoleon III. willkommene Gelegenheit gab, Wasser in den preußischen Wein zu gießen. In seinem Auftrage erschien der Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, in der Nacht vom 11. zum 12. Juli im Hauptquartier zu Zwickau.¹⁾ Der französische Kaiser hatte das Duell zwischen Oesterreich und Preußen gern gesehen in der Erwartung, daß bei der vorausgesetzten Gleichheit der militairischen Kräfte die Entscheidung ihm anheimfallen werde; seine Dienste wollte er sich dann in gewohnter Weise bezahlen lassen. Der schnelle Sieg Preußens fand ihn noch ungerüstet, immerhin hätte eine französische Kriegserklärung vor Beilegung des österreichischen Krieges und unter dem beängstigenden Fortschritt der Cholera alle Erfolge des böhmischen Feldzuges in Frage stellen und den Rheinbundsgelüsten der deutschen Kleinfürsten einen mächtigen Rückhalt geben können. Bei den Militairs begegnete Bismarck einer Unterschätzung Frankreichs und seiner militairischen Kraft, die er nicht theilen konnte, und keinem Verständniß für seine Bedenken: Moltke hielt Preußen für stark

¹⁾ Daß er unerwartet ankam, geht wohl daraus hervor, daß für seine Aufnahme keinerlei Vorkehrungen getroffen waren; er mußte die Stube mit Abeten theilen, während sein Secretär Reubells Bett theilte (Abeten, Ein schlechtes Leben, S. 332). Graf Benedetti hat einem Berichterstatter des „Berl. Local-Anzeigers“, der das Bedürfniß empfand, das Urtheil des Franzosen über Bismarcks Werk einzuholen, die thatsächliche Berichtigung ertheilt: „Bismarck wurde zweifellos von seinem Gedächtnisse im Stiche gelassen, als er schrieb, daß ich unerwartet und unerwünscht in Nikolsburg auftauchte. Vielleicht wollte er mir sogar ein Compliment machen, indem er hinzufügte, daß es mir gelungen sei, die Aufmerksamkeit der Wachtposten zu täuschen, welche beauftragt waren, mich nicht ins Schloß gelangen zu lassen.“ Entweder hat der Graf die Gedanken und Erinnerungen nur flüchtig gelesen, oder der Berichterstatter hat unrichtig gehört. Tertium non datur. Bismarck sagt II, 42: „Inzwischen hatte ich in den Conferenzen mit Karolji und mit Benedetti, dem es Dank dem Ungeschied unserer militairischen Polizei im Rücken des Heeres gelungen war, in der Nacht vom 11. zum 12. Juli nach Zwickau

genug, den Krieg gegen Oesterreich defensiv an der Elblinie weiter zu führen und die Hauptmasse seines Heeres gegen Frankreich zu werfen und zwar in der Offensive. Die lange Dauer des deutsch-französischen Krieges, in dem die numerisch überlegenen Heere des vereinigten Deutschland die glänzendsten Siege davontrugen und dann einen Monate langen, in einzelnen Momenten sehr schwierigen Krieg gegen die fast unerschöpflichen Vertheidigungskräfte der Republik zu führen hatten, hat bewiesen, daß die Bedenken Bismarcks begründeter waren, als die Siegesgewißheit des Strategen. Bismarck wurde durch die militairische Aussicht eines nach zwei Seiten hin zu führenden Krieges zu lebhafteren Anstrengungen im Sinne des Friedens bestimmt.

Der Politiker muß die Zukunft im Auge haben, eine allzu scharf gespannte Senne plakt. Für unsere späteren Beziehungen zu Oesterreich kam es Bismarck darauf an, kränkende Erinnerungen nach Möglichkeit zu verhüten, wenn es sich ohne Beeinträchtigung der deutschen Politik thun ließ. Darum war er gegen einen siegreichen Einzug des preußischen Heeres in die feindliche Hauptstadt, der zwar dem Ehrgeize der militairischen Führer geschmeichelt, gleichzeitig aber das Ehrgefühl des Ueberwundenen empfindlich verletzt hätte, sowie gegen Abtretung von Land und Leuten des österreichischen Staates, durch welche dieser beständig an seine Niederlage erinnert

zu gelangen und dort plötzlich vor meinem Bette zu erscheinen, die Bedingungen ermittelt, unter denen der Friede erreichbar war." Nach Nikolsburg wurde das Hauptquartier erst am 18. Juli verlegt; Benedetti traf dort von Wien aus am 19. Juli ein. Bismarck kam alles darauf an, mit den Oesterreichern abzuschließen, ehe die Franzosen sich einmischten; es ist ganz glaublich, daß er es dem Ungeschied der militairischen Polizei zuschrieb, wenn Benedetti verhältnißmäßig so schnell das Hauptquartier erreichte. Vorwände, die Reise eines unbequemen Diplomaten durch die Linien eines kriegführenden Heeres zu hemmen, sind leicht zu finden. Nur fehlte wohl die entsprechende Weisung und auf Seiten der militairischen Polizei der Muth der Verantwortung, umsomehr, da Benedetti Botschafter eines nominell befreundeten Staates war. Benedetti hat dem Berichterstatter erzählt, daß ihm von Berlin aus ein preussischer Offizier als Geleit mitgegeben worden sei. Das mag richtig sein, aber es beweist nicht, daß es auf Bismarcks Weisung geschah. Daß dieser den französischen Botschafter höflich empfing, versteht sich von selbst. Welchen Nutzen hätte es gehabt, ihn durch brüsktes Betragen zu beleidigen?

worden wäre. Als vorausschauender Politiker mußte er mit der Wahrscheinlichkeit eines französischen Krieges rechnen und mit der Möglichkeit eines russischen. In beiden Fällen war ein auf den Tod verfeindetes Oesterreich der natürliche Bundesgenosse der Feinde Preußens, ein mild behandeltes dagegen blieb vermuthlich neutral, konnte sogar unter Umständen zum Kampfgenossen gegen Frankreich oder Rußland gewonnen werden. Für solche Erwägungen fand Bismarck beim Könige zunächst kein Gehör. Der König skizzirte unmittelbar nach Eingang des Telegrammes Napoleons die Friedensbedingungen in folgender Weise: Bundesreform unter preussischer Leitung, Erwerb Schleswig-Holsteins, Oesterreichisch-Schlesiens, eines böhmischen Grenzstriches, Ostfrieslands, Ersetzung der feindlichen Souveraine von Hannover, Kurhessen, Meiningen, Nassau durch ihre Thronfolger; später wuchsen noch seine Wünsche: er wollte Theile von Sachsen, Hannover, Hessen annectiren, besonders aber Ansbach und Bayreuth, deren Rückerverb ihm sein starkes Familiengefühl nahelegte. Die Annexion sächsischen Gebietes freilich machte die bestimmte Erklärung des Grafen Karolvi unmöglich, daß Oesterreich die Integrität Sachsens als unerlässliche Bedingung festhalten müsse, die Annexion Oesterreichisch-Schlesiens verbot die Weigerung Oesterreichs, irgend einen Theil seines Gebietes abzutreten; mit um so größerer Zähigkeit hielt der König an der Forderung fest, die fränkischen Fürstenthümer für Preußen zu gewinnen, obwohl Bismarck ihn darauf aufmerksam machte, daß in diesen Gebieten die Liebe zur bayerischen Dynastie fester wurzele als die Erinnerung an die vorübergehende Herrschaft der Hohenzollern, und daß ein verstümmeltes Bayern bei dem starken Selbstbewußtsein des bajuwarischen Stammes und seiner Wittelsbachischen Dynastie schwer zu versöhnen sein und also ein Hinderniß der zukünftigen Einigkeit Deutschlands werden würde. Noch am 24. Juli 1866, nachdem schon die Friedensverhandlungen mit Oesterreich in Nikolsburg ihren Anfang genommen hatten, war der Widerstand des Königs gegen eine schonende Behandlung Bayerns ohne Gebietsabtretung so stark, daß Minister v. d. Pforden unverrichteter Dinge wieder abreisen mußte.

Tags zuvor war Nikolsburg der Schauplatz eines Ringkampfes zwischen König und Minister gewesen, in dem es sich thätlich um die höchsten Fragen der deutschen Zukunft handelte. Der „Questenberg im Lager“ war den Militärs, die das Ohr des Königs mehr besaßen als der Diplomat, ein unbequemer Verberber ihrer militairischen Erfolge. Im Kriegsrath (oder Generalsvortrag) vom 23. Juli plakten die Meinungen hart aufeinander. Bismarck blieb mit seiner Ueberzeugung, daß auf die von Oesterreich angebotenen Bedingungen (des Austrittes aus dem Bunde, der Anerkennung aller durch Preußen in Norddeutschland zu treffenden Einrichtungen, vorbehaltlich der Integrität Sachsens) der Friede geschlossen werden müsse, allein; der König trat der militairischen Mehrheit bei. Da vermochten Bismarcks Nerven dem Drange der auf sie einstürmenden Gefühle nicht mehr zu widerstehen: er ging schweigend in's anstoßende Schlafzimmer, warf sich auf sein Bett und schluchzte im Weinkrampf wie ein Kind. Unterdeß entfernte sich der Kriegsrath. Bismarck brachte alle Erwägungen, die für den Friedensschluß sprachen, zu Papier und bat den König, bei Weiterführung des Krieges ihn seiner Aemter zu entheben. Mit diesem Schriftstücke begab er sich am 24. Juli zu dem Könige und entwickelte ihm noch einmal alle politischen und militairischen Gründe, die gegen die Fortsetzung des Krieges und für eine schonende Behandlung Oesterreichs sprachen. Der König gab das Gewicht seiner Bedenken zu, erklärte aber die vorliegenden Bedingungen für ungenügend, da Oesterreich und seine deutschen Verbündeten wegen ihrer Feindschaft gegen Preußen streng bestraft werden müßten. Bismarcks Einspruch, daß Preußen eine deutsch-nationale Einheit unter Leitung des Königs von Preußen herzustellen oder anzubahnen, nicht aber des Richteramtes zu walten habe, blieb ohne Eindruck, ja der Widerstand des Ministers gegen die Wiederaufnahme des Krieges reizte den König so, daß Bismarck die Erörterung abbrach und in dem Gefühle, daß seine Auffassung abgelehnt sei, das Zimmer verließ. Heimgekehrt in seine Wohnung, war ihm zu Muth, als ob er durch Sturz aus dem Fenster sein Leben enden sollte; er kehrte sich nicht

um, als er die Thüre öffnen hörte. Der eintretende Kronprinz ward sein rettender Engel. Die Hand ihm auf die Schulter legend, sprach er: „Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, Sie haben ihn für nothwendig gehalten und tragen die Verantwortlichkeit dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten.“ Nach einer kleinen halben Stunde brachte er die Zustimmung des Königs in einem Marginale zu einer von Bismarck's letzten Eingaben, dessen Wortlaut dem Fürsten Bismarck im Gedächtniß geblieben ist. Es lautete: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außer Stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“ Bismarck stieß sich nicht an die unverbindliche Form, hat die harten Worte dem König, den er liebte, auch niemals nachgetragen: „Von dem erwähnten Marginale“, schreibt er in den „Gedanken und Erinnerungen“, „blieb mir als einziges Residuum die Erinnerung an die heftige Gemüthsbewegung, in die ich meinen alten Herrn hatte versetzen müssen, um zu erlangen, was ich im Interesse des Vaterlandes für geboten hielt, wenn ich verantwortlich bleiben sollte.“ Wer könnte ohne Rührung diese schlichten Worte lesen, dieses Bekenntniß einer Liebe zu seinem „Herrn“, die im Interesse der Sache des Vaterlandes auch den härtesten Vorwurf schweigend erträgt, ohne zu grollen?

Nach Unterzeichnung der Präliminarien mit Oesterreich fanden sich auch die Bevollmächtigten von Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen in Nikolsburg ein. Während die der beiden letzten Staaten empfangen wurden, mußte sich Herr von Barmbüler, der bei Ausbruch des Krieges Preußen ein drohendes *Vae victis!* zugerufen hatte, zunächst eine Abweisung gefallen lassen. Bismarck traute der württembergischen Politik

Rheinbundsgelüste zu, die bei den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen des württembergischen Hauses zu der Napoleonischen Dynastie und bei der französischen Gesinnung der Königin von Holland, einer württembergischen Prinzessin, nahe genug lagen. Vielleicht hat gerade die ablehnende Haltung Bismarcks bewirkt, daß sich Herr von Barmbüler bei den späteren Verhandlungen in Berlin den preussischen Forderungen auch in deutsch-nationaler Beziehung gegenüber um so entgegenkommender zeigte: er war der Erste, der am 13. August 1866 seinen Namen unter einen der Schutz- und Trutzverträge setzte, durch welche die außerhalb des Norddeutschen Bundes stehenden süddeutschen Staaten sich für den Fall eines französischen Angriffes zu gemeinsamer Abwehr verpflichteten.

Dank der Napoleonischen Einmischung, die den Einfluß Preußens in Deutschland durch die Mainlinie beschränkte, konnte sich nur erst das nördliche Deutschland in festerem Bunde zusammenschließen (21. Capitel: Der Norddeutsche Bund). Das Provisorische eines solchen Zustandes wurde von Jedermann empfunden, am meisten von Bismarck selbst. Daß aber das letzte Ziel, die Einigung Deutschlands, ohne einen Waffengang mit Frankreich nicht zu erreichen sein würde, lag auf der Hand für jeden Kenner der Napoleonischen Prestigepolitik, wie viel mehr für einen Staatsmann vom Schlage Bismarcks. Bei allen Fragen der inneren Politik hatte er demnach die auswärtigen Beziehungen im Auge zu behalten. Den Krieg mit Frankreich zu provociren, lag nicht im Interesse Preußens und des Norddeutschen Bundes, er mußte von selbst kommen, wenn die Unhaltbarkeit der durch den Krieg von 1866 und die französische Einmischung geschaffenen Lage sich offenbarte, aber er durfte nicht zu früh kommen. Daher vermied Bismarck Alles, was das mißgünstige Ausland reizen konnte, und widmete sich nach Kräften der Befestigung des Norddeutschen Bundes und des durch statlichen Zuwachs erweiterten preussischen Staates. Mißgünstig aber war nicht Frankreich allein, das im Falle des Krieges auf den Bund von Oesterreich und Italien rechnen konnte, mißgünstig war auch Rußland, wo Fürst Gortschakow nach glaubhafter Ueberslieferung im Juli 1866

einen gemeinsamen Protest Rußlands und Frankreichs gegen die Beseitigung des Deutschen Bundes anregte, der nur unterblieb, weil Napoleon seine Mitwirkung ablehnte. Die Freundschaft Englands aber, die sich niemals zu thätiger Theilnahme an einem Kriege auf preußischer Seite verdicthet hätte, konnte in ihrer platonischen Form europäischen Coalitionen gegenüber nichts nützen. Unter dem Einflusse dieser Erwägungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik entschloß sich Bismarck, „jeden Schachzug im Innern danach einzurichten, ob der Eindruck der Solidität unserer Staatskraft dadurch gefördert oder geschädigt werden könnte“. Darum betrieb er, entgegen den reactionairen Anträgen der äußersten Rechten, die an sich dem Könige sympathisch waren, die Versöhnung im Innern durch die Indemnitätsvorlage, die der fortschrittlichen Opposition auf dem Gebiete der Theorie Recht gab, nachdem sie soeben durch die Praxis von der Thorheit ihres Widerstandes gegen die Armeeorganisation überzeugt worden war; darum widerstrebte er jeder breiteren Erörterung des nationalen Zieles, die das Ausland reizen konnte und auch beim Könige Anstoß erregte, weil er eben nur König von Preußen sein wollte und ohne jede ehrgeizige Berechnung nach der deutschen Seite hin war; darum warf er aber auch „die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, mit in die Pfanne“, „um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken.“ Wie oft ist gerade aus der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes dem Fürsten Bismarck ein schwerer Vorwurf gemacht worden; man vergißt dabei, daß er es gab als „eine Waffe im Kampfe gegen Oesterreich und weiteres Ausland, im Kampfe für die deutsche Einheit,“ zugleich als „eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Coalitionen“, und in der Hoffnung, daß das deutsche Volk stark und klug genug sein werde, sich von dem allgemeinen Wahlrechte wieder frei zu machen, wenn es dasselbe als eine schädliche Einrichtung erkannt haben würde; man vergißt weiter, daß die Heimlichkeit der Wahl erst durch den Antrag Fries in das Wahlgesetz hineingebracht, dadurch aber der Agitation die weiteste Möglichkeit zur Verhezung der

Massen gegeben worden ist. Fürst Bismarck hält auch noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ dafür, daß das allgemeine Wahlrecht, sobald nur die Heimlichkeit beseitigt werde, ein nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch berechtigtes Prinzip sei. Es gewährt den Begehrlichen und den Besitzenden zwar gleiches Recht, aber die Doffentlichkeit der Wahlwürde gegen die unter den Massen wirksame Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer ein Gegengewicht schaffen in dem Einflusse der Gebildeten und Besitzenden auf die Mindergebildeten und Abhängigen. Ein Staatswesen, dessen Regierung in die Hände der Begehrlichen, der novarum rerum cupidi, und der Redner fällt, „wird stets zu einer Unruhe der Entwicklung verurtheilt sein, der so gewichtige Massen, wie staatliche Gemeinwesen sind, nicht folgen können, ohne in ihrem Organismus geschädigt zu werden“. Es wird in den Wirbel des französischen Kreislaufes gerathen, der von der Monarchie durch alle Stadien der republikanischen Entwicklung hindurch zu Dictatur, Gewaltherrschaft und Absolutismus zurückführt. Den Absolutismus hält Fürst Bismarck, theoretisch betrachtet, wegen der ihm eigenen Stetigkeit für die ideale Verfassung für europäische Staatsgebilde, „wenn der König und seine Beamten nicht Menschen blieben wie jeder Andere, denen es nicht gegeben ist, mit übermenschlicher Sachkunde, Einsicht und Gerechtigkeit zu regieren“. Da auch die einsichtigsten und wohlwollendsten Monarchen menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten unterliegen, so bedarf auch „der idealste Monarch, wenn er nicht in seinem Idealismus gemeinschädlich werden soll“, der Kritik, um sich an deren Stacheln zurechtzufinden, „wenn er den Weg zu verlieren Gefahr läuft.“ Diese Kritik aber kann nur durch eine freie Presse und durch Parlamente im modernen Sinne geübt werden; nur dürfen beide Corrective ihre Wirkung nicht durch Mißbrauch abstumpfen und schließlich verlieren. Der Regierung liegt die Verpflichtung ob, Presse und Parlamente in denjenigen Schranken zu halten, die die Rücksicht auf das Staatswohl vorschreibt. Sie bedarf in diesem Kampfe eines hohen Maaßes politischen Tactes: ein Zuviel würde die dem Lande

unentbehrliche Controle der Regierung hindern, ein Zuwenig könnte sie zur Herrschaft werden lassen. Fürst Bismarck hebt rühmend hervor, daß Wilhelm I. das rechte Augenmaß dafür in einem nach menschlicher Unvollkommenheit überhaupt erreichbaren Grade besessen habe, indem er Minister, die die entsprechenden Eigenschaften (Tact und Augenmaß) besaßen, „sowohl gegen gelegentliche Majoritäts-Abstimmungen als auch gegen Hof- und Camarilla-Einflüsse zu halten“ wußte.

Anknüpfend an die aus revolutionärem Kreise an den König gebrachten Anträge, den Sieg über Oesterreich, der, wie die Neuwahlen vom 3. Juli 1866 lehrten, auch den Sieg über die Fortschrittspartei bedeutete, zur Revision der preussischen Verfassung im Sinne des Absolutismus zu benutzen, erörtert Bismarck einen Vorschlag des Zaren Alexander II. aus dem Jahre 1863, durch einen gemeinschaftlichen Krieg gegen die Westmächte und Oesterreich den innern Conflict zugleich mit der deutschen Frage zu erledigen. Das Anerbieten erschien auf den ersten Blick verlockend genug. Zwei so starke Militärmächte wie Preußen und Rußland im Bunde hätten ein Uebergewicht gebildet, gegen das die übrigen Mächte nicht hätten aufkommen können. Aber der größere Nutzen des Bundes wäre Rußland zugefallen. Bismarck, dem der König den Brief des Zaren zum Entwurf der Antwort überwies, hat in einer ausführlichen Denkschrift den russischen Antrag beleuchtet und diejenigen Momente hervorgehoben, die vom preussischen Standpunkte aus dagegen sprachen: „daß ein gemeinsamer Krieg gegen die Westmächte in seiner schließlichen Entwicklung sich wegen der geographischen Verhältnisse und wegen der französischen Begehrlichkeit nach den Rheinlanden nothwendig zu einem preussisch-französischen condensiren müsse, daß die preussisch-russische Initiative zu dem Kriege unsere Stellung in Deutschland verschlechtern werde, daß Rußland, entfernt von dem Kriegsschauplatz, von den Leiden des Krieges weniger betroffen sein, Preußen dagegen nicht nur die eigenen, sondern auch die russischen Heere materiell zu erhalten habe, und daß die russische Politik dann an dem längeren Arme des Hebels sitzen würde und uns, auch wenn wir siegreich wären, ähnlich

wie in dem Wiener Congreß und mit noch mehr Gewicht werde vorschreiben können, wie unser Friede beschaffen sein solle.“ Da ein preußisch-russischer Krieg gegen Oesterreich und seine Verbündeten unter den Mittel- und Kleinstaaten nicht in der Linie der nationalen Entwicklung gelegen hätte, die deutsche Einheit unter preußischer Führung nur durch die eigene nationale Kraft ohne fremde Unterstützung geschaffen werden durfte, so empfahl sich auch aus diesem Grunde das Offensivbündniß mit Rußland nicht. Für die Beilegung des innern Conflicts aber glaubte der König stark genug zu sein, seitdem er Minister gefunden hatte, die die Sache der Krone den parlamentarischen Machtbestrebungen gegenüber mit Entschlossenheit und doch mit der Maßhaltung vertraten, die dem besonnenen Staatsmann die Ueberlegenheit über die Leidenschaft des Parteimanns sichert. Fühlte der König von Preußen die Kraft, etwaige revolutionaire Erhebungen im eigenen Lande durch Waffengewalt niederzuschlagen, so wäre eine Ablenkung der Leidenschaften nach außen durch den Krieg gegen Frankreich oder Oesterreich eine Frivolität gewesen, die mehr französischer als deutscher Auffassung von den Regentenpflichten eines Fürsten entsprochen hätte. Auch die Frage mußte sich Bismarck vorlegen, ob Preußen nach dem Siege über Frankreich und Oesterreich auf seine Rechnung kommen würde. Er mußte sie in Erinnerung an Tilsit, Erfurt, Olmütz verneinen. Es war wahrscheinlich, daß sich Rußland mit Preußen nicht über die Zukunft Oesterreichs einigen würde, ebenso wahrscheinlich, daß es sich einer Verstärkung der Westgrenze Deutschlands widersetzen würde, um Preußen für künftige Kriege gegen Frankreich unterstützungsbedürftig zu erhalten und durch Abhängigkeit seinen Ehrgeiz zu zügeln. Ob je die Zeit kommen wird, da diese Denkschrift dem Dunkel der Archive entnommen, der Deffentlichkeit unterbreitet wird als ein Zeugniß Bismarckscher Staatskunst? Es widerstrebt dem Historiker, an die von Fürst Bismarck berührte Möglichkeit zu glauben, es könnte die an-geregte Zerstörung der Documente sich vollziehen, die von seiner politischen Thätigkeit Kunde geben. Mit solcher Barbarei wäre weder dem deutschen noch dem dynastischen Interesse

gebient; im Gegentheil müßte man fragen, ob nicht das Deutsche Reich in die Periode seines Niederganges getreten sei, wenn solche Bestrebungen sich hervorwagen dürften, ohne sofort von leitender Stelle aus auf's Schärffste zurückgewiesen zu werden. Die Ehre Bismarcks ist die Ehre des Hohenzollernhauses und des deutschen Volkes.

Durch Bismarcks Ausführungen überzeugt, lehnte der König den russischen Antrag ab: das nationale Ehrgefühl und der gesunde Menschenverstand in der Politik siegten bei ihm über die empfindliche Kränkung, welche sein monarchisches Bewußtsein durch die maßlosen Angriffe der Fortschrittspartei, sein preußisches Gefühl durch die in dem Frankfurter Fürstentag gipfelnden österreichischen Bestrebungen nach einer kaiserlichen Oberherrschaft in Deutschland erfahren hatte.

Ganz leicht wurde dem Könige im Jahre 1866 der Verzicht auf eine Revision der Verfassung nicht, und nicht den „versöhnlichen Anschauungen“ des Monarchen, sondern den staatsmännischen Erwägungen Bismarcks war es zu danken, wenn sich der Conflict nicht auf breiterer Grundlage entwickelte und Preußen sich in den Augen Deutschlands mit dem Makel der Reaction besudelte. Dem Kriege gegen Oesterreich wäre dadurch sein nationaler Charakter genommen worden, die Feindschaft des süddeutschen Liberalismus gegen das Preußenthum hätte in den Augen der Welt eine Berechtigung gewonnen, die ihr bisher gefehlt hatte, und Alles, was in Preußen selbst liberal dachte, wäre in einen Kampf auf Leben und Tod eingetreten zur Aufrechterhaltung der bedrohten Freiheit. Selbst wenn die Regierung aus Artikel 118 der Verfassung das Anrecht entnommen hätte, die preußische Verfassung nach der erst zu entwerfenden des Norddeutschen Bundes umzugestalten, und diesen Umguß nach den Rathschlägen der reactionären Partei vollzogen hätte, würde ihr der Vorwurf des Verfassungsbruches kaum erspart geblieben sein. Ein ehrliches Bekenntniß zu der Verfassung und die theoretische Anerkennung des Artikels 29 mußte dagegen, im Augenblicke des Sieges gegeben, die Feinde der Regierung entwaffnen und alle Befürchtungen vor dem hereinbruch einer Reaction zerstreuen, die die deutschen

Liberalen von dem siegreichen Preußen erwarteten. Auf der langen Eisenbahnfahrt von Prag nach Berlin (4. August) entwickelte Bismarck dem Könige seine Gedanken, ohne dafür so leicht Verständniß zu finden: dem Könige erschien die Bitte um Indemnität wie eine Demüthigung vor dem Abgeordnetenhaus, wie ein Schuldbekentniß, zu dem nach seiner Auffassung nicht der geringste Anlaß vorlag. Schließlich gab er doch nach. Ich weiß nicht, ob Bismarck damals die Cabinetsfrage gestellt hat; vielleicht genügte der Hinweis auf die Einigkeit sämtlicher Minister in der Ueberzeugung von der politischen Nothwendigkeit einer Schließung des Conflicts — kurz: die Thronrede vom 5. August enthielt die Bitte um Indemnität, und Bismarck sorgte dann dafür, daß die Indemnitätsforderung als das freiwillige Geschenk eines großmüthigen Siegers erschien, das den Gegnern der Regierung Gelegenheit geben wollte, sich auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes mit ihr zu ge-
deihlicher Arbeit zusammenzuschließen.

Inwieweit Bismarck selbst für Annexionen deutscher Länder gewesen ist, lassen die „Gedanken und Erinnerungen“ mit ziemlicher Sicherheit erkennen. Bismarck erklärte sich gegen die Verstümmelung einzelner deutscher Staaten, die dem Könige sympathischer gewesen wäre als Annexionen ganzer Staatsgebiete; gegen Annexionen in größerem Umfange hatte er sicher prinzipiell nichts einzuwenden, da er in dieser Zeit nichts anderes sein durfte als preußischer Staatsmann, als solcher aber eine so günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen durfte, ohne die Unbill der Vergangenheit wieder gut zu machen. Der Theoretiker in ihm ließ die Einziehung aller durch den Krieg überwundenen Staaten als das gute Recht Preußens betrachten, aber der staatsmännische Verstand hieß ihn Beschränkung auf das unbedingt Nothwendige üben. Preußen hatte mit der Mißgunst Europas zu rechnen, und mußte deshalb seine Annexionsgelüste auf das Maß des Unentbehrlichen beschränken. Unentbehrlich aber war für Preußen die Herstellung einer Verbindung zwischen dem östlichen und westlichen Theile der Monarchie; es war ein Unding, daß Westphalen und Rheinprovinz, zwei so werthvolle Perlen der preußischen

Krone, von dem Kerne der Monarchie durch die feindlichen Gebiete von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt getrennt waren, und eben noch hatte der Krieg bewiesen, wie nothwendig die Herstellung eines festen territorialen Zusammenhanges im Norden Deutschlands für Preußens Sicherheit war. Wir dürfen als gewiß annehmen, daß Bismarck für die Annexion dieser Gebiete bei dem Könige unbedingt eingetreten ist, ob von vornherein oder erst, nachdem die französische Einmischung Preußen einen Theil des durch seinen Sieg Errungenen wieder entriß, läßt sich mit voller Klarheit nicht entscheiden. Im Rückblick auf diese Zeit giebt Bismarck zu, daß Preußen die Annexionen habe entbehren und Ersatz dafür in der Bundesverfassung suchen können, und nach dem Wortlaut der „Gedanken und Erinnerungen“ wird man annehmen müssen, daß sich Bismarck anfangs für diesen Modus verwendet hat; aber schwerlich hat des Königs Wunsch nach einer Abrundung des preußischen Staatsgebietes bei ihm auf eine grundsätzliche Abneigung gestoßen. Das Wort: „Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Bendée, aber gegen alle andern fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben“ ist ein Glaubensbekenntniß, das sicher im Jahre 1866 für Bismarck noch höhere Geltung besaß als 1861, da er es in einem Briefe an Roon ablegte. Der König dagegen hatte legitimistische und dynastische Bedenken gegen die Annexion ganzer Staaten und wollte sich an Gebietsabtretungen jedes einzelnen an Preußen genügen lassen. Ohne Zweifel war die Anschauung des Ministers, aus dem politischen Standpunkte betrachtet, richtiger als die des Königs, und wenn der König ihr anfangs widerstrebend folgte, so scheint er sich doch schnell genug mit dem Grundgedanken so vertraut gemacht zu haben, daß er mehr forderte, als dem Minister aus politischen Erwägungen nothwendig erschien. Schließlich hat er sich an der Erwerbung Schleswig-Holsteins und der oben erwähnten norddeutschen Staaten, sowie an der Abtretung einiger Großherzoglich hessischen Gebiete genügen lassen.

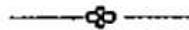
Den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden blieb Landverlust erspart. Außer einer Verkleinerung

Bayerns durch Abtretung von Ansbach und Bayreuth wünschte der König auch eine Vergrößerung der Hohenzollernschen Lande auf Kosten Württembergs. Beiden Wünschen trat der Staatsmann mit Erfolg entgegen. Die von badischer Seite vorgeschlagene Lostrennung der Pfalz von Bayern, die, dem badischen Gebiete zugesügt, das Großherzogthum zum unmittelbaren Grenznachbar Preußens gemacht haben würde, konnte für Bismarck ein Gegenstand ernstlicher Erwägung überhaupt nicht sein. Preußen hatte nicht badische Hauspolitik auf Kosten der zukünftigen Entwicklung zu treiben. Diese aber wäre entschieden gefährdet worden, wenn Bayern mit Gewalt auf die Bahn des Widerstandes gegen eine deutsch-nationale Entwicklung gestoßen worden wäre. Seine Unzufriedenheit würde es für alle österreichischen und französischen Revanchepläne zum stets bereiten Bundesgenossen gemacht haben.

Wie bereitwillig Frankreich alle der Neuordnung Deutschlands feindlichen Bestrebungen förderte, lehrt der Schuß, den es der Welfenlegion gewährte. Sie ist, Dank Bismarcks Bemühungen, im deutsch-französischen Kriege nicht zur Wirksamkeit gekommen; den deutschen Truppen ist erspart geblieben, gegen Landsleute zu kämpfen und dadurch ein Element der Verbitterung in einen Kampf hineinzutragen, dessen Ziel die Versöhnung aller innerhalb der deutschen Nation noch bestehenden Gegensätze sein sollte. Die freudige Theilnahme der ehemaligen Hannoveraner, Hessen, Nassauer, Frankfurter und Schleswig-Holsteiner am Kriege gegen Frankreich war ein wichtiges Moment des Fortschritts zur nationalen Einheit; eine feindliche Erhebung der welfischen Partei in Hannover hätte vergiftend gewirkt wie Meltau auf die jungen Pflanzen. Indem Bismarck durch Aufwendung reichlicher Geldmittel die welfische Agitation bekämpfte, ehe sie zu fester Organisation gelangt war, trieb er eine „prophylaktische“ Politik, die Deutschland vor schweren inneren Erschütterungen bewahrt hat.

Als sich Bismarck nach dem Abschlusse der Friedensverhandlungen mit Oesterreich und seinen Gegnern unter den deutschen Staaten in Urlaub begab, um nach den aufreibenden Kämpfen des vergangenen Jahres und den Strapazen des

Feldzugs mit seinen nervenerschütternden diplomatischen Verhandlungen längerer Erholung zu pflegen, dauerten die Verhandlungen über die Stellung Sachsens im Nordbunde noch fort. Mit dem schließlichen Ergebniß, das sich durch persönliche Entschließungen des Königs Wilhelm in militairischer Beziehung günstiger gestaltete, als der Präliminarvertrag erwarten ließ, scheint Bismarck damals nicht ganz zufrieden gewesen zu sein; aber er enthält sich in den „Gedanken und Erinnerungen“ der Kritik, nachdem die geschickte und ehrliche Politik der beiden letzten sächsischen Könige die gemachten Zugeständnisse gerechtfertigt habe. Im sächsischen Stamme aber hat der Reichsgedanke so feste Wurzeln geschlagen, daß particularistische Bestrebungen künftiger Träger der Wettiner Krone kaum irgend welche nennenswerthe Unterstützung aus dem Volke heraus erfahren dürften. Der Bund mit Oesterreich wurde schon 1866 von dem denkenden Theile des sächsischen Volkes als ein arger Fehler empfunden; heut zu Tage würde jede dynastische Politik außerhalb des Rahmens der deutschen keinen Boden in der Gesinnung des Volkes finden.



XIII.

Die Emscher Depesche. Begründung des Deutschen Reichs.

Wie nahe die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich lag, bewies der Streit über Luxemburg, der im Frühjahr 1867 die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigte. Frankreich hatte gleich nach dem Kriege den Anspruch auf eine Compensation erhoben, und Bismarck hatte das Bedürfnis Frankreichs nach einem Zuwachs an Land und Leuten im Gespräch mit Benedetti anerkannt, jeden Versuch dagegen, solche Entschädigung auf deutschem Gebiete zu gewinnen, in unzweideutiger Form abgelehnt. Die Lage des noch in der Bildung begriffenen Norddeutschen Bundes erheischte doppelt diplomatische Vorsicht, und kein billiger Denker wird es Bismarck verdenken, wenn er die Frage dilatorisch behandelte, den Franzosen es überließ, ihre Compensationswünsche zu formuliren, und diese dann in wohlwollender Form mit ihrem Berliner Repräsentanten erörterte. Wenn Moralisten in dieser Behandlung eine dem deutschen Charakter fremde Art finden wollen, so beweisen sie damit nur, daß sie von dem A-B-C der diplomatischen Kunst keine Ahnung haben. Es wäre eine geradezu strafbare Plumpheit gewesen, wenn Bismarck den französischen Wünschen ein unbedingtes Nein entgegengestellt und dadurch den Krieg provocirt hätte; genug, daß er die Abtretung deutschen Gebiets bestimmt ablehnte. Bei jedem andern Erwerb, den Frankreich in Europa zu machen wünschte, hatten die europäischen Mächte mitzusprechen: das machte die Sache für Frankreich unbequem. Angesichts der Möglichkeit einer europäischen Verwicklung

stimmte Napoleon seine Wünsche bedeutend herab: er wollte Luxemburg durch Kauf von Holland erwerben und brachte auch den König von Holland durch Ueberredung und Drohung zum Abschluß eines Kauf-Vertrags. Der Norddeutsche Bund konnte an sich auf Luxemburg Rechtsansprüche nicht erheben; aber das deutsche Nationalgefühl äußerte sich damals in einer so lebhaften Form, daß Bismarck darin einen starken Verbündeten fand für seine diplomatische Action, die Luxemburg vor französischer Begehrlichkeit sicherstellte und seiner zukünftigen Neutralität die Bürgschaft der europäischen Großmächte verschaffte.

Seit diesem Mißlingen dachte Napoleon an den Krieg mit Preußen; die Reform des französischen Heeres, seine Neuorganisation und bessere Bewaffnung wurde mit Eifer betrieben, und fleißig hielten seine Berather Ausschau nach Bundesgenossen und nach einem Vorwande, der die Kriegserklärung in den Augen Europas rechtfertigen konnte. Die preußische Politik aber hielt sich in so correcten Bahnen, sie war so ehrlich beflissen, die Friedlichkeit ihrer Ziele zu betonen und die Bestimmungen des Prager Friedens hinsichtlich der süddeutschen Staaten auch allen pandeutschen Bestrebungen gegenüber zur Geltung zu bringen, daß Frankreich sich schon den Vorwand schaffen mußte, wenn es zum Kriege gelangen wollte: die Candidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern bot hierzu willkommene Gelegenheit (22. Capitel: Die Emser Depesche).

Die Franzosen werden nicht müde, zu behaupten — und die deutschen Franzosenfreunde unter den Socialdemokraten stimmen ihnen bei —, daß die Hohenzollernsche Candidatur von Bismarck eigens erfunden worden sei, um die Franzosen zum Kriege zu reizen. Daß das eine Lüge sei, ist schon tausendmal bewiesen worden, und vor der Geschichte wird auch die Lüge keinen Bestand haben. Der Antrag, König von Spanien zu werden, ist dem Erbprinzen Leopold von Spanien aus gemacht worden. Die ganze Sache ging nur Spanien und den Erbprinzen bez. dessen Vater als Familienhaupt des Hohenzollern = Sigmaringischen Hauses an, den König von

Preußen nur in seiner Eigenschaft als Chef des Hohenzollernschen Gesammthausess, insoweit ihn die fürstliche Linie in ihren Familienangelegenheiten als solchen anerkannte. Weder der preußische Staat noch der Norddeutsche Bund konnte sich mit der Frage der Besetzung des spanischen Thrones befassen, und wenn Bismarck in dieser Angelegenheit dem Fürsten Anton und seinem Sohne auf ihr Befragen Rathschläge gab, so that er es nicht in seiner Eigenschaft als Kanzler des Norddeutschen Bundes, sondern als Privatmann ohne jede Verbindlichkeit für Preußen und den von ihm geleiteten Bund. Gewiß ist — und er hat es nie bestritten —, daß er dem Prinzen gerathen hat, Spaniens Wunsch zu erfüllen, aber ebenso gewiß ist, daß er diesen Rath nicht gab in der Hoffnung, dadurch zum Kriege mit Frankreich zu gelangen. Er glaubte im Gegentheil, daß die Wahl des Prinzen, der dem Napoleonischen Hause näher verwandt war als den Hohenzollern in Preußen, in Paris auf Widerstand nicht stoßen würde, und hielt es für ganz selbstverständlich, daß der Prinz als König von Spanien danach streben würde, die Fühlung mit der kaiserlich französischen Politik zu gewinnen, die zu den Vorbedingungen gehörte, unter denen er Spanien regieren konnte.¹⁾ Daß er die spanische Thronfolge unter dem Gesichtspunkte der deutschen Interessen erwog, war seine Pflicht, aber er dachte zunächst mehr an wirthschaftliche als an politische Beziehungen, denen ein König von Spanien deutscher Abstammung förderlich sein konnte: „Ein uns befreundetes Element in der spanischen Regierung wäre ein Vortheil gewesen, den a limine abzuweisen in den Aufgaben der deutschen Politik kein Grund vorhanden war, es sei denn, daß man die Besorgniß, Frankreich könne unzufrieden werden, als einen solchen gelten lassen wollte.“ Die

¹⁾ Dem widerspricht nicht die Geheimhaltung der Candidatur vor Frankreich: sie geschah auf Prinz's ausdrücklichen Wunsch, der fremden Einfluß auf die rein spanische Angelegenheit nach Möglichkeit fernhalten wollte. Es ist kaum zulässig, von einem rücksichtslosen Verfahren Bismarck's Frankreich gegenüber in der Frage der Candidatur zu sprechen, wie Erich Marks, Wilhelm I. (S. 288) thut. Bismarck war nicht berechtigt, die Geheimnisse der spanischen Regierung an Frankreich mitzutheilen.

Haltung Spaniens im deutsch-französischen Kriege hat gezeigt, wie wenig Deutschland in politischer Hinsicht von Spanien erwarten durfte: die Nachkommen des Eid sahen „Gewehr bei Fuß“ zu, wie sich die deutschen Truppen mit den Franzosen schlugen um die Freiheit der spanischen Königswahl und ließen ohne Murren die Fälschung der Frage aus einer spanischen in eine deutsche geschehen, statt ihrerseits Frankreich wegen seiner Einmischung in eine spanische Angelegenheit zur Rechenschaft zu ziehen.

Wenn Frankreich sein Interesse durch die Wahl des Hohenzollernschen Prinzen gefährdet glaubte, so hatte es sich nach Madrid, nicht nach Berlin zu wenden; indem es seiner peinlichen Ueberraschung im Auswärtigen Amte zu Berlin Ausdruck gab, bewies es, daß es den gesuchten Vorwand zum Kriegsfall mit Preußen gefunden zu haben glaubte. Die Antwort, die Herr von Thile dem französischen Geschäftsträger gab, war ohne Zweifel correct: dem preußischen Ministerium war die durchaus als Familiensache behandelte Angelegenheit amtlich fremd; denn daß in den Denkwürdigkeiten des Königs von Rumänien erwähnte Ministerconseil im Schlosse zu Berlin hat nach Bismarcks Zeugniß niemals stattgefunden, die spanische Candidatur ist dort höchstens im Tischgespräch berührt, niemals aber amtlich verhandelt worden. In Paris machte man kein Hehl daraus, worauf es bei der ganzen Komödie abgesehen war: Preußen sollte entweder zur Zurückziehung der Candidatur, zu der es nur durch die Person seines Königs als eines Mitgliedes des Hohenzollernschen Hauses in Beziehung stand, gedemüthigt oder zum Kriege getrieben werden. Dieß es sich demüthigen, so hatte Frankreich einen diplomatischen Erfolg errungen, der sein durch 1866 verlorenes Prestige mit einem Schlage wieder herstellte, lehnte es die geforderte Genugthuung ab, so hoffte man es zu schlagen und rechnete dabei auf die Mitwirkung der süddeutschen Staaten, sowie derjenigen unzufriedenen Elemente des Nordbundes, die aus ihrer französischen Gesinnung kein Hehl machten. Die französischen Minister „lebten, rechneten und handelten in Rheinbunds-erinnerungen“, „der deutsch-nationale Aufschwung, welcher der französischen Kriegs-

erklärung folgte, vergleichbar einem Strome, der die Schleußen bricht, war für die französischen Politiker eine Ueberraschung“. Das Ministerium Gramont-Ollivier überstürzte die Dinge: der unberechtigten Anfrage vom 4. Juli, die Bismarck als eine „internationale Unverschämtheit“ bezeichnet, „die für uns die Unmöglichkeit involvirte, auch nur um einen Zoll breit zurückzuweichen“, folgte am 6. die „amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff“ durch die Erklärungen der beiden Minister im gesetzgebenden Körper und die Fluth von amtlich autorisirten Beschimpfungen Preußens in der französischen Presse über das Thema: „La Prusse cane“ (Preußen kneift!).

Bismarck wurde durch den Sturm kriegerischer Leidenschaft, den das Bekanntwerden der Hohenzollern'schen Candidatur an der Seine entfesselt hatte, in Barzin überrascht; hatte er den ersten Äußerungen in der französischen Presse kein besonderes Gewicht beigelegt, so belehrte ihn die amtliche Erklärung der Minister in Verbindung mit der Thatsache, daß der Botschafter Graf Benedetti Weisung erhalten hatte, in Ems unmittelbar beim Könige von Preußen vorstellig zu werden, daß an dem Ernst der Lage nicht zu zweifeln sei. Er verließ am 12. Juli Barzin, um sich nach Ems zu begeben und bei dem Könige die Berufung des Reichstages zum Zwecke der Mobilmachung zu befürworten. Er gab die Reise nach Ems auf, als er in Berlin aus den eingegangenen Telegrammen ersah, daß der König auch nach den französischen Bedrohungen in Presse und Parlament fortfuhr, mit Benedetti zu verhandeln, „ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen.“ Die am Abend eintreffende Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern bestärkte ihn in seinem Entschlusse, aus dem Dienste zu scheiden, „weil er nach allen beleidigenden Provocationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demüthigung Deutschlands sah“, die er amtlich nicht verantworten wollte. Moltke und Roon, die an diesem (wie auch am folgenden) Abend bei ihm zu Tisch waren, hatten gleich ihm das Gefühl, daß Preußen durch seine Nachgiebigkeit eine Niederlage erlitten habe, die der von Olmütz gleichkam. Die Dinge waren durch die persönlichen Verhandlungen des

Königs mit Benedetti auf einen falschen Strang gekommen; er hätte vollständig correct gehandelt, wenn er den zudringlichen und unbequemen Fragesteller an den Minister verwiesen hätte, dem es zukam, politische Verhandlungen zu führen. In aufrichtiger Friedensliebe hatte er sich ehrlich bemüht, die französische Aufregung zu dämpfen, und war sicher der festen Ueberzeugung, der Würde seines Staates nichts vergeben zu haben. Sein Minister war anderer Meinung. Im constitutionellen Staate ist nicht das Staatsoberhaupt, sondern der Minister verantwortlich, und das Triumphgeheul der französischen Presse über den diplomatischen Sieg Frankreichs beweist zur Genüge, daß man dem Ministerium Bismarck und der durch dasselbe vertretenen preußischen Ehre einen tödtlichen Streich zugefügt zu haben glaubte. Da war es eine besondere Fügung, daß der König den Minister am 13. Juli ermächtigte, die Thatsache, daß die neue, geradezu unerhörte Forderung einer bindenden Bürgschaft für die Zukunft vom Könige zurückgewiesen worden sei, sowohl den Gesandten wie in der Presse mitzutheilen. Die Form war Sache des Ministers, und es ist eine ganz unqualificirbare Unverschämtheit unserer vaterlandslosen Socialdemokraten, daß sie immer von Neuem von einer Fälschung der Emser Depesche sprechen, während Bismarck nur in Erfüllung eines königlichen Auftrages, unter Zustimmung von Moltke und Roon, handelte und unter dem Zwange eines hochgespannten Ehrgefühls, wie wir es in entscheidenden Stunden bei jedem verantwortlichen Leiter der deutschen Politik zu finden wünschen müßten. Bismarck übersah den uneinbringlichen Nachtheil einer weiteren Nachgiebigkeit für unsere Entwicklung zur Einheit, und überzeugt, „daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatte, nicht wirksamer überbrückt werden könne, als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar“, gab er der Mittheilung an die Oeffentlichkeit eine Fassung, die die Franzosen in die Zwangslage brachte, ihrerseits den Krieg zu erklären oder die Ohrfeige

einzuwickeln, die ihnen Bismarck versekte. „Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Ems'er Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkerer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaction Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.“

Es ist echt deutscher Doctrinarismus und deutsche Nörgelei, wenn immer von Neuem gemäkelt wird an der Art, wie der Krieg zum Ausbruche kam. Statt dem Hüter unserer nationalen Ehre zu danken, daß er den Muth der Verantwortlichkeit besaß, die sein Amt von ihm forderte, lassen wir ihn von Buben und gefühlvollen Schwächern beschimpfen und helfen so selbst mit den Äst absägen, auf dem wir sitzen. Ist der Krieg durch deutsche Schuld zum Ausbruch gekommen, so sind die Franzosen ganz berechtigt, über rohe Gewalt zu klagen und Elsaß-Lothringen zurückzufordern, das als Kampfespreis in deutschen Händen blieb. Daß die freiwillige Rückgabe dieser durch deutsches Blut in einem aufgezwungenen Kriege erkaufenen Gebiete von deutschen Gelehrten ernsthaft erwogen werden kann, beweist, wie wenig stark noch unser nationales Empfinden selbst in Kreisen ist, die die geistigen Führer der Nation sein sollten. Bismarck hat den Krieg nicht herbeigeführt — er war jederzeit gegen Präventivkriege, weil „man der Vorsehung nicht in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen“ —, aber er ist ihm nicht ausgewichen, als er ohne Ehrverlust nicht mehr zu vermeiden war — und das ist sein größtes geschichtliches Verdienst.

Während des französischen Krieges (23. Capitel: Versailles) machte sich Bismarck gegenüber eine Rivalität der militairischen Ressortbehörden geltend, deren erste Spuren sich schon in Böhmen gezeigt hatten. Die Militairs waren darüber empfindlich, daß in Nikolsburg der Rath des auswärtigen Ministers, den Angriff auf die Floridsdorfer Linien durch den Uebergang der Donau bei Preßburg zu vermeiden, die Zustimmung des obersten

Kriegsherrn gefunden hatte, und konnten es ihm nicht vergessen, daß er den Siegeslauf des preussischen Heeres hemmte, als die französische Einnischung die Beendigung des österreichischen Krieges ihm räthlich erscheinen ließ. Den höchsten Spitzen, Kron und Volk, lag solche Resortfeindschaft und Resortbeschränkung selbstverständlich fern, aber sie wurde förmlich gepflegt im Kreise der „Halbgötter“, wie man die höheren Generalstabsoffiziere damals nannte. Sie setzten es beim Könige durch, daß Bismarck nicht nur zu den militairischen Berathungen nicht zugezogen, sondern ihm gegenüber auch strenge Geheimhaltung aller militairischen Maßregeln und Absichten als Regel aufgestellt wurde. Das hatte seinen großen Nachtheil für die Führung der politischen Geschäfte, die vom Kriege unzertrennlich waren, und Bismarck nimmt in den „Gedanken und Erinnerungen“ Gelegenheit, seine damaligen Erfahrungen zum Besten der Zukunft mitzutheilen und in einigen lapidar gehaltenen Sätzen das Verhältniß von Heerführung und politischer Leitung zu einander zu charakterisiren. Nur zu leicht lassen die leitenden Militairs aus dem Auge, daß der Zweck des Krieges die Erlämpfung des Friedens unter Bedingungen ist, die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen, daß die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Berathung des Monarchen in Betreff derselben während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe ist, deren Lösung dem verantwortlichen auswärtigen Minister zufällt, daß die Art ihrer Lösung aber auch nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein kann.

Eine der Fragen, in welcher nach Bismarcks Ansicht von den Militairs zu wenig das politische Moment erwogen wurde, betraf die Beschließung von Paris. Bismarck wünschte dringend die Eröffnung des Bombardements, um den Pariser die Nothwendigkeit des Friedensschlusses nahezu legen, die ihnen erst greifbar wurde, wenn sie die ganze Furchtbarkeit des Krieges am eigenen Leibe verspürten. Er lebte in beständiger Sorge vor der Einnischung der neutralen Mächte, die aus der keineswegs rosigten Lage der Deutschen vor Paris und aus der

Entwicklung ungeahnter Vertheidigungskräfte im mittleren und südlichen Frankreich eine Ermuthigung schöpfen konnten, in einer gemeinsamen Vorstellung die Beilegung des Krieges auf dem Wege einer europäischen Conferenz zu fordern, deren Beschlüsse dafür gesorgt haben würden, daß die deutschen Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Seine Befürchtungen waren durchaus nicht ohne Grund. Graf Beust, der nach 1866 die Leitung des österreichischen Staates übernommen und den Gedanken eines mit Frankreich gemeinschaftlichen Krieges gegen Preußen erst nach den glänzenden Siegen der deutschen Waffen aufgegeben hatte, war eifrig bemüht, unter der heuchlerischen Maske der Menschlichkeit eine „collective Mediation der Neutralen“ zu Stande zu bringen; um so dringlicher erschien es Bismarck, mit Frankreich abzuschließen, bevor eine Verständigung der neutralen Mächte über ihre Einflußnahme auf den Frieden erfolgt war. Es war ihm nicht unbekannt, daß in Italien bei dem König, in Rußland bei Gortschakow hilfbereites Wohlwollen für Frankreich vorhanden war, und „daß wir in den maßgebenden Kreisen eines so gewichtigen Factors wie England über zuverlässige Sympathien, und namentlich über solche, welche bereit gewesen wären, sich auch nur diplomatisch zu betheiligen, nicht verfügen konnten.“ Was auf dem Spiele stand, wenn die Einmischung der Neutralen Deutschland den Siegespreis beschneit, sah Bismarck klarer voraus als die Militairs: der gewaltige Krieg mit seinen Siegen und seiner Begeisterung blieb dann ohne die Wirkung, die er für unsere nationale Einigung haben konnte; gelang es nicht, ihn zum vollen Abschluß zu bringen, „so waren weitere Kriege ohne vorgängige Sicherstellung unserer vollen Einigung in Sicht.“ Der gleichen Ansicht wie Bismarck in der Frage der Beschießung von Paris war Roon, aber ihm standen andere militairische Autoritäten gegenüber, die einer sofortigen Beschießung sich widersetzten, so lange die schweren Belagerungsgeschütze mit ihrer Munition nicht zur Stelle seien. Es zeigte sich aber auch nicht der gute Wille, sie so schnell wie möglich zur Stelle zu bringen, und diese Verzögerung einer vom militairischen wie politischen Standpunkte so nothwendigen Maßregel führt Bismarck auf

englische Einwirkungen zurück, die durch Vermittelung hoher Damen in Berlin an maßgebender Stelle zur Geltung gebracht wurden und im Wesentlichen in der Anschauung gipfelten, daß aus Menschlichkeitsrücksichten dem „Mekka der Civilisation“ die zerstörenden Wirkungen einer Beschießung erspart bleiben müßten. Aus Humanitätsrücksichten für die hungernden Pariser ließ man zur selben Zeit, da die schweren Geschütze aus Mangel an Eisenbahnmaterial nicht herangeschafft werden konnten, 800, nach andern 1500 Achsen mit Lebensmitteln festlegen, die bei der Uebergabe der Stadt den Franzosen überlassen werden sollten, nachmals aber von ihnen verschmätzt wurden. Die deutschen Truppen verbrauchten dann mit Widerstreben den durch lange Lagerung ranzig gewordenen Speck.

Die Frucht des Krieges wurde die Erneuerung des Kaisertitels, die Begründung eines alle deutschen Staaten umfassenden Deutschen Reiches auf föderativer Grundlage. Bismarck kannte den Zauber, den der Name des Kaisers auf deutsche Herzen in Erinnerung an frühere Größe übte, und hielt die Annahme des Titels durch den König von Preußen bei Erweiterung des Norddeutschen Bundes für ein politisches Bedürfnis. König Wilhelm dagegen widerstrebte einem Titel, den er geringschäßig als „Charaktermajor“ bezeichnete, und hatte in seinem starken dynastischen Gefühle vielmehr den Wunsch, die hohe Bedeutung des preußischen Königthums vor der Welt zur Geltung zu bringen. Der Kronprinz stand unter dem Einflusse „politischer Phantasten“, die von der Annahme des Kaisertitels die Rückkehr zur Politik „des römischen Kaiserthums“ mit seiner antinationalen Richtung befürchteten, und begeisterte sich für den Titel eines „Königs der Deutschen“ für den bisherigen König von Preußen, dem dann die übrigen deutschen Fürsten unterthan sein sollten, die Könige unter Ablegung des königlichen Titels, den sie gegen den herzoglichen eintauschen sollten. Gegen die Abneigung des Königs, wie gegen die auf eine unrichtige Schätzung der politischen Realitäten gegründete Anschauung des Kronprinzen hatte Bismarck einen schweren Kampf zu bestehen. Es ist fraglich, ob er in diesem Kampfe siegreich geblieben wäre und die deutsche Einheit unter Dach gebracht

hätte, wenn er sich nicht des Königs von Bayern bedient hätte, um einen Druck auf die Abneigung seines hohen Herrn gegen den Kaisertitel auszuüben. Er ließ ihm durch den Grafen Holnstein den Entwurf eines Schreibens an den König von Preußen zugehen, in welchem der König von Bayern erklärte, die zugesagten, aber noch nicht ratificirten Zugeständnisse nur dem deutschen Kaiser, nicht aber dem Könige von Preußen machen zu können. Dieser Brief des Königs von Bayern gab Bismarck ein wichtiges Argument zur Ueberwindung des Widerstandes. Aber ein neues Hemmiß erhob sich in der Forderung des Königs, Kaiser von Deutschland genannt zu werden und nicht bloß deutscher Kaiser. Allen Einwänden Bismarcks gegen die sachliche Unzulässigkeit eines Titels, der ein nicht vorhandenes Besitzrecht des preußischen Königs auf alle nicht preußischen Territorien in sich schloß, blieb der König unzugänglich, und noch am 17. Januar 1871 erklärte er als seine Willensmeinung, nur den Titel eines Kaisers von Deutschland anzunehmen. Der Großherzog von Baden umging am 18. Januar die Schwierigkeit, indem er das Hoch auf den Kaiser Wilhelm ausbrachte, die nähere Qualification des Titels aber unterließ. Der Kaiser gab seinen Groll gegen Bismarck dadurch zu erkennen, daß er am Tage der Proclamation seiner neuen Machtstellung, die er nicht zum geringsten Theile der Thätigkeit seines ersten Rathgebers verdankte, zwar den hinter dem Kanzler stehenden Generalen, nicht aber diesem selbst die Hand reichte.

Einen Blick in die Ideenwelt des Kronprinzen von Preußen gestattet eine Denkschrift, die er aus dem Hauptquartier Blamont am 14. August 1870 dem Grafen Bismarck übersandte. Sie sollte nach dem Wunsche des Fürsten Bismarck den „Gedanken und Erinnerungen“ einverleibt werden, fand aber schließlich keine Verwendung. Ich gebe sie, nach einer von dem Original genommenen Abschrift mit den von Bismarck beigelegten Randbemerkungen:

H. D. Blamont Lothringen 14./8. 70.

Beifolgend sende ich Ihnen meine Gedankenpähne für den Fall eines Friedens, wie auch für die endliche Feststellung der deutschen Gesamt-Einheit.

Meine Zeilen tragen den Charakter des Feldlebens, wollen also demgemäß beurtheilt werden, zumal mir nicht viel freie Zeit zum Bearbeiten und Niederschreiben bleibt, und beständige Unterbrechungen den begonnenen Faden zerreißen.

Nachsicht also für redaction und calligraphie.

Gott gebe uns ferner Erfolge wie bisher! Wir will die Tragweite der Siege, daß wir tiefer nach Frankreich hineindringen, gewichtiger erscheinen, als ich's ursprünglich glaubte. Die recht artigen Elssasser und Lothringer sprechen sich mit Gleichmuth über den baldigen Sturz des Kaiserthums, das ausgespielt habe, aus und sehen gleichgültig der neuen Herrschaft entgegen, wenn nur der Friede gewahrt bleibt, dabei erkennen sie gern dasjenige Gute an, was der Napoleon dem Lande gebracht hat, sagen aber zugleich, es ginge einmal auf die Dauer mit solchen corruptirten Leuten nicht, wie die es sind, welche ihn umgeben.

Mich freut's, daß die augenblickliche europ. constellation uns nicht ungünstig erscheint, und hoffe ich, daß wir bald zum Abschluß gelangen.

Meiner Ansicht nach müssen wir die Augen schärfer denn je auf die süddeutschen cabinette gerichtet behalten, die nur an separatistische Selbständigkeit nach dem Frieden denken. Ueber Dalwigk höre ich fortbauern nur Schlechtes; Barnbühler kann man überhaupt nicht trauen.

Volk und Soldaten werden freilich anders denken, aber sie legen kein entscheidendes Gewicht in die Waagschaale!

Ihr

ergebenster

Gf. Bismarck Schönhausen.

Friedrich Wilhelm, Kpz.

Kurze Denkschrift für den Fall eines Friedens.

Für den Fall eines glücklichen Ausgangs des begonnenen und mit siegreichen Erfolgen bereits begünstigten Krieges ist es Pflicht, sich bei Zeiten klar zu werden:

- I. Unter welchen Bedingungen Frieden mit Frankreich geschlossen werden kann,

II. Welche Vortheile das bereits durch den Kriegsausbruch moralisch geeinigte, gesammte deutsche Vaterland gewinnen muß.

I.

Friedensbedingungen.

Es ist eine berechtigte Forderung: Frankreich müsse also geschwächt werden, daß es auf lange Zeit verhindert wird, einen entscheidenden Einfluß auf das Geschick der Völker auszuüben, namentlich aber durch seine Ansprüche den europäischen Frieden zu stören.

Dennoch würde es sich als unmöglich erweisen, einen Staat, dessen Bevölkerung zahlreicher ist als die des Bundesgebiets, dessen Hülfquellen, Bodenreichtum und Industrie nicht geringer sind als die unseren, und dessen¹⁾ besonders glückliche geschlossene geographische Lage durch ein starkes Nationalgefühl seiner Bewohner getragen wird, auf die Dauer durch aufgelegten Druck und Verminderung seiner Hülfquellen zur Ohnmacht herabzubringen.

Auch die vielfach geforderte Neutralisirung eines neuen Landes zwischen Deutschland und Frankreich, also des Elsaß's und Saar-Gebietes, würde eine feindliche Politik Frankreichs nicht fern halten, nur die Möglichkeit künftiger Strafe dafür uns erschweren. Unter diesen ungünstigen Umständen würden die deutschen Forderungen bei einem Friedensschluß nach glücklichem Kampfe sich, den Kaiser Napoléon als friedenschließenden Gegner gedacht, zunächst auf folgende Punkte beschränken:

1. Frankreich muß die gesammte Last der Deutschland auferlegten Kosten dieses Krieges zahlen.
2. Frankreich muß in seinem Ländergebiet vermindert werden, jedoch ohne daß gerade Deutschland oder Preußen hierdurch vergrößert zu werden brauchen. Der Rückerverb des deutschen Elsaß ist eine Herzenssache des deutschen Volkes geworden, welcher die Politik nur schwer wird widerstehen können.

¹⁾ Drg.: dessen.

3. Jegliches Anerbieten seitens des Kaisers Napoléon, Frieden zu schließen, ohne Bedingungen in obigem Sinne anzunehmen, wird ohne Weiteres abgewiesen.
4. Vermittlungsversuche seitens neutraler Großmächte mögen angehört werden, können aber in keiner Weise auf den Marsch unserer Truppen einwirken.¹⁾
5. Sollte Napoléon selber erscheinen, um wie im Jahre 1859 in Villafranca persönlich zu verhandeln, so würde von Souverain zu Souverain nichts schriftlich festgestellt werden.
6. Nicht europäische Truppen dürfen nicht wieder zur französischen Armee auf europäischem Boden geführt werden (Turcos).
7. Deutsche Kunst- und Litteraturschätze, welche seit den Raubzügen Ludwigs XIV. trotz der Freiheitskriege noch in den Staatssammlungen liegen geblieben sind, werden ausgeliefert.
8. Der Offensiv- und Défensiv-Vertrag mit Italien wird aufgehoben.²⁾
9. Nizza und Savoyen werden an Italien zurückgegeben.
10. Die interprétation des Prager Friedens wird zurückgenommen.³⁾
11. Die Freiheit des Handels in Kriegszeiten mit Ausnahme von Kriegscontrebände wird anerkannt.
12. Frankreich verpflichtet sich zur Ertheilung der Erlaubniß des Baues einer Verbindungsbahn von dem deutschen Bahnsystem mit dem südfranzösischen zwischen Mühlheim und Belfort.

Sollte Kaiser Napoleon Frankreich verlassen oder abdanken wollen, so hat Deutschland zu erklären, daß es sich um die Wiederbesetzung des vacanten Thrones nicht kümmern, vielmehr

¹⁾ Am Rand mit Bleistift von Bismarcks Hand: ?? gebe Gott!

²⁾ " " " " " " " vorhanden?

³⁾ " " " " " " " welche?

so bald sein Verlangen nach Kriegskostenersatzung und Abtretung eines Landestheils befriedigt sei, es nur wolle, daß die Verbannungsdecrete gegen die Häuser Bourbon und Orléans aufgehoben würden. Ist dies erreicht, so behalten deutsche Truppen Elsaß und Lothringen z. B. bis auf Weiteres besetzt, und man überläßt dann genannten fürstlichen Häusern sowohl wie auch der französischen Landesvertretung die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten.

Wollte man noch weiter in die inneren Angelegenheiten Frankreichs eingreifen wollen, so könnte auf décentralisation der Regierung des Landes Gewicht gelegt werden. Die Einsetzung einer provisorischen Regierung könnte zu solchem Zweck brauchbarer erscheinen, als ein Verhandeln mit den geschlagenen Bonapartes oder den oben zugelassenen Bourbons-Orléans.

Noch eine andere Maßregel könnte überlegt werden, ob nämlich nicht eine ganz in sich selbständige Organisation der Provinzen einzuführen wäre, etwa in folgender Art:

Normandie mit Rouen,
 Bretagne mit Nantes,
 Guienne mit Bordeaux,
 Toulouse,
 Languedoc mit Lyon,
 Bourgogne mit Dijon,
 Lorraine mit Nancy,
 Paris als neutralisirte oder freie Hauptstadt des Bundes.

Den sieben Staaten oder Provinzen bliebe überlassen, sich durch ein fédératives Band zu einigen und sich beliebig die dynastie zu wählen oder aber sich republicanisch zu organisiren¹⁾

¹⁾ Bemerkung Bismarck's: fließen schnell wieder zusammen. — Die Punkte am Schlusse dieses wie am Anfang des folgenden Abschnittes finden sich auch im Original.

... Doch sind dies kühne Gedankensprünge, deren Verwirklichung am Besten den Franzosen überlassen bleibt.¹⁾

II.

Die endliche Einigung Deutschlands.

Es ist zu diesem herrlichen Zwecke unumgänglich nothwendig und erforderlich, die gegenwärtige großartige nationale Begeisterung, welche durch die ersten glücklichen Erfolge der verbündeten Waffen womöglich noch gehoben oder fester geworden ist, nicht verbrauchen zu lassen.

Sobald mit Gottes Hülfe ein Sieg über die gesammte französische Armee errungen ist, muß sofort an's Werk gegangen werden.

1. Zunächst muß noch auf der blutigen Wahlstatt mit sämmtlichen süddeutschen Staaten eine Militärkonvention geschlossen werden, durch welche die Leitung und Verwaltung des gesammten Militärwesens in Deutschland dem König von Preußen als oberstem Bundesfeldherrn übertragen wird.

Es giebt von jenem Tage an nur ein Heer mit einem règlement, einer Art der Bewaffnung und Ausrüstung und einem Prinzip des Avancements und Ersatzwesens.

2. Die süddeutschen Staaten treten in den Bund derjenigen deutschen Staaten ein, die bisher der „Norddeutsche Bund“ genannt wurden, unter Wahrung der Titulatur und aller persönlichen Ehrenrechte und Würden der deutschen Souveraine sowie ihrer Häuser nebst derjenigen unwesentlichen Dinge, welche seitens derselben als Zeichen der Selbständigkeit betrachtet werden, wie z. B. Gesandtschaften zu halten und zu besetzen.

Es würde sich empfehlen, wenn die deutschen Fürsten Gelegenheit erhielten, durch persönliche Theilnahme an einzelnen großen acten der Gesetzgebung, bei Bundesrath und

¹⁾ Drig : bleiben.

Reichstag ihren patriotischen Antheil an dem deutschen Staate zu bethätigen.

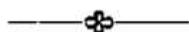
[Es sei hier eingeschaltet, daß unter Umständen vielleicht die deutschen souverainen Fürsten ihrerseits eine Urkunde an den präsidirenden Fürsten einreichen könnten, kraft welcher sie um persönliche Aufnahme in irgend eine Vertretung des deutschen Volks (Reichstag oder Zollparlament) bitten, um vielleicht mit den Häuptern der ehemaligen reichsunmittelbaren und reichsständischen Geschlechter ein Oberhaus zu bilden.]

Die weitere Regelung der Angelegenheiten Deutschlands geschieht mit Hilfe der bereits bestehenden Gesamtvertretung, welche als Zollparlament wiederholt getagt hat. Dieses Haus würde sofort zu einer constituirenden Versammlung berufen werden müssen, da dieselbe zu Recht besteht, also ohne Octroyirung oder Wahlgesetzberathung tagen kann.

Der Norddeutsche Reichstag würde keine Gesamtvertretung unter solchen Umständen vorstellen können.

Es wäre baldmöglichst dafür Sorge zu tragen, daß die matricular-Beiträge der Bundesstaaten insoweit anders geregelt würden, als das Drückende des gegenwärtigen Verhältnisses gehoben würde, wofür die souverainen Fürsten sich freiwillig gewisser Rechte begeben würden, welche ihnen Lasten auferlegen, die auf die oberste leitende Bundesbehörde überzugehen hätten. So z. B. Geistliche und Schulangelegenheiten.

Jedem deutschen Staat bleibt es unzweifelhaft gestattet, nach wie vor seine inneren Angelegenheiten zu verwalten, und zu diesem Zweck Vertreter des Landes zu berufen, deren Zusammensetzung und deren Rechtsbefugniß lediglich den localen Verhältnissen anzupassen sein werden, und von denen die Bundesverwaltung nicht berührt wird.



XIV.

Der Culturkampf.

In Versailles empfing Bismarck im November 1870 den Grafen Ledochowski, Erzbischof von Posen und Gnesen (24. Capitel: Culturkampf). Der hohe Geistliche kam, um die Hilfe des Norddeutschen Bundes zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes zu erbitten, die nach dem Abzuge der Franzosen aus Rom an die Italiener verloren gegangen war. Bismarck lehnte nicht direct ab, er machte dem Grafen Ledochowski und später auch dem Cardinalerzbischof Bonnehose von Rouen den Vorschlag, sie möchten durch den Papst auf die französische Geistlichkeit im Sinne des Friedens einwirken, worauf der Norddeutsche Bund auch die Interessen des Papstes dem italienischen Königthume gegenüber wahrnehmen werde. Beide Kirchenfürsten waren in diesem Sinne thätig, konnten aber Bismarck nur von einer kühlen, ablehnenden Aufnahme ihrer Schritte berichten: die am Hofe des Papstes maßgebenden Jesuiten hatten entweder nicht die Kraft oder nicht den guten Willen, den päpstlichen Einfluß zum Besten des Friedens zur Geltung zu bringen. Die Einmischung zu Gunsten des Papstes unterblieb, und die Thronrede zur Eröffnung des deutschen Reichstages (21. März 1871) ertheilte allen Bestrebungen, die Macht des Deutschen Reiches für andere als deutsche Interessen in Bewegung zu setzen, eine runde Absage.

Um eine Frage von großer Bedeutung für die Stärkung der katholischen Kirche in Deutschland handelte es sich bei dem

Antrage des Bischofs Ketteler von Mainz, in die Reichsverfassung die Artikel der preussischen Verfassung aufzunehmen, welche das Verhältniß der katholischen Kirche im Staate regelten und ihr in Preußen eine in protestantischen Staaten sonst nicht vorhandene Freiheit der Bewegung gestatteten. Bismarck konnte solchen Anträgen nicht stattgeben, weil die Ordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat der Landesgesetzgebung zufiel, nicht einheitlich durch die Reichsverfassung geregelt werden konnte.

Die Verstimmung über die Nichtberücksichtigung von Wünschen, deren Erfüllung im kirchlichen Machtinteresse lag, führte zur Neubildung der 1860 gegründeten, jetzt Centrum genannten katholischen Fraction durch die Herren von Savigny und Mallinckrodt, die sich „auf dem Schlachtfelde parlamentarischer und publicistischer Kämpfe innerhalb Deutschlands“ bald genug stärker erweisen sollte als der Papst. Nicht der Staat hat den Kampf gegen die Kirche begonnen, die katholische Kirche machte vielmehr mobil gegen den Staat und zwang diesen zur Vertheidigung seiner Hoheitsrechte gegen die Herrschaftsgelüste der Hierarchie. Der uralte Streit zwischen Königthum und Priesterthum erhob sich unmittelbar nach den herrlichen Siegen des vereinigten Deutschland in neuer Gestalt, auf Jahre hinaus den confessionellen Frieden vergiftend. Die Ultramontanen sprechen gern von Bismarcks Feindschaft gegen die Kirche und suchen in ihr den Grund zum Streit. Nichts thörichter als diese Behauptung! Bismarck war jederzeit in confessioneller Beziehung duldsam, und in solcher Duldsamkeit hat er allem Drängen heißsporniger Protestanten gegenüber, die ihn zu einem Protest gegen das Vaticanum von 1870 bewegen wollten, eine ablehnende Haltung bewahrt. Aber ebenso energisch trat er den Ansprüchen der römischen Kirche auf Betheiligung an weltlicher Herrschaft entgegen — und das war seine staatsmännische Pflicht.

Der Beginn des Culturkampfes war übrigens für ihn überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite. Das schnelle Wachsthum der polnischen Nationalität, der Rückgang

der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen, die Polonisirung des bis dahin stramm preußischen Elements der „Wasserpolacken“ bedeuteten eine unleugbare Gefahr für den preußischen Staat. Es stellte sich heraus, daß die Hauptschuld an dem Fortschritt der Polonisation gerade diejenige Behörde trug, die den Beruf hatte, die Rechte des Staates gegenüber der katholischen Kirche wahrzunehmen, unter dem Einflusse ihres derzeitigen Leiters Krätzig¹⁾ und der bei Hofe mächtigen Familie der Radziwill aber zu einem Organ polnischer Bestrebungen und römischer Interessen geworden war. Fürst Bismarck beantragte demnach die Aufhebung der „katholischen Abtheilung“ und setzte sie auch gegen den Widerstand der Radziwillischen Familie, der Kaiserin Augusta und des unter ehelichem Einflusse unfreien Ministers Mühlner durch; der letztere mußte bald nachher (17. Januar 1872) seinen Abschied nehmen: „zur decorativen Platirung seines Abganges wurde eine Differenz über eine die Verwaltung der Museen betreffende Personalfrage benutzt; in der That fiel er über Krätzig und den Polonismus, trotz des Rückhaltes, den er und seine Frau durch Damenverbindungen am Hofe hatten“. Am 22. Januar wurde der Geh. Ober-Justizrath Falk als sein Nachfolger in das Cultusministerium berufen.

Die Ultramontanen nennen Bismarck gern den „Vater der Maigesetze“; mit Unrecht: „die juristische Detailarbeit der

¹⁾ Die Familie Radziwill hat die von Bismarck einmal gebrauchte Bezeichnung Krätzigs als eines „Leibeigenen“ der Radziwills benutzt, um die Glaubwürdigkeit der „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks anzuzweifeln, sie hat behauptet, daß K. niemals Radziwillischer Privatbeamter gewesen sei. Ich weiß nicht, ob die Angabe Bismarcks, daß K. vor dem Eintritt in den Staatsdienst Radziwillischer Beamter gewesen, richtig ist, daß aber die katholische Abtheilung unter Krätzigs Leitung das Organ einiger polnischer Familien geworden sei, hat Bismarck, ohne von dieser Seite Widerspruch zu erfahren, öffentlich am 28. Januar 1886 (Politische Neben XI, 433) ausgesprochen. Wahrscheinlich kommt es bei der Radziwillischen Erklärung auf eine Wortklauberei hinaus. Es ist anzunehmen, daß Bismarck über das Vorleben des Herrn Krätzig genaue Erkundigungen eingezogen hat, ehe er sich so über ihn äußerte und seine Abhängigkeit von den Radziwills auch in seinen Vorträgen vor dem Kaiser betonte. Daß das Wort „Leibeigner“ nicht im polnischen Sinne zu verstehen ist, liegt auf der Hand.

Maigesetze“ war das Werk Falks, der sein Cultusressort mit Unabhängigkeit verwaltete und Eingriffe in dasselbe jederzeit zurückwies. Zudem hatte Bismarck als Kanzler in der Wahrnehmung des auswärtigen Dienstes und im inneren Ausbau des Reiches wahrlich genug zu thun, um nicht das Bedürfnis zu fühlen, einem so fähigen und tapferen Genossen im Kampfe für die Rechte des Staates, wie Falk es war, durch Controle oder Correctur das Amt zu erschweren. Erst durch die Praxis überzeugte sich Bismarck, „daß die juristischen Einzelheiten psychologisch nicht richtig gegriffen waren“. Falk wurde durch Kränkungen, denen er und seine Frau, namentlich durch die der Kaiserin Augusta nahestehenden Kreise, am Hofe ausgesetzt waren, und durch ungnädige Handschreiben des Kaisers, „die weniger an den Culturkampf als an die Beziehungen des Cultusministers zum Oberkirchenrath und zur evangelischen Kirche anknüpften“, im Jahre 1879 bewogen, den Abschied zu nehmen. — Ich schalte an dieser Stelle die Actenstücke ein, die Falk selbst im Januarheft der „Deutschen Revue“ über seinen Abgang veröffentlicht hat; sie erwähnen selbstverständlich die persönlichen Anfeindungen nicht, die Falk und seine Frau am Hofe erfahren haben — Rücksichten der Courtoisie gebieten, persönliche Momente in amtlichen Eingaben zurückzudrängen — aber in allen anderen Hinsichten bestätigen sie durchaus die Angaben Bismarcks, vor allen die, daß Falks Rücktritt nicht von ihm herbeigeführt worden ist, um über ihn hinweg zum Frieden mit Rom zu kommen.

Der Rücktritt Falks.

Die Gründe, welche den Genannten im Jahre 1879 zum Rücktritte von dem Ministeramte bestimmten, und die daran sich knüpfenden amtlichen Erörterungen ergeben sich aus folgenden Schriftstücken:

I.

Entlassungsgesuch an Seine Majestät den Kaiser und König vom 29. Juni 1879 (am 29./6. N.-M. 3³/₄ Uhr zur Cab.-Exped. für Ems gesandt):

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bitte ich allerunterthänigst das Folgende ehrfurchtsvoll vorzutragen zu dürfen.

Allerhöchstdieselben und mit Ihnen alle Freunde des Vaterlandes wünschen die Herstellung friedlicher Zustände auf kirchenpolitischem Gebiete. Seit langem schon neigte ich zu der Ueberzeugung, daß meine Person für eine gedeihliche Mitwirkung zur Erreichung dieses Zieles nicht geeignet sei, vielmehr hierfür ein ernstes Hinderniß abgeben müsse. Die seit dem Sommer vorigen Jahres gemachten Erfahrungen haben in dieser Beziehung mir jeden Zweifel beseitigt.

Sodann hat die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse überhaupt die allgemeinen Anschauungen, die Parteien im Lande und im Parlamente, ihre Bedeutung, ihre Stellung zu einander und zu Eurer Majestät Regierung derartig verändert, daß ich auch aus diesem Grunde mich der Erkenntniß nicht verschließen kann noch darf, wie ein anderer Mann an meine Stelle gehört.

Ich erfülle daher meine Pflicht gegen Eure Majestät, das Land und gegen mich selbst, wenn ich das mir huldreichst anvertraute Amt in die Allerhöchsten Hände zurücklege.

Ich würde diesen Schritt schon eher gethan haben, wenn ich nicht besorgt hätte, daß dies vielleicht auf die Durchführung der wirthschaftlichen und finanziellen Pläne der verbündeten Regierungen im gegenwärtigen Reichstage von unerwünschtem Einflusse sein könne. Diese Besorgniß glaube ich jetzt nicht mehr hegen zu sollen.

Indem Eurer Majestät ich den tiefempfundenen Dank für die Gnade unterthänigst ausspreche, mit welcher Allerhöchstdieselben mir vor länger als sieben Jahren einen großen Wirkungskreis zu eröffnen geruhten, und für die reichen unergelichen Beweise allerhöchster Huld, deren Eure Majestät mich in diesen Jahren theilhaftig machten, bitte ich ehrfurchtsvoll, mich aus meinem Amte als Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten in Gnaden entlassen und mir die Competenzen huldreichst gewähren zu wollen, welche mir für diesen Fall nach 32 jähriger Dienstzeit gesetzlich zustehen.

In tiefster Ehrfurcht Eurer Majestät
 allerunterthänigster

Fall.

Abchrift vorstehenden Gesuches ist am 29. Juni 1879, Nachmittags 6 Uhr, „an den Präsidenten des Königlichen Staatsministeriums Herrn Fürsten v. Bismarck“ mittels folgenden Schreibens abgesandt worden:

II.

Am Anfange dieses Monats habe ich dem Herrn Staatsminister von Bülow¹⁾ eine eingehende Mittheilung über die Gründe gemacht, aus welchen ich meine Stellung als Minister der geistlichen u. Angelegenheiten für unhaltbar erachten müsse. Ich darf voraussetzen, daß Hochdieselben hiervon Kenntniß erhalten haben und daß daher mein Entlassungsgesuch Eurer Durchlaucht weder überhaupt, noch im Hinblick auf die Klärung, welche die schwebenden Reichsangelegenheiten gefunden haben, der Zeit nach unerwartet kommt. Ebenso glaube ich in der Annahme nicht zu irren, daß auch Sie meinen Rücktritt aus dem Amte für angezeigt erachten. Jedenfalls ist derselbe für mich eine Nothwendigkeit.

Die Dankbarkeit, welche Eurer Durchlaucht ich aus so vielen Anlässen schulde, würden Hochdieselben erhöhen, wenn Sie — wie ich bitte — Seiner Majestät zu einer baldigen Gewährung meines Gesuches geneigtest rathen wollten. Nicht bloß der Wunsch, meine persönlichen Verhältnisse neu ordnen zu können, dictirt diese Bitte, sondern auch die Gewißheit, daß bei Hinausschiebung der erbetenen Allerhöchsten Entschliebung die Eurer Durchlaucht bekannten Differenzen zwischen Seiner Majestät und mir,²⁾ wie die Dinge leider wieder liegen, in neuer Schärfe hervortreten würden. Daß es aber mir am Herzen liegen muß, nicht auch unter solchen Differenzen aus dem Amte zu scheiden, wird niemand stärker empfinden, als Eure Durchlaucht.

Wollen Hochdieselben mir schließlich noch die Bemerkung gestatten, daß ich um die Entlassung aus Seiner Majestät Dienste überhaupt habe bitten müssen, weil zunächst dieselben

¹⁾ Vertreter des Fürsten v. Bismarck.

²⁾ Dieselben bezogen sich auf Angelegenheiten der evangelischen Kirche und hatten im Jahre vorher sogar zu einem von Seiner Majestät allerdings schließlich zurückgewiesenen Entlassungsgesuche meinerseits geführt.

Gründe, welche mich zum Rücktritte aus dem Ministeramte nöthigen, und sodann meine Vermögensverhältnisse mir die Uebernahme eines anderen entsprechenden Staatsamtes nicht gestatten.

Wie immer in unwandelbarer aufrichtiger Verehrung
 Eurer Durchlaucht
 ganz ergebenester
 Falk.

III.

In meinen tagebuchartigen Auszügen findet sich unter dem 2. Juli 1879 Folgendes eingetragen:

Vorgestern gegen Mittag sandte Bismarck seinen Sohn Herbert¹⁾ zu mir, um mich zu einer Unterredung einzuladen. Dieselbe fand um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr statt und dauerte beinahe 1 $\frac{1}{2}$ Stunden; zuletzt wurde sie in Gegenwart Eulenburgs²⁾ gepflogen. Es ist schwer, vielleicht gar nicht möglich, den Lauf einer so springenden Unterhaltung zu skizziren, es kommt auch nicht auf die Einzelheiten an, sondern auf Hauptsachen und Ergebnisse.

Bismarck zeigte sich anfangs verlezt. Er warf mir vor, daß ich die Demonstr.(ation) der National-Liberalen unterstütze, da ich gerade jetzt den Antrag stelle, der ihm unerwartet komme. Bei meiner Gegenausführung ward er ruhig, und von da bewegte sich die Unterhaltung in freundlichstem Wege. Ich gewann den bestimmten Eindruck, daß er an sich mein Demissionsgesuch erwartet habe und nur durch die Wahl des Zeitpunktes unangenehm berührt sei. Namentlich erklärte er, man werde ihm Aufgabe der Position gegen Rom, resp. „Verschacherung“ meiner Person an das Centrum „für 30 Silberlinge“ vorwerfen, und wünschte von mir einen Brief, in welchem er eine Bescheinigung hierüber und die Aussprache über die Gesichtspunkte wünschte, welche für meinen Schritt maßgebend waren. Diesen Brief habe ich B. gestern gesandt, selbstredend nach einem zurückbehaltenen Concept.

¹⁾ Der jetzige Fürst Bismarck.

²⁾ Graf Botho Eulenburg.

— — — Die folgenden 4 $\frac{1}{2}$ Zeilen beziehen sich auf die gleichzeitig zurücktretenden Minister Hobrecht und Friedenthal — —.

Auf B.'s Wunsch erklärte ich mich dann bereit, daß mein Ausscheiden erst mit dem Schluß des Reichstages erfolge.

Dann kam, fortgesetzt in Eulenburs Gegenwart, die Erörterung, daß ich Justizminister werden solle, wenn — was ich übrigens für zweifelhaft hielt — Leonhardt bald ausscheide. B. forderte mich ebenso wie Eulenburg auf, dies Ministerium zu übernehmen. Ich lehnte ab, betonend, daß ich, nachdem ich so lange ein politisches Ministerium geführt, mich unmöglich in die Mauern des Ressorts einbannen könne, und daß ich ebensowenig durch Ueberstimmwerden geüben lassen könne, daß Grundlätze, für welche ich mit ganzer Kraft eingetreten und die für das Volk wichtigste Fragen, das deutsche Volk geradezu an Herz und Nieren berührende Fragen betrafen, auf den Kopf gestellt würden. Noch weniger sei es mir möglich, wie es zum Beispiel bei der Civilehe sei, in dieser Richtung positiv mitzuwirken. Ueberhaupt würde ich vielfach so vereinzelt dastehen, daß ich nach kurzen Monaten wieder auf den jetzigen Standpunkt käme. B. und E. hatten den Vorschlag wohl nicht ohne Ernst gemacht, indessen war der Gang und Ton der Unterredung doch so, daß ich nur annehmen konnte, daß sie das ablehnende Resultat vorausgesehen hatten.

IV.

Schreiben vom 1. Juli 1879 an den Fürsten Bismarck:

Eure Durchlaucht gaben bei unserer gestrigen Unterredung der Meinung Ausdruck, daß mein Entlassungsgesuch den Schein erwecken werde, als stehe dasselbe mit Verhandlungen in Beziehung, welche Ew. Durchlaucht mit Bezug auf die im Reichstage schwebenden Fragen mit der Centrumsfraction gepflogen hätten, oder als hätten Hochdieselben den grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben, welchen Sie — um mich kurz auszudrücken — bisher Rom gegenüber innegehalten haben.

Ist dem so, dann habe ich die Pflicht, einer solchen Auffassung entgegenzutreten, wo sich mir Gelegenheit dazu bietet.

Denn ich allein kann ja bezeugen, daß ich mit der Einreichung jenes Gesuches nur einen seit längerer Zeit feststehenden Entschluß ausführte, der sich auf die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit meiner ministeriellen Stellung gründete, und daß ich den jetzigen Zeitpunkt aus einem Grunde zu wählen gezwungen war, der zwar auf amtlichen Gebieten beruht, aber weder mit der römischen Frage noch mit Eurer Durchlaucht Person im Entferntesten zu thun hat. Und ferner kann niemand mit mehr Kenntniß und Sicherheit bekunden, daß in den vielen Jahren, in welchen ein hervorragender Theil meiner Amtsthätigkeit in der Wiedergewinnung der Stellung bestand, welche der Staat vordem der römischen Kirche gegenüber hatte, zwischen Eurer Durchlaucht und mir stets grundsätzliches Einverständnis bestand, daß ich niemals Ihrer dankbar empfundenen Unterstützung entbehrte, und daß die Verhandlungen, welche Eure Durchlaucht seit dem Sommer vorigen Jahres mit Organen des päpstlichen Stuhles pflegen, in einem Sinne eingeleitet und fortgeführt sind, welcher dem entspricht, was in dieser Beziehung zwischen uns verhandelt worden ist.

Ich sollte meinen, daß es für jeden, der die Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse in den letzten Zeiten einigermaßen verfolgt hat, nicht schwer sein könnte, zu erkennen, warum ich meine amtliche Stellung nicht ferner für haltbar erachte. In der That haben Stimmen geachteter Pressorgane, freundliche und gegnerische, bei den verschiedenen Gelegenheiten, welche Erörterungen über meinen etwaigen Rücktritt aus dem Amte oder mein ferneres Verbleiben in demselben veranlaßten, darauf hingewiesen, daß die Gesammtheit der Situation hierüber entscheiden werde. Und so ist es. Die gestrige Unterredung wird Eurer Durchlaucht gezeigt haben, daß nicht dieses oder jenes einzelne Moment meinen Entschluß herbeiführte, sondern die Gesammtheit aller für mich wesentlichen Punkte. Wenn es schon in mündlicher Darlegung nicht möglich war, alles Einflußreiche zu erwähnen, so ist dies schriftlich noch weniger ausführbar, denn daß ich in den Grenzen eines Briefes bleiben und nicht in das Gebiet einer

Abhandlung überschweifen will, das werden Hochdieselben wohl finden. Ich muß mich darum begnügen, einige hervorspringende Punkte zu berühren.

Die schweren Kämpfe auf kirchenpolitischem Gebiete haben weder Eure Durchlaucht noch ich geführt um ihrer selbst willen, sondern — wie wir ja so oft aussprachen — behufs eines Friedens, der solche Kämpfe fürder nicht nöthig mache. Von dem Augenblicke an, wo ich die Frage zu erwägen hatte, ob ich die zur Herbeiführung solcher friedlichen Zustände geeignete Person sei, habe ich die Frage verneint. Der Grund dafür liegt in der Auffassung, welche weite Kreise der katholischen Bevölkerung von meiner Person gewonnen haben, der Empfindung, welche sich mir gegenüber in ihnen gebildet und gefestigt hat. Die aus solcher Auffassung und Empfindung entspringenden Consequenzen sind psychologischer Natur und bedürfen darum für jeden Ueberlegenden keiner weiteren Ausföhrung. Für mich haben dieselben den Grund zu der Ueberzeugung gelegt, daß meine Person ein ernstes Hinderniß für die Herstellung der erwünschten friedlichen Verhältnisse sei. Die Richtigkeit dieser Auffassung ist mir von vielen, von maßgebenden Seiten bestritten worden. Wird sich dieselbe mit Erfolg noch bestritten lassen, wenn die Vorkommnisse des letzten Jahres in Betracht gezogen werden? Eure Durchlaucht wollen sich geneigtest erinnern an die Einmüthigkeit der Presse der Centrumspartei, an die Haltung ihrer Führer im Landtag und Reichstag, in Plenum und Commission, vor Monaten und in den letzten Tagen, an das, was zu wiederholten Malen von berufensten Vertretern der Curie, ja von dem Papste selbst über meine Person geäußert worden ist!

Seit den Verhandlungen über die Zollfragen ist die Stellung der Centrumspartei zu den Regierungen, auch zur preussischen Regierung, eine andere geworden als bisher. Diese Partei bildet einen wesentlichen Theil der Majorität, welche den auch von mir im Großen für heilsam erachteten Plänen der verbündeten Regierungen zur Geltung verhilft. Sie hat sich damit — ich fasse nur die objective Thatsache in's Auge — ein Verdienst um Reich und Land erworben, das

zu ignoriren keine Regierung, wie ich meine, das Recht und — die Macht hat. Schon die nächsten Landtagswahlen werden zeigen, welchen Einfluß dies äußerlich und innerlich auf die Bedeutung der genannten Partei übt.

Ganz dasselbe gilt von einem anderen Theile der Majorität, welche im Reichstage den verbündeten Regierungen zur Seite steht — von den Alt- oder Hochconservativen evangelischer Confession. Ja, ich denke, daß das Gewicht, welches sie in der neugebildeten preussischen Landesvertretung in die Waagschale werfen werden, im Vergleich zu jetzt ein noch viel größeres sein wird als das der Centrumspartei. Die Strömung im Lande bürgt dafür.

Nun sind es aber gerade diese beiden Parteien, welche seit Jahren, fast seit dem Beginne meiner Amtsführung, meine Maßnahmen auf dem Gebiete der Kirche und Schule angegriffen, ja leidenschaftlich bekämpft haben — wobei ich dahin gestellt sein lasse, bei welcher Partei das größere Maß von Leidenschaft sich entwickelt hat.

Bisher ist — so scheint es mir wenigstens — ein bestimmter Rapport zwischen den beiderseitigen Angriffen nicht klar zu erkennen gewesen. Sie waren eben nur thatsächlich ähnliche oder gleiche. Jetzt wird es anders.

Auf dem Gebiete der Schule entwickelt sich eine gemeinsame Agitation gegen die von mir vertretenen Grundsätze, und, da ich an diesen festhalten werde und festhalten muß, weil ich von ihrer Richtigkeit und Nothwendigkeit durchdrungen bin, gegen mich selbst. Der in dieser Beziehung im Reichstage an die evangelischen Conservativen von dem Führer der Centrumspartei erlassene Appell hat in evangelischen Kreisen weiten Nachhall gefunden, zu meinem Bedauern auch in Kreisen, welche ich nicht zu den erwähnten Conservativen zählen kann. Es ist eine offenkundige Thatsache, daß der Widerstand in der bevorstehenden Generalsynode organisirt werden soll. Und wenn ich darauf hinweise, daß derjenige Mann, welcher im vergangenen Winter die Einreichung einer Menge Petitionen gegen jene meine Grundsätze bei dem Herrenhause veranlaßte — er hat auch die Agitation gegen das Civilstandsgesetz ein-

geleitet — eine Ernennung zu der Generalsynode erhalten hat, so wird die ernste Bedeutung jenes Widerstandes Jedermann einleuchten.

In solchen Verhältnissen kann auch ein Mann, dem Pflichtbewußtsein und gutes Gewissen Muth und Ausdauer geben, nicht feststehen, wenn ihm nicht sichere und ausreichende Stützen zur Seite sind. Für mich kenne ich keine solchen. Ich habe Ihnen gestern dies theilweise dargelegt, theilweise ist Ihnen meine Auffassung ohne Weiteres klar, wenn Sie auf die Zerklüftung der mir befreundeten Parteien sehen.

Lassen Sie mich hier abbrechen. Das Vorstehende genügt einigermaßen, die Natur der Gründe zu bezeichnen, welche meinen Entschluß bestimmten.

Wer das voraussieht, was ich andeutete, der ist — und Sie haben das gestern gleichfalls anerkannt — nicht verpflichtet, auf seinem Posten so lange zu bleiben, bis sein Rücktritt ein durchweg unfreiwilliger wird, er darf sich die Freiheit des Handelns wenigstens in Bezug auf die Zeit desselben wahren — und das habe ich gethan.

Wie immer in aufrichtiger Verehrung

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenster

Falk.

Auf vorstehenden Brief ist Fürst Bismarck noch einmal amtlich zurückgekommen. Im Jahre 1880 legte die Staatsregierung dem Landtage einen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, vor. Ich war damals Mitglied des Hauses der Abgeordneten und hielt es für meine Pflicht, diesen Gesetzentwurf zu bekämpfen. Dies geschah in der Sitzung vom 28. Mai 1880 — Stenographische Berichte 1879/80, Seite 2051/58, —, 74. Sitzung.

Mit Bezug auf meine Aeußerungen ging mir seitens des Fürsten Bismarck

V.

das nachstehende Schreiben vom 31. Mai 1880 zu:

Eigenhändig Seiner Excellenz
dem Staatsminister Herrn Dr. Falk.

Eure Excellenz hatten die Güte, bei Ihrem Rücktritt vom Amte sich auf meinen Wunsch schriftlich darüber zu äußern, ob meine Stellung zu Ihrem Ressort und zu Ihrer Leitung desselben Antheil an Ihrem Entschluß zum Rücktritt habe. Eure Excellenz erkannten damals das Bedürfniß an, welches ich haben könnte, über meine Beziehungen zu den von Ihnen vertretenen Grundsätzen auch in der Oeffentlichkeit jeden Zweifel zu beseitigen. Solche Zweifel, wenn sie überhaupt bestanden, sind mir bisher nicht von der Bedeutung erschienen, um ihnen Eurer Excellenz Zeugniß gegenüberzustellen. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. d. M. hat in dieser Sachlage aber eine Aenderung hervorgebracht. Die Kritik, welcher Eure Excellenz die Regierungsvorlage unterziehen, trifft auch meine amtliche Stellung zu letzterer, wie sie durch die veröffentlichten Instructionen, die ich nach Wien gerichtet habe, sich kennzeichnet.

Ich glaube mit der Unterstützung dieser Vorlage keine andre Richtung eingeschlagen zu haben, als diejenige, welche ich sieben Jahre lang gemeinsam mit Eurer Excellenz und, nach Herstellung der nöthigen Verfassungsänderungen, soviel ich mich erinnere ohne Meinungsverschiedenheiten zwischen uns vertreten habe. Innerhalb dieser Richtung fanden namentlich auch die Erwägungen Raum, denen Eure Excellenz in Ihrem Abschiedsgesuch dahin Ausdruck geben, daß alle Freunde des Vaterlandes die Herstellung friedlicher Zustände auf kirchenpolitischem Gebiete wünschen und daß Eure Excellenz zu der Ueberzeugung gelangen müssen, Sie seien für eine gedeihliche Mitwirkung zur Erreichung dieses Zieles nicht geeignet, würden vielmehr hierfür ein ernstes Hinderniß bilden. Mit dieser, nicht meiner, sondern Ihrer Meinung motivirten Eure Excellenz Ihren Rücktritt.

Wenn nun die Art, wie Eure Excellenz die Vorlage der Regierung kritisirt haben, bei dem Gewicht, welches Ihrem Wort innewohnt, den Werth, den die Regierungsvorlage, falls sie angenommen wird, für die Staatsregierung und

insbesondere für die liberale Partei hat, erheblich geschädigt und heruntergedrückt hat, so kann ich daran nichts ändern. Wenn aber nach dem oben Gesagten die Empfindungen, welchen Sie Ausdruck gegeben haben, nothwendig auch auf die Beurtheilung meiner Stellung zur Sache und zur Person Eurer Excellenz zurückwirken müssen, so halte ich es heute im sachlichen und staatlichen Interesse für geboten, durch Veröffentlichung Ihres hierfür von Hause aus bestimmten Schreibens vom 1. Juli 1879 den Beweis zu liefern, daß Ihr Abschiedsgesuch durch Meinungsverschiedenheiten zwischen uns nicht veranlaßt worden ist. Ich habe meine Ansichten auch in der Zwischenzeit nicht gewechselt.

Genehmigen Eure Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

v. Bismarck.

Auf diese Zuschrift, welche ich am Abend des 1. Juni 1880 erhielt, erwiderte ich in Folgendem dem Fürsten Bismarck zur eigenhändigen Eröffnung am Morgen des 2. Juni 1880 Folgendes:

VI.

Berlin W., Landgrafenstr. 9 II.

Eure Durchlaucht wollen meinen ganz ergebenen Dank für die besondere Aufmerksamkeit geneigtest entgegennehmen, welche ich in der mir gestern zugegangenen sehr gefälligen Mittheilung vom 31. Mai d. J. — Nr. 278 — zu erkennen habe. Ich empfinde dieselbe um so lebhafter, als es zweifellos von vornherein die Absicht war, Eure Durchlaucht zu jedem Gebrauche meines Briefes vom 1. Juli 1879, an dessen Fassung ich auch im Rückblicke nichts zu ändern wüßte, zu ermächtigen, welcher Hochdenselben dienlich erscheinen würde.

Gestatten Eure Durchlaucht mir noch gütigst den Ausdruck höchster Verehrung hinzuzufügen.

Falk.

Eine Veröffentlichung des Briefes vom 1. Juli 1879 hat nicht stattgehabt. Was zu ihrer Unterlassung bestimmte, ist mir nicht bekannt.

H a m m i. W., 3. December 1898.

Nach Falks Rücktritt trat an Bismarck die Frage heran, „ob und wie weit er bei der Wahl eines neuen Cultusministers die mehr juristische als politische Linie Falks im Auge behalten oder seinen mehr gegen Polonismus als gegen Katholicismus gerichteten Auffassungen ausschließlich folgen sollte“. Maßgebend für die Entscheidung war die parlamentarische Lage. Seitdem die Fortschrittspartei mit fliegenden Fahnen in's Centrumslager übergegangen war, mit Ultramontanen, Polen, Welfen und Franzosenfreunden aus den Reichslanden im Bunde eine Opposition bildete, die die Regierungspolitik auf Schritt und Tritt lähmte, seitdem die Conservativen immer dringender den Frieden mit der römischen Kirche forderten, weil sie — in hochkirchlich-protestantischen Anschauungen befangen — manchem der kirchenpolitischen Geseze innerlich fremd gegenüberstanden, war Bismarck verpflichtet, zu erwägen, ob der nationale Schaden bei Fortdauer des Kulturkampfes nicht größer werden könnte als bei Verzicht auf den seiner Ansicht nach entbehrlichen Theil der Falkschen Gesetzgebung. Für nicht entbehrlich hielt er die durch Gesetz vom 18. Juni 1875 erfolgte Beseitigung der Artikel 15, 16, 18 der preußischen Verfassung, die Kampfmittel gegen den Polonismus und vor allem die Herrschaft des Staates über die Schule. Die Verständigung freilich über die Grenze, bis zu der der Curie entgegengekommen werden dürfte, war nicht so leicht. Herr v. Puttkammer, wenn er auch im Prinzip mit Bismarck einig war, hatte doch gegen die „kulturkampfsgewöhnten“ Räte seines Ministeriums einen schweren Stand, nicht minder gegen die hohe evangelische Geistlichkeit, deren Einfluß auf Se. Majestät damals stärker war als vordem der katholische der Kaiserin. Nach jahrelanger Arbeit gelang es, ohne neue Cabinetkrisen die Revision der Maigesetzgebung einzuleiten und bis zum Jahre 1886 durch Beseitigung der „maigesetzlichen Verbote geistlicher Thätigkeit“ und des „juristischen Fangapparates für widerstrebende Priester“ „den modus vivendi zu erreichen, der immer noch, verglichen mit dem status quo vor 1871, ein für den Staat günstiges Ergebnis des ganzen Kulturkampfes aufweist“.

Natürlich lebte Fürst Bismarck nicht in der Illusion, daß der Friede von ewiger Dauer sein werde. Alles Leben ist Kampf, und auch der Streit der beiden Gewalten wird niemals ganz zum Abschluß gelangen, so lange nicht eine die andere definitiv ihrer Herrschaft unterworfen hat. Insonderheit protestantischen Staaten gegenüber kann Rom wohl aus politischen Gründen zu Zeiten den Kampf ruhen lassen, „bei jedem modus vivendi aber wird es eine evangelische Dynastie und Kirche als eine Unregelmäßigkeit und Krankheit betrachten, deren Heilung die Aufgabe der Kirche sei. Ein ewiger Friede mit Rom liegt nach den gegebenen Lebensbedingungen ebenso außerhalb der Möglichkeit, wie ein solcher zwischen Frankreich und dessen Nachbarn“.

Als Episode ist diesem Capitel eine Erzählung eingefügt, die für den feinen politischen Tact Bismarcks ebenso Zeugniß ablegt, wie gegen die von seinen Gegnern so oft behauptete Habgier. Im September 1873 weilte König Victor Emanuel einige Tage in Berlin, um die nach den Ereignissen von 1866 gelockerte Verbindung zwischen Italien und Preußen wieder enger zu knüpfen. Die ultramontane Partei sah selbstverständlich in dieser Anlehnung Italiens an das Deutsche Reich einen gegen das Papstthum gerichteten Schlag, um so mehr mußte Bismarck alles zu vermeiden suchen, was den Gegnern Anlaß zu gehässiger Verdächtigung geben konnte. Nun hatte König Victor Emanuel dem italienischen Gesandten in Berlin eine mit kostbaren Steinen gefüllte Dose mit dem Auftrage übersandt, sie dem Reichskanzler als Geschenk seines Monarchen zuzustellen. Ehe sich Graf Launay seines Auftrages entledigte, zeigte er die Dose mit Angabe des Werthes, der auf mehr als 50 000 Francs geschätzt wurde, dem Baron Bergler von Berglas, der als bayerischer Gesandter nahe Beziehungen zur ultramontanen Partei unterhielt. Die Gefahr lag also nahe, den Kanzler zu beschuldigen, daß die Dose ein Gratial des italienischen Königs sei, für das Bismarck die Freundschaft des Deutschen Reichs dem Feinde des Papstes verkauft habe. Bismarck hat deshalb den Kaiser Wilhelm, die Annahme des Geschenkes ablehnen zu dürfen, und fand — wenn auch

nicht sofort — mit seinen Einwänden Gehör. Die Dose wurde durch ein Bild des Königs und eine Malbastervase von ungewöhnlicher Größe und Schönheit ersetzt, deren sichere Verpackung und Beförderung bei der überstürzten Räumung der Berliner Amtswohnung, zu der Herr v. Caprivi Bismarck im Jahre 1890 nöthigte, nicht ohne Schwierigkeit war.

In einem letzten Abschnitt dieses Capitels widerlegt Bismarck die Behauptung der „Germania“, daß er es gewesen sei, der den Widerstand des Kaisers gegen die Civilehe gebrochen habe. Die Zustimmung zur Einführung der Civilehe wurde dem Kaiser durch die Majorität der unter Roon's Präsidium versammelten Minister zu einer Zeit abgedrungen, da Bismarck in Varzin weilte (1873). Vor die Frage eines Ministerwechsels gestellt, entschied sich der Kaiser auf Bismarck's Rath nach dem Beschlusse der Mehrheit seiner Minister. Prinzipieller Gegner der Civilehe war Bismarck allerdings nicht; er „hielt mit Luther die Eheschließung für eine bürgerliche Angelegenheit“, und sein „Widerstand gegen Anerkennung dieses Grundsatzes beruhte mehr auf Achtung vor der bestehenden Sitte und der Ueberzeugung der Massen als auf eigenen christlichen Bedenken“. ¹⁾



¹⁾ Zu vgl. ist die Rede vom 17. December 1873, Politische Reden VI 124 ff.

XV.

Bruch mit den Conservativen. — Intrigen. — Die Ressorts.

Die conservative Partei, die, wie schon hervorgehoben wurde, im Culturkampfe die Regierung in ihren Maßregeln gegen den Polonismus nur lau unterstützte, ja in wichtigen Fragen, wie in der des Aufsichtsrechtes des Staates über die Schule, geradezu bekämpfte, war schon seit dem Jahre 1866 nicht mehr eines Sinnes mit Bismarck (25. Capitel: Bruch mit den Conservativen). Sie, die mit der Regierung zusammen in den Jahren des Conflict's den Kampf gegen die Herrschaftsgelüste des Abgeordnetenhauses geführt hatte, konnte nicht begreifen, daß Bismarck den Sieg nicht zu einer Revision der preußischen Verfassung benutzte, noch weniger, daß er dem gemäßigten Liberalismus Zugeständnisse machte und die kräftige Unterstützung der neugebildeten nationalliberalen Partei bei der Verfassungsarbeit zum Ausbau des Norddeutschen Bundes sich gefallen ließ. Schon im Jahre 1868 zeigten sich die Vorboten des Bruches mit der conservativen Partei, der 1872 mit Geräusch vollzogen wurde, in den Debatten über die Begründung eines Provinzialfonds für die Provinz Hannover. Die Regierung hatte sich den Hannoveranern gegenüber durch ein Versprechen gebunden, das sie durch eine entsprechende Vorlage beim Landtage einlöste; allein sie begegnete bei der durch Heißsporne, wie v. Brauchitsch, v. Dieft u. A., geleiteten conservativen Partei einem solchen Widerstande, daß das Gesetz nur mit einer knappen Mehrheit zur Annahme gelangte. Die conservative Partei verkannte, daß ihre Aufgabe nach dem

Kriege eine andere sein mußte, als zur Zeit des Conflictes: damals galt es, dem demokratischen Fortschritt und demagogischer Ueberstürzung einen Hemmschuh anzulegen, nach 1866 hätte sie sich umwandeln müssen in eine Partei des conservativen Fortschrittes. Indem sie das versäumte, drängte sie selbst Bismarck zum Anschluß an die liberale Partei, der für die höchste seiner Aufgaben, die Consolidirung der neuen Ordnung vor dem zu erwartenden Kriege gegen Frankreich, die Hilfe nehmen mußte, wo sie sich ihm bot.

Nicht bei allen seinen conservativen Gegnern konnte Bismarck „achtbare prinzipielle“ Gründe ihrer Gegnerschaft erkennen, „die in dem Einzelnen eine stärkere Triebkraft ausübten, als ihr mehr preußisches wie deutsches Nationalgefühl.“ Bei den einen lag das Motiv der Opposition im Streberthum, so bei Harry v. Arnim, K. v. d. Golz u. A., die sich klüger dünkten, als Bismarck¹⁾ bei den andern, den Standesgenossen vom Landadel, im Reid über die außergewöhnliche Carrière eines der Ihrigen, der es vom schlichten Landjunker über die auch Andern zugängliche „Excellenz“ hinaus zur „Durchlaucht“ gebracht hatte, so wenig Bismarck jemals etwas Anderes sein wollte, als der Landedelmann, der er nach Geburt und Erziehung war. Die Gegnerschaft der Conservativen fand ihren Ausdruck in der verurtheilenden Kritik der Bismarckschen Politik bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes im Jahre 1872 durch den damaligen Führer der Partei, Herrn v. Kleist-Nehow. Bei dem hervorragend politischen Zwecke des Schulaufsichtsgesetzes war es eine ausgesuchte Thorheit der conservativen Partei, die Regierung im Stiche zu lassen, und Fürst Bismarck ist bis an den Tod der in den „Gedanken und Erinnerungen“ ausgesprochenen Ueberzeugung treu geblieben, daß Herr v. Kleist-Nehow, indem er seine Parteigenossen — gleichgültig aus welchen Gründen — zu solchem Widerstand verleitete, das Land und die conservative Sache schwer geschädigt habe. „Wenn die conservative Partei“, sagt er im Rückblick

¹⁾ Bekannt ist der Ausspruch von Golz: „Nun macht der Mensch meine Politik und macht sie falsch!“

auf diesen ihm schmerzlichen Vorgang, „anstatt mit mir zu brechen und mich mit einem Fanatismus zu bekämpfen, worin sie keiner staatsfeindlichen Partei etwas nachgab, der Regierung des Kaisers geholfen hätte, in ehrlicher gemeinsamer Arbeit die Reichsgesetzgebung auszubauen, so würde der Ausbau nicht ohne tiefe Spuren solcher conservativen Mitarbeit geblieben sein. Ausgebaut mußte werden, wenn die politischen und militairischen Errungenschaften vor Zerbröckelung und centrifugaler Rückbildung geschützt werden sollten.“ Ob das schließlich in mehr conservativen oder in mehr liberalen Formen geschah, darauf konnte es einem Staatsmanne nicht ankommen, der, nicht durch Parteidoctrinen verblendet, das Wohl des Deutschen Reichs allein im Auge hatte und das Vertrauen zum deutschen Volke hegte, daß es Auswüchse und Fehler der nationalen Einrichtungen heilen und ausmerzen werde, sobald es sich das Recht der freien Selbstbestimmung durch Herstellung einer zum Selbstschutze hinreichend starken Einheit gewonnen haben würde.

Der engere Anschluß Bismarcks an die Nationalliberalen steigerte die Feindschaft der Conservativen bis zu den berüchtigten Vera-Artikeln der „Kreuz-Zeitung“, in denen gegen den Fürsten Bismarck, allerdings in einer für den Strafrichter schwer fahrbaren Weise, die gehässigsten Verdächtigungen ausgestreut wurden, und den schamlosen Angriffen der „Reichsglocke“, eines Blattes, das seine Mitarbeiter in den höchsten Kreisen des preussischen Adels hatte und durch Vermittelung des Ministers v. Schleinitz selbst am Hofe des Kaisers Wilhelm mit Eifer verbreitet wurde. Fürst Bismarck knüpfte an die Erzählung über die Form, in der sich die Feindschaft äußerte, allgemein gütige Bemerkungen über die Nothwendigkeit des Parteikampfes überhaupt, die ich den Lesern dieser Blätter nicht vorenthalten will: „Jeder, der in heutiger Zeit in politischen Kämpfen gestanden hat, wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß Parteimänner, über deren Wohlerzogenheit und Redlichkeit im Privatleben nie Zweifel aufgekomen sind, sobald sie in Kämpfe der Art gerathen, sich von den Regeln des Ehrgefühles und der Schicklichkeit, deren Autorität sie

sonst anerkennen, für entbunden halten und aus einer karikierenden Uebertreibung des Satzes *salus publica suprema lex* die Rechtfertigung für Gemeinheiten und Rohheiten in Sprache und Handlung ableiten, durch die sie sich außerhalb der politischen und religiösen Streitigkeiten selbst angewidert fühlen würden. Diese Losfagung von allem, was schicklich und ehrlich ist, hängt unbedeutlich mit dem Gefühle zusammen, daß man im Interesse der Partei, das man dem des Vaterlandes unterscheidet, mit anderem Maße zu messen habe, als im Privatleben, und daß die Gebote der Ehre und Erziehung in Parteidämpfen anders und looser auszulegen seien, als selbst im Kriegsgebrauch gegen ausländische Feinde . . . Welcher gebildete und wohlerzogene Deutsche würde versuchen, im gewöhnlichen Verkehr auch nur einen geringen Theil der Grobheiten und Bosheiten zur Verwendung zu bringen, die er nicht ansteht, von der Rednertribüne vor hundert Zeugen seinem bürgerlich gleich achtbaren Gegner in einer schreienden, in keiner anständigen Gesellschaft üblichen Tonart in's Gesicht zu werfen? Wer würde es außerhalb des politischen Parteidreibens mit der von ihm selbst beanspruchten Stellung eines Edelmannes von gutem Hause verträglich halten, sich in den Gesellschaften, wo er verkehrt, gewerbsmäßig zum Colporteur von Lügen und Verleumdungen gegen andere Genossen seiner Gesellschaft und seines Standes zu machen? . . . Sobald man aber vor dem eigenen Gewissen und vor der Fraction sich damit bedenklich kann, daß man im Parteiinteresse auftritt, so gilt jede Gemeinheit für erlaubt oder doch für entschuldigbar."

Als Bismarck die Verleumdungen der „Kreuzzeitung“ öffentlich vor dem Reichstage brandmarkte (9. Februar 1876) und die Conservativen aufforderte, sich von einem solchen Blatte loszusagen,¹⁾ antwortete ihm die Kundgebung der sog. Declaranten, meist evangelische Geistliche, die dadurch in Bismarcks Augen sich zu Eideshelfern der „Kreuzzeitungslügen“ machten und Bismarcks Mißtrauen „gegen Politiker in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen“, durch ihr

¹⁾ Politische Reden VI 351.

Eintreten für die frivolsten Verleumdungen des ersten Beamten des Deutschen Reiches nur verstärken mußten. Bismarck zog die selbstverständliche Folgerung: zwischen ihm und allen „Declaranten“ war das Tischtuch zerschnitten; er mußte mit manchen Männern brechen, die ihm früher in inniger Freundschaft verbunden gewesen waren, und die Wunde, die dadurch seinem Herzen geschlagen wurde, ist nie ganz vernarbt.

Leider fand Bismarck bei den Nationalliberalen nicht vollen Ersatz für das, was er aufgab; es blieb ihm die bittere Erinnerung daran, daß die nationalliberale Partei sich durch die rohen und unwürdigen Angriffe auf seine persönliche Ehrenhaftigkeit nicht bewogen fand, ihm in der Abwehr irgendwie beizustehen, ja aus manchen Reihen wollte er schließen, daß man in ihren Reihen den Angriff der conservativen Partei mit einer gewissen Genugthuung begrüßte und sich bemühte, den Bruch zu erweitern und ihm den Stachel tiefer einzudrücken. Fürst Bismarck sieht die Ursachen dieser Haltung in der Fraktionsbeschränktheit, die immer nur fragt: was nützt der Fraction? und nicht: was ist im gegebenen Falle dem Vaterlande nützlich? Der durch die „parlamentarischen Condottieri“ geübte Zwang schüchtert die einzelnen, minder redengewandten Mitglieder der Fraction ein, ihre Meinung frei zu äußern, und so dienen sie schließlich nur den Herrschaftsgelüsten der Parteiführer, deren letztes Ziel immer der Posten des leitenden Ministers sein wird. Das ist menschlich natürlich, mußte aber einen Charakter wie Bismarck abstoßen, der, über alles Parteiwesen hinausgewachsen, immer nur ein Ziel kannte: das Beste des Vaterlandes, bei den Parteien aber für seine Bestrebungen nicht die erhoffte Förderung fand, weil jede den Vorwurf scheute, „ministeriell zu sein“, so lange die leitende Stellung in „festen“ Händen war. „Dieser Vorwurf hörte sofort auf, den Conservativen und andern Fractionen empfindlich zu sein“, als durch Bismarcks Entlassung die regierende Stelle vacant geworden war, „und jeder Parteiführer, in der Hoffnung, bei ihrer Wiederbesetzung betheiligt zu werden, bis zur unehrlichen Verleugnung und Boycottirung des früheren Kanzlers und seiner Politik servil und ministeriell wurde.“

Aufreibender fast als der Kampf auf politischem und parlamentariischem Gebiete ist für Bismarck der Kampf gegen die Intrige gewesen, der sich hinter den Coullissen abspielte und ihm oft genug die Galle in's Blut getrieben hat. Das 26. Capitel der „Gedanken und Erinnerungen“ (Intrigen) giebt davon ausführliche Kunde. Obenan in der Reihe der ränkesüchtigen Streber steht Graf Harry v. Arnim, der einmal in der Weinlaune dem Fürsten Bismarck sagte, daß er jeden Vordermann in der Carrière als seinen persönlichen Feind ansehe und demgemäß behandle. Er benutzte seine Stellung als Botschafter in Paris, um in Privatbriefen an den Kaiser auf eigene Faust politische Vorschläge zu machen, die den Anschauungen des verantwortlichen Reichskanzlers zuwiderliefen, indem er einer Wiederherstellung des französischen Königthums das Wort redete, während nach Bismarcks Ansicht die Fortdauer der im monarchischen Europa bündnißunfähigen Republik Deutschland den Frieden sicherte. Glücklicherweise versäumte der Kaiser nicht, Arnims Briefe dem Fürsten Bismarck mitzutheilen, wodurch dieser Gelegenheit erhielt, „der politischen Einsicht, man könnte sagen, dem gesunden Verstande des Herrn die Schäden und Gefahren der Rathschläge darzulegen, denen wir auf dem von Arnim empfohlenen Wege der Herstellung der Legitimität in Frankreich entgegengehen würden.“ Das Verfahren gegen Graf Arnim, das von den Gegnern Bismarcks so gern aus dem Gesichtspunkte persönlicher Rachsucht betrachtet wird, war von ihm selbst herausgefordert durch die Weigerung, amtlichen Instructionen Folge zu leisten und zweifellos amtliche Bestandtheile der Botschaftsacten, die er bei seiner Abberufung von Paris dem Archiv entnommen hatte, zurückzugeben. Bismarck verfolgte dabei nur den Zweck, als Vorgesetzter die amtliche Autorität zu wahren, ein Straferkenntniß gegen Arnim hat er weder erstrebt noch erwartet und würde, nachdem ein solches erfolgt war, wirksam für eine Begnadigung eingetreten sein, „wenn dieselbe in der durch das Contumacial-Erkenntniß geschaffenen Lage juristisch zulässig gewesen wäre“. Eine Strafe von 5 Jahren Zuchthaus hält Fürst Bismarck für durchaus ungerechtfertigt: „die Verurtheilung im zweiten

Proceß“, sagt er in den „Gedanken und Erinnerungen“, „ist nur dadurch möglich geworden, daß der regelmäßige Strafrichter nicht in der Lage ist, die Sünden der Diplomatie in internationalen Verhandlungen mit vollem Verständniß zu beurtheilen.“¹⁾

Der von Arnim vertretene Gedanke einer Herstellung der Monarchie in Frankreich hatte in Berlin einen warmen Förderer in dem damaligen französischen Botschafter Gontaut Biron, der der legitimistisch-katholischen Partei von Natur angehörte und auch als Botschafter der Republik in ihrem Interesse thätig war. Während Graf Arnim die Wünsche der Legitimisten bei dem Kaiser zur Geltung zu bringen suchte, wirkte Gontaut Biron auf die Kaiserin ein, der er als Franzose und als Katholik persönlich, aber auch in seinen politischen Zielen sympathisch war. Fürst Bismarck ist der festen Ueberzeugung, daß die Rückkehr Frankreichs zu monarchischen Institutionen die Erneuerung des Krieges gegen Deutschland zur Folge gehabt haben würde, und die Begünstigung dieser Pläne durch die römische Curie zeigte ihm im Hintergrunde eine katholische Reaction, die im Falle eines französischen Sieges zu einem Entscheidungskampfe der Bekenntnisse „auf dem Sande der Welt“ geführt haben würde.

Gontaut Biron spielte auch eine Rolle in der Kriegskomödie von 1875; Fürst Bismarck gedenkt ihrer an dieser Stelle seiner „Gedanken und Erinnerungen“. Von wem der Gedanke ausgegangen ist, weiß Fürst Bismarck nicht zu sagen. Zusammen wirkten in dem Spiele der Minister des Auswärtigen von Frankreich, Duc de Decazes, die Botschafter Gontaut in Berlin, Le Flô in Petersburg und Fürst Gortschakow, dem die Rolle des Friedensengels zufiel. Die Komödianten behaupteten, Fürst Bismarck beabsichtige, das wehrlose Frankreich mit Krieg zu überfallen, um ihm jede Revanche unmöglich zu machen, und flehten für ihr schwer bedrohtes Vaterland um Rußlands Schutz, den ihnen Gortschakow bereitwillig zusagte. Thatsache und unwiderleglich bewiesen

¹⁾ Man vgl. auch die Aeußerungen Bismarcks bei Berathung des i. g. Arnimparagraphen, am 3. Dec. 1875, Politische Reden VI 318 ff.

ist, daß Fürst Bismarck niemals den Gedanken gehabt hat, einen Präventivkrieg zu führen, und allen militairischen Anregungen dieser Art schroff entgegentrat. Das Deutsche Reich hatte von Anbeginn seine große Macht in den Dienst des Friedens gestellt; der Kaiser, der schon den Krieg von 1870 gern vermieden hätte, wäre nie zu bewegen gewesen, angriffsweise gegen Frankreich vorzugehen, ganz abgesehen von den fast einem Verbote gleichkommenden Schwierigkeiten, die die deutsche Reichsverfassung einer deutschen Kriegserklärung entgegenstellt. Und welchen Nutzen hätte ein solcher Krieg haben können? Selbst wenn es uns gelungen wäre, Frankreich abermals zu schlagen, so würde doch die Fribolität einer Kriegserklärung ohne stichhaltigen Grund eine Verbindung von Rußland, Oesterreich und England herbeigeführt haben zu activem Vorgehen gegen das neue, noch nicht consolidirte Reich, das mit seinen Angriffe auf den ungerüsteten Nachbar in die Bahnen Napoleonischer Prestige-Politik eingelenkt wäre. Als Gortschakow im Mai 1875 im Gefolge des Kaisers Alexander II. in Berlin erschien, klärte ihn die Unterredung mit Bismarck über die gänzliche Unhaltbarkeit der französischen Kriegsbefürchtungen auf; gleichwohl war er unehrlich genug, durch ein von Berlin aus versendetes Telegramm (dessen Wortlaut, wenn ich recht unterrichtet bin, Fürst Bismarck erst einige Zeit nachher durch den König von Schweden erfuhr) die Welt glauben zu machen, daß nunmehr — also durch sein Eingreifen — der Friede gesichert sei. Auf Gortschakow lastete eine starke Hypothek von Eitelkeit und Neid gegen Bismarck; in seinem Bestreben, eine Rolle zu spielen, ließ er sich verleiten, „hinterrücks auf Bismarcks Schultern zu springen, um dort eine Circusvorstellung zum Besten zu geben“. Mit bitterer Satire strafte Bismarck den „Schutzengel Frankreichs“ und führte Klage über ihn beim Zaren. Alexander bat ihn zwar, die greisenhafte Eitelkeit seines Kanzlers nicht zu ernst zu nehmen, versäumte aber, seiner Mißbilligung „einen hinreichend authentischen Ausdruck“ zu geben, um die Legende von Deutschlands Absicht, 1875 Frankreich zu überfallen, aus der Welt zu schaffen. Für den Unbefangenen freilich wird das früher

schon von mir veröffentlichte,¹⁾ jetzt auch in die „Gedanken und Erinnerungen“ aufgenommene Schreiben Bismarcks an den Kaiser vom 13. August 1875 ein vollgültiges Zeugniß der Unschuld Deutschlands an den damaligen Kriegstreiberien sein.

Graf Friedrich zu Eulenburg hatte während der Conflictzeit treu zu Bismarck gestanden, schien ihm auch freundschaftlich zugethan. Aber auch er blieb nicht frei von Eifersucht, als der schnelle Aufstieg den bisherigen Kollegen weit über den Kreis der „Gespielen“ hinaus hob. Der Wunsch, populair zu werden, packte ihn und ließ ihn die Verwaltungsreform in Angriff nehmen, auf liberaler Grundlage, um sich die Unterstützung des Liberalismus zu sichern. Das brachte ihn in Conflict mit der conservativen Partei, aber auch mit Bismarck, der in der Bureaukratisirung des Landrathspostens einen schweren Fehler der Reform erkannte. Ein längerer Urlaub, den Eulenburg im Sommer 1877 nahm, weil er sich körperlich bankrott fühlte, bereitete seinen Uebergang in den Ruhestand vor; dieser vollzog sich aber nicht ohne einen Act der Gehässigkeit gegen Bismarck, der fast zu einem Zerwürfniß zwischen dem Kaiser und seinem ersten Berather geführt hätte. Ich erzähle kurz, was sich ziemlich ausführlich in den „Gedanken und Erinnerungen“ darüber berichtet findet. Bismarck hatte als Ersatz für Eulenburg den Führer der Nationalliberalen Rudolf v. Bennigsen in's Auge gefaßt und unterhandelte während des Jahres 1877 zweimal, im Juli und December, über seinen Eintritt mit ihm. Bennigsen suchte der Verhandlung weitere Ausdehnung zu geben, indem er, in der Meinung, daß es sich um einen durch die politische Lage gebotenen Systemwechsel handle, die gleichzeitige Berufung zweier seiner Parteigenossen, v. Forckenbeck und v. Stauffenberg, forderte. Bismarck machte ihn darauf aufmerksam, daß nur Eulenburgs Posten vacant sei, daß es schon einige Schwierig-

¹⁾ Bismarck-Jahrbuch IV 35 ff. — Vgl. dazu den Aufsatz: Frankreichs angebliche Bedrohung im Jahre 1875, Berl. Neueste Nachrichten 27. August 1895 Nr. 401 (W.-A.).

keit kosten werde, den König zur Ernennung Bennigsen's zu bewegen, daß es aber ganz aussichtslos sein würde, ihm eine Neubildung des Ministeriums unter größerer Betheiligung der nationalliberalen Partei vorzuschlagen. Bennigsen aber schien zu glauben, daß es ihm auch als Minister gestattet sein werde, Führer der Nationalliberalen zu bleiben und seine Partei zur regierenden zu machen, die fortan dem preußischen Staate die Minister, dem Reiche die Staatssecreteure der Reichsämter zu liefern hätte, und blieb unzugänglich für die Auseinandersetzung Bismarck's, daß es sich vorläufig gar nicht um liberal und conservativ handle, sondern einzig um die Befestigung unserer nationalen Sicherheit, die bei der Stärke der nationalliberalen Partei leichter mit dieser als mit der conservativen Partei zu erreichen sei, da diese ihrem ganzen Wesen und ihrer geographischen Verbreitung nach niemals zu einer nationalen Majorität werden könne. So wurde die Verhandlung abgebrochen, von Bismarck in der Ueberzeugung, daß sie gescheitert sei, von Bennigsen in der Hoffnung, daß sie wieder aufgenommen und auch auf Fockensbeck und Stauffenberg ausgedehnt werden würde. Aber schon hatte die geschäftige Fama das Gerücht vom Eintritt Bennigsen's nach Berlin getragen und zur Thatsache verdichtet, was nur Gegenstand der Erwägung gewesen war. Eulenburg, dem die Abneigung des Königs gegen Bennigsen nicht unbekannt war, trug das Gerücht zum Könige, der, über die Eigenmächtigkeit des Reichskanzlers erzürnt, ihm schriftlich seine lebhafteste Entrüstung über die Zumuthung kund gab, daß er aufhören sollte, „conservativ“ zu regieren. Bismarck ließ dem Kaiser durch Bülow¹⁾, der gerade als geschäftlicher Beistand in Barzin bei ihm weilte, antworten, er könne ihm einen Nachfolger Eulenburg's doch nicht vorschlagen, ohne sich vorher von der Bereitwilligkeit des Vorschlagenden überzeugt zu haben. Diese Ueberzeugung habe er bei den Verhandlungen mit Bennigsen nicht gewonnen und würde darum überhaupt Anstand genommen haben, ihn

¹⁾ Nicht durch Roon, wie in den „Gedanken und Erinnerungen“ steht. Im Manuscript war der Name nur durch B. angedeutet, dieses wurde vom Abschreiber als R. gelesen und zu Roon ergänzt.

Sr. Majestät als Ministercandidat zu präsentiren; die ungnädige Beurtheilung aber, die er durch das kaiserliche Schreiben erfahren habe, nöthige ihn, sein Abschiedsgesuch vom Frühjahr zu erneuern. Der Kaiser erwiderte darauf, daß er falsch berichtet worden sei, und bat Bismarck, den Brief als ungeschrieben zu betrachten. Dieser gab infolge dessen dem Abschiedsgesuch keine weitere Folge. Die Nervenaufrregung aber, die der ganze Vorgang ihm verursachte, führte zu einem Rückfall seiner Krankheit. Beningsten blieb die Abneigung des Kaisers gegen seine Person verborgen, er hielt die Frage seines Eintritts noch für eine schwebende, als Bismarck im Februar 1878 nach Berlin zurückgekehrt war, und lehnte erst am 22. Februar definitiv ab, als ihm der Reichskanzler das Tabaksmonopol als Ziel seiner Steuerpolitik bezeichnete.

Die Nationalliberalen gaben darum die Hoffnung nicht auf, Einfluß auf die Regierungspolitik zu gewinnen. Sie knüpften zu diesem Zwecke Beziehungen zu mehreren von Bismarcks Collegen an, wie Friedenthal und Botho zu Eulenburg, welcher letztere das Ohr des Grafen Otto von Stolberg, des stellvertretenden Ministerpräsidenten, besaß. Fürst Bismarck glaubte sich in dieser Zeit einem System der Abdrängung von den Geschäften seiner amtlichen Stellung gegenüber zu befinden, das sich ihm in allerlei heimlichen, ohne sein Vorwissen getroffenen Abreden mit den Präsidien von Land- und Reichstag, sowie parlamentarischen Parteiführern und in der Richteinholung seines Votums in materiellen Vorlagen während seiner Abwesenheit äußerte. In der Conseil Sitzung vom 5. Juni 1878, die wegen der schweren Verwundung des Kaisers unter dem Vorsitz des Kronprinzen abgehalten wurde, erlebte er es, daß mehr als die Hälfte seiner Collegen seinem Antrage auf Auflösung des Reichstages nicht zustimmte, weil der Reichstag sicher bereit sein werde, das nach dem Hödel'schen Attentat (11. Mai 1878) verweigerte Ausnahmegesetz jetzt nach dem Nobiling'schen Mordversuch (2. Juni 1878) zu bewilligen. Es kam den Ministern offenbar unerwartet, daß sich der Kronprinz für Bismarck's Ansicht entschied und die Auflösung gutieß; hätte er sich, wie man erwartet hatte, der Mehrheit

gefügt, so glaubten sie ihr Ziel, Bismarcks Beseitigung, zu erreichen. Aber gerade damals war Bismarck entschlossen zu bleiben, nicht aus Herrschsucht, sondern in der auf gewissenhafter Erwägung beruhenden Ueberzeugung, daß er im Falle des Todes Kaiser Wilhelms I. verpflichtet sei, seinem Nachfolger die Dienste nicht zu versagen, die er ihm vermöge des Vertrauens und der Erfahrung leisten konnte, die er sich erworben hatte. Die Nationalliberalen haben Bismarck damals das Wort in den Mund gelegt: er werde sie an die Wand drücken, bis sie „quietschten“. Fürst Bismarck hat schon früher bestritten, jemals eine solche Aeußerung gethan zu haben, die übrigens so ganz dem vornehmen Ton widerspricht, in dem er sich zu äußern pflegte; in den „Gedanken und Erinnerungen“ erneuert er diesen Protest und stellt als Quelle der Redensart die Memoiren des Grafen Beust fest. Nach seiner Ansicht haben vielmehr die Nationalliberalen darnach getrachtet, seine Erbschaft anzutreten, und sich mit einigen seiner Collegen und Leuten von Einfluß am Hofe und im Centrum über die Theilung der Beute verständigt. Im neuen Ministerium sollten sich, wie im Ministerium Gladstone, Liberalismus und Katholicismus die Hand reichen; General von Stosch hatte den Auftrag, im Palais des Kaisers und des Kronprinzen der neuen Combination die Wege zu ebnen.

Man rechnete dabei vornehmlich auf den Grafen Botho zu Eulenburg, der seit dem 31. März 1878 Minister des Innern und am Hofe durch alte Familienbeziehungen persona grata war. Er war gegen Bismarck verstimmt durch die geschäftliche Behandlung einer zwischen ihm und dem Reichskanzler schwebenden Differenz, obwohl das Versehen weniger auf Seiten Bismarcks als auf Seiten des Geheimraths Tiedemann beruhte, der einen ihm zu Theil gewordenen Auftrag ungeschickt ausgeführt hatte. Alle Bemühungen freilich, das Vertrauen des alten Kaisers zu seinem bewährten Berather zu erschüttern, scheiterten an der unwandelbaren Treugesinnung des alten Herrn, der durch sein „Niemals“ unter Bismarcks Abschiedsgesuche vom März 1877 den Bund vom 22. September 1862 erneuert hatte. Im Jahre 1881 nahm Graf

Botho Eulenburg seinen Abschied aus einem ähnlichen Anlaß, wie er seiner in den „Gedanken und Erinnerungen“ mitgetheilten Beschwerde über geringschätzig Behandlung zu Grunde lag. An seinen Namen knüpft sich ein Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Bismarck, der in den „Gedanken und Erinnerungen“ zuerst veröffentlicht worden ist. In Antwort auf einen Brief des Kaisers, der über einen Traum berichtete, in dem Graf Eulenburg eine Rolle spielte, erzählt Bismarck von einem Traume, der ihm in den schwersten Conflictstagen des Jahres 1863 wie in einer göttlichen Offenbarung den zukünftigen Ausgang der Spannung auf den böhmischen Schlachtfeldern zeigte. Die Stelle ist so schön, daß ich es mir nicht versagen kann, sie im Wortlaute mitzutheilen: „Mir träumte, und ich erzählte es sofort am Morgen meiner Frau und andern Zeugen, daß ich auf einem schmalen Alpenpfad ritt, rechts Abgrund, links Felsen; der Pfad wurde schmaler, so daß das Pferd sich weigerte, und Umkehr und Absteigen (war) wegen Mangel an Platz unmöglich; da schlug ich mit meiner Gerte in der linken Hand gegen die glatte Felswand und rief Gott an; die Gerte wurde unendlich lang, die Felswand stürzte wie eine Coulisse und eröffnete einen breiten Weg mit dem Blick auf Hügel und Waldland wie in Böhmen, preussische Truppen mit Fahnen und in mir noch im Traume der Gedanke, wie ich das schleunig Curer Majestät melden könnte. Dieser Traum erfüllte sich, und ich erwachte froh und gestärkt aus ihm.“

Die erwähnten Zerwürfnisse mit Eulenburg, das Gefühl, bei äußerlich achtungsvollen Kundgebungen persönlichen Wohlwollens thatsächlich boycottirt zu sein, erschöpften Bismarcks Nerven mehr als die Arbeit, die der durch den Brief an den Freiherrn von Thüngen symptomatisch gekennzeichnete Uebergang zum Schutzollsystem ihm verursachte; er verfiel in einen „Gesundheitsbankrott“, dem die behandelnden Aerzte rathlos gegenüberstanden, bis Dr. Schweningen die Krankheit „richtig erkannte und richtig behandelte“ und dem Fürsten Bismarck ein relatives Gesundheitsgefühl verschaffte, wie er es seit Jahren nicht mehr gekannt hatte.

Als einen Vorstoß gegen die Autorität des Ministerpräsidenten und des ganzen Staatsministeriums mußte es Bismarck auch betrachten, wenn im Juni 1877 plötzlich einer seiner Gegner von der Frankfurter Zeit her, Herr v. Gruner, der bald nach dem Eintritte Bismarcks in das Ministerium aus der bisher von ihm bekleideten Stellung des Unterstaatssecretairs im Auswärtigen Amte entlassen und zur Disposition gestellt worden war, in das Hausministerium berufen und gleichzeitig ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers zum Wirklichen Geheimen Rathe ernannt wurde. Verstärkt wurde die Verstimmung Bismarcks über die Auszeichnung eines notorischen Gegners seiner Politik durch die vom Minister von Schlieff geforderte Aufnahme der Ernennung Gruners in das amtliche Organ des preußischen Staatsministeriums und des Reichskanzlers, den Reichs- und Staatsanzeiger. Entschlossen, die in solcher Ernennung liegende deminutio capitis nicht anzunehmen, schrieb Bismarck von Kissingen aus einen geharnischten Protest unter gleichzeitiger Stellung der Cabinetsfrage und erreichte dadurch, daß die Publication der Ernennung dieses dem „Reichsglocken“-Ring angehörigen Gegners im Reichs- und Staatsanzeiger unterblieb. Die Empfindlichkeit für das Gefühl amtlicher Ehre entsprach bei Bismarck dem Bewußtsein einer durch keinerlei höhere Deckung zu mindernden Verantwortlichkeit.

Bedeutende Menschen — und insbesondere überragende Persönlichkeiten wie Bismarck — werden immer nur von Wenigen verstanden werden; auf ihre Umgebung wirkt ihre geistige Ueberlegenheit als ein lästiger Druck, doppelt, wenn der Ueberlegenheit des Geistes sich die Ueberlegenheit des sittlichen Charakters zugesellt. Dem Fürsten Bismarck ist die Wahrnehmung nicht erspart geblieben, daß eigentlich alle seine Collegen seinen Austritt aus den Geschäften als eine Erlösung empfanden (27. Capitel: Die Ressorts), obwohl er den meisten von ihnen das Aufsteigen aus zum Theil geringen Stellen ermöglicht und sich, so weit thunlich, der Einmischung in die Geschäfte ihrer Ressorts enthalten hatte. Freilich, ganz zu umgehen war solche Einmischung nicht; sie geschah jedoch nur, „wenn ein großes öffentliches Interesse Gefahr lief, unter

Sonderinteressen zu leiden“. Dem Fürsten Bismarck ist allezeit der „Ressortpatriotismus“ fremd geblieben, der alles außerhalb des Ressorts Stehende als Ausland ansieht, dem man jeden Schaden anthun kann, wenn nur das Ressort Nutzen davon hat. Auch „der Neigung, neue eingreifende Gesetze oder Organisationen zu machen, der Neigung, vom grünen Tische aus zu reglementiren“, ist er bei seinen Collegen nicht selten entgegengetreten, weil er wußte, „daß, wenn nicht sie selbst, so doch ihre Rätthe die Gesetzmacherei übertrieben, und daß so manche vortragenden Rätthe in den inneren Ressorts seit dem Examen her Projecte in ihren Fächern haben, durch die sie die Unterthanen des Reiches zu beglücken suchen, sobald sie einen Chef finden, der darauf eingeht“. Man muß wünschen, daß auch in Zukunft an der Spitze des Reiches und der Einzelstaaten Minister stehen, die nicht vergessen, daß sie nicht bloß Ressortminister, sondern zugleich Staatsminister sind, daß jedes Ressort seine Sonderinteressen nur insoweit verfolgen darf, als sie nicht mit den allgemeinen Interessen des Staates, mit dem Staatszweck, collidiren. Dazu aber bedarf es der regulirenden Autorität, im Einzelstaate des Ministerpräsidenten, im Reiche des Reichskanzlers, und wenn seit 1890 die Anschauung mehr und mehr Boden gewonnen hat, als seien die Reichsämter selbständige Organe der Reichsregierung, die unter eigener Verantwortlichkeit in Fragen ihres Ressorts entscheiden könnten, so steht dies im Widerspruche mit der Reichsverfassung, in die Fürst Bismarck mit gutem Grunde die alleinige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers aufgenommen hat.

In welchem Sinne Fürst Bismarck bei den Ressorts der Anwalt des praktischen Lebens gewesen ist, hat er zu Ruh und Frommen der nachkommenden Geschlechter in den „Gedanken und Erinnerungen“ festgelegt. Hoffen wir, daß die Zeit kommt, da auch diesen Gedanken der Sieg über bureaukratische Beschränktheit zufällt: Bismarck selbst ist es nicht beschieden gewesen, sie innerhalb des preussischen Staatsministeriums zur Geltung zu bringen.

Auf dem Gebiete der Schule besitzt der preussische Cultusminister noch heute eine Vollmacht, wie sie kein anderer

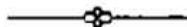
Verwaltungszweig besitzt: ohne Gesetz und ohne sich an das vorhandene Schulvermögen zu binden, kann er auf Grund eines noch immer gültigen Rescripts des Ministers v. Raumer auf dem Verwaltungswege bestimmen, wieviel jede Gemeinde zur Schule beizutragen habe. Es ist Bismarck nicht gelungen, einen seiner Collegen vom Cultusministerium zur Aufgabe eines usurpirten Rechtes zu bringen, das nur im zarischen Absolutismus seines Gleichen findet. Da sie vielmehr bestrebt waren, ihre Macht, über das Vermögen einer Gemeinde bis zu deren Existenzunfähigkeit zu verfügen, durch ein Schulgesetz als dauernde Institution dem preussischen Staate aufzulegen, hat Bismarck jedem der ihm gelegentlich vorgelegten Schulgesetze seine Zustimmung versagt.

Auf dem Gebiete der Finanzen hat Bismarck immer den Gedanken vertreten, daß die von dem Vermögen des Zahlenden unabhängigen directen Steuern — wie Grund- und Gebäudesteuer — nicht als Maßstab für jährliche Zuschläge zu benutzen seien. Ferner trat er für Selbsteinschätzung, höhere Besteuerung des aus ausländischen Papieren gewonnenen, sowie des von selbst flüssigen Einkommens, geringere Heranziehung des durch tägliche Arbeit zu gewinnenden ein. Einigen dieser Forderungen ist die Miquelsche Steuerreform gerecht geworden, wenn sie auch durch die Ueberspannung des fiscalischen Interesses den lebhaften Widerspruch Bismarcks herausgefordert hat.

Auf dem Gebiete der Landwirthschaft war Bismarck zu sehr Autorität, um nicht, so lange er selbst im Amte war, einen maßgebenden Einfluß auf dieses Ressort auszuüben, namentlich in den letzten zehn Jahren seiner Thätigkeit, in denen der Schutz der landwirthschaftlichen Interessen ein wichtiger Grundsatz seiner Socialpolitik war. Sein Abgang ist, wie er nicht ohne bittere Ironie sagt, den kranken Schweinen und Viehseuchen zu Gute gekommen, nicht minder den höheren und niederen Beamten, denen bisher die Aufgabe zufiel, vor dem Parlament und dem Lande die Agitationslüge von der Vertheuerung der Lebensmittel zu bekämpfen. Der Zweck, billiges Schweinefleisch zur Volksernährung zu beschaffen, wird auf

die Dauer nicht durch laze Behandlung der Ansteckungsgefahr erreicht werden.

Von den Reichsämtern erfreute sich das Reichspostamt größerer Bewegungsfreiheit als die übrigen. Bismarck hat allezeit die technischen Fähigkeiten seines ersten Leiters Stephan anerkannt und ihn selbst gegenüber der Ungnade des Königs gehalten, um seine hervorragende Befähigung für die postalischen Einrichtungen des Deutschen Reichs nutzbar zu machen.



XVI.

Der Berliner Congreß.

Freundschaft mit Rußland zu halten, war einer der Angelpunkte von Bismarcks europäischer Politik (28. Capitel: Berliner Congreß). So lange die deutsche Frage nicht entschieden war, mußte Preußen die Anlehnung an Rußland suchen, weil die russische Freundschaft ihm bei dem Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland förderlich sein konnte. Die Hilfeleistung zur Zeit des polnischen Aufstandes, wenn sie sich auch mehr auf dem Gebiete der Theorie als dem der Praxis hielt,¹⁾ verschaffte Preußen einen Anspruch auf das russische Wohlwollen und trug bei der aufrichtig freundschaftlichen Gesinnung Alexanders II. für seinen Oheim Wilhelm I. gute Früchte bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse im Anschluß an die Kriege von 1866 und 1870/71. Nach dem französischen Kriege war Bismarck ehrlich bestrebt, den Bund der drei Ostmächte, der Europa fast 50 Jahre den Frieden verbürgt hatte, auf neuer Grundlage wieder herzustellen, und da allen drei Staaten das wichtigste Interesse — die Aufrechterhaltung des Monarchismus gegenüber den starken republikanischen Unterströmungen — gemeinsam war, so überwand Oesterreich die seit 1866 vorhandene Verstimmung und trat mit dem Deutschen und dem Russischen Reiche in freundschaftliche Beziehungen ein, die durch die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin (September 1872) vor aller Welt besiegelt wurden. Deutschland fiel in diesem

¹⁾ S. v. S. 76 ff.

Bunde der drei Ostmächte die Aufgabe zu, zwischen Oesterreich und Rußland in ihren mancherlei zusammenstoßenden Interessen zu vermitteln, und Bismarck widmete sich ihr mit dem Eifer des „ehrlichen Maklers“. Allein er konnte nicht verhüten, daß sich im Laufe des Jahres 1876 doch wieder die Dinge zwischen Oesterreich und Rußland zuspitzten bis zur Drohung mit offenem Kriege. In diesem Jahre erwies sich die Macht des Deutschen Reiches zum ersten Male als ein Hemmnis für die russischen Eroberungspläne. Wollte Rußland Oesterreich angreifen, so mußte es der deutschen Neutralität sicher sein; fiel Deutschlands Gewicht zu Gunsten Oesterreichs in die Waagschale, so schnellte Rußlands Schale leicht empor. Um Klarheit zu erhalten, wendete sich der Zar auf Antrieb Gortschakows durch den deutschen Militärbevollmächtigten, General v. Werder, im Herbst 1876 telegraphisch an Bismarck mit der Frage, ob Deutschland bei einem russisch-österreichischen Kriege neutral bleiben würde. Die gewählte Form war durchaus ungewöhnlich. Der deutsche Militärbevollmächtigte war nicht dazu da, diplomatische Anfragen der russischen Regierung, deren Organ er nicht war, nach Berlin weiterzugeben, noch dazu in Angelegenheiten von solcher Bedeutung. Fürst Bismarck, der in Barzin weilte, lehnte zunächst ab, sich ohne höhere Ermächtigung zu äußern, und empfahl auf wiederholtes Drängen, die Frage auf amtlichem Wege durch den russischen Botschafter in Berlin im Auswärtigen Amte zu stellen. Neue Interpellationen durch Werdersche Telegramme schnitten indeß diesen ausweichenden Weg ab, und da die Frage schließlich auch noch direct durch den Zaren selbst unter Betheiligung der russischen Botschaft in Berlin wiederholt und ihre vertrauliche Beantwortung auf Grund der bestehenden persönlichen Beziehungen erbeten wurde, so blieb Bismarck keine weitere Ausflucht. Er beschied den deutschen Botschafter, General v. Schweinig, zu sich und hieß ihn die Antwort persönlich nach Livadia bringen. Sie war ein Meisterstück diplomatischer Feinheit und entsprach ganz der vermittelnden Haltung, die sich Deutschland zur Richtlinie seiner Politik genommen hatte. Bismarck betonte, daß Deutschlands erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen

den großen Monarchien zu erhalten, die der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Sei der Friede zwischen Rußland und Oesterreich nicht aufrecht zu erhalten, so könnte Deutschland zwar ertragen, daß seine Freunde gegen einander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. So wohlwollend diese Antwort auch für den Fall russischer Niederlagen lautete, die man freilich in Petersburg kaum für möglich gehalten haben dürfte, so gab sie doch Gortschakow willkommene Gelegenheit, dem Zaren die deutsche Freundschaft als zu „platonisch“ zu verdächtigen und ihn zu einer friedlichen Auseinandersetzung mit Oesterreich zu bewegen, die nicht ohne Spitze gegen Deutschland war. Die Verhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich, die schon bei einer Zusammenkunft der Kaiser beider Reiche am 8. Juli 1876 in Reichstadt eingeleitet worden waren, wurden jetzt wieder aufgenommen und zu Ende geführt. Sie gewährten Rußland die Erlaubniß zu einem Kriege gegen die Türkei für die „Befreiung“ Bulgariens und verschafften Oesterreich als Preis der Neutralität den Besitz von Bosnien und Herzegowina. Daß Rußland die Geheimhaltung der Convention von Reichstadt vor Deutschland zur Bedingung machte, beweist das Mißtrauen gegen den bisherigen Freund. Gleichwohl ließ sich Bismarck nicht verstimmen; Deutschland bewahrte während des Krieges durchaus die wohlwollende Neutralität, die es Rußland zugesagt hatte, und als der Friede von San Stefano die Möglichkeit eines Krieges von England und Oesterreich gegen Rußland nahe rückte, ließ Bismarck auf Ersuchen Rußlands und unter Zustimmung Englands und Oesterreichs die Einladung zu einem Congreß in Berlin ergehen zu friedlichem Ausgleiche der auf der Balkanhalbinsel zusammenstoßenden Interessen der europäischen Großstaaten. Gortschakow spielte auf dem Congreß eine eigenthümliche Rolle; er hatte seine Entsendung nach Berlin dem Zaren förmlich abgedrungen, während der eigentliche Träger des russischen Botums der Graf Peter

Schuwalow war, und war nun eifrig bemüht, nach außen hin seine Unzufriedenheit mit dem Gange der Congressverhandlungen und selbst der definitiven Beschlüsse kund zu thun, denen Schuwalow im Auftrage des Zaren seine Stimme und Unterschrift ließ. „Er suchte“, sagt Bismarck (23. Capitel), „seine russische Popularität im Sinne der „Moskauer Zeitung“ frei zu halten von den Rückwirkungen russischer Concessionen, und bei Congresssitzungen, wo solche in Aussicht standen, blieb er aus unter dem Vorwande des Unwohlseins, trug aber Sorge, sich am Parterrefenster seiner Wohnung unter den Linden als gesund sehen zu lassen. Er wollte sich die Möglichkeit wahren, vor der russischen „Gesellschaft“ in Zukunft zu behaupten, daß er an den russischen Concessionen unschuldig wäre: ein unwürdiger Egoismus auf Kosten seines Landes.“ Dabei war es eine unehrliche Fiction, wenn Gortschakow behauptete, daß Rußland auf dem Congress schlecht abgeschnitten habe, und eine offene Lüge, wenn die russischen Zeitungen, ohne von der die Presse sonst so sehr zügelnden russischen Regierung berichtet zu werden, Deutschland beschuldigten, die Sache der Feinde Rußlands gefördert zu haben. Von beidem ist das Gegentheil wahr: „Der russische Abschluß blieb auch nach dem Congress immer noch einer der günstigsten, wenn nicht der günstigste, den Rußland jemals nach türkischen Kriegen gemacht hat“, und „kein russischer Wunsch ist auf dem Berliner Congress ausgesprochen worden, den Deutschland nicht zur Annahme gebracht hätte; unter Umständen durch energisches Auftreten bei dem englischen Premierminister (Lord Beaconsfield), obwohl letzterer krank und bettlägerig war.“ Die von Gortschakow geförderte Preßhege führte zu einer Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland, für die weder im Interesse des einen noch des andern dieser großen Nachbarreiche das mindeste Bedürfnis vorlag. Sie äußerte sich in der Annahme, mit der man in Petersburg bei den diplomatischen Verhandlungen über die Ausführung der Congressbeschlüsse die unbedingte Förderung jedes russischen Interesses durch Deutschland erwartete, in der „nörgelnden Mißbilligung“, der man auch dann Ausdruck gab, wenn die deutsche Diplomatie der

russischen Politik freiwillig einen Beweis ihrer Freundschaft gegeben zu haben glaubte. Die Anmaßung steigerte sich bis zu dem unbilligen Verlangen, Deutschland solle seine Commissare anweisen, bei allen Divergenzen über die Auffassung der Congressbestimmungen grundsätzlich der russischen Auffassung beizutreten, d. h. die Macht des Deutschen Reiches unbedingt in den Dienst der russischen Interessen zu stellen, während es Deutschland doch nur darauf ankommen mußte, die Stipulationen des Congresses ehrlich auszulegen und seine Beziehungen zu den übrigen Großmächten nicht durch parteiisches Verhalten in Localfragen zu stören, die ein deutsches Interesse nicht berührten. Als Deutschland ein solches Ansinnen zurückwies, bestimmte Gortschakow den Zaren zu einem eigenhändigen Schreiben an Kaiser Wilhelm, das an zwei Stellen unzweideutige Drohungen enthielt, etwa des Inhalts: „Wenn die Weigerung, das deutsche Botum dem russischen anzupassen, festgehalten wird, so kann der Friede zwischen uns nicht dauern.“ Ich schalte das Schreiben des Zaren, welches für die Vorgeschichte des Dreibundes eine so große Bedeutung hat, hier ein:¹⁾

Zarskoe-Selo, le 3/15 Août 1879.

Cher Oncle et Ami,

Il me tient à cœur de Vous remercier encore par écrit pour Votre bonne lettre du 27 juillet, ainsi qu'Auguste, pour l'envoi, de Votre part à tous les deux, de la charmante médaille, en souvenir de Votre noce d'or, à laquelle hélas! les circonstances ne m'ont pas permis d'assister, comme je m'en faisais une fête.

J'ai été heureux d'apprendre que Vous ayez bien supporté toutes les fatigues des cérémonies, et j'espère que la cure de Gastein Vous aura donné de nouvelles forces pour affronter celles des revues militaires que Vous avez en perspective.

La mort de mon Aide-de-camp Général de Reutern, qui avait eu l'honneur d'être attaché ces dernières années à Votre personne et pour lequel Vous avez eu tant de bonté, Vous aura sûrement fait de la peine comme à moi. Je tâcherai de

¹⁾ Die Uebersetzung s. im Anhang 2.

lui trouver un remplaçant qui puisse Vous convenir, et ne manquerai pas de demander préalablement Votre consentement dès que j'aurai fait un choix. Encouragé par l'amitié que Vous n'avez cessé de me témoigner, permettez-moi de Vous parler en toute franchise d'un sujet délicat et qui ne cesse de me préoccuper. Il s'agit de l'attitude des différents agents diplomatiques allemands en Turquie, qui depuis quelque temps se manifeste malheureusement d'une manière hostile envers la Russie, ce qui est en contradiction complète avec les traditions des rapports d'amitié qui depuis plus d'un siècle avaient guidé la politique de nos deux gouvernements et qui étaient tout à fait d'accord avec leurs intérêts communs. Cette conviction n'a pas varié en moi et je la conserve en entier, en me flattant qu'elle est aussi la Vôtre. Mais le monde juge d'après les faits. Or comment expliquer cette attitude des agents allemands qui nous devient de plus en plus hostile en Orient, où d'après le dire du P. Bismarck lui-même, l'Allemagne n'a pas d'intérêts à elle à sauvegarder, tandis que nous en avons de fort sérieux. Nous venons de terminer une guerre glorieuse qui n'avait pas de conquêtes en vue, mais uniquement l'amélioration du sort des Chrétiens en Turquie. Nous venons de le prouver en évacuant les provinces que nous avions occupées après la guerre, mais nous tenons à ce que les résultats obtenus au prix de notre sang et de notre argent, ne restent pas lettres mortes. Il ne s'agit plus qu'à mettre à exécution ce qui avait été convenu au Congrès de Berlin, mais il faut que cela se fasse consciencieusement. Or les Turcs, soutenus par leurs amis, les Anglais et les Autrichiens, qui en attendant occupent de pied ferme deux provinces turques, envahies par eux en temps de paix, pour ne jamais les rendre à leur Souverain légitime, ne cessent de soulever des difficultés de détails, qui sont de la plus grande importance tant pour les Bulgares que pour les braves Monténégrins. — Les Roumains en font autant vis-à-vis de la Bulgarie. — La majorité des commissaires européens doit les décider. Ceux de France et d'Italie se joignent, presque dans toutes les questions, aux nôtres, tandis que ceux de l'Allemagne semblent avoir reçu le mot

d'ordre de soutenir toujours l'opinion des Autrichiens qui nous est systématiquement hostile, et cela dans des questions qui n'intéressent l'Allemagne en rien, mais qui sont très importantes pour nous.

Pardonnez-moi, mon cher Oncle, la franchise de mon langage basé sur des faits, mais je crois de mon devoir de porter Votre attention sur les tristes conséquences que cela pourrait amener dans nos rapports de bon voisinage en aigrissant nos deux nations l'une contre l'autre, comme la presse des deux pays commence à le faire. — J'y vois le travail de nos ennemis communs, des mêmes qui ne pouvaient digérer l'alliance des trois Empereurs. — Vous vous souviendrez que nous en avons parlé plus d'une fois avec Vous et combien j'étais heureux de me persuader que nos convictions là dessus étaient les mêmes. Je comprends parfaitement que Vous tenez à conserver Vos bons rapports avec l'Autriche, mais je ne comprends pas l'intérêt de l'Allemagne à sacrifier celui de la Russie. — Est-ce digne d'un véritable homme d'Etat de faire entrer dans la balance une brouille personnelle, quand il s'agit de l'intérêt de deux grands Etats faits pour vivre en bonne intelligence et dont l'une a rendu à l'autre, en 1870, un service que, d'après Vos propres expressions, Vous disiez n'oublier jamais. Je ne me serais pas permis de Vous les rappeler, mais les circonstances deviennent trop graves pour que je puisse Vous cacher les craintes qui me préoccupent et dont les conséquences pourraient devenir désastreuses pour nos deux pays. Que Dieu nous en préserve et Vous inspire! La santé de ma femme nous a donné de sérieuses inquiétudes tout ce dernier temps. Dieu donne que l'air natal puisse lui faire du bien.

Ne m'en voulez pas, mon cher Oncle, pour le contenu de cette lettre et croyez aux sentiments d'invariable attachement et d'affection sincère

de

Votre tout dévoué
neveu et ami

Alexandre.

Gleichzeitig gab Rußland durch Anhäufung von Truppen an seiner Westgrenze zu verstehen, daß seine Drohungen ernst gemeint seien, und aus Paris kam Bismarck die sichere Kunde, daß Rußland Frankreich einen gemeinsamen Krieg gegen Deutschland vorge schlagen habe und dort nur wegen mangelnder Kriegsbereitschaft abschlägig beschieden worden sei.

Die von Rußland jetzt geforderte Wahl Deutschlands zwischen der österreichischen und der russischen Freundschaft war schon zur Zeit des Balkankrieges einmal nahe gelegt worden durch Graf Peter Schuwalow, der brieflich Bismarck den Vorschlag eines festen Bundes zwischen Deutschland und Rußland gemacht hatte. Fürst Bismarck theilt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ zwei Stücke aus seiner Correspondenz mit Schuwalow mit, denen nicht bloß ein hervorragendes historisches, sondern auch ein eminent politisches Interesse zukommt. Veranlassung zu Bismarcks Brief vom 15. Februar gab der folgende Brief Schuwalows, der den „Gedanken und Erinnerungen“ nicht einberleibt ist:¹⁾

Londres, le 3 Févr. 1877.

Mon Prince

Je tiens à vous exprimer ma vive et sincère reconnaissance pour les témoignages de votre bon et bienveillant souvenir que le Comte de Münster m'a transmis à plus d'une occasion.

Je tiens aussi à vous assurer de l'inutilité des efforts qui pourraient être tentés pour me détacher de convictions trop fermement établies en moi pour être jamais ébranlées.

J'ai pensé de tous temps, que l'union étroite de nos deux Empires constituait un »quantum« de forces si grand, qu'aucune autre puissance isolée ou coalisée ne pourrait lutter avec avantage contre cette force, qui tiendra ainsi en échec le reste de l'Europe.

Lorsque les premières bases de l'entente à trois furent jetées à Berlin en 1872, je n'ai vu pour ma part dans le troisième qu'une jeune branche entée sur le tronc robuste et

¹⁾ Die Uebersetzung s. im Anhang 2.

solide de notre ancienne amitié; que ce rameau nouveau prospère — je ne dis pas »non«, mais seulement qu'il n'absorbe pas à son profit la sève de l'arbre.

Je pense enfin que le but principal de notre accord à deux doit consister :

En ce que la Russie ne permette ni ne souffre jamais la coalition contre l'Allemagne, lorsque celle-ci serait engagée à l'occident, et que l'Allemagne nous rende l'équivalent en Orient.

Si l'Europe était convaincue de ce fait, bien des complications de l'avenir seraient évitées!

C'est, mon cher Prince, parceque ce sont là mes convictions primordiales, que je n'ai cessé de déplorer le peu de consistance, qu'a montré l'entente des trois cours dans la crise actuelle. Notre accord ne s'est manifesté ni en réalité ni même en apparence.

Si l'Angleterre y avait cru, elle aurait suivi une politique plus ferme vis à vis de la Turquie.

Si la Porte en avait été convaincue, elle n'aurait point persisté dans son obstination et sa résistance.

Enfin, si les trois Empires qui forment cet accord, n'en eussent pas douté maintes fois eux mêmes, »every thing would have been settled a long time ago«.

Excusez-moi, mon cher Prince, pour cette petite profession de foi, dont vous n'avez nullement besoin. Quoique vous ne soyez pas un prêtre catholique, j'éprouve néanmoins la nécessité de vous faire ma confession.

Veillez agréer, mon cher Prince, l'hommage sincère de mon respectueux dévouement.

Schouvaloff.

Die Antwort Bismarcks konnte in den „Gedanken und Erinnerungen“ nur nach dem in Friedrichsruh liegenden Entwurfe gegeben werden; nach der Reinschrift wurde vergebens Umfrage gehalten. Erst vor kurzem theilte mir Herr Consistorialrath Dalton in Berlin mit, daß Graf Peter Schuwalow ihm seinerzeit den eigenhändigen Brief Bismarcks geschenkt habe, und hatte die Liebenswürdigkeit, mir eine Abschrift zu gestatten. Die abschließende Fassung, die der Brief erhalten hat, weicht

so stark von dem „Entwurf“ ab, daß sie einen durchaus selbständigen Werth besitzt, wenn auch die Grundgedanken die des Entwurfs sind. Ich bringe sie hier zum Abdruck unter stillschweigender Verbesserung einiger Schreibfehler, die die Urschrift aufweist: ¹⁾

Berlin le 15 Février 1877.

Cher Comte,

Je vous remercie des bonnes paroles que vous avez bien voulu m'écrire et je sais gré au C^{te} Münster d'avoir si bien interprété en cette occasion les sentiments, qui dès notre première connaissance ont formé entre nous un lien qui survivra aux relations politiques, qui aujourd'hui nous mettent en rapport. Parmi les regrets que me laissera la vie officielle, celui qui naîtra du souvenir de mes conversations avec vous, sera des plus vifs.

Quel que soit l'avenir politique de nos deux pays, la part que j'ai prise à l'histoire de leur passé, me laissera la satisfaction, qu'au sujet de leur alliance, j'ai de tout temps été d'accord avec l'homme d'état le plus aimable parmi mes amis politiques. Tant que je resterai en place, je serai fidèle aux traditions qui m'ont guidé depuis 25 ans et qui sont identiques aux idées développées dans votre lettre au sujet des services que la Russie et l'Allemagne peuvent se rendre et se sont rendus mutuellement depuis plus d'un siècle sans que les intérêts particuliers à l'une et à l'autre en aient souffert. Deux voisins en Europe qui, pendant plus d'un siècle, n'ont pas éprouvé la moindre démangeaison d'hostilité, devraient de ce fait seul tirer la conclusion, qu'il n'y a pas d'intérêts divergents entre eux. Voilà la conviction que j'ai suivie en 1848, en 54, en 63 et dans la situation actuelle, et que j'ai fait partager à la grande majorité de mes compatriotes. C'est une œuvre qu'il sera peut-être plus facile de détruire qu'il n'a été de la créer, surtout dans le cas où mes successeurs ne mettraient pas la même constance que moi à cultiver des relations dont l'habitude leur manquera et pour le maintien desquelles il faut

¹⁾ Herr Consistorialrath Dalton beabsichtigt die Urschrift demnächst im Facsimile reproduciren zu lassen.

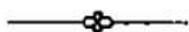
quelquefois faire abnégation d'amour-propre et subordonner ses susceptibilités aux intérêts de son maître et de son pays. J'en sais quelque chose, mais je ne tiens pas compte des petites niches que me fait mon ancien ami et tuteur de Pétersbourg, ni de ses «flirtations» avec Paris ou de celles d'Orlow. Un vieux routier de ma trempe ne se laisse dérouter par de fausses alarmes, mais sera-t-il de même avec les Chanceliers qui me suivront, et auxquels je ne puis pas léguer mon sang-froid et mon expérience? il semble peut-être plus facile d'égarer leur jugement politique par des journaux officieux, par des propos malveillants, par des lettres privées que l'on fait circuler. Un ministre allemand, auquel on fait entrevoir la facilité d'une coalition sur la base de la revanche, effrayé par l'idée de l'isolément, pourra tenter de se prémunir par des engagements maladroits, funestes même, mais difficiles à résoudre après coup. Il y a tant de force et de sécurité dans une alliance des deux empires, que je me fâche à l'idée seule, qu'elle pourrait être compromise un jour sans la moindre raison politique, uniquement par la volonté de quelque homme d'état qui aime à varier ou qui trouve le Français plus aimable que l'Allemand; sur cela je serais parfaitement de son avis, mais sans y subordonner la politique de mon pays. Aussi longtemps que je serai à la tête de nos affaires, vous aurez de la difficulté à vous défaire de notre alliance, mais ce ne sera plus long temps. Ma santé s'en va rapidement. Je tâcherai de tenir tête à la diète qui s'ouvrira dans quelques jours et qui ne peut durer que quelques semaines. Immédiatement après la clôture je m'en irai aux eaux pour ne plus rentrer aux affaires. Je tiens le certificat de la faculté d'être »untauglich«, terme technique pour l'admission forcée à la retraite et qui dans cette circonstance ne dit que la triste vérité.

Si Dieu me permet de jouir de quelques années de repos dans la vie privée, je vous demande la permission de continuer les bonnes relations d'amitié avec vous, Cher Comte, que la vie officielle m'a permis de nouer, et en attendant je vous prie d'agréer l'expression des sentiments avec lesquels je vous suis sincèrement dévoué.

von Bismarck.

Je vous demande pardon du retard de ma réponse; j'ai eu pendant une quinzaine de jours bien de la difficulté à écrire de ma main, une espèce de crampe, qui me gêne encore, comme vous le verrez à mon écriture. Je n'ai pas voulu cependant me servir de la main d'un autre pour vous écrire.

Schuwalow hatte seinen Antrag auf Abschluß eines preußisch-russischen Schutz- und Trugbündnisses kurz vor dem Berliner Congreß erneuert, doch hatte Bismarck die geforderte Absage an Oesterreich abgelehnt, da ein festes unerschütterliches Bündniß mit Rußland „bei acuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revanchelust“ das Deutsche Reich bei seiner exponirten Lage in eine gefährliche Abhängigkeit von Rußland bringen würde; er hatte den Bund der drei Kaiser empfohlen oder doch die Pflege des Friedens zwischen ihnen.



XVII.

Der Dreibund.

Der Brief des Zaren und andere Anzeichen lehrten, daß die Zeit des Einvernehmens der drei Ostmächte, das schon durch die Gortschakowsche Intrige von 1875 getrübt worden war, vorüber sei, und nöthigten Bismarck, auf neue Combinationen zu sinnen, durch die das Ziel der deutschen Politik, die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, auf anderem Wege erreicht werden konnte (29. Capitel: Der Dreibund). Der Gedanke an eine Verbindung der Deutschland feindlichen oder doch mißgünstig gesinnten Mächte verursachte ihm Alpdrücken, le cauchemar des coalitions, wie P. Schumalow gesagt hatte.

Deutschland hatte gegen zwei der europäischen Großmächte siegreiche Kriege geführt; es kam darauf an, wenigstens einen der beiden Gegner der Versuchung zu entziehen, im Bunde mit andern Mächten Revanche zu nehmen. Selbstverständlich konnte Frankreich hierbei nicht in Frage kommen, wohl aber Oesterreich, das mit Deutschland große geschichtliche Erinnerungen und wichtige Interessen gemeinsam hat und gegen einen möglichen Angriff Rußlands bei Deutschland die natürliche Anlehnung suchen muß. Bismarck, in der Sorge vor Erneuerung der alten Raunißschen Coalition von Frankreich, Oesterreich und Rußland, auf die mancherlei hinzudeuten schien, beschloß, die Stimmung des Grafen Andrassy zu erkunden, und traf mit ihm am 27. August 1879 in Gastein zusammen, zur selben Zeit, da Kaiser Wilhelm — gegen den Wunsch seines

Reichskanzlers — sich zur Fahrt nach Alexandrowo rüstete, um seinen kaiserlichen Neffen von Rußland zu begütigen. Er entwickelte ihm die politische Lage, die bedrohliche Annäherung Rußlands an Frankreich, und ließ ihn die Folgerung selbst ziehen: gegen ein russisch-französisches Bündniß war der natürliche Gegenzug ein österreichisch-deutsches. Beide Staatsmänner einigten sich leicht über ein rein defensives Bündniß gegen einen russischen Angriff auf einen von beiden Theilen, dagegen lehnte Andrassy die von Bismarck vorgeschlagene Ausdehnung des Bundes auch auf andere als russische Angriffe ab.

In Oesterreich wie in Deutschland wurde das Bündniß, das sich den Augen des Volkes als die Wiederherstellung einer alten völkerrechtlichen Verbindung darstellte und das Siebzigmillionenreich der großdeutschen Schwärmer von 1848 in einer andern Form zu schaffen schien, mit lautem Jubel begrüßt: auf allen Stationen, die Bismarck auf der langen Fahrt von Gastein nach Wien berührte, äußerte sich die Freude über die Herstellung engerer Beziehungen zum Deutschen Reiche in Kundgebungen von elementarer Kraft.

Beim Kaiser Franz Joseph fand Bismarck huldvolle Aufnahme und die Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Bündnisses mit dem Deutschen Reiche; schwieriger war es, die Zustimmung Wilhelms I. zu gewinnen. „Der Abschluß eines Vertrages, dessen, wenn auch defensives, doch kriegerisches Ziel ein Ausdruck des Mißtrauens gegen den Freund und Neffen war, mit dem er eben in Alexandrowo (3. September) von Neuem unter Thränen und in der vollsten Aufrichtigkeit des Herzens die Versicherungen der althergebrachten Freundschaft ausgetauscht hatte, lief zu sehr gegen die ritterlichen Gefühle, mit denen der Kaiser sein Verhältniß zu einem ebenbürtigen Freunde auffaßte.“ Daher waren auch alle Erwägungen und Argumente, die Bismarck schriftlich aus Gastein, Wien und demnächst aus Berlin zu Gunsten der neuen Combination unterbreitete, ohne die gewünschte Wirkung. Bismarck mußte schließlich zu dem für ihn peinlichen Mittel eines eventuellen Abschiedsgesuches greifen, um die Zustimmung des Kaisers zu dem Vertragsentwurf zu gewinnen: Graf Stolberg führte per-

fönlich die Verhandlungen in Baden zum glücklichen Ende. Freilich war der Kaiser von den politischen Argumenten nicht überzeugt worden, sondern ertheilte das Versprechen, den Vertrag zu ratificiren, nur aus Abneigung gegen einen Personenwechsel im Ministerium. Es entsprach der Ritterlichkeit seiner Gesinnung, daß er den Zaren Alexander von dem Wandel der Beziehungen unterrichtete, damit er nicht etwa irrthümlich annehme, Oesterreich allein angreifen zu können. Er that es in folgendem Briefe:

Berlin, le 4 Novembre 1879.

A l'empereur Alexandre.

Mon cher neveu et ami,

L'amitié de cœur qui nous unit depuis de si longues années et qui nous a dicté une politique basée sur ces sentiments, me fait un devoir de vous écrire dans le moment où je Vous transmets un mémorandum, comme résultat des communications verbales entre le Prince Bismarck et le Comte Andrassy à Gastein et à Vienne. Ce dernier s'était rendu à Gastein pour donner des explications sur les motifs de sa démission des affaires auxquelles il avait présidé d'une manière si distinguée qui lui avait valu la confiance de l'Europe entière. Les pourparlers des deux chanceliers se sont dirigés nommément sur les relations entre l'Allemagne et l'Autriche à la suite des événements depuis l'année 1848. Le sort des armes a décidé, que dorénavant la Prusse serait placée à la tête de l'Allemagne unie. La confédération allemande étant dissoute, l'Autriche cessait d'être liée par des traités avec l'Allemagne reconstituée; mais l'alliance entre la Prusse, l'Autriche et les États Allemands subsiste dans l'opinion publique de l'Allemagne qui tend à la remplacer par l'union morale des deux Empires, dans l'esprit pacifique desquels on voit un gage du maintien de la paix de l'Europe. Je ne parle de la sagesse, avec laquelle Vous avez si puissamment contribué au maintien de cette paix malgré les guerres partielles dont l'Europe était le théâtre des dernières 20 années. — La démission du Comte Andrassy, qui par sa personne avait maintenu la marche susdite, pouvait avoir des suites graves quel que fût son successeur, parce que

la confiance n'est point un acte d'héritage. Les deux chanceliers tombèrent donc d'accord de couvrir par une nouvelle entente de l'Allemagne et de l'Autriche le vide laissé par l'abolition de la Confédération germanique, qui avait pendant un demi siècle représenté l'alliance de la Prusse, de l'Autriche et des souverains allemands. Cette entente est formulée dans le mémorandum ci-annexé.

J'aime à me dire que les principes conçus dans cette pièce importante, seront appréciés par Vous, et que Vous voudrez y adhérer comme raffermissement de l'entente des trois Empereurs qui depuis l'année 1873 a rendu des services si signalés à l'Europe. J'ai remarqué non sans satisfaction, que, après notre entrevue à Alexandrowo, la presse dans nos pays s'est calmé; j'ai pourtant rencontré dans un journal de Moscou un article qui parle ouvertement de la guerre panslaviste contre l'Allemagne comme fait arrêté, sans que le gouverneur général n'ait saisi ce journal, dont il était en plein droit avec les pouvoirs, qu'il possède. Je crains le parti nihiliste, qui de concert avec le panslavisme tient un langage hostile contre les pays voisins, afin de profiter de tout mauvais conflit pour ses plans subversifs. Si ces plans révolutionnaires pouvaient aboutir par leur pression à entraîner ou à compromettre le gouvernement dans ses relations politiques, il rencontrerait, je ne puis Vous le cacher, mon cher neveu, une solidarité de résistance dans les pays voisins. Le langage menaçant joint à l'augmentation si frappante de Votre armée après les succès d'une guerre glorieuse qui semblait devoir assurer la paix, tient l'Europe en suspens, tandis qu'une ferme expression de Votre volonté pacifique pourrait calmer les inquiétudes et ramener les esprits dans la bonne voie.

Voici, mon cher neveu, ce qui me tenait à cœur de Vous dire avec la franchise et la confiance, que Vous me connaissez; mais je dois y ajouter encore un regret tout personnel au sujet de la coïncidence fâcheuse de notre entrevue amicale avec les démarches qui ont été hâtées par la démission imprévue du comte Andrassy et par les circonstances en question.

Vous savez que j'ai eu la grande satisfaction de revoir l'Impératrice et de pouvoir lui exprimer verbalement mes vœux fervents pour sa santé, que j'ai trouvée meilleure, grâce à Dieu, que je ne m'y attendais.

Guillaume.

Die Antwort des Zaren Alexander lautete:

Livadia, le 2/14 Novembre 1879.

Mon cher Oncle et ami,

Je ne saurais assez Vous remercier pour Votre lettre du 4 Novembre qui vient de me parvenir. En y joignant le texte du mémorandum, signé à Vienne, Vous m'avez donné une nouvelle preuve de Votre cordiale franchise et avez pressenti le besoin de mon cœur d'écarter de nos rapports jusqu'au moindre semblant du doute.

Il est certain que le voyage du Prince de Bismarck à Vienne, suivi de la conclusion de l'acte précité, semblait en quelque sorte servir de contrepoids à notre entrevue d'Alexandrowo et ne pouvait que produire une impression pénible, de nature à dérouter l'opinion publique. Ma confiance personnelle ne s'en est point émue et je suis heureux de constater aujourd'hui que cette transaction politique ne contient absolument rien de contraire à mes vœux. Elle tend à consolider la puissance de la Grande-Allemagne à la réunion de laquelle j'ai applaudi, et elle cherche à liquider pacifiquement les stipulations du traité de Berlin, dont la fidèle exécution n'a jamais cessé d'être la base de ma politique.

J'adhère donc pleinement aux principes conçus dans le mémorandum que Vous avez bien voulu me communiquer et en m'associant ainsi à l'accord établi entre l'Allemagne et l'Autriche, j'aime à y voir le retour à cette parfaite entente des trois Empereurs, qui, comme Vous l'observez avec tant de justesse, a rendu les plus grands services à l'Europe.

Vous n'ignorez pas d'ailleurs, mon cher Oncle, combien j'étais prêt aller au devant de cette entente, et mes efforts d'y arriver par une entière communauté de vue entre nous doivent Vous être connus. Afin de faciliter les rapports qui

en découlent, en destinant mon Ambassadeur actuel à Berlin à d'autres fonctions, je me suis décidé à le remplacer par Mr. de Sabourow, dont les récentes entrevues avec le Pr. de Bismarck ont défini la tâche. Si ce choix Vous agrée, Vous voudrez bien me le dire, et j'espère que Sabourow saura se rendre digne de toute la confiance que je tiens tant à voir présider aux relations entre nos deux États.

A cet égard, je ne puis Vous cacher, mon cher Oncle, combien je regrette que Vous ayez pu attribuer le caractère d'une menace à la série de mesures militaires nécessitées par la transformation de mon armée. — Je croyais que mes explications verbales et celles que mon Ministre de la Guerre, C^{te} Milutin, a eu l'honneur de Vous soumettre, à Alexandrowo, en avaient suffisamment relevé le sens pacifique pour éclaircir définitivement cette question.

Je ne regrette pas moins de Vous voir admettre que les tendances panslavistes et autres qui se font jour dans la publicité, puissent exercer une pression sur mon gouvernement. L'opinion dévoyée de quelque écrivain, fût-il même le représentant d'un cercle plus ou moins étendu d'adeptes, n'acquiert jamais en Russie la signification d'un programme politique. Aussi s'il arrive qu'un écart de la presse échappe au contrôle de mon gouvernement, c'est précisément par ce que la conscience de sa force lui en fait atténuer la portée.

Quant aux menées subversives du parti nihiliste, Vous savez que je n'ai pas hésité à recourir aux moyens les plus énergiques pour les combattre dès que les circonstances en ont démontré la nécessité. Ces mesures ne sont pas restées sans résultats. Vous y voyez la preuve que ma ferme volonté ne tolérera jamais la moindre tentative de nature à compromettre l'ordre et la paix. Il me reste à espérer, mon cher Oncle, que cette assurance venant de ma part, pourra dissiper Vos doutes.

J'ai été fort aise d'apprendre que la nomination de mon Aide-de-camp, Colonel P. Dolgorucky, comme attaché militaire auprès de Votre personne Vous convient; en le recommandant à Votre bienveillance, j'espère qu'il saura la mériter.

Je tiens à Vous exprimer tous mes remerciements pour l'accueil plein de bonté que Vous avez fait à mes fils.

L'Impératrice a été bien contente de Vous revoir un instant à son passage par Oos. Sa santé laisse malheureusement encore beaucoup à désirer.

Croyez, mon cher Oncle, aux sentiments d'invariable attachement et d'affection sincère

de Votre tout dévoué

Neveu et Ami

Alexandre.¹⁾

Die Gefahr einer Erneuerung der Raunig'schen Coalition ist auch durch den von Zeit zu Zeit kündbaren Bund zwischen Deutschland und Oesterreich nicht dauernd beseitigt. Bismarck erwog darum einen organischen Verband zwischen beiden Reichen, der nicht wie gewöhnliche Verträge kündbar, sondern der Gesetzgebung beider Reiche einverleibt und nur durch einen neuen Act der Gesetzgebung eines derselben lösbar wäre; aber er ließ den Gedanken fallen in Anbetracht der mancherlei Bedenken, die eine solche feste Verbindung zweier Reiche mit großen selbständigen Interessen hat. Die Vertragstreue großer Staaten findet ihre Begrenzung in der Rücksicht auf ihre Selbsterhaltung. Niemand kann erwarten, daß ein Volk um der Treue zu einem Vertrage willen, der unter ganz andern Verhältnissen geschlossen wurde, sein Bestehen opfere; „und eben so wenig läßt sich durch einen Vertrag das Maß von Ernst und Kraftaufwand sicherstellen, mit dem die Erfüllung geleistet werden wird, sobald das eigene Interesse des Erfüllenden dem unterschriebenen Texte und seiner früheren Auslegung nicht mehr zur Seite steht.“ Gerade die vertragmäßige Sicherstellung solcher gegenseitigen Verpflichtungen erscheint als eine Feindin ihrer Haltbarkeit. Ein festerer Schutz der Einigkeit zwischen Deutschland und Oesterreich liegt darin, daß „der Weg für Deutschland nach Petersburg frei bleibt“. „Unsere Aufgabe ist“ — und damit wendet sich Bismarck an Gegenwart

¹⁾ Die Uebersetzung beider Stücke s. Anhang 2.

und Zukunft —, „unsere beiden kaiserlichen Nachbarn in Frieden zu erhalten. Die Zukunft der vierten großen Dynastie (in Italien) werden wir in demselben Maße sicher zu stellen im Stande sein, in dem es uns gelingt, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten und den Ehrgeiz unserer beiden östlichen Nachbarn entweder zu zügeln oder in beiderseitiger Verständigung zu befriedigen. Jeder von Beiden ist für uns nicht nur in der europäischen Gleichgewichtsfrage unentbehrlich — wir könnten keinen von beiden missen, ohne selbst gefährdet zu werden — sondern die Erhaltung eines Elementes monarchischer Ordnung in Wien und Petersburg, und auf der Basis beider in Rom, ist für uns in Deutschland eine Aufgabe, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfällt.“

Eine ausgesprochene Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland läßt Oesterreichs Ansprüche an das verbündete Deutschland wachsen „erstens in Erweiterung des casus foederis, der sich bisher nach dem veröffentlichten Texte doch nur auf die Abwehr eines russischen Angriffs auf Oesterreich erstreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus foederis die Vertretung österreichischer Interessen im Balkan und im Orient zu substituiren.“ Immer und immer wieder weist Bismarck darauf hin, daß es zwischen Deutschland und Rußland keine Verschiedenheit der Interessen giebt, welche die Keime von Conflicten und eines Bruches unabweislich in sich trüge, daß das Bündniß mit Oesterreich und das weitere Bündniß mit Italien keine aggressive Tendenz hat und haben sollte. Zudem bietet der Ausblick in die Zukunft Oesterreichs keinerlei Bürgschaft für die Beständigkeit des deutsch-österreichischen Bundes. Die Politik für „Pflicht gehaltener Undankbarkeit“, deren Schwarzenberg sich Rußland gegenüber rühmte, kann sich in dem Oesterreich der Zukunft unter den zersetzenden Wirkungen des Kampfes der Völker um die Herrschaft leicht wiederholen, wenn sie auch ausgeschlossen erscheint, so lange der gegenwärtige Kaiser an der Spitze Oesterreich-Ungarns steht. Eine vorschauende deutsche Politik muß mit diesen Möglichkeiten rechnen, darf sich nicht von Vorliebe oder Verstimmungen leiten lassen, sondern immer nur von objectiver Erwägung der

nationalen Interessen: „es ist unvernünftig und ruchlos, sagt Bismarck, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, aus persönlicher Verstimmung abzubrechen.“ Bismarck ist es gelungen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland aufrecht zu erhalten, auch nach dem Abschlusse des Vertrags mit Oesterreich. Wie Alexander II. so hatte auch Alexander III. Vertrauen in den friedlichen Charakter der deutschen Politik, und der russisch-deutsche Neutralitätsvertrag, den gerade der letztere im Jahre 1887 abschloß, beweist, wie aufrichtig er von der rein defensiven Bedeutung des Bündnisses überzeugt war. Dieser Vertrag aber ist kein Gelübde für die Ewigkeit; er gilt, wie alle Staatsverträge, nur unter der Clausel: *rebus sic stantibus*. Deutschland wird immer der besonnenen Einschätzung eingedenk sein müssen, die Bismarck dem Dreibunde zu Theil werden läßt in den folgenden, das 29. Capitel schließenden Sätzen: „Der Dreibund ist eine strategische Stellung, welche angesichts der zur Zeit seines Abschlusses drohenden Gefahren rathsam und unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war. Er ist von Zeit zu Zeit verlängert worden, und es mag gelingen, ihn weiter zu verlängern; aber ewige Dauer ist keinem Vertrage zwischen Großmächten gesichert, und es wäre unweise, ihn als sichere Grundlage für alle Möglichkeiten betrachten zu wollen, durch die in Zukunft die Verhältnisse, Bedürfnisse und Stimmungen verändert werden können, unter denen er zu Stande gebracht wurde. Er hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses; aber ein für jeden Wechsel haltbares, ewiges Fundament bildet er für alle Zukunft ebenso wenig, wie viele frühere Tripel- und Quadrupel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die Heilige Allianz und der Deutsche Bund. Er dispensirt nicht von dem *toujours en vedette!*“



XVIII.

Rußlands zukünftige Politik.

Das 30. Capitel des Werkes, das überschrieben ist: Zukünftige Politik Rußlands, ist eines der bedeutendsten, denn es behandelt eine Frage von hervorragender Wichtigkeit, die in einer verhältnißmäßig nahen Zukunft an uns herantreten wird. Seit 1879 hat Rußland eine Verschiebung seines Truppenstandes vorgenommen, die mit ihren Truppenanhäufungen an den Grenzen von Deutschland und Oesterreich deutlich die Absicht wahrnehmen läßt, zu gegebener Zeit Europa gegenüber seine militairische Stärke zur Geltung zu bringen. Die Unruhe, die sich über diese bedrohliche Erscheinung der Gemüther in Deutschland bemächtigte, hat sich einigermaßen gelegt, seitdem Fürst Bismarck in der gewaltigsten seiner politischen Reden, der Rede vom 6. Februar 1888,¹⁾ als Staatsmann sich über den Zusammenhang der Truppenanhäufungen mit Rußlands zukünftigen politischen Zielen äußerte. Der Leser der „Gedanken und Erinnerungen“ muß bei der Lectüre des 30. Capitels sich die Ausführungen von 1888 gegenwärtig halten. Ich setze sie (im Auszug) hierher: „Es hat ja sehr leicht den Anschein, als ob die Anhäufung russischer Truppen . . . in der Nähe der deutschen und österreichischen Grenzen . . . nur von der Absicht eingegeben werden könnte, eines der Nachbarländer . . . unvorbereitet zu überfallen und anzugreifen. Nun, das glaube ich nicht. Einmal liegt es

¹⁾ Politische Reden XII 440 ff.

nicht im Charakter des russischen Volkes . . . und dann würde der Zweck davon ganz außerordentlich schwer verständlich sein. Rußland kann keine Absicht haben, preussische Landestheile zu erobern; ich glaube auch nicht österreichische. Ich glaube, daß Rußland reichlich so viel polnische Unterthanen besitzt, wie es zu haben wünscht, und daß es keine Neigung hat, die Zahl derselben zu vermehren. Etwas anderes von Oesterreich zu annectiren, wäre noch schwieriger. Es liegt gar kein Grund vor, kein Vorwand, der einen europäischen Monarchen veranlassen könnte, nun ganz plötzlich über seine Nachbarn herzufallen. Und ich gehe soweit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin, selbst dann, wenn wir uns durch irgend eine explosive Erscheinung in Frankreich . . . in einen französischen Krieg verwickelt fänden, daß daraus der russische nicht unmittelbar folgen würde; umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so würde der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung würde stark genug sein, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte. . . . Sie werden fragen: Wozu denn die russischen Truppenaufstellungen in dieser kostspieligen Form? Ja, das sind Fragen, auf die man von einem auswärtigen Cabinet, welches dabei betheiligt ist, nicht leicht eine Aufklärung fordern kann . . . Truppenaufstellungen sind . . . Erscheinungen, über die man nicht . . . kategorische Erklärungen fordert, sondern denen gegenüber man mit derselben Zurückhaltung und Vorsicht seine Gegenmaßregeln trifft. Ich kann also über die Motive dieser russischen Aufstellungen keine authentische Erklärung geben; aber ich kann mir doch als Jemand, der mit der auswärtigen und auch mit der russischen Politik seit einem Menschenalter vertraut ist, meine eigenen Gedanken darüber machen; die führen mich dahin, daß ich annehme, daß das russische Cabinet die Ueberzeugung hat . . ., daß in der nächsten europäischen Krisis . . . das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist, je weiter westlich die russischen Armeen stehen. Rußland ist als Verbündeter und als Gegner um so schneller bei der

Hand, je näher es seinen westlichen Grenzen steht mit seinen Haupttruppen oder wenigstens doch mit einer starken Armee.“

Die Lage ist bis heute im Wesentlichen dieselbe geblieben. Denn wenn auch das Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nach der Verbrüderung von Kronstadt zum Abschluß gekommen sein sollte, was actenmäßig bekanntlich nicht feststeht, so liegt doch Rußland an sich ein Angriff auf Deutschland fern. Was könnte es dabei gewinnen? Rußland vermag kaum den deutschen Bestandtheil seiner baltischen Provinzen zu vertragen, wie sollte es danach trachten, das für gefährlich gehaltene deutsche Element durch einen so kerndeutschen Stamm, wie es die Ostpreußen sind, zu verstärken? Auch an polnischer Bevölkerung hat es mehr, als es brauchen kann. Ebenso wenig dürfte Rußland zum Angriff auf Oesterreich ohne Grund übergehen, wenn seine Aufstellungen im Westen beendet sind. Denn nicht an seinen Westgrenzen, sondern auf der Balkanhalbinsel und in Asien liegen die Interessen, deren Wahrnehmung die Zukunft von Rußland gebieterisch fordert. Bismarck ist der Meinung, daß die Truppenaufstellung im russischen Westen auf keinen directen Angriff gegen Deutschland oder Oesterreich berechnet ist, sondern nur auf Vertheidigung im Falle, daß Rußlands Vorgehen gegen die Türkei die westlichen Mächte zur Abwehr bestimmen sollte. Er hält für wahrscheinlich, daß Rußland nach Beendigung seiner Rüstung zu Wasser und zu Lande dem Sultan eine Bürgschaft seiner Stellung in Konstantinopel und den ihm verbliebenen Provinzen anbietet, wenn er Rußland den Schlüssel zum Schwarzen Meere in Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus gewährt, und die Möglichkeit, daß ein solcher Vorschlag durch den Sultan angenommen werde, scheint ihm nicht ausgeschlossen, nachdem England und Oesterreich — das eine durch die Gladstoneschen Rundgebungen, das andere durch die Besitzergreifung von Bosnien und Herzegowina — sich von ihrer überkommenen Politik der Erhaltung des türkischen Reiches offen losgesagt haben. Sollte der Sultan das russische Anerbieten abweisen, so würde Rußland vermuthlich mit seiner neugebildeten Schwarzen-See-Flotte die Stellung

am Bosporus mit Gewalt nehmen und abwarten, ob sich irgend eine Macht findet, die sie ihm streitig macht. Wie hat sich Deutschland in solchem Falle zu verhalten? Hat es England oder Oesterreich mit den Waffen zu unterstützen, wenn sie versuchen sollten, Rußland durch Krieg zur Rückgabe seines Raubes zu zwingen? Bismarck verneint diese Frage unbedingt. Es würde im Gegentheil für Deutschland nützlich sein, wenn die Russen sich physisch oder diplomatisch in Konstantinopel festsetzten: „wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Oesterreich als Heshund gegen russische Bosporusgelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Oesterreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt.“

Darf Oesterreich die Festsetzung der Russen in Konstantinopel zulassen? Bismarck beantwortet diese Frage bejahend, und die österreichischen Staatsmänner der Zukunft werden gut thun, den Gründen nachzudenken, die Bismarck für seine Ansicht beibringt. Oesterreichs Betheiligung an der türkischen Erbchaft kann nur im Einverständnis mit Rußland geregelt werden, „und der österreichische Antheil wird um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermuthigen weiß, eine weiter vorgeschobene Stellung einzunehmen. England gegenüber mag die Position des heutigen Rußland als verbessert gelten, wenn es Konstantinopel beherrscht, Oesterreich und Deutschland gegenüber ist sie weniger gefährlich, so lange es in Konstantinopel steht“.

Lehnt Deutschland ab, neutral zu bleiben, so lange Oesterreich nicht gefährdet wird, so wird, meint Bismarck, Rußland versuchen, Oesterreich zum Genossen zu gewinnen, das Spiel von Reichstadt wird sich wiederholen. Rußland hat zu Anerbietungen an Oesterreich ein weites Gebiet; es kann solche machen auf Kosten der Pforte im Orient, aber auch auf Kosten Deutschlands, und im letzteren Falle, „gegenüber solchen Versuchungen, wird die Zuverlässigkeit unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn nicht allein von dem Buchstaben der Verabredung, sondern auch einigermaßen von dem Charakter der Persönlichkeiten und von den politischen und

confectionellen Strömungen abhängen, die dann in Oesterreich leitend sein werden“.

Den deutschen Staatsmännern der Zukunft darf der richtige politische Blick nicht fehlen, um das Schiff des Deutschen Reiches durch die mancherlei Fährlichkeiten hindurchzusteuern, die als Klippen und Untiefen das Meer der Weltpolitik unsicher machen. Die Politik der „Liebenswürdigkeiten und wirthschaftlichen Trinkgelber“, die Graf Caprivi mit dem österreichischen Handelsvertrag eröffnete, wird bei dieser Gelegenheit von Bismarck scharf verurtheilt, weil sie den Gefahren der Zukunft nicht vorbeugt, sondern nur die Begehrlichkeit unserer einstweiligen Freunde und ihre Rechnung auf unser Gefühl sorgenvoller Bedürftigkeit steigert. „Meine Befürchtung ist“, sagt der weise Mahner, „daß auf dem eingeschlagenen Wege unsere Zukunft kleinen und vorübergehenden Stimmungen der Gegenwart geopfert wird“, und im Hinblick auf Graf Caprivi, der auch als allein verantwortlicher Reichskanzler sich in Fragen der Reichspolitik auf die Pflicht des militairischen Gehorsams gegenüber dem obersten Kriegsherrn berief, heißt es bei Bismarck als eine Mahnung an die höchste Stelle: „Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Rathgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obchon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit weniger schwierig war wie heute.“

In allen Fragen der orientalischen Politik hat Deutschland den Vortheil, durch kein unmittelbares Interesse an der Lösung des Besitzstreites über die Balkanhalbinsel betheiligt zu sein, es kann in der Hinterhand bleiben und darf sich durch „keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder besfreundete Provocation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen lassen“. Gleiche Enthaltjamkeit muß die deutsche Politik aber auch in allen andern Fragen der europäischen Politik beobachten, eingedenk der centralen und ausgefetzten Lage Deutschlands, der Ausdehnung seiner Vertheidigungsfronten und der Leichtig-

keit antideutscher Bündnisse. Auch für die Zukunft bleibt Deutschlands Hauptinteresse die Erhaltung des Friedens, zumal da das Deutsche Reich keinerlei geheime Wünsche auf Erweiterung seines Gebietes hat, die nur durch Krieg verwirklicht werden könnten. Alle Bestrebungen im Sinne des Bangermanismus enthalten den Keim zu schweren politischen Verwickelungen, sie führen zu einer Prestigepolitik nach Napoleonischem Muster, reizen die Nachbarn und zerstören das Vertrauen, „daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation, gut gemacht hat, friedliebend und gerecht sein will“. Durch Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit im Falle von Reibungen hat Bismarck dieses Vertrauen nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte dem Deutschen Reiche erworben. Trotz der drei Kriege, zu denen er gerathen hat, war seine Politik doch nicht von Eroberungsabsichten geleitet; diese Kriege waren nothwendig, um Preußen und hernach Deutschland aus dem Zustande der Unfertigkeit und Ohnmacht herauszuheben in die Reihe der „saturirten“ Staaten, deren wichtigstes Bedürfnis ist, unter dem Schutze der eigenen Stärke die geistige und materielle Wohlfahrt aller Staatsgenossen zu entwickeln und die nationale Kraft zu den höchsten Leistungen auf dem Gebiete der Civilisation zu befähigen.



XIX.

Die Wiederherstellung des Staatraths.

Bis an seinen Tod ist Fürst Bismarck der Anwalt des praktischen Lebens gewesen gegenüber den Doctrinären vom grünen Tisch, wie sie die moderne Bureaucratie in erschreckender Masse hervorbringt (31. Capitel: Der Staatrath). In seiner amtlichen Thätigkeit führte ihn der seinen Collegen und auch den Berufsparlamentariern im deutschen Reichstage unbequeme Trieb, sich bei Männern des praktischen Lebens nach den Erfordernissen der Gesetzgebung und nach der Wirksamkeit beschlossener Gesetze zu erkundigen, zur Wiederherstellung des Staatrathes und zur Einberufung eines preußischen Volkswirthschaftsrathes, den zu einem deutschen auszugestalten ihn die Eifersucht des deutschen Reichstages gehindert hat. In Folge des Widerspruchs des Reichstages, der in einem Volkswirthschaftsrath einen gefährlichen Concurrenten erblickte, mußte auch der preußische Volkswirthschaftsrath fallen, und der Staatrath führt auch nur ein papiernes Dasein im preußischen Staatshandbuch, das Jahr für Jahr gewissenhaft seine Mitglieder auführt.

Der Staatrath war im absoluten Staate ein Organ zur Berathung des Königs; im constitutionellen Staat, in dem die Berathung des Königs verfassungsmäßig dem Staatsministerium obliegt, haben die Berathungen des Staatrathes den Zweck, den Ministern das zu ihrer Belehrung nothwendige Material zur Vorbereitung der Gesetzentwürfe zu liefern. Denn die Vorbereitung der Gesetzentwürfe durch das Staatsministerium

ist nach Bismarcks langjähriger Erfahrung unvollkommen. Nur wenige Minister sind in der Lage, die Bedürfnisse der ihrem Ressort zugetheilten Zweige des praktischen Lebens genau zu kennen; in vielen Fällen sind sie allein auf die Vorschläge ihrer vortragenden Räte angewiesen, die die Frucht nicht brechen vom grünen Baume der Erfahrung, sondern von den dürren Aesten der Theorie, und, im Bewußtsein der eigenen Unkenntniß, blind vertrauend auf die Fähigkeit der Herren, die ihnen die Gesetzentwürfe in oft recht stattlichen Reihen von Paragraphen und wohl motivirt fertig in die Hand legen, geben sie ihre Zustimmung zu gesetzgeberischen Maßregeln, von deren Tragweite auf dem Gebiete des praktischen Lebens sie keine Ahnung haben. Was dem Ressortminister fremd ist, wird den übrigen Ministern, die mit jenem zusammen das Staatsministerium bilden, erst recht fremd sein, namentlich wenn sie auf der Stufenleiter der bureaukratischen Hierarchie zu dem Ministerstuhl emporgestiegen sind. Dazu kommt, daß die meisten Minister vergessen, daß sie „Staatsminister mit solidarischer Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik“ sind, und sich „auf das Bestreben“ beschränken, ihr Ressort einwandfrei zu verwalten, die Geldmittel dazu von dem Finanzminister und dem Landtage bewilligt zu erhalten und parlamentarische Angriffe auf ihr Ressort mit Beredsamkeit und nach Bedürfnis unter Preisgebung ihrer Untergebenen erfolgreich abzuwehren.“ Auch im Landtage und im Reichstage werden ungeschickte Gesetzentwürfe nicht immer richtig gestellt; selbst „ministerieller Unsinn“ geht mitunter „glatt durch die parlamentarischen Stadien, namentlich wenn es dem Verfasser gelingt, den einen oder andern einflußreichen oder beredten Freund für sein Erzeugniß zu gewinnen.“ Man täusche sich doch ja nicht über die Arbeitslust und Befähigung unserer Parlamentarier. „Die meisten Abgeordneten lesen und prüfen nicht, sondern fragen die für eigene Zwecke arbeitenden und redenden Fractionenführer, wann sie in die Sitzung kommen und wie sie stimmen sollen.“ Das ist leider bittere Wahrheit, und nichts hat unser parlamentarisches Leben in der Achtung der Nation so heruntergebracht, als die Pflichtvergessenheit

Derer, die das Vertrauen des Volkes berief, mitzuarbeiten an dem Ausbau unserer Institutionen durch Acte der Gesetzgebung. Die leeren Bänke des Reichstags, die wiederholt festgestellte Beschlußunfähigkeit der hohen Körperschaft bei Vorlagen von höchster Bedeutung, die elende Schacherei nach dem Grundsatz des *do ut des* geben den Beweis für die Behauptung Bismarcks, die von den Parteigängern freilich für eine arge Verleumdung ausgegeben werden wird. Diesen Thatsachen gegenüber wird man es beklagen müssen, daß Bismarck seine Absicht, weitere Kreise zur Mitwirkung an der Vorbereitung der Gesetze heranzuziehen, wie sie im Staatsrath und im Volkswirthschaftsrath gegeben war, gegenüber ministerieller oder monarchischer Ungeduld nicht hinreichend hat zur Geltung bringen können, trotz der guten Erfahrungen, die man im Jahre 1884 mit den streng sachlichen Berathungen des neu berufenen Staatsrathes gemacht hatte. Das *mene mene tekel upharsin*, das Fürst Bismarck der ministeriellen Bureaukratie hier geschrieben hat, enthält eine Mahnung, die man in Berlin und auch in andern deutschen Staaten nicht überhören sollte.



XX.

Kaiser Wilhelm I. — Kaiser Friedrich.

Die beiden letzten Artikel des Werkes (32. Capitel: Kaiser Wilhelm I., 33. Capitel: Kaiser Friedrich III.) sind den beiden Fürsten, Vater und Sohn gewidmet, denen Bismarck sechsundzwanzig Jahre lang rathend zur Seite stand. Sie sind auf den Grundton der Pietät gestimmt, die Fürst Bismarck allezeit seinem „alten Herrn“ entgegengebracht hat und die er auch dem Sohne niemals versagte, seitdem dieser, nach Beilegung des Verfassungstreites, seinen Frieden mit dem treuen Berather des Vaters abgeschlossen und dessen selbstlose Hingabe an die Interessen des Hohenzollernhauses achten gelernt hatte.

Der erste Abschnitt des 32. Capitels handelt von Wilhelms I. letzten Zeiten. Um die Mitte der siebziger Jahre machten sich bei Wilhelm I. die Zeichen des Alters bemerkbar, die Auffassung fremder Vorträge, die Entwicklung eigener Gedanken wurde ihm schwerer, zuweilen verlor er den Faden im Zuhören und Sprechen. Das Nobiling'sche Attentat brachte darin eine Besserung, so daß der alte Herr selbst zu scherzen pflegte, Nobiling habe besser als die Aerzte gewußt, was ihm fehle: ein tüchtiger Aderlaß. Die letzte Krankheit war von kurzer Dauer, sie begann am 4. März 1888; am 8. Mittags hatte Bismarck die letzte Unterredung mit dem Kaiser. Er verlangte von ihm die Ermächtigung zur Veröffentlichung der Ordre vom 17. November 1887, durch welche Prinz Wilhelm in Abwesenheit seines schwerkranken Vaters mit der Stellvertretung

des Monarchen beauftragt wurde in den Fällen, wo Se. Majestät einer solchen zu bedürfen glaubte, und versprach dem Kaiser auf seine Bitte, daß er seinen Nachfolgern, Sohn und Enkel, mit seinem Rathe treu zur Seite stehen wolle. Ein fühlbarer Druck der Hand dankte ihm. In den folgenden Fieberphantasien beschäftigte den Kaiser das Verhältniß zu Rußland, und indem er seinen Enkel anzureden glaubte, sagte er plötzlich zu Bismarck: „Mit dem russischen Kaiser mußt Du immer Fühlung behalten, da ist kein Streit nothwendig.“ Nachdem die Sinnes-täuschung vorüber war, nahm er mit den Worten: „Ich sehe Sie noch“ Abschied von Bismarck. Dieser war zwar noch am Nachmittag und in der Nacht zum 9. März am Sterbebette seines Herrn, glaubt aber nicht, daß der Sterbende ihn unter den Umstehenden erkannt habe. Die letzte Wiederkehr des Bewußtseins war am Abend des 8. März erfolgt; da hatte der Kaiser noch klar und zusammenhängend mit den sein Bett Umstehenden sprechen können: „es war das letzte Aufleuchten dieses starken und tapferen Geistes. Um 8 Uhr 30 Minuten that er den letzten Athemzug“.¹⁾

In meisterhafter Weise läßt Bismarck darauf von diesem edlen Fürsten ein Bild vor uns erstehen, in dem Ehrfurcht und Liebe in Verbindung mit dem Sinne für geschichtliche Wahrhaftigkeit den Stift geführt haben. Ich vermag hier nur die Umrisse zu geben und verweise meine Leser auf das Buch selbst, wo sie das fein durchgearbeitete Gemälde bewundern können.

Von den Söhnen Friedrich Wilhelms III. war nur der älteste für die Staatsgeschäfte vorgebildet, der zweite wurde

¹⁾ Daß Kaiser Wilhelm auf seinem letzten Krankenlager den Ausspruch gethan habe, „er habe keine Zeit, müde zu sein“, dürfte in das Gebiet der Legende gehören. Ich berichte, was ich aus Bismarcks Munde darüber gehört habe. Als Bismarck dem Kaiser die Ordre zur Unterschrift vorlegte, durch welche der Reichstag geschlossen werden sollte, äußerte der Kranke: „Ach, lassen Sie mich, ich bin so müde“. Auf die Bitte des Kanzlers, die Ordre nur mit einem W. zu unterzeichnen, überwand er durch die ihm eigene Pflichttreue die Schwäche so weit, daß er den vollen Namen unter das Schriftstück setzte. Aus den Worten an den Kanzler in Verbindung mit der That entstand dann das Wort der Legende.

dem militairischen Berufe überwiesen. Die Kinderlosigkeit Friedrich Wilhelms IV. ließ den Prinzen Wilhelm in den Rang des Thronfolgers einrücken, aber auch jetzt noch blieben ihm die staatlichen Einrichtungen, soweit sie außerhalb des Kreises seines militairischen Berufes standen, so gut wie unbekannt. Diese Unkenntniß empfand er erst als Lücke seiner Vorbildung, als er die Last der Regentschaft für den erkrankten Bruder übernehmen mußte. Alsbald war er bemüht, sie auszufüllen in treuer Arbeit Tag und Nacht. Mit vollem Ernste und voller Gewissenhaftigkeit widmete er sich den Staatsgeschäften, las alle Eingänge, gleichgültig, ob sie ihn anzogen oder nicht, und studirte selbst die Verträge oder Gesetze, um sich ein selbständiges Urtheil zu bilden. Er las weder Romane noch rauchte er; die einzige Erholung, die er sich gönnte, war der Besuch des Theaters, aber selbst dort nahm er in dem kleinen, vor der Loge gelegenen Zimmer Vorträge entgegen, ohne jemals über Störung zu klagen. Des Staates erster Diener, war er auch in der Nacht jederzeit auf dem Posten, wenn schwierige Verhältnisse schneller Entschließung bedurften. In seinen Entscheidungen unterstützte ihn „ein ungewöhnliches Maß von klarem, durch Erlerntes weder unterstütztem noch beeinträchtigttem gesunden Menschenverstande“; erschwert wurde die Verhandlung mit ihm durch „fürstliche, militairische und locale Traditionen“, an denen er mit Zähigkeit hing. Aber diese Zähigkeit entsprang nicht dem Eigensinn, sondern der höchsten seiner fürstlichen Tugenden, der Treue, mit der er an alten Gewohnheiten, Menschen seiner Umgebung, wie Dingen des Gebrauches und Erinnerungen der Jugend festhielt. Es kostete ihm darum jedesmal einen schweren Kampf, ehe er sich entschloß, neue Bahnen zu gehen. Hatte er sich von der Nothwendigkeit überzeugt, in neue Geleise einzulenken, weil Pflicht und Ehre es ihm geboten, so kamen etwaige Gefahren, die auf dem neuen Wege liegen konnten, für ihn nicht in Betracht: die Furchtlosigkeit des preussischen Offiziers, der mit einem „zu Befehl“ in den Tod geht, war dem Könige eigen, sobald er im Kampfe stand. Aber er scheute die „Manoeubrekritik“, die seine Gemahlin an seinen Entschließungen übte, und ihr

Einfluß erwies sich in manchen Fällen stärker als alle Beweisgründe des Kanzlers und der Minister. Der Kaiser litt oft „unter dem Kampfe zwischen seinem Verstande und seinem königlichen Pflichtgefühl einerseits und dem Bedürfnis nach häuslichem Frieden und weiblicher Zustimmung zur Politik andererseits“, aber sein ritterliches Gefühl der Gemahlin, seine mystischen Empfindungen der Königin gegenüber gestatteten ihm nicht, ihr jede Beeinflussung seiner Entschliessungen in Sachen der Staatsinteressen zu untersagen. Da Kaiserin Augusta jederzeit zu den Gegnern Bismarcks gehörte, wie sie denn bei ihren katholisirenden Neigungen nahe Beziehungen zum Centrum unterhielt, so wird man es verstehen, wenn Fürst Bismarck den Kampf hinter den Coulissen jederzeit als den aufreibendsten Theil seiner amtlichen Thätigkeit bezeichnete.

Wilhelm I. war eine „königlich vornehme“ Erscheinung, frei von aller Eitelkeit, die Monarchen leicht verleitet, nach kriegerischem Ruhm oder volksbeglückender Thätigkeit zu streben. „Niemand hätte gewagt, ihm eine platte Schmeichelei zu sagen; in dem Gefühle königlicher Würde würde er gedacht haben: wenn Einer das Recht hätte, mich in's Gesicht zu loben, so hätte er auch das Recht, mich in's Gesicht zu tadeln. Beides gab er nicht zu“. Ein „gentleman in's Königliche übersetzt“, hielt er auf Treue und Ehre nicht nur Fürsten, sondern auch seinen Dienern gegenüber bis herab zum Kammerdiener. Auch wenn er heftig wurde, was in der Discussion leicht geschah, wenn die sachlichen Gründe der Minister durch die unsachlichen Einwirkungen der Gemahlin entkräftet wurden, blieb er der König durch die vornehme Art, wie er wieder gut zu machen pflegte, was er im Uebereifer etwa gefehlt hatte. Auch Bismarck hat solche Ausbrüche königlichen Bornes erlebt: in Nikolsburg, in Versailles, in der Zeit des Culturkampfes und auch später noch, aber sie wirkten auf ihn nicht „contagiös, sondern abkühlend“. Seine persönliche Liebe zu Kaiser Wilhelm I. ließ niemals Groll in ihm aufkommen, auch wenn er sich ungerecht behandelt fühlte: „ein Herrscher“, sagte er, „der mir in dem Maße Vertrauen und Wohlwollen schenkte, wie Wilhelm I., hatte in seinen Unregelmäßigkeiten für mich die

Natur einer vis major, gegen die zu reagiren mir nicht gegeben sei, etwa wie das Wetter oder die See, wie ein Naturereigniß, auf das ich mich einrichten müsse“. Mit der Pietät eines Sohnes gedenkt Bismarck in Reue und Mißbilligung des passiven Widerstandes, zu dem er sich gelegentlich „in der Stimmung einer durch fortgesetzten Kampf erzeugten Nervosität“ durch sachliche, politische Interessen verleiten ließ, für die er bei dem alten Herrn entweder kein Verständniß oder eine vorgefaßte Meinung vorfand. Die Wärme seines edlen Herzens, die sich auch in seinen Ansprachen, Proclamationen, Briefen nicht verleugnet, die Treue, die er Jedem gewährte, der zu ihm in nähere Beziehungen trat, erzeugten bei seinen Dienern bis zu den Ministern hinauf eine Hingabe auf Leben und Tod, wie sie die Gefolgshafte germanischer Fürsten des Alterthums zum Staunen der Römer bewährten. Und nicht ohne Grund nennt sich Fürst Bismarck in seiner Grabchrift einen treuen Diener Wilhelms I. Er fühlte sich als Diener dieses Herrn, der freudig anerkannte, wie vieles er seinem bewährten Rathgeber verdankte, und frei von aller Eifersucht auf seine großen Erfolge der Erste war, ihm bei der Feier des 70. Geburtstages Ehren zu erweisen, wie sie noch niemals ein gekröntes Haupt einem Minister freiwillig entgegengetragen hat. „Treue um Treue“ — das ist das Merkmal dieses in der Geschichte einzig dastehenden Verhältnisses zwischen König und Minister; dies Wort darf auch als Motto über den Briefen Wilhelms I. stehen, die den „Gedanken und Erinnerungen“ als ein Zeugniß von unantastbarer Beweisraft einverleibt sind.

Den Schluß des Capitels bildet ein Brief der Kaiserin Augusta vom Ende des Jahres 1888: er zeigt, daß der alternden Kaiserin doch auch ein dankbares Empfinden für die Selbstlosigkeit, mit der Bismarck ihrem Gatten, ihrem Sohne und nun schon dem Enkel diente, nicht fremd war. „Sie haben mir in bitteren Stunden Theilnahme bewiesen, deshalb fühle ich mich berufen, Ihnen, bevor ich dieses Jahr beschließe, nochmals zu danken und dabei auf die Fortdauer Ihrer Hilfe zu rechnen, mitten unter den Widerwärtigkeiten einer vielbewegten Zeit“. So klingt in milden und versöhnlichen Tönen die an Kämpfen

und Stürmen, aber auch an herrlichen Erfolgen reiche Zeit Wilhelms I. aus.

Die Meinung, daß der Regierungsantritt Friedrichs III. mit einem Ministerwechsel verbunden sein müsse, dem auch Bismarck zum Opfer fallen werde, war weit verbreitet, und doch war sie irrig. Die frühere, aus liberalisirenden und englischen Einflüssen hervorgegangene Abneigung des Kronprinzen war längst einem unbedingten Vertrauen gewichen, das auch allen Versuchen gegenüber, es zu erschüttern, Stand hielt. Schon seit 1885 wußte Bismarck, daß er im Falle eines Thronwechsels Kanzler bleiben würde; und als das Ableben Wilhelms I. den dem Tode geweihten Erben der Kaiserkrone aus dem milden Süden nach dem rauhen Norden rief, da konnte der Gedanke, Bismarck zu entlassen und damit dem Reichsschiff den kundigen Steuermann zu nehmen, weder in dem Herzen Friedrichs III. noch in dem seiner Gemahlin Platz greifen. Denn so schroff der Gegensatz auch war zwischen den Anschauungen der Kaiserin, die immer mit Zähigkeit die Institutionen ihres Vaterlandes für die allein mögliche Form des modernen Staatslebens gehalten hat, und denen des Kanzlers, dem die preussische Krone immer der „Mittelpfeiler des Staatsgebäudes“ war, so war sie doch überzeugt, daß Bismarcks Beibehaltung im Nutzen der Dynastie liege.

Die Nachfolge Friedrichs III. entsprach, trotz seiner unheilbaren Krankheit, der preussischen Verfassung, die durch keinerlei Bestimmung einen schwerkranken Kronprinzen von der Thronfolge ausschließt. Da die Reichsverfassung nur die Bestimmung enthält, daß der Titel eines deutschen Kaisers erblich dem jeweiligen Träger der preussischen Krone zukommt, so war der neue König von Preußen auch rechtmäßiger deutscher Kaiser. Bismarck hat es nöthig gefunden, dies in den „Gedanken und Erinnerungen“ zu constatiren, sowie der in einem englischen Werke über Kaiser Wilhelm II. aufgestellten Behauptung zu widersprechen, daß Friedrich III. schon 1887 urkundlich zu Gunsten seines Sohnes auf die Nachfolge Verzicht geleistet habe. In die ärztliche Behandlung des Dulders hat Bismarck nur einmal Einspruch erhoben, als die Aerzte Ende Mai 1887 eine

Exstirpation des Kehlkopfes vornehmen wollten, ohne den Kranken befragt zu haben; er verlangte, daß außer dem Patienten auch der Kaiser als Familienhaupt gehört werde, worauf die Operation unterblieb.

Von den Erörterungen staatsrechtlicher Natur, die Fürst Bismarck mit Kaiser Friedrich III. während seiner kurzen Regierungszeit gehabt hat, erwähnt er einer, um einige Betrachtungen über die Reichsverfassung daran zu knüpfen. Es handelte sich um den Beschluß des preussischen Landtages wie des Reichstags, die Legislaturperiode in Preußen und im Reiche von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Der Kaiser war geneigt, den Beschlüssen seine Zustimmung zu versagen: er gab bezüglich des Reichstagsbeschlusses seinen Widerstand auf, als er sah, daß die Reichsverfassung ihm ein veto übereinstimmenden Beschlüssen des Bundesraths und des Reichstags gegenüber nicht einräume, als König von Preußen hielt er seine Unterschrift unter dem für Preußen gültigen Gesetzentwurf zurück, um sie erst einige Wochen später zu geben.

Die Vollmacht, die der König von Preußen hat, als selbständiger und gleichberechtigter Factor der Gesetzgebung Beschlüssen des Herren- und des Abgeordnetenhauses seine Zustimmung zu versagen, fehlt ihm als deutschem Kaiser. Fürst Bismarck gesteht, daß er dem verbissenen Parteitreiben der achtziger Jahre gegenüber, das eine aus den verschiedenartigsten, unter sich feindlichen Elementen zusammengesetzte Coalition von Gegnern der Regierung zu einer um jeden Preis feindlichen Reichstagsmehrheit hervorbrachte, den Gedanken einer Verfassungsänderung erwogen habe, die zu einer Steigerung der kaiserlichen Autorität führen sollte durch stärkere Anlehnung an die Unterlagen, die die preussische Krone und Verfassung dem Träger der Kaiserkrone gewährt. Die Hoffnung, daß die eigentliche Stütze des Reiches der Reichstag sein werde, hat sich nicht erfüllt, die Herrschsucht der Parteiführer war alle Zeit größer als ihr Patriotismus, und mit einem kräftigen get you home, you fragments, weist Bismarck diese engherzigen Parteityrannen in ihr Nichts zurück. Nur bei der Centrumspartei findet Bismarck eine fähige Führung, aber leider nicht

das Interesse und die Freude am Reiche, sondern nur das Bestreben, das unbequeme Gebilde eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaiserthum zu zerstören. Gleichwohl lebt er der Hoffnung — und Gott gebe, daß sie nicht trügt — „daß in Kriegszeiten das Nationalgefühl stets zu der Höhe anschwellen wird, um das Lügengewebe zu zerreißen, in dem Fractionsführer, strebsame Redner und Parteiblätter in Friedenszeiten die Massen zu erhalten wissen.“

So klingt in ernster Mahnung an das deutsche Volk dieses Werk des nationalen Heros aus. Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Unter Hunderttausenden von deutschen Christbäumen ist dieses Bismarck-Werk gefunden worden, das einer der edelsten deutschen Fürsten, der ehrwürdige Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar, in einem an mich gerichteten Schreiben ein „ebenso eigenartiges als werthvolles Vermächtniß“ genannt hat. In welchem Geiste die Deutschen an die Lectüre dieses politischen Testaments gehen sollen, das mag derselbe Fürst sie lehren, dessen Aeußerung öffentlich mitzutheilen ich für eine Pflicht nationaler Dankbarkeit halte:

„Das Interesse, das ich diesem Werke entgegenbringe, entspricht vollkommen meiner dankbaren Verehrung für den großen Entschlafenen, dessen Name alle Zeiten überdauern wird. Es entspricht insbesondere der treuen persönlichen Erinnerung, die ich dem genialen Geiste bewahre, den Gott dem Vaterlande in Bismarck gegeben hat.“

Wenn solche Gesinnung, vom Throne herab verkündigt, in den Herzen des Volkes weiter greift, dann wird ein Geschlecht heranwachsen, das, in Bismarcks Geiste erzogen, die Dauer dessen uns verbürgt, was er uns geschaffen hat in einem Leben voll harter Kämpfe. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hat er uns zu Erben eines Capitals gemacht, aus dessen Reichthum die kommenden Geschlechter noch schöpfen werden zum Segen unseres geliebten Vaterlandes.



Anhang 1.

Uebersetzung der fremdsprachigen Ausdrücke und Stücke in den „Gedanken und Erinnerungen“.

Band I.

§. 4, §. 12 v. o.: ad Regem = an den König (gerichtet).

§. 5, §. 3 v. o.: assurance = Sicherheit des Auftretens.

§. 8, §. 17 v. o.: defensor matrimonii = Vertheidiger
der Ehe.

§. 11, §. 2 v. u.: contribuens plebs = das steuerzahlende
Volk; zur Herkunft des Ausdrucks vgl. Büchmann, Geflügelte Worte
19. Aufl. (1898) S. 441.

§. 13, §. 4 v. o.: a priori = von vornherein.

§. 16, §. 1 v. o.: communi consensu = in gemeinsamem
Einverständnis.

§. 21, §. 12, 11 v. u.: „Sprechen Sie nicht mit mir.“
— „Die Bauern erheben sich bei uns.“ — „Für den König?“ „Ja.“

§. 54, §. 7 v. o.: mention honorable = ehrenvolle Er-
wähnung.

§. 59, §. 4 v. o.: In jedem Falle verliert der Teufel
nichts dabei.

§. 61, §. 11 v. u.: rerum novarum cupidi = die Neuerungs-
süchtigen, die Partei des Umsturzes.

§. 65, §. 4 v. o.: tempus utile = die nützliche Zeit, der
günstige Augenblick.

§. 67, §. 13 v. o.: Roma locuta est = Rom hat gesprochen,
d. h. die Streitfrage ist durch päpstlichen Spruch entschieden (causa
fnita est), vgl. Büchmann, Geflügelte Worte S. 429. §. 13 v. u.:
Jupiter tonans = der donnernde Jupiter.

§. 81, §. 8 v. u.: Ich überlasse sie Ihnen alle, vorausgesetzt, daß Sie mir eine lassen, um meine diplomatischen Blößen zu bedecken.

§. 88, §. 6 v. u.: pharmacopolae, balatrones, hoc genus omne = Quacksalber, Schwäger, Leute dieses Schlages, Citat aus Horatii Satir. I 2, 1 f.

§. 106, §. 7 v. u.: l'élu de 7 millions = der Erwählte von 7 Millionen nannte sich Napoleon seit der Volksabstimmung vom November 1852 gern (vgl. §. 181, §. 4 v. o.).

§. 107, §. 12 v. o.: coup d'état = Staatsstreich.

§. 108, §. 12 v. o.: The king can do no wrong = der König kann kein Unrecht begehen.

§. 118, Anm. *: Die kriegsführenden Mächte behalten sich das Recht vor, welches ihnen gehört, in europäischem Interesse besondere Bedingungen über die vier Bedingungen hinaus aufzustellen.

§. 126, §. 13 v. o.: Es scheint, daß ich hier überflüssig bin.

§. 129, §. 9 ff. v. o.: Die Politik, die Sie treiben, wird Sie nach Jena führen. — Warum nicht nach Leipzig oder Roßbach? — Schließlich hat jedes Volk Schlachten gewonnen und verloren. Ich bin nicht gekommen, um mit Ihnen Geschichte zu treiben.

§. 131, §. 1 v. o.: pure = rein, ungeändert.

§. 133, §. 15 v. o.: bellum omnium contra omnes = ein Krieg aller gegen alle, Citat aus Hobbes, De cive, f. Büchmann, Geflügelte Worte S. 352. §. 16 v. o.: nolens volens = nicht wollend (oder) wollend, gutwillig oder gezwungen.

§. 134, §. 9 v. u.: vis inertiae = Kraft der Trägheit, Beharrungsvermögen.

§. 146, §. 12 v. o.: cum spe succedendi = mit der Hoffnung, sein Nachfolger zu werden.

§. 151, §. 8 v. o.: Um Hasenpfeffer zu machen, bedarf man eines Hasen, und für eine Monarchie bedarf man eines Königs.

§. 152, §. 14 v. u.: Aber Sie werden ohne Parte nicht hereinkommen.

§. 159, §. 4 v. u.: Der ich alle Anstrengungen machte, um aus diesem System einer allzustraff gespannten Centralisation herauszukommen, die an letzter Stelle einen Geheimpolizisten zur Stütze hat und die ich als eine der Hauptursachen für das Unglück Frankreichs ansehe.

§. 162, §. 9 v. o.: rebus sic stantibus = wenn die Dinge so liegen, unter den obwaltenden Umständen.

§. 174, §. 17 v. o. (vgl. 185, §. 7 v. u.): Die siegreiche Sache gefiel den Göttern, die unterliegende dem Cato, Citat aus Lucan, Pharsalia I, 128.

§. 175, §. 7 v. u.: *Kar'ēξο.ήν* = vorzugsweise.

§. 176, §. 5 v. u.: glorious revolution nennen die Engländer die Staatsumwälzung von 1688, die ohne Blutvergießen die Stuarts stürzte. §. 13 v. u. (vgl. §. 187, §. 11 v. o.): Was von Anfang an fehlerhaft ist, kann durch den Verlauf der Zeit nicht besser werden (eigentlich: gesunden) Citat aus Corp. Jur. Rom. Digest. De diversis regulis juris antiqui (50, 17) fr. 29: Paulus libro octavo ad Sabinum: Quod initio vitiosum est, non potest tractu temporis convalescere.

§. 181, §. 16 v. o.: l'heureux soldat héritier de la révolution = der glückliche Soldat (und) Erbe der Revolution, Beiname Napoleons I.

§. 186, §. 16 v. o.: in casu concreto = im Falle der Wirklichkeit (in der Praxis). §. 1 v. u.: donnent dans le Bonapartisme = dem Bonapartismus huldigen.

§. 188, §. 4 v. o.: Treibe mit Knütteln hinaus die Natur, sie lehret doch wieder, Citat aus Horatii Satir. I, 10, 24. §. 6 u. 4 v. u.: jus divinum = göttliches Recht.

§. 190, §. 1 u. 2 v. o.: Wenn . . . die ganze Welt verrückt geworden ist.

§. 192, §. 2 v. u.: würde den Bund (der Mächte) erzeugen.

§. 193, §. 1 v. o.: (würde) ein Depot (sein), welches das verbündete Europa eines Tages zurückziehen würde. §. 6 v. o.: eine kleine Verichtigung der Grenzen. §. 14 v. o.: aber ungefähr. §. 7 v. u.: Wir werden in den Krieg getrieben.

§. 195, §. 1 v. o.: Aber das würde kein Vertrauensbruch mehr sein, das wäre ein Verrath. §. 3 v. o.: Sie würden in den Sumpf gerathen (in die Patsche kommen).

§. 202, §. 6 v. o.: Ueber rauhe Pfade zu den Sternen (d. h. durch Kampf zum Sieg).

§. 203, §. 14 v. o.: prime-sautier nennen die Franzosen einen Menschen, der den ersten Eingebungen folgt.

§. 221, §. 7 v. u.: coups de pied = Fußtritte.

§. 222, §. 1 v. o.: pas gymnastique = Lauffschritt. §. 2 v. o.: Nun gut, dort muß man einhauen.

§. 231, §. 5—7 v. o.: Da Kaunitz nicht ermitteln konnte, welcher von seinen vier Beamten ihn verrathen hatte, so ließ er sie alle vier ertränken vermittelst eines mit Fallboden (Klappe) versehenen Bootes.

S. 232, S. 14 ff., 233 f.:

Moskau, den 2. Juni 1859.

Als Ew. Excellenz lezthin die Alterthümer von Moskau besuchten, haben Sie den Denkmälern unseres ehemaligen politischen und moralischen Lebens große Aufmerksamkeit gewidmet. Die alten Bauten des Kreml, die Gegenstände aus dem häuslichen Leben der Zaren, die werthvollen griechischen Handschriften der Bibliothek der russischen Patriarchen — kurz alles hat Ihre Wissbegierde erregt. Die gelehrten Bemerkungen Ew. Excellenz mit Bezug auf diese Denkmäler haben bewiesen, daß Sie mit Ihren großen diplomatischen Kenntnissen auch noch ebenso gründliche archäologische verbinden. Eine solche Aufmerksamkeit von Seiten eines Ausländers für unsere Alterthümer ist mir doppelt lieb, als Russe wie als Mann, der seine Ruhestunden archäologischen Untersuchungen widmet. Erlauben Sie mir, Ew. Excellenz als Erinnerung an Ihren kurzen Aufenthalt in Moskau und die angenehme Bekanntschaft, die ich in Ihnen zu machen die Ehre gehabt habe, ein Exemplar der „Beschreibung der Wahl und Thronbesteigung des Zaren Michael Feodorowitsch“ anzubieten. Sie werden auf, wenn auch wenig kunstreichen, doch um ihres Alters willen merkwürdigen Abbildungen dieselben Gebäude und Gegenstände erblicken, die Sie so sehr im Kreml interessirten.

Genehmigen Sie u. zc.

P. W. Doboletski.

Petersburg, Juli 1859.

Ich würde sehr undankbar sein, wenn ich nach allen Beweisen von Güte, mit denen Sie mich in Moskau überschüttet haben, vier Wochen ohne wichtige Gründe hätte verstreichen lassen, bevor ich auf den Brief antwortete, mit dem Ew. Excellenz mich beehrt haben. Ich bin nach meiner Rückkehr von einer schweren Krankheit befallen worden, einer Art von Gicht, die mich durch heftige rheumatische Schmerzen seit fast einem Monat an's Hand gefesselt hat, mit kleinen Unterbrechungen, die durch die im Rückstand gebliebenen laufenden Geschäfte in Anspruch genommen wurden. Noch heute bin ich außer Stande, zu laufen, befinde mich aber im ganzen besser, so daß ich einem Befehle meiner Regierung zu gehorchen versuchen werde, die mich nach Berlin

beruft. Verzeihen Sie diese Einzelheiten, mein Fürst, aber sie sind nothwendig, um mein Schweigen zu erklären.

Ich hatte gehofft, daß ich durch diese Verzögerung meiner Antwort in den Stand gesetzt werden würde, ihr die Antwort beizufügen, die ich von Berlin erwarte auf die Sendung an Se. Majestät den König, mit der Sie so gütig waren, mich zu beauftragen. Ich habe sie noch nicht erhalten, aber ich kann nicht abreisen, mein Prinz, ohne Ihnen zu sagen, wie angenehm berührt ich von der würdigen und zugleich liebenswürdigen Art bin, in der Sie das Amt, welches Sie leiten, und die Hauptstadt vertreten, die Sie bewohnen, indem Sie dem Fremden ein vornehmes Beispiel der nationalen Gastlichkeit zeigen. Das herrliche Werk, das Sie die Güte hatten, mir zu schenken, wird immer eine kostbare Zierde meiner Bibliothek bleiben und ein Gegenstand, an den sich die Erinnerung an einen russischen Edelmann knüpft, der die Erleuchtung des Gelehrten so wohl mit den Eigenschaften zu vereinigen weiß, die den grand-seigneur auszeichnen.

Genehmigen Sie zc. zc.

v. Bismarck.

§. 256, §. 1 v. u.: sich im Voraus sichern, indem man auf die Mittel bedacht ist, um ihnen (den Ereignissen) die Stirn zu bieten und davon Nutzen zu ziehen.

§. 257, §. 6 v. v.: welche eigenthümlichen Eröffnungen mir Oesterreich vor wenigen Tagen hat machen lassen.

§. 262, §. 10 v. v.: misère générale = allgemeine Erbärmlichkeit.

§. 266, §. 15 v. v.: Gefahr im Anzug. Beeilen Sie sich.
Der Onkel von Moritz Henning.

§. 271, §. 9 v. u.: show of power = Schaustellung der Macht.

§. 272, §. 3 u. 16 v. u.: en vedette = auf Posten, in Kampfbereitschaft.

§. 273, §. 8 v. u.: post festum = nach dem Fest, zu spät, vgl. Büchmann, Gesl. Worte S. 351.

§. 274, §. 9 v. v.: status quo ante = Zustand vor dem Kriege.

§. 276, §. 10 v. u.: eine Großmacht wird nicht anerkannt, sie giebt sich (selbst als solche) zu erkennen.

§. 277, §. 11 v. v.: victa Catoni f. zu S. 174.

§. 282, §. 15 v. v.: Es giebt jemand, der mehr Geist hat als Herr von Talleyrand, das ist „jedermann“.

- S. 284, Z. 2 v. u.: „Und nachher, Majestät?“
 S. 288, Z. 7 v. u.: *capitis deminutio* = Machtverminderung.
 S. 289, Z. 11 v. u.: *avilir puis démolir* = erst schwächen,
 dann vernichten.
 S. 314, Z. 16 v. o.: *anodyn* = schmerzlos, bedeutungslos.
 S. 324, Z. 5 v. o.: *Entschließungen ab irato* = Entschließungen
 unter Einwirkung des Zorns.
 S. 326, Z. 11 v. u.: *status* = Stellung.
 S. 331, Z. 10 v. u.: *Mauvais coucheur* = einer, mit dem
 nicht gut Kirschen essen ist.
 S. 337, Z. 7 v. u. (Bd. II., S. 135, Z. 5 v. o., Z. 6 v. u.):
modus vivendi = Weg, miteinander auszukommen.
 S. 338, Z. 3 v. u.: *pactum de contrahendo* = ein Vertrag
 über künftige Vereinbarungen.
 S. 339, Z. 5 v. u.: *à courte échéance* = auf kurze Sicht.
 S. 347, Z. 6 v. u.: *spiritus rector* = leitender Geist.
 S. 349, Z. 11 v. o.: *splenetic and rash* = launisch und
 aufbrausend. Z. 13 v. u.: „Wir werden Europa durch unsere
 Undankbarkeit in Erstaunen setzen.“

Band II.

- S. 6, Z. 10 v. u.: *la critique est aisée* = die Kritik ist leicht.
 S. 13, Z. 13 v. o.: *petite rectification des frontières* =
 kleine Berichtigung der Grenzen.
 S. 41, Z. 4 v. o.: *conditio sine qua non* = unerläßliche Be-
 dingung.
 S. 48, Z. 6 v. u. (S. 89, Z. 7 v. o.): *Vae victis!* =
 Wehe den Besiegten! (Ausruf des siegreichen Brennus der Gallier
 nach Livius V 48, vgl. Büchmann, Geflügelte Worte S. 454.)
 S. 54, Z. 7 v. u.: *obiter* = obenhin.
 S. 55, Z. 11 v. u.: *entente cordiale* = herzliches Einver-
 ständniß, vgl. Büchmann, Gefl. Worte S. 497.
 S. 56, Z. 9 v. u.: *black-mail* = Räubersold, Lösegeld.
 S. 63, Z. 1 ff. v. o.: *Ob's edler im Gemüth, die Pfeil'*
und Schleudern | Des müthenden Geschicks erdulden, oder | Sich
waffnend gegen eine See von Plagen, | Durch Widerstand sie enden.
 Citat aus Shakespeare, Hamlet III 1.
 S. 69, Z. 2 v. o. (S. 160, Z. 1 v. o.): *status quo* =
 gegenwärtiger Zustand. Z. 6 v. u.: *rebus sic stantibus* = unter
 den obwaltenden Verhältnissen (s. zu I 162).

§. 70, §. 22 v. o.: In verbis simus faciles = In den Worten laßt uns gefällig sein.

§. 77, §. 5 v. o.: publici juris = öffentlichen Rechts, allgemein bekannt.

§. 81, §. 14 ff. v. o.: une excellente chose = eine ausgezeichnete Sache, opportune = günstig, à un moment donné = in einem gegebenen Augenblicke.

§. 83, §. 7 v. o. (vgl. §. 169, §. 4 v. o.): gesta Dei per Francos = Thaten Gottes durch die Hand der Franzosen, Titel eines Werkes von Bongars über die Kreuzzüge.

§. 84, §. 10 v. o. (§. 89, §. 15 v. o.): La Prusse cane = Preußen zieht sich feig zurück (eigentlich: wie eine Ente untertauchen).

§. 90, §. 13 v. o.: mutatis mutandis = mit den erforderlichen Abänderungen.

§. 93, §. 2 v. o.: anticipando = durch Vornahme.

§. 95, §. 6 v. u.: ipsissima verba regis = eigenste Worte des Königs.

§. 100, §. 4 v. u.: le moment d'intervenir est peut-être venu = der Augenblick zur Einmischung ist vielleicht gekommen.

§. 101, §. 2 v. u.: mitiger etc. = die Forderungen des Siegers herabmindern, die Bitterkeit der Gefühle mildern, welche den Besiegten zu Boden drücken müssen. §. 17 v. o.: levées en masse = Erhebungen in Masse.

§. 105, §. 13 v. u.: „Ich kann jedoch vor den heiligen Petrus im Himmel nicht treten, ohne irgend etwas in Europa geleitet zu haben.“ §. 9 v. u.: pompous = hochtrabend. §. 4 v. u.: „Wenn ich mich zurückziehe, will ich nicht verlöschen wie eine blakende Lampe, sondern ich will untergehen wie ein Stern.“

§. 107, §. 8 v. o.: Polskaja mat = polnische Mutter.

§. 108, §. 13 v. o.: „Er spiegelt sich in seinem Tintenfaß.“ §. 11 v. u.: écrivez = Schreiben Sie.

§. 118, §. 15 v. u. (vgl. §. 125, §. 1 v. u.): argumentum ad hominem = ein auf die menschlichen Empfindungen berechneter Grund.

§. 120, §. 4 v. o.: pater familias = Familienvater.

§. 126, §. 12 v. u.: désaveu = Mißbilligung.

§. 127, §. 2 v. o.: gouvernement absolu tempéré par le régicide = eine durch den Königsmord beschränkte, unumschränkte Regierung.

§. 132, §. 7 v. o.: summus episcopus = höchster Bischof.

§. 138, §. 6 ff. v. o.: Dem Fürsten Bismarck.
 Berlin, 26. September 1873.
 Ihr wohlgeneigtester Better
 Victor Emanuel.

(Die Mitglieder des höchsten italienischen Ordens, der heil. Annunziata, heißen „Betttern“ des Königs.)

§. 147, §. 15 v. o.: in nuce = in einer Nuß, d. i. kurz zusammengedrängt. §. 3 v. u.: ôte-toi que je m'y mette = Pack dich fort, damit ich mich hinstelle, vgl. Büchmann, Gesl. Worte S. 44.

§. 149, §. 1 v. u.: tabula rasa = abgewischte Schreibtisch (reiner Tisch), vgl. Büchmann, Gesl. Worte S. 335.

§. 150, §. 14 v. u.: parti pris = Voreingenommenheit.

§. 154, §. 11 v. u.: salus publica suprema lex = das Gemeinwohl (sei) das oberste Gesetz.

§. 165, §. 6 v. o.: Oratores Caesareae Majestatis = Gesandte der kaiserlichen Majestät.

§. 168, §. 7 f. v. o.: Dieser Mensch hat mir viel Böses gethan, viel mehr sogar, als Herr v. Bismarck weiß und denkt.

§. 169, §. 14 v. u.: fiche de consolation = Entschädigung.

§. 172, §. 2 v. u.: Quos ego! = Wart, ich will euch! Citat aus Virgilio Aen. I 135.

§. 173, §. 7 v. o.: wie einen Bedienten, der nicht schnell genug aufspringt, wenn man ihm geklingelt hat. §. 4 v. u.: Roma locuta est, f. 3. Bd. I 67.

§. 174, §. 7 v. o.: en mission extraordinaire = in außerordentlicher Sendung. §. 10 v. u.: Jetzt ist der Friede gesichert.

§. 175, §. 5 v. o.: Gortschałow beschützt Frankreich.

§. 176, §. 8 v. o.: tolerari posse = geduldet werden können.

§. 178, §. 14 v. o.: sans nous dire gare = ohne uns zuzurufen: aufgepaßt!

§. 180, §. 10 v. u.: ad nutum = auf den Wink.

§. 184, §. 11 v. o.: in suspenso = in der Schwebe.

§. 188, §. 2 v. o.: Wenn dies geschieht, werden die Slaven in die Enge getrieben, d. h. gezwungen, sich zu erklären.

§. 194, §. 5 v. u.: l'excès du mal en devient le remède = das Uebermaß des Uebels wird zum Heilmittel desselben.

§. 201, §. 11 v. u.: promiscue = vermischt.

§. 215, §. 10 v. o.: trop plein = Uebermaß.

§. 218, §. 8 v. o.: Votre amitié est trop platonique = Ihre Freundschaft ist zu platonisch (d. h. nicht zur That bereit).

§. 219, Z. 7 v. u.: Ich hätte wohl den Krieg gewollt, aber Frankreich hat andere Absichten.

§. 220—224: Briefwechsel zwischen Bismarck und Schuvalow:

Berlin, den 15. Februar 1877.

Lieber Graf,

ich danke Ihnen für die freundlichen Worte, die Sie die Güte hatten mir zu schreiben, und bin dem Grafen Münster zu Dank verpflichtet, daß er bei dieser Gelegenheit so richtig die Gefühle ausgelegt hat, die seit unsrer ersten Bekanntschaft zwischen uns ein Band gebildet haben, welches die politischen Beziehungen überdauern wird, die uns heute verbinden. Unter den Schmerzen, die mir das amtliche Leben hinterlassen wird, wird der aus der Erinnerung an meine Beziehungen zu Ihnen hervorgehende, einer der fühlbarsten sein.

Wie sich auch immer die politische Zukunft unserer beiden Länder gestalten mag, so wird mir der Antheil, den ich an der Vergangenheit gewonnen habe, die Genugthuung lassen, daß ich in Bezug auf die Nothwendigkeit ihres Bundes jederzeit mit dem liebenswürdigsten Ihrer Landsleute in Einklang gewesen bin. So lange ich am Ruder bleibe, werde ich den Ueberlieferungen treu sein, die mich seit 25 Jahren geleitet haben und deren Grundsätze zusammenfallen mit den in Ihrem Briefe entwickelten Gedanken über die Dienste, die Rußland und Deutschland sich leisten können und sich gegenseitig seit mehr als einem Jahrhundert geleistet haben, ohne daß die Sonderinteressen des einen oder des andern darunter gelitten hätten. Diese Ueberzeugung hat mich geleitet im Jahre 1848, im Jahre 54, im Jahre 63, wie in der gegenwärtigen Lage, und es ist mir gelungen, dafür die Meinung der großen Mehrheit meiner Landsleute zu gewinnen. Dieses Werk wird vielleicht leichter zu zerstören sein, als es zu schaffen war, besonders in dem Falle, daß meine Nachfolger nicht mit derselben Beharrlichkeit wie ich die Ueberlieferungen pflegen sollten, deren Kenntniß ihnen abgehen wird, und vielleicht nicht mit dem Verzicht auf Eigenliebe, deren man bedarf, um den Schein dem Wesen der Dinge, die Empfindlichkeiten den großen monarchischen Interessen unterzuordnen. Ein alter Praktikus meines Schlags

läßt sich nicht leicht durch blinden Lärm aus dem Geleise bringen, und im Interesse meines Herrn und meines Landes weiß ich die Verbrießlichkeiten zu vergessen, die mir während der beiden letzten Jahre von eurer (russischer) Seite nicht erspart geblieben sind; ich führe nicht Buch über die „Liebeleien“, die mein ehemaliger Freund und Vormund von Petersburg und mein junger Freund in Paris dort unterhalten, aber was die Kanzler betrifft, die mir folgen werden, so wird es vielleicht leichter sein, ihr politisches Urtheil irre zu leiten, wenn man ihnen, wie man es seit drei Jahren gethan hat, die Leichtigkeit durchblicken läßt, mit der man bei euch eine Coalition auf der Basis der Revanche schaffen könnte. Die Kaltblütigkeit, mit der ich die Möglichkeit in's Auge fasse, werde ich meinem Nachfolger nicht hinterlassen können. Was die Drohungen offiziöser Zeitungen, was die Pariser Schmeicheleien in Feuilletons und Briefen an politische Damen anbelangt, so wird es nicht allzuschwer sein, eines Tages einen deutschen Minister, den der Gedanke der Isolirung schreckt, in eine falsche Richtung zu drängen, und um sie (die Isolirung) zu vermeiden, wird er ungeschickte Verbindlichkeiten eingehen, die nachträglich schwer zu lösen sind. In keinem Falle werde ich das sein; denn sobald als ich so gut als möglich den Forderungen des Reichstags genügt haben werde, der den 22. eröffnet werden und nur wenige Wochen dauern wird, werde ich mich in's Bad begeben, um nicht wieder zu den Geschäften zurückzukehren. Ich habe das Zeugniß der medizinischen Facultät, daß ich „untauglich“ bin; „untauglich“ ist der amtliche Ausdruck für die Zulässigkeit der Entlassung; er sagt unter diesen Umständen nur die traurige Wahrheit. Ich mache mir nichts mehr daraus.

Vor diesem Zeitpunkt werde ich auf das letzte Räthsel eurer (der russischen) Politik zu antworten haben; ich bin nicht geschickt, Räthsel zu lösen, ich bedarf der Aufklärung in Betreff eines geheimen Gedankens, den ich, wie es scheint, in der Vergangenheit falsch ausgelegt habe. Erhalte ich weder Wink noch Weisung, so kann ich die schmale Linie zwischen dem Vorwurf, den Türken zu unterstützen, indem ich von Frieden rede, und dem Verdacht, verrätherischer Weise zum Kriege zu drängen, nicht finden. Ich bin soeben durch das Feuer dieser entgegengesetzten Anklagen

hindurchgegangen und habe keine Lust, mich ihm von neuem auszu-
zusetzen ohne Lotfen und ohne Leuchtturm, der mir den Hafen
anzeigte, zu dem ihr wünscht uns gelangen zu sehen.

v. Bismarck.

London, den 25. Februar 1877.

Mein lieber Fürst,

Ich bin auf's Tiefste durch Ihren so gütigen Brief gerührt
worden — nur fühle ich wahre Gewissensbisse, wenn ich an die
Mühe denke, die Sie sich gegeben haben, ihn zu schreiben und an
die kostbare Zeit (wenn es die Ihrige ist), die er Sie gekostet hat.

Dieser Brief wird eine der besten Erinnerungen an meine
politische Laufbahn sein, und ich werde ihn meinem Sohne
vermachen.

Seit einem Jahre fern von Berlin und Petersburg, hatte
sich der Zweifel meiner bemächtigt.

Ich dachte, daß das, was existirt hatte, vielleicht nicht mehr
existirte. Sie geben mir den Beweis des Gegentheils. Ich freue
mich darüber als guter Russe und von ganzem Herzen.

Wenn ich nicht in Ihnen, lieber Fürst, den Mann wieder-
gefunden hätte, der niemals, weder in der Politik noch in seinem
Wohlwollen für seine Freunde sich ändert, so würde ich diesmal
meine russischen Papiere verkauft haben, wie Sie vor 3 Jahren
thun wollten, weil Sie eine zu hohe Meinung von mir hatten.

Ich habe einige Stellen Ihres Briefes abgeschrieben und
meinem Kaiser geschickt. Ich weiß, daß es ihm Vergnügen machen
wird, sie zu lesen. Jedesmal, wenn er sich mit Ihnen in
directer Berührung befunden hat, ist etwas Gutes und Nützliches
daraus hervorgegangen; liest er, was Sie jemandem schreiben,
den Sie mit dem Titel eines Freundes beehren, so ist es für den
Kaiser, als wenn er in directen Beziehungen (mit Ihnen) wäre.

Ich brauche nicht hinzufügen, daß ich alles weggelassen habe,
was Gortschakow betraf, denn ich betrachtete Ihre auf ihn be-
züglichen Anspielungen als einen Beweis Ihres Vertrauens in
meine Verschwiegenheit. Ganz schlecht unterrichtet, wie ich bin
(und das aus guten Gründen), über das, was man in Peters-
burg will, erschienen mir Vertagung und Abrüstung wahrscheinlich.

Der Friede mit Serbien und Montenegro wird jetzt geschlossen werden, sagt man. Der Großvezier hat Briefe an Decazes und Derby gerichtet, um ihnen zu erklären, daß der Sultan verspricht, freiwillig alle von der Conferenz geforderten Reformen auszuführen. Europa wird uns bitten, der Türkei Zeit zu gewähren. Wäre dies für uns der günstige Augenblick, den Krieg zu erklären und uns noch mehr die Gefühle Europas zu entfremden?

Besondere Geschäfte fordern gebieterisch meine Anwesenheit in Rußland; ich beabsichtige, um einen kurzen Urlaub zu bitten, sobald als eine Entscheidung bei uns gefaßt sein wird in einem oder dem andern Sinne. Ich hoffe, mein lieber Fürst, daß Sie mir erlauben werden, Sie bei meiner Durchreise durch Berlin zu sehen — ich rechne ungeheuer darauf.

Verzeihen Sie die Länge dieses Briefes damit, daß Sie nicht ein einziges Wort darauf zu antworten haben.

Empfangen Sie noch einmal, lieber Fürst, meinen heißen Dank für Ihre Güte und für Ihren Brief, bezüglich dessen ich nur einen einzigen Einwurf erhebe, nämlich wegen der Art, wie Sie unglücklichweise über Ihre Gesundheit sprechen. — Gott wird dieselbe kräftigen, wie Er alles erhält, was Millionen von Menschen und der Erhaltung großer und wichtiger Interessen nützlich ist.

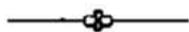
Seien Sie versichert, lieber Fürst, daß Sie immer in mir noch mehr als einen Bewunderer finden werden, deren Zahl groß genug ist ohne mich, kurz gesagt: einen Mann, der Ihnen aufrichtig anhänglich und von ganzem Herzen ergeben ist. Schumalow.

S. 224, Z. 7 v. u.: vous avez le cauchemar des coalitions = Die Furcht vor Coalitionen verursacht Ihnen Alpdrücken. Z. 6 v. o.: nécessairement = nothwendigweise.

S. 226, Z. 11/12 v. v.: Vous oublierez etc. = Sie werden vergessen, was Sie nicht lesen durften.

S. 228, Z. 3 v. o.: l'empereur est fort irrité = Der Kaiser ist sehr gereizt. Z. 4 v. o.: Eh, le mien donc = Gewiß, der meinige! Z. 5 v. o.: Gortschakoff est un animal . . . il n'a aucune influence = Gortschakow ist ein Vieh (dummer Kerl) . . . er hat keinen Einfluß.

- S. 229, Z. 6. v. u.: *circulus vitiosus* = fehlerhafter Schluß.
 S. 247, Z. 13 v. u.: *force majeure* = die zwingende Gewalt.
 S. 249, Z. 1 v. u.: *ultra posse nemo obligatur* = Ueber
 sein Können hinaus ist niemand verpflichtet, vgl. Büchmann,
 Gesl. Worte 428.
 S. 250, Z. 12 v. v.: *toujours en vedette* = immer auf
 dem Posten!
 S. 252, Z. 10 u. 7 v. u.: *casus foederis* = Bündnißfall.
 S. 263, Z. 9 v. u.: *casus belli* = Kriegsfall. Z. 3 v. u.:
à l'amiable = auf gütliche Weise.
 S. 264, Z. 13 v. v.: *plectuntur Achivi* = müssen die Achäer
 (das Volk) büßen, Citat aus Horatii Epist. I, 2, 4.
 S. 267, Z. 9 v. u.: *injuria temporum* = Unbill der Zeiten.
 Z. 5 v. u.: *untoward events* = unerwartete Ereignisse.
 S. 269, Z. 11 v. v.: *rudis indigestaque moles* = eine rohe,
 verworrene Masse, Citat aus Ovidii Metamorph. I 7.
 S. 270, Z. 2 v. v.: *placet* = die Zustimmung.
 S. 288, Z. 2 v. v.: *Pas trop mal à la veille d'une bataille*
 = Nicht zu übel am Vorabende einer Schlacht. Z. 8 v. u.:
noblesse oblige = Adel legt Verpflichtungen auf.
 S. 289, Z. 10 v. u.: *vis major* = eine höhere Macht.
 S. 291, Z. 3 v. v.: *Il était de relation sûre* = man konnte
 sich auf ihn verlassen.
 S. 309, Z. 3, 2 v. u.: *Get you home, you fragments*
 = Trolst euch heim, ihr Paß, Citat aus Shakespeare,
 Coriolan III 3.



Anhang 2.

Uebersetzung der dem „Wegweiser“ eingefügten fremd- sprachigen Stücke.

Seite 168 ff.

Barskoe-Selo, den 3./15. August 1879.

Lieber Oheim und Freund,

Es liegt mir am Herzen, Dir noch schriftlich für Deinen gütigen Brief vom 27. Juli zu danken, ebenso Augusta, für die Sendung, Eurerseits an beide, der entzückenden Denkmünze zur Erinnerung an Eure goldene Hochzeit, der beizutwohnen mir leider die Umstände nicht erlaubt haben, wie ich mir ein Fest daraus machte.

Ich bin glücklich gewesen zu erfahren, daß Du alle Strapazen der Feiern gut ertragen hast, und hoffe, daß die Gasteiner Kur Dir neue Kräfte gegeben hat, um den Strapazen der militairischen Musterungen die Stirn zu bieten, die Du in Aussicht hast.

Der Tod meines Flügeladjutanten General von Neutern, welcher die Ehre hatte, in den letzten Jahren Deiner Person attachirt zu sein und für den Du so viel Güte hattest, wird Dir sicher Kummer bereitet haben wie mir. Ich werde für ihn einen Ersatzmann zu finden suchen, der Dir passen könnte, und nicht verfehlen, vorher Deine Zustimmung einzuholen, so bald als ich eine Wahl getroffen habe. Ermuthigt durch die Freundschaft, welche Du nicht aufgehört hast mir zu bezeugen, erlaube mir, Dir in aller Freimüthigkeit von einer heikeln Angelegenheit zu sprechen,

die mich unaufhörlich beschäftigt. Es handelt sich um die Haltung der verschiedenen deutschen diplomatischen Agenten in der Türkei, die seit einiger Zeit sich unglücklicherweise feindlich gegen Rußland zeigt, was in vollständigem Widerspruch mit den Ueberlieferungen der freundschaftlichen Beziehungen steht, die seit mehr als einem Jahrhundert die Politik unserer beiden Regierungen geleitet haben und die durchaus im Einklange waren mit ihren gemeinschaftlichen Interessen. Diese Ueberzeugung hat sich bei mir nicht gewandelt, und ich halte sie auch ungeschmälert fest, da ich mir schmeichle, daß es auch die Deinige ist. Aber die Welt urtheilt nach den Thatfachen. Wie soll ich mir nun diese Haltung der deutschen Agenten erklären, die uns mehr und mehr feindlich wird, im Orient, wo, nach dem Ausspruche des Fürsten Bismarck selbst, Deutschland kein eigenes Interesse wahrzunehmen hat, während wir dort sehr ernste Interessen haben. Wir haben soeben einen ruhmreichen Krieg beendet, der keine Eroberungen zum Zwecke hatte, sondern einzig und allein die Verbesserung des Schicksals der Christen in der Türkei. Wir haben es soeben bewiesen, indem wir die Provinzen räumten, die wir nach dem Kriege besetzt hatten, aber wir bestehen darauf, daß die um den Preis unseres Blutes und unseres Geldes erlangten Ergebnisse nicht todte Buchstaben bleiben.

Es handelt sich um weiter nichts, als die Vereinbarungen des Berliner Congresses zur Ausführung zu bringen; aber das muß mit Gewissenhaftigkeit gethan werden. Nun aber erheben die Türken, unterstützt von ihren Freunden, den Engländern und den Oesterreichern, die inzwischen in den von ihnen im Frieden besetzten türkischen Provinzen festen Fuß fassen, um sie niemals ihrem rechtmäßigen Herrn zurückzugeben, unaufhörlich Schwierigkeiten über Einzelheiten, die ebenso für die Bulgaren wie für die tapferen Montenegriner von der größten Wichtigkeit sind. — Ebenso thun die Rumänen Bulgarien gegenüber.

Die Mehrheit der europäischen Commissare muß sie entscheiden. Diejenigen von Frankreich und Italien verbinden sich fast in allen Fragen mit den unserigen, während diejenigen von Deutschland die Parole empfangen zu haben scheinen, immer die Meinung der Oesterreicher zu unterstützen, die uns systematisch

feindlich ist, und das in Fragen, welche Deutschland in keiner Hinsicht interessiren, aber für uns sehr wichtig sind.

Verzeihe mir, mein lieber Oheim, die Freimüthigkeit meiner auf Thatfachen gegründeten Aussprache, aber ich halte es für meine Pflicht, Deine Aufmerksamkeit auf die traurigen Folgen zu lenken, die das in unseren freundnachbarlichen Beziehungen herbeiführen könnte, wenn unsere beiden Nationen einander reizen, wie die Presse der beiden Länder es zu thun beginnt. — Ich sehe darin die Arbeit unserer gemeinsamen Feinde, derselben, welche den Bund der drei Kaiser nicht verdauen konnten. Du erinnerst Dich, daß wir mehr als einmal mit Dir darüber gesprochen haben, und wie glücklich ich war, mich zu überzeugen, daß unsere Ueberzeugungen darüber die gleichen waren. Ich verstehe vollkommen, daß Du darauf hältst, Deine guten Beziehungen mit Oesterreich aufrecht zu erhalten, aber ich verstehe nicht, welches Interesse Deutschland haben könnte, das Rußlands zu opfern. — Ist es eines wirklichen Staatsmannes würdig, eine persönliche Verstimmlung in die Wagschale zu werfen, wenn es sich um das Interesse zweier großer Staaten handelt, die geschaffen sind, mit einander in gutem Einvernehmen zu leben, und von denen der eine dem andern im Jahre 1870 einen Dienst geleistet hat, den Du nach Deinen eigenen Worten niemals vergessen zu wollen erklärtest. Ich würde mir nicht erlaubt haben, Dich daran zu erinnern, aber die Umstände werden zu ernst, als daß ich Dir die Befürchtungen verhehlen könnte, die mich beschäftigen, und deren Folgen unheilvoll für unsere beiden Länder werden könnten. Gott schütze uns davor und berathe Dich! Die Gesundheit meiner Frau hat uns ernste Besorgnisse die ganze letzte Zeit über verursacht. Gott gebe, daß die Lust der Heimath ihr Besserung verschaffen könne.

Zürne mir nicht, mein lieber Oheim, wegen des Inhalts dieses Briefes und glaube an die Gefühle unwandelbarer Anhänglichkeit und aufrichtiger Liebe

Deines

ganz ergebenen

Neffen und Freundes

Alexander.

Seite 171 ff.

London, den 3. Februar 1877.

Mein Fürst,

Es liegt mir daran, Ihnen meinen lebhaften und aufrichtigen Dank für die Zeugnisse Ihres gütigen und wohlwollenden Gedankens auszudrücken, die der Graf von Münster mir bei mehr als einer Gelegenheit übermittelt hat.

Es liegt mir auch daran, Sie der Nutzlosigkeit der Anstrengungen zu versichern, die versucht werden könnten, um mich von Ueberzeugungen loszureißen, die zu fest in mir begründet sind, als daß sie jemals erschüttert werden könnten.

Ich habe zu allen Zeiten gedacht, daß das enge Bündniß unserer beiden Reiche ein so großes „Quantum“ von Kräften bildete, daß keine andere Macht, einzeln oder verbündet, mit Aussicht auf Erfolg gegen diese Macht kämpfen könnte, die so das übrige Europa in Schach halten wird.

Als die ersten Grundlagen des Dreibundes im Jahre 1872 zu Berlin gelegt wurden, habe ich für meinen Theil in dem Dritten nur einen jungen Zweig gesehen, der auf den starken und festen Stamm unserer alten Freundschaft gepfropft wurde; daß dieser neue Zweig gedeiht — will ich nicht in Abrede stellen, aber er möge nur nicht zu seinem Nutzen den Saft des Baumes aufsaugen.

Ich denke kurz gesagt, daß der Hauptzweck unseres Bundes zu zweien muß bestehen:

Darin, daß Rußland niemals den Bund gegen Deutschland erlaubt noch leidet, wenn dieses im Westen engagirt sein sollte, und daß Deutschland uns die Gegenleistung im Orient gewährt.

Wenn Europa von dieser Thatsache überzeugt wäre, so würden sehr viele Verwickelungen der Zukunft vermieden werden!

Weil dies, mein lieber Fürst, meine Ueberzeugungen von Anfang an sind, so habe ich nie aufgehört, die geringe Festigkeit zu beklagen, die das Einvernehmen der drei Mächte in der gegenwärtigen Krisis gezeigt hat. Unsere Einigkeit hat sich weder in Wirklichkeit noch selbst dem Scheine nach offenbart.

Wenn England daran geglaubt hätte, so würde es eine festere Politik der Türkei gegenüber befolgt haben.

Wenn die Pforte davon überzeugt gewesen wäre, so hätte sie nicht auf ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Widerstande bestanden.

Schließlich, wenn die drei Reiche, welche diesen Bund bilden, nicht selbst zu wiederholten Malen daran gezweifelt hätten, würde alles schon vor langer Zeit geordnet worden sein.

Entschuldigen Sie mich, mein lieber Fürst, wegen dieses kleinen Glaubensbekenntnisses, dessen Sie keineswegs bedürfen. Obwohl Sie kein katholischer Priester sind, so fühle ich doch die Nothwendigkeit, Ihnen zu berichten.

Genehmigen Sie, mein lieber Fürst, die aufrichtige Huldigung meiner ehrfurchtsvollen Ergebenheit.

Schumalow.

Seite 173 ff.

Berlin, den 15. Februar 1877.

Lieber Graf,

Ich danke Ihnen für die gütigen Worte, die Sie so liebenswürdig waren mir zu schreiben, und ich weiß es dem Grafen Münster Dank, daß er bei dieser Gelegenheit so wohl die Gefühle ausgedrückt hat, welche seit unserer ersten Bekanntschaft zwischen uns ein Band gebildet haben, das die politischen Beziehungen überdauern wird, die heute uns in Verbindung setzen. Unter den Schmerzen, welche das amtliche Leben mir hinterlassen wird, wird der durch die Erinnerung an meine Unterhaltungen mit Ihnen verursachte zu den lebhaftesten gehören.

Welches auch immer die politische Zukunft unserer beiden Länder sein mag, so wird mir der Antheil, den ich an der Geschichte ihrer Vergangenheit genommen habe, die Genugthuung lassen, daß ich, in Bezug auf ihren Bund, jederzeit im Einverständnis gewesen bin mit dem liebenswürdigsten Staatsmann unter meinen politischen Freunden. So lange ich am Leben bleiben werde, werde ich den Uebersieferungen treu sein, die mich seit 25 Jahren geführt haben und die mit den Gedanken übereinstimmen, die Sie in Ihrem Briefe mit Rücksicht auf die Dienste entwickelt haben, welche Rußland und Deutschland sich leisten können und sich gegenseitig seit mehr als einem Jahrhundert geleistet haben, ohne daß die besonderen Interessen des einen und

des andern darunter gelitten hätten. Zwei Nachbarn in Europa, die seit mehr als einem Jahrhundert nicht das geringste Gelüft nach Feindseligkeit bewiesen haben, sollten aus dieser Thatsache allein den Schluß ziehen, daß es divergirende Interessen zwischen ihnen nicht giebt. Dieser Ueberzeugung bin ich im Jahre 1848, 54, 63 und in der gegenwärtigen Lage gefolgt, und ich habe sie zum Gemeingut der großen Mehrheit meiner Landsleute gemacht. Ein solches Werk wird es vielleicht leichter sein zu zerstören, als zu schaffen, besonders in dem Falle, daß meine Nachfolger nicht die gleiche Beharrlichkeit daran setzen sollten, wie ich, Beziehungen zu pflegen, deren Gewohnheit ihnen fehlen wird und für deren Aufrechterhaltung man bisweilen seiner Eigenliebe entsagen und seine Empfindlichkeiten den Interessen seines Herrn und seines Landes unterordnen muß. Ich weiß etwas davon zu sagen, aber ich führe nicht Buch über die kleinen Possen, die mit mein ehemaliger Freund und Vormund von Petersburg spielt, noch über seine „Liebeleien“ mit Paris oder über die Orkows. Ein alter Praktikus meines Schlags läßt sich durch blinden Lärm nicht aus dem Geleise werfen, aber wird es ebenso sein mit den Kanzlern, die mir folgen werden und denen ich meine Kaltblütigkeit und meine Erfahrung nicht vererben kann? Es erscheint vielleicht leichter, ihr politisches Urtheil zu verwirren durch offiziöse Zeitungen, durch übelwollende Aeußerungen, durch private Briefe, die man in Umlauf setzt. Ein deutscher Minister, dem man die Leichtigkeit einer Coalition auf der Basis der Revanche durchblicken läßt, wird, erschreckt durch den Gedanken der Isolirung, sich durch ungeschickte, vielleicht sogar unheilvolle Verbindungen zu decken suchen, die nachher schwer zu lösen sind. Es liegt soviel Kraft und Sicherheit in einer Allianz der beiden Reiche, daß mich der bloße Gedanke entsetzt, daß sie eines Tages ohne den geringsten politischen Grund auf's Spiel gesetzt werden könnte, einzig und allein durch den Willen irgend eines Staatsmannes, welcher die Abwechslung liebt oder der den Franzosen lebenswürdiger findet als den Deutschen; in diesem Punkte würde ich vollkommen seiner Meinung sein, aber ohne die Politik meines Landes dieser Anschauung unterzuordnen. So lange als ich an der Spitze unserer Geschäfte stehen werde, werbet ihr (die Russen)

Schwierigkeiten haben, von unserer Allianz euch loszumachen, aber das wird nicht lange mehr dauern. Meine Gesundheit verbraucht sich mit rasender Schnelligkeit. Ich will versuchen, dem Reichstage Stand zu halten, der in einigen Tagen eröffnet werden wird und nur einige Wochen dauern kann. Unmittelbar nach dem Schlusse werde ich in's Bad reisen, um nicht wieder zu den Geschäften zurückzukehren. Ich besitze das Zeugniß der medizinischen Facultät, „untauglich“ zu sein, es ist dies der technische Ausdruck für die unausweichliche Nothwendigkeit des Rücktritts, der in diesem Falle nur die traurige Wahrheit sagt.

Wenn Gott mir erlaubt, noch einige Jahre der Ruhe im Privatleben zu genießen, so bitte ich Sie um die Erlaubniß, die guten freundschaftlichen Beziehungen mit Ihnen, lieber Graf, fortzusetzen, die das amtliche Leben mir erlaubt hat anzuknüpfen, und einstweilen bitte ich Sie den Ausdruck der Gefühle zu genehmigen, mit denen ich Ihnen aufrichtig ergeben bin.

v. Bismarck.

Ich bitte um Verzeihung wegen der Verspätung meiner Antwort, ich habe während eines Zeitraumes von 14 Tagen sehr viel Schwierigkeit gehabt, eigenhändig zu schreiben, eine Art Krampf, die mich noch genirt, wie Sie es an meiner Schrift sehen werden. Doch habe ich mich nicht der Hand eines andern bedienen wollen, um Ihnen zu schreiben.

Zu S. 178 ff.

Berlin, den 4. November 1879.

Dem Kaiser Alexander.

Mein lieber Nefte und Freund,

Die Herzensfreundschaft, welche uns seit so langen Jahren verbindet und die uns eine auf diesen Gefühlen begründete Politik dictirt hat, macht es mir zur Pflicht, Dir zu schreiben in dem Augenblicke, wo ich Dir eine Denkschrift übersende als Resultat der zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrassy in Gastein und Wien stattgehabten Unterredungen. Der Letztere hatte sich nach Gastein begeben, um Aufklärungen über die Gründe seines Rücktritts von den Geschäften zu geben, die er in einer so ausgezeichneten Weise geleitet hatte, die ihm das Vertrauen ganz

Europas eingebracht hatte. Die Besprechungen der beiden Kanzler haben sich namentlich auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich im Laufe der Ereignisse seit dem Jahre 1848 gerichtet. Das Schicksal der Waffen hat entschieden, daß Preußen an die Spitze des geeinigten Deutschlands gestellt wurde. Nachdem der Deutsche Bund aufgelöst war, hörte Oesterreich auf, durch Verträge mit dem wiederhergestellten Deutschland verbunden zu sein; aber der Bund zwischen Preußen, Oesterreich und den deutschen Staaten besteht in der öffentlichen Meinung Deutschlands, die ihn zu ersetzen strebt durch eine moralische Vereinigung der beiden Reiche, in deren friedlichem Geiste man eine Bürgschaft der Aufrechterhaltung des Friedens von Europa sieht. Ich spreche nicht von der Weisheit, mit der Du so mächtig zur Aufrechterhaltung dieses Friedens beigetragen hast, trotz der einzelnen Kriege, deren Schauplatz Europa in den letzten 20 Jahren war. — Die Entlassung des Grafen Andrassy, der für seine Person die oben erwähnte Richtung eingehalten hatte, konnte ernste Folgen haben, wer auch immer sein Nachfolger war, weil das Vertrauen kein Erbstück ist. Die beiden Kanzler kamen also überein, durch eine neue Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich die Lücke zu füllen, die durch die Beseitigung des Deutschen Bundes gelassen war, der während eines halben Jahrhunderts den Bund Preußens, Oesterreichs und der deutschen Fürsten repräsentirt hatte. Dieses Einverständniß ist in der beigeflossenen Denkschrift formulirt.

Ich sage mir gern, daß die in diesem wichtigen Stücke zusammengefaßten Grundsätze von Dir werden anerkannt werden, und daß Du ihnen gern beistimmen wirst als Wiederherstellung des Einvernehmens der drei Kaiser, welches Europa seit dem Jahre 1873 so bedeutende Dienste geleistet hat. Ich habe nicht ohne Genugthuung bemerkt, daß nach unserer Zusammenkunft in Alexandrow die Presse in unseren Ländern sich beruhigt hat; ich bin jedoch in einer Moskauer Zeitung einem Artikel begegnet, welcher offen von dem panslawistischen Kriege gegen Deutschland redet wie von einer beschlossenen Sache, ohne daß der Generalgouverneur diese Zeitung beschlagnahmt hätte, wozu er im vollen Rechte gewesen wäre mit den Vollmachten, die er besitzt. Ich fürchte die nihilistische Partei, welche im Einklang mit dem Panslawismus

eine feindselige Sprache gegen die benachbarten Länder führt, um aus jedem schlimmen Conflict für ihre Umsturzpläne Nutzen zu ziehen. Wenn diese revolutionären Pläne durch ihren Druck dahin führen könnten, die Regierung in ihren politischen Plänen fortzureißen oder bloßzustellen, so würde man, ich kann es Dir nicht verhehlen, mein lieber Nefte, in den benachbarten Ländern einem gemeinschaftlichen Widerstande begegnen. Die drohende Sprache in Verbindung mit der so auffälligen Verstärkung Deines Heeres nach den Erfolgen eines ruhmreichen Krieges, der den Frieden sichern zu sollen schien, hält Europa in Unsicherheit, während ein fester Ausdruck Deiner friedlichen Gesinnung die Beunruhigungen stillen und die Geister auf den richtigen Weg zurückführen könnte.

Es lag mir, mein lieber Nefte, am Herzen, Dir das mit der Offenheit und dem Vertrauen zu sagen, das Du an mir kennst; aber ich muß dazu noch ein ganz persönliches Bedauern hinzufügen mit Bezug auf das ärgerliche Zusammentreffen unserer freundschaftlichen Zusammenkunft mit den Schritten, die durch die unvorhergesehene Entlassung des Grafen Andrassy und die fraglichen Umstände beschleunigt worden sind.

Du weißt, daß ich die große Genugthuung gehabt habe, die Kaiserin wieder zu sehen und ihr mündlich meine heißen Wünsche für ihre Gesundheit ausdrücken zu können, die ich, Gott sei Dank, besser gefunden habe, als ich vermuthete.

Wilhelm.

Livadia, den 2./14. November 1879.

Mein lieber Oheim und Freund,

Ich kann Dir für Deinen Brief vom 4. November, der mir soeben zugekommen ist, nicht genug danken. Indem Du den Text der in Wien unterzeichneten Deutschschrift beschloßest, hast Du mir einen neuen Beweis Deiner herzlichsten Offenheit gegeben und das Bedürfniß meines Herzens vorherempfunden, aus unseren Beziehungen auch den geringsten Schein des Zweifels zu beseitigen.

Es ist sicher, daß die Reise des Fürsten Bismarck nach Wien, der der Abschluß des vorerwähnten Vertrags folgte, einigermaßen als Gegengewicht unserer Zusammenkunft in Alexandrowo zu dienen schien und nur einen peinlichen Eindruck hervorrufen konnte, der

die öffentliche Meinung verwirren mußte. Mein persönliches Vertrauen ist keineswegs erschüttert worden, und ich bin glücklich, heute constatiren zu können, daß diese politische Verhandlung durchaus nichts enthält, was meinen Wünschen zuwiderliefe. Sie bezweckt, die Macht Groß-Deutschlands zu befestigen, dessen Vereinigung ich Beifall gezollt habe, und sie sucht in friedlicher Weise die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu erfüllen, deren treue Ausführung nicht aufgehört hat, die Grundlage meiner Politik zu sein.

Ich stimme also vollständig den Grundsätzen der Denkschrift zu, die Du so gütig warst, mir mitzutheilen, und indem ich mich so dem zwischen Deutschland und Oesterreich geschlossenen Bunde anschließe, sehe ich darin gern die Rückkehr zu der vollkommenen Verständigung der drei Kaiser, die, wie Du mit so viel Richtigkeit bemerkst, Europa die größten Dienste geleistet hat.

Du weißt übrigens sehr wohl, mein lieber Oheim, wie bereit ich war, dieser Verständigung entgegen zu kommen, und meine Bemühungen, dahin zu gelangen durch eine völlige Uebereinstimmung der Anschauungen unter uns, dürfen Dir bekannt sein. Um die Beziehungen zu erleichtern, die sich daraus herleiten, habe ich mich, indem ich meinen gegenwärtigen Botschafter in Berlin zu andern Functionen bestimmte, entschlossen, ihn durch Herrn v. Saburov zu ersetzen, dessen jüngste Zusammenkünfte mit dem Fürsten v. Bismarck die Aufgabe begrenzt haben.

Wenn diese Wahl Dir genehm ist, so wirst Du wohl so gut sein, es mir zu sagen; und ich hoffe, daß Saburov sich des ganzen Vertrauens würdig machen wird, das ich so gern in den Beziehungen zwischen unsern beiden Staaten obwalten sehen möchte.

In dieser Hinsicht kann ich Dir nicht verhehlen, mein lieber Oheim, wie sehr ich bedaure, daß Du der Reihe militärischer Maßregeln, die durch die Umbildung meines Heeres geboten waren, den Charakter einer Drohung hast beilegen können. Ich glaubte, daß meine mündlichen Erläuterungen und diejenigen, welche mein Kriegsminister Graf Milutin die Ehre gehabt hat in Alexandrowo Dir zu unterbreiten, genugsam den friedlichen Sinn derselben hervorgehoben hätten, um endgültig diese Frage aufzuklären.

Ich bedaure nicht weniger, daß Du annimmst, die panslavistischen Bestrebungen und andere, die in der Oeffentlichkeit sich

breit machen, könnten einen Einfluß auf meine Regierung ausüben. Die irrige Meinung irgend eines Schriftstellers, wäre er selbst der Vertreter eines mehr oder weniger ausgedehnten Kreises von Adepten, gewinnt niemals in Rußland die Bedeutung eines politischen Programms. Selbst wenn es geschieht, daß ein Verstoß der Presse der Controle meiner Regierung entgeht, so geschieht es gerade, weil das Bewußtsein ihrer Stärke sie die Tragweite derselben abschwächen läßt.

Was die den Umsturz bezweckenden Anschläge der nihilistischen Partei betrifft, so weißt Du, daß ich nicht gezaubert habe, zu den energischsten Mitteln zu greifen, um sie zu bekämpfen, sobald als die Umstände die Nothwendigkeit dazu erwiesen haben. Diese Maßregeln sind nicht ohne Ergebnisse geblieben. Du siehst darin den Beweis, daß mein fester Wille niemals den geringsten Versuch dulden wird, der die Ordnung und den Frieden auf's Spiel setzen könnte. Ich muß hoffen, mein lieber Oheim, daß diese von meiner Seite kommende Versicherung Deinen Zweifel wird zerstreuen können.

Ich bin sehr glücklich gewesen zu erfahren, daß die Ernennung meines Flügel-Adjutanten, Oberst P. Dolgoruchy, zum Militärattaché bei Deiner Person Dir zusagt; indem ich ihn Deinem Wohlwollen empfehle, hoffe ich, daß er verstehen wird, es zu verdienen.

Ich drücke Dir gern meinen herzlichsten Dank aus für den huldreichen Empfang, den Du meinen Söhnen bereitet hast.

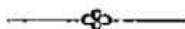
Die Kaiserin ist sehr zufrieden gewesen, Dich einen Augenblick bei ihrer Durchreise durch Mos wiederzusehen. Ihre Gesundheit läßt unglücklichweise noch viel zu wünschen.

Glaube, mein lieber Oheim, an die Gefühle unveränderter Anhänglichkeit und aufrichtiger Liebe

Deines ganz ergebenen

Neffen und Freundes

Alexander.



Anhang 3.

Berichtigungen zu den „Gedanken und Erinnerungen“.

Band I.

§. 5, §. 14 v. o.: ergänze hinter „trat“: bei den Diplomaten preussischer Abkunft.

§. 81, §. 7 v. u. lies: pourvu que vous m'en laissiez une.

§. 129, §. 10 v. o. lies: Iéna statt Jéna. §. 11 v. o. lies: Rosbach statt Rossbach.

§. 159, §. 2 v. u. lies: gendarme secrétaire statt gend'arme secrétaire.

§. 187, §. 6 v. u. lies: Fiévée statt Fievée.

§. 225, §. 2 v. o. lies: Zarštoe statt Sarštoe.

§. 226, §. 11 v. o. lies: on wonjaet statt on wonajet.

§. 233, §. 20 v. u. lies: retour statt retour. §. 2 v. u. lies: ornement statt ornament.

§. 234, §. 4 v. u. lies: Karlsruhe
statt Heidelberg.

§. 235, §. 9 v. u. lies: des Ministerial-
raths Walz in Karlsruhe.

vgl. §. 56

Anm. dieses Buches.

§. 236, §. 8 v. o. lies: Thrombus statt Trombus.

§. 263, §. 14 v. u. lies: Paris statt Berlin.

Band II.

§. 11, §. 3 v. u. lies: Januar 1864 statt December 1863.

§. 27, Anm. 3 lies: 701 Beil. 14 statt 601 Beil. 13.

§. 67, §. 2 v. o.: Die Frage, ob Straßburg Bundesfestung werden solle, ist im 1. und 2. Pariser Frieden, jedoch nicht in Wien verhandelt worden.

- S. 105, Z. 8 v. u. lies: pompous statt pompons.
 S. 138 Anm. *), Z. 2 lies 1873 statt 1872.
 S. 183, Z. 9 v. u. lies: Bülow statt Roon.
 S. 184, Z. 3 v. o. vgl. S. 156 Anm. dieses Buches.
 S. 204, Z. 16. 15 v. u. sind die Worte „und schließlich auch im Lande“ zu streichen. Z. 14 v. u. lies: am Hofe und schließlich auch im Lande.
 S. 206, Z. 3 v. u. lies: Reichs-Eisenbahnbeamte.
 S. 221, Z. 9 v. o. lies: amour-propre statt amour propre.
 Z. 12 v. o. lies: coincident statt coincident.
 S. 222, Z. 4 v. o. lies: sang-froid statt sangfroid. Z. 9 v. u. lies: traitreusement statt traitreusement.
 S. 232, Z. 13 v. o. ist zu lesen: nicht wie im Januar 1815 als Bundesgenossen auf unsrer Seite, auch nicht, wie während des deutsch-französischen Krieges, wohlwollend neutral.
 S. 255, Z. 17 v. u. lies: bis nahe zum Kriege gegen (nicht zwischen) Rußland und Preußen.

In unserem Verlage erschienen:

Bismarck-Jahrbuch

herausgegeben von

Horst Kohl.

1. Band brosch. M. 10.—, geb. M. 14.—. 2. Band brosch. M. 12.—, geb. M. 16.—.
3. Band brosch. M. 10.—, geb. M. 14.—. 4. Band brosch. M. 8.—, geb. M. 11.—.
5. Band brosch. M. 8.—, geb. M. 11.—. 6. Band brosch. M. 8.—, geb. M. 11.—.

(Jedes Jahr erscheint ein Band.)

Bismarckreden.

1847 — 1895.

herausgegeben von **Horst Kohl.**

Broschiert M. 5.—, in Halbfranz gebunden M. 6.75.

Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach.

Mit Genehmigung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Bismarck

herausgegeben von

Horst Kohl.

Broschiert M. 6.—, in Leder gebunden M. 9.—.

G. J. Göschen'sche Verlagshandlung in Leipzig.

Druck von Hugo Willich in Chemnitz.

